

Vandenhoeck & Ruprecht

Archivalische Quellen zur
politischen Krisensituation
während der Weimarer Zeit
Band IV:
Die preußische Provinz Hannover
Teil 4: Regierungsbezirk Aurich

Veröffentlichungen
der Niedersächsischen Archivverwaltung

Band 56

Archivalische Quellen zur politischen
Krisensituation während der Weimarer Zeit
in den ehemaligen Territorien des
Landes Niedersachsen

Ein analytisches Inventar

Band IV: Die preußische Provinz Hannover

Teil 4:

Akten staatlicher und kommunaler Dienststellen
sowie privater Herkunft im Regierungsbezirk Aurich

Bearbeitet von

Rolf Uphoff, Ingrid Hennings und Bernhard Parisius

Dienstbücherei
des Nds. Staatsarchivs
Aurich (Ostfriesland)

Vandenhoeck & Ruprecht

Vandenhoeck & Ruprecht

BS, K 45

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	IX
Einleitung	XI
Bestände des niedersächsischen Staatsarchivs in Aurich	
1. Wirtschaft	1
1.1 Finanzlage der öffentlichen Hand	1
1.1.1 Finanzlage im Regierungsbezirk Aurich im allgemeinen	1
1.1.2 Finanzlage der Kommunen	2
1.1.2.1 Städte Emden und Wilhelmshaven	2
1.1.2.2 Landkreise	4
1.1.2.3 Gemeinden A-Z	6
1.1.3 Haushaltsbelastung durch Personalkosten und Personalreduzierung	20
1.1.4 Steueraufkommen, Steuerreform	21
1.1.4.1 Städte Emden und Wilhelmshaven	21
1.1.4.2 Landkreise	23
1.1.4.3 Gemeinden A-Z	24
1.2 Wirtschaftliche Lage von Industrie, Handel und Gewerbe	33
1.2.1 Berichte zur Wirtschaftslage, Verbände und Innungen	33
1.2.2 Preisüberwachung und Zwangsbewirtschaftung	39
1.2.2.1 Preisüberwachung	39
1.2.2.2 Zwangsbewirtschaftung mit Torf und Kohle	42
1.2.2.3 Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln	42
1.2.3 Förderung der Infrastruktur und der Rahmenbedingungen	47
1.2.3.1 Allgemeine Maßnahmen	47
1.2.3.2 Kreditwirtschaft	51
1.2.3.3 Eisenbahn und Straßenbau	54
1.2.3.4 Schifffahrt, Häfen	58
1.2.3.5 Elektrizität	60
1.2.3.6 Torfindustrie	61
1.2.3.7 Reglementierung von Ausländern, Juden und Zigeunern	63
1.3 Wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft	64
1.3.1 Förderung der Kultivierung und landwirtschaftlichen Siedlung	64
1.3.2 Belastung der Landwirtschaft mit Steuern, Abgaben und Pachten	67

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnete diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

ISBN 3-525-35541-6

© 2003, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

www.vandenhoeck-ruprecht.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist
urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany.

Satz: Satzspiegel, Nörten-Hardenberg
Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen
Umschlagkonzeption: Markus Eidl, Göttingen
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

1.4	Wirtschaftlich motivierte Streiks	69
2.	Arbeits- und Sozialpolitik	72
2.1	Tariffragen und Arbeitsrechtsangelegenheiten	72
2.1.1	Betriebsverfassung, Betriebsräte und Tariffragen	72
2.1.2	Schlichtungsausschüsse und Arbeitsgerichte	76
2.1.3	Arbeitszeitregelungen und Arbeitsschutzbestimmungen	78
2.1.4	Arbeitsbedingungen landwirtschaftlicher Arbeiter	79
2.2	Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung	82
2.2.1	Arbeitslosigkeit; Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenvermittlung	82
2.2.2	Arbeitsbeschaffung und Freiwilliger Arbeitsdienst	85
2.3	Wohlfahrtslasten	90
2.3.1	Organisation des Wohlfahrtswesens, Wohlfahrtslasten	90
2.3.2	Arbeitsbereiche des Wohlfahrtswesens	94
2.3.2.1	Jugendfürsorge	94
2.3.2.2	Kriegbeschädigten-, Kleinrentner- und Sozialrentnerfürsorge	97
2.3.2.3	Erwerbslosenfürsorge, Fürsorgerichtshäuser	99
2.3.3	Einzelne Notstandsmaßnahmen	100
2.3.3.1	Einzelne Hilfsaktionen	100
2.3.3.2	Inselhilfe	103
2.4	Schule und Bildungswesen	104
2.4.1	Allgemeine Schulverwaltung	104
2.4.2	Volksschule	107
2.4.3	Jüdische Schule	108
2.5	Wohnungswesen	108
2.5.1	Wohnungsnot und Wohnungsbauförderung	108
2.5.2	Regelung des Verhältnisses zwischen MieterInnen und Vermietern	113
2.6	Gesundheitsfürsorge, hygienische Verhältnisse	115
2.7	Auswanderung	118
3.	Verwaltung und Verwaltungsreform	121
3.1	Kreisreform	121
3.2.	Eingemeindungen	122
4.	Politische Bewegungen	125
4.1	Politische Lageberichte, Beschwerden und Pressewesen	125
4.2	Wählen und Ämterbesetzungen	130
4.2.1	Reichs-, Landtags- und Provinzialwahlen	130
	<i>Bibliographie</i>	193
	<i>Index</i>	201

Abkürzungsverzeichnis

a.D.	außer Dienst	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club
ADAC		Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ADGB		Aktiengesellschaft
AG	allg.	allgemein
betr.	betreffend	Bürgervorsteher
Bv.	bzgl.	bezüglich
Co.	Compagnie	
DDP	Deutsche Demokratische Partei	
DNVP	Deutschnationale Volkspartei	
dt.	deutsche	
DVP	Deutsche Volkspartei	
e.V.	eingetragener Verein	
ev.	evangelisch	
Geh.	Geheimer	
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
ha	Hektar	
hrsg./Hrsg.	herausgegeben/Herausgeber	
jüd.	jüdisch	
Jungdo	Jungdeutscher Orden	
kath.	katholisch	
kgL.	königlich	
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	
ländl.	ländlich	
landrät.	landrätslich	
Ltd.	Limited	
Maschr.	Maschinenschrift	
Nds.	Niedersächsisch	
NS	Nationalsozialistisch	
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	
NWK	Nordwestdeutsche Kraftwerke	
preuß.	preußisch	
RFB	Rot Frontkämpfer-Bund	
RM	Reichsmark	
RT	Reichstag	
SA	Sturmabteilung	

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SAA	Staatsarchiv Aurich
staatlich	staatlich
US	United States
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VOST	Vereinigung Ostfriesischer Stammviehzüchter
WESAG	Weser-Ems-Stromversorgung AG

Einleitung

Der vorliegende Band ist der vorletzte von mittlerweile sechs zum Thema „Krisensituations während der Weimarer Republik“. Der erste Band dieser von der niedersächsischen Archivverwaltung begründeten Reihe erschien 1984 zum Freistaat Braunschweig.

Es folgten die ebenfalls vor der Bildung Niedersachsens selbstständigen Länder Schaumburg-Lippe und Oldenburg sowie die Regierungsbezirke Osnabrück und Stade der preußischen Provinz Hannover und zuletzt der Oberpräsident. Die Reihe will Akten aus der Zeit der Weimarer Republik erschließen, die Aufschluss geben über die politische Krisensituation im Deutschen Reich und besonders im Gebiet des heutigen Niedersachsen, um damit der historischen Regional- und Lokalgeschichtsschreibung wichtige Impulse zu geben.

Das Inventar bietet eine Aufstellung von überlieferten Aktenbeständen aus der Zeit der Weimarer Republik im Regierungsbezirk Aurich. Die thematische Zuspiitung auf „Krisensituationen“ soll den Blick auf die Frage nach den Ursachen der Stabilität und des Scheiterns des ersten demokratischen Staates in Deutschland richten.¹ Dabei ist allerdings keine Einengung auf die akuten, allgemein sichtbaren Krisenhöhepunkte beabsichtigt. Vielmehr benutzt das vorliegende Inventar einen extensiven Krisenbegriff. Er umfasst das Vorfeld der Krisen und sucht so, ihre Wurzeln freizulegen. Es erfolgt damit nicht nur eine Auswahl der archivalischen Quellendokumente nach dem Kriterium des Vorhandenseins einer akuten Krisensituation, wie der Novemberrevolution, der Inflation oder der Weltwirtschaftskrise, sondern auch Quellen zur Vorgeschichte der akuten Krisen werden vorgenommen. So ist z. B. die Zuspiitung der Inflation in Deutschland nicht ohne die anlehnende Kriegsfinananzierung zu erklären.² Sie schuf nicht nur eine erhebliche nicht durch Güter abgedeckte Geldmenge, sondern auch eine Tradition der Finanzierung von Staatsaufgaben durch Anleihen, die auch im Untersuchungsgebiet fassbar wird. Hieraus ergibt sich eine Aufweichung der durch die historische Forschung vorgegebenen Begrenzung der Epoche der Weimarer Republik zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933. Damit finden auch Quellendokumente aus dem Vorfeld der Weimarer Zeit und der ersten Phase des Dritten Reiches Eingang in das Inventar.

Nach dem Konzept eines entsprechenden Inventars für den Regierungsbezirk Stade von Ute Heinrichs³ erfolgte auch die thematische Zuordnung der erfassten Aktenbestände

¹ Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsphase der deutschen Republik, hrsg. von Heinrich August Winkler, Bonn 1988.

² Dietmar Perzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977, S. 81.

³ Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen. Ein analytisches Inventar, Bd. 4: Die preußische Provinz Hannover, Teil 2: Akten der staatlichen Dienststellen im Regierungsbezirk Stade, bearb. von Ute Heinrichs (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, H. 46), Hannover 1988, S. 26.

nach den Themengruppen Wirtschaft, Arbeits- und Sozialpolitik, Wohlfahrtswesen und schließlich Politische Bewegungen. Bei der Feingliederung ergaben sich allerdings deutliche Abweichungen, die in der unterschiedlichen Struktur der beiden Regierungsbezirke begründet sind. Im landwirtschaftlich geprägten Ostfriesland traten industrielle Strukturprobleme meist nur als untergeordnete Tagesordnungspunkte bei wirtschaftspolitischen Beratungen auf, was sich im Umfang der Aktenüberlieferung zeigt. Die Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln oder Fragen der Moorökultivierung nehmen in der Aktenüberlieferung einen sehr viel größeren Raum ein. Die Folgen der wirtschaftlichen Demobilisierung im Industriebereich waren räumlich vor allem auf den Werft- und Hafensektor der Stadt Emden konzentriert. Die Werftindustrie in Wilhelmshaven spielte wegen ihrer Eigenschaft als Marinebetrieb eine Sonderrolle. Demobilisierung und Demontage fanden unter der Regie der Marine statt, so dass der größte Teil der Aktenüberlieferung nicht im niedersächsischen Staatsarchiv in Aurich, sondern in den Reichsbahndienst und der Reichswehr zugeordneten Archiven vorhanden ist.⁴

Die Aufschlüsselung nach Themenbereichen erleichtert den Zugang zum Archivbestand. Sie erlaubt eine schwerpunktartige Forschung nach spezifischen Gesichtspunkten wie z. B. Arbeitsmarktentwicklung. Der Index dient als zusätzliches Hilfsmittel, weil viele Akten themenübergreifend angelegt sind. So finden sich unter dem Aktentitel „Demobilisierung“ nicht nur Vorgänge zu diesem Bereich, sondern auch zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder zur Erwerbslosenfürsorge und zu Lohnartriffragen oder Streiks.

Das vorliegende Inventar soll ein Werkzeug für den Forschenden sein. Es ermöglicht aber auch eine schnelle Information über Ereignisse und Tendenzen von 1918 bis 1933 in Ostfriesland.

Die im Inventar vorgestellten Akten aus dem niedersächsischen Staatsarchiv in Aurich stammen aus 18 Beständen. Um ein möglichst umfassendes Bild der Krisen während der Periode zwischen 1918 und 1933 zu gewinnen, wurden neben Akten der obersten Verwaltungsbehörde des Regierungsbezirks, der Regierung in Aurich, auch Aktenbestände aus den Landrätsämttern, aus den Fachbehörden, aus den im Staatsarchiv deponierten Archiven der Städte Aurich und Norden und den Gemeindeverwaltungen des Bezirks in das Inventar aufgenommen. Sie stammen überwiegend aus folgenden Beständen:

1. Regierung Aurich. Dieser Bestand ist unterteilt in:

- Rep. 16/1: Allgemeine Verwaltung, Kommunalaufsicht
- Rep. 16/2: Schul- und Kirchenaufsicht
- Rep. 16/3: Abteilung für Domänen und direkte Steuern
- Rep. 16/4: Abteilung für Wasserbau, Straßen und Schifffahrt

2. Landkreise im Regierungsbezirk:

- Rep. 26: Landratsamt in Aurich
- Rep. 28: Landratsamt in Emden (bis 1932 selbstständiger Landkreis)

⁴ So z. B. vor allem im Bundesarchiv, Abt. Militärarchiv.

– Rep. 32: Landratsamt in Leer (ab Okt. 1932 vereinigt mit dem Landkreis Weener)
 – Rep. 36: Landratsamt in Norden (ab Okt. 1932 vereinigt mit dem Landkreis Emden)
 – Rep. 41: Landratsamt in Weener (bis 1932 selbstständiger Landkreis)
 – Rep. 44: Landratsamt in Wittmund

3. im Staatsarchiv deponierte Stadtarchive
 – Dep. 34 Stadtarchiv Aurich (sowie Dep. 35 Ammenverwaltung Aurich)
 – Dep. 60 Stadtarchiv Norden

4. Rep. 109 Staatsanwaltschaft Aurich

5. Fachbehörden
 – Rep. 54 Kulturmuseum Aurich
 – Rep. 56 Gewerbeaufsichtsamt Emden
 – Rep. 151 Wasser- und Schifffahrtsamt Emden.

6. Vereins-, Verbands- und Parteiarchive

- Rep. 227/1 Jungdeutscher Orden, Kreisbruderschaft Ostfriesland
- Rep. 227/8 Deutsch-Nationale Volkspartei, Kreisverband Aurich.

Die Aktenbestände zur Geschichte der Weimarer Republik und ihrer Krisensituationen im Bereich des preußischen Regierungsbezirks Aurich sind in vier Kapitel gegliedert, die in Unterabschnitte aufgeteilt sind. Das erste Kapitel enthält Aktenbestände über die Finanzlage der öffentlichen Hand und zu Fragen der Wirtschaft. Beleuchtet werden zuerst die Verschuldung der Städte und Kommunen des Regierungsbezirks, deren allgemeine Finanzlage und die Bemühungen der Verwaltungen auf Regierungs- und kommunaler Ebene um eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Eine Konsolidierung bedurfte neben Einsparungen auf der Ausgabenseite einer Verbesserung der Einnahmesituation. Deshalb finden Akten der Steuerverwaltungen Eingang im ersten Kapitel des Inventars.

Der Erste Weltkrieg zerrißte die öffentlichen Finanzen tiefgreifend. Viele Kommunen zeichneten Kriegsanleihen, die durch Kredite bedient werden mussten. Dazu kamen Ausgaben für Kriegsopferfürsorge und für Aufwendungen, die sich aus den kriegswirtschaftlichen Erfordernissen ergaben. Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages in Compiègne im November 1918 strönten die entlassenen deutschen Soldaten in die Heimat zurück. Die Demobilisierung belastete die staatlichen Finanzen durch Ausgaben für Arbeitsbeschaffung und andere mit der notwendigen Umstellung der Kriegswirtschaft im Zusammenhang stehende Aufgaben. Alle Ausgaben wurden zum einen durch Anleihen⁵, zum anderen durch Steuererhöhungen finanziert.⁶ Das dadurch entstehende Inflationspotenzial erhöhte durch die über die Notenpresse erfolgende Fi-

⁵ Vgl. z. B. StAA Rep. 36 Nr. 1310: Vorlage des Kreisausschusses über Aufnahme von Anleihen zur Deckung der Mehrausgaben infolge der Zinsbelastung durch Kriegsanleihedarlehen, Lebensmittel-einkäufe, Familienunterstützung und Einwohnerwehr, Sept. 1919.

⁶ Vgl. z. B. StAA Rep. 16/1 Nr. 1671: Bericht des Magistrats der Stadt Emden über Notwendigkeit der Anhebung der Realsteuern zur Deckung des Haushalts, Jan. 1921.

nanzung der im Versailler Friedensvertrag verankerten Reparationen weiteren Auftrieb. Die Inflation erreichte im Herbst 1923 mit der faktischen Außerkraftsetzung der Mark ihren Höhepunkt.⁷ Der Dawes-Plan zur Regelung der deutschen Reparationszahlungen und der Rückzahlung der Verbindlichkeiten seiner ehemaligen Kriegsgegner ermöglichte den Erfolg der von der Regierung Stresemann eingeleiteten Währungsreform. Auch die einsetzende regressive staatliche Ausgabenpolitik trug zum Erfolg der Reform bei.

Die Währungsreform führte zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, die bereits während der Inflationsphase in Ostfriesland eine beträchtliche Höhe erreicht hatte. Durch wirtschaftsfördernde Maßnahmen versuchten die staatlichen Instanzen dieser Entwicklung gegenzusteuern, die allerdings die Ausgabenseite erneut belasteten. Die Kommunalverwaltungen fielen wieder in die Anleihefinanzierung zurück, die durch das Einströmen insbesondere von US Kapital nach Europa erleichtert wurde. Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise getrieben die Kommunalverwaltungen durch die Rückförderung von Auslandskrediten und kurzfristigen Anleihen in eine schwierige Lage. Dazu erreichten die Ausgaben für Arbeitslosen- und Wohlfahrtsverwaltungen Unterstützung unkalkulierbare Höhlen. Mit Hilfe von Sparprogrammen versuchten die öffentlichen Verwaltungen ihre Ests unter Kontrolle zu halten.⁸ Dazu dienten auch Steuererhöhungen und die Einführung neuer Steuern.⁹

Der Erste Weltkrieg ließ eine enge Verzahnung zwischen Staat und Wirtschaft entstehen.¹⁰ Die Kriegserfordernisse ermöglichten neue staatliche Lenkungsmaßnahmen, die nach 1918 fortbestanden. Der Lenkung waren die Rohstoffmärkte, der Warenaustauschmarkt und der Arbeitsmarkt unterworfen. Während des Krieges konzentrierte sich die Rüstungsproduktion auf die Werftstandorte in Emden und Wilhelmshaven. Deshalb betrafen die 1918/19 gemäß dem Waffenstillstandsabkommen zu Compiègne und dem Versailler Friedensvertrag durchgeführten Demontagen und Abrüstungsmaßnahmen hauptsächlich die beiden großen Städte des Regierungsbezirks. Die daraus resultierende Arbeitslosigkeit verschlechterte jedoch die ohnehin durch Lebensmittel- und Brennstoffmangel beeinträchtigten Lebensbedingungen der Bewohner Emdens und Wilhelmshavens.¹¹ In den Berichten zur Wirtschaftslage spielt die Arbeitslosigkeit eine zentrale Rolle. Durch Staatsaufträge und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen versuchten Regierung und Kommunen die Zahl der Arbeitslosen zu begrenzen.¹² Allerdings kennmten die Folgen des verlorenen Krieges (Reparationen) den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft.

7 Vgl. z.B. StAA Rep. 109 Nr. A 313; Notgesetz, Schutz der Währung und der Finanzen; Bericht des Landrats des Kreises Wittmund an den Oberstaatsanwalt in Aurich, Sept. 1923.
8 Petzina, S. 87. Vgl. z. B. StAA Rep. 16/1 Nr. 2664; Haushaltsplan der Stadt Wilhelmshaven, 1921–1931.
9 Vgl. z. B. StAA, Rep. 16/1 Nr. 4343; Gemeindeabgabenordnung der Stadt Leer; Bericht des Magistrats Leer über zusätzliche Ausgaben durch die Errichtung der Kreisumlage und notwendige politische Maßnahmen zur Deckung des Ersts, Dez. 1930.
10 Vgl. z. B. Albert Hesse, Freie Wirtschaft und Zwangswirtschaft im Kriege, Berlin 1918.
11 Vgl. z. B. StAA, Rep. 28, Nr. 1190; Handel mit Lebens- und Futtermitteln, 1916–1924; StAA Rep. 16/1 Nr. 1418 u. 1419; KohleverSORGUNG.
12 Vgl. z. B. StAA Rep. 16/1 Nr. 1502; Demobilisierung; Aufstellungen über Reichsbahnaufträge, April 1919.

13 Vgl. Alerk Janssen/Remmer Iben, Landarbeiterleben in der Marsch von 1900–1950, Emden 1950 und Hans Martin Barth/Onno Poppinga/Hiltraur Roth, Ostfriesland; Biographien aus dem Widerstand, Frankfurt/Main 1986.
14 Vgl. StAA Rep. 32 Nr. 687; Handwerkvereine und Innungen, auch Gesellenausschüsse; Verfügung des Regierungspräsidenten über Bildung einer Zwangsinnung für das Schiffzammererhandwerk, Juni 1919.

15 Vgl. StAA Rep. 28 Nr. 4199; Gründung eines Elektrizitätswirtschaftsverbandes, 1921–1930.
16 Vgl. Girozentrale Ostfriesland (Hg.), Vergleichende Wirtschaftszahlen 1919–1923, Emden 1923; StAA Rep. 32 Nr. 1528; Allgemeine Bestimmungen und Verordnungen betr. das Sparkassenwesen, 1923–1924.

17 Vgl. z. B. StAA Rep. 16/1 Nr. 4140; Übermäßige Preisseigerungen und Preisprüfungsstellen, 1915–1919.

Rohstoffknappheit und Lebensmittelmangel, die aus dem Verlust von Auslandsmärkten und dem Devisennangel resultierten, ließen die Zwangsbewirtschaftung weiter bestehen.

Arbeitslosigkeit beruhte in Ostfriesland außerdem auf strukturellen Problemen.

Der geringe Industrialisierungsgrad erhöhte die Bedeutung von Handwerk und Landwirtschaft¹³ als Arbeitgeber. Das Handwerk verharre allerdings in seinen traditionellen Strukturen. Es litt unter dem kriegs- und krisenbedingten Nachfragerückgang und forderte vom Staat Exklusivrechte, die auf eine Wiederherstellung des Zunftwesens hin-ausließen.¹⁴ Vom Handwerk gingen wenige Modernisierungsimpulse aus. Die Regierung und die ihr untergeordneten Verwaltungen versuchten die Strukturen des Agrarlandes Ostfriesland zu verändern. Die Förderung der Kleinbahnen und Eisenbahnen, die Fortcierung eines Straßenbauprogramms und der ab der Mitte der 1920er Jahre eingeleitete Aufbau des öffentlichen Omnibusverkehrs sowie die Förderung des Emder Hafens sollten die Anbindung Ostfrieslands an das Hinterland verbessern und die Absatzchancen von Industrie und Landwirtschaft erhöhen. Der Aufbau des Verkehrsnetzes hatte darüber hinaus die Funktion eines Arbeitsbeschaffungsprogramms. Der Schaffung von Infrastrukturen für eine Industrialisierung diente der Auf- und Ausbau eines Versorgungsnetzes für elektrische Energie.¹⁵ Hier spielte die Landesregierung des Freistaats Preußen durch die Gründung der Preussag und den Aufkauf der örtlichen Stromversorgungsnetze eine zentrale Rolle.

Die staatlichen Anstrengungen bei der Wirtschaftsförderung und die bereits im Ge-

folge des Ersten Weltkriegs vermehrten Aufgaben des Staates erhöhten seinen Finanz-

bedarf. Viele dieser Aufgaben konnten nur über Kredite finanziert werden. Dabei ver-suchten besonders die Kommunen ihren Kreditbedarf durch die von ihnen beherrschten Sparkassen zu decken.¹⁶ Daraus resultierten Missstände, die zur Erabilierung einer staatlichen Bankenaufsicht führte. Außerdem veränderte die neue Funktion den Sparkassen als Kreditgeber der öffentlichen Hand ihren Charakter: Die Sparkassen wurden zu Vollbanken, die auch durch Kreditvergabe an Privatgläubiger die regionale Wirtschaft bee-influssten. Durch Preisüberwachung versuchten die staatlichen Verwaltungen den inflati-onären Tendenzen zu Beginn der 20er Jahre entgegenzutreten.¹⁷ Diese Form der dirigistischen Wirtschaftspolitik hing mit der Zwangsbewirtschaftung des Ersten Welt-krieges zusammen. Sie war nicht imstande, inflationäre Entwicklungen, die aus den Folgen des Krieges und der Anleihefinanzierung der Reparationen und der Staatsausga-ben entstanden waren, zu bekämpfen.

Der Landwirtschaft wurde entsprechend ihrer Bedeutung für die ostfriesische Wirtschaft ein eigener Abschnitt im Inventar zugewiesen. Ein Teilbestand der archivierten Akten beschäftigt sich mit der Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln, die sich aus dem kriegsbedingten Nahrungsmittelemangel ergab. Die Zwangsbewirtschaftung war die Quelle tief greifender Spannungen zwischen Bauern und der staatlichen Verwaltung und zwischen Landwirten und der übrigen Bevölkerung. Die bäuerliche Bevölkerung und ihre Organisationen machten die Republik für die Probleme der Landwirtschaft verantwortlich, obwohl sie Folgen des von der kaiserlichen Regierung verlorenen Krieges waren.¹⁸ Nach der Währungsreform von 1923 verharrte die Landwirtschaft in einer Krisensituation. Sie litt unter den auf dem Weltmarkt fallenden Agrarpreisen.¹⁹ Deshalb forderten die Standesvertreter der Landwirte einen protectionistischen Schutz durch erhöhte Agrarzölle. Die Regierung in Aurich und die ihr nachgeordneten Behörden kamen ihnen im Streben nach einer Abkopplung von der Weltwirtschaft entgegen. Durch Förderung der Kultivierung, vor allem der Moorgebiete, sollte die landwirtschaftlich genützige Fläche vergrößert werden, um von Nahrungsmittelleinschiffen unabhängig zu werden.²⁰ Zugleich erhofften sich die Verantwortlichen durch die Vermehrung baulicher Siedlungsstellen eine Verringerung der Arbeitslosigkeit. Im Hintergrund stand der romantische Gedanke der Überwindung der anonymen Industriegesellschaft. Symptomatisch dafür ist die Verteufelung der liberalen Marktwirtschaft in Publikationen bürgerlicher Autoren.²¹ Der bereits erwähnte Ausbau des Verkehrsnetzes sollte der Landwirtschaft neue Impulse geben. Allerdings war sie einer belastenden Steuerpolitik des Staates unterworfen. In Verbindung mit der allgemeinen Agrarkrise führte sie zu einer Zunahme von Zwangsversteigerungen und einer Verschärfung des Konflikts zwischen Staat und Landwirtschaft. An der Staatsfeindlichkeit der Landwirte änderten auch Not hilfprogramme wenig.²²

Die Phase zwischen 1918 und 1923 führte wegen der stetig steigenden Preise für die Lebenshaltung zu Spannungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die sich in Streiks entluden. Am bedeutsamsten waren die Streiks der Landarbeiter im Rheiderland und in der Krummhörn. Auch in Teilen des Kreises Norden kam es zu Spannungen zwischen Bauern und Landarbeitern. Gegen diese Streiks schritt die Staatsgewalt rigoros ein. Streikführer wurden festgenommen und zu drakonischen Strafen verurteilt.²³ Die meisten anderen Konflikte konnten durch Sprüche der Schlichtungsausschüsse beigelegt werden. Die wenigen Streiks in der gewerblichen Wirtschaft blieben örtlich und zeitlich

begrenzt.²⁴ Im Winter 1928 fand in Aurich, dem Sitz der Bezirksregierung, eine Kundgebung der ostfriesischen Wirtschaftsverbände statt.²⁵ Sie geriet nicht nur zu einer Demonstration gegen die Wirtschaftskrise, sondern auch gegen die Republik.

Das zweite Kapitel des Inventars beschäftigt sich mit der Sozial- und Arbeitspolitik während der Weimarer Zeit in Ostfriesland. Darunter wurde auch das Bildungswesen und das Kirchenwesen subsumiert. Diese Zuordnung erfolgte wegen der engen Verzahnung dieser Bereiche mit der staatlichen Sozialpolitik. Die Novemberrevolution von 1918 brachte einen Wandel der Beziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Ein Betriebsverfassungsgesetz²⁶ verankerte eine betriebliche Mitbestimmung von Beamten, Angestellten und Arbeitern. Die damit zusammenhängenden archivierten Aktenvorgänge bilden den ersten Unterabschnitt des zweiten Kapitels. Die folgenden Unterabschnitte befassen sich mit der Regelung von Tariffragen, Arbeitsschutz- und Arbeitszeitproblemen. Tendenziell ist eine Aushöhlung und Abschaffung der revolutionären Errungenschaften des November 1918 festzustellen. Das reicht von der Einschränkung der Mitbestimmung bis zur Aufhebung des Achstundentages.²⁷ Um einen Vergleich zwischen den Arbeitsbedingungen in der Industrie und dem Gewerbe und denen in der Landwirtschaft zu erleichtern, wurden die Vorgänge über die Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Arbeiter einem besonderen Unterabschnitt zugeordnet. Bis in die erste Phase der nationalsozialistischen Regierung hinein reichen die im Inventar aufgeführten Vorgänge über das Vorgehen gegen Beamte und Angestellte der Regierung in Aurich wegen ihrer politischen Gesinnung. Das ermöglicht eine Analyse des Wandels der Beziehung zwischen einem öffentlichen Arbeitgeber und seinen Bediensteten.

Im Unterabschnitt 2.2. wird auf die Arbeitslosigkeit und damit zusammenhängende Probleme eingegangen. Zunächst erforderte die „Bewirtschaftung“ des knappen Arbeitsangebotes einen behördlichen Verwaltungapparat, dem die Arbeitsvermittlung oblag.²⁸ In der Nachkriegszeit errichteten die Kreise und größeren Städte des Regierungsbezirks Arbeitsnachweise. Sie bildeten die unterste Ebene der Arbeitsverwaltung und wurden mit ihrer Reorganisation im Zuge der Bildung einer Arbeitslosenversicherung 1927 zu Arbeitsämtern, die dem Reich unterstanden. Die Zunahme der Erwerbslosigkeit nach der Demobilisierung erforderte die Unterstützung der Betroffenen. Als Hauptträger dieser Unterstützung galten zunächst die Kommunen, aber als sich deren Überforderung herausstellte, flossen zu diesem Zweck Mittel aus der Landes- und Reichskasse.²⁹ Die Vorgänge über diesen Bereich bilden einen eigenen Unterabschnitt.

¹⁸ Vgl. z.B. StAA Rep. 28 Nr. 1189; Getreideumlage; Eingabe verschiedener Landwirte an den Landrat des Kreises Emden über Ablehnung der Getreideumlage als „Fehlentscheidung des parlamentarischen Systems“ Juli 1922.

¹⁹ Vgl. z.B. StAA Rep. 44 Nr. 308; Geschäftsbericht der Sparkasse Wittmund, 1929.

²⁰ Vgl. Dirk Dyckerhoff, Die deutschen Moore, ihre Nutzung und Bedeutung für die Volkswirtschaft, Diss., Köln 1927.

²¹ Vgl. z. B. Hans Thierbach, Welt im Wandel. Eindrücke von einer Reise durch die Vereinigten Staaten, Japan und Sowjetrussland, Berlin 1932.

²² Vgl. StAA Rep. 21 c, Nr. 787; Immediatberichte über Preußens landwirtschaftliche Verwaltung, landwirtschaftliches Norprogramm und seine Ausgestaltung, 1928.

²³ Vgl. StAA Rep. 109 Nr. A 33; Verzehrnis der Schwurgerichtssachen und das Ergebnis des Schwurgerichts.

²⁴ Vgl. StAA Rep. 16/1 Nr. 2228; Verschiedene politische Angelegenheiten: Bericht des Regierungspräsidenten über Streiks und Generalstreik in den Landkreisen Emden und Norden wegen Lohnforderungen, Sept. 1923.

²⁵ Vgl. StAA Rep. 16/1 Nr. 2160; Kundgebung der ostfriesischen Wirtschaftsverbände, 1928.

²⁶ Vgl. Michael Schneider, Zwischen Machtanspruch und Integrationsbedürfnis: Gewerkschaften und Politik 1918–1923, in: Karl Dietrich Brächer/Marifred Funke/Hans Adolf Jacobissen, (Hg.), Die Weimarer Republik, Ulm 1987, S. 179–196.

²⁷ Vgl. StAA Rep. 16/1 Nr. 1509; Demobilmachung; Anordnung des 10-Stunden-Tages im Müllergewerbe, 1922.

²⁸ Vgl. z. B. StAA Rep. 36 Nr. 579; Errichtung eines gemeinnützigen Arbeitsnachweises auf Nordernen, 1918–1926.

²⁹ StAA Rep. 16/1 Nr. 1514; Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, 1918–1919.

Sie belegen, dass die Arbeitslosenfürsorge eine „Errungenschaft“ der Demobilisierung war. Das gilt auch für die Arbeitsbeschaffung.

In der Nachkriegszeit wurden Arbeitbeschaffungsmaßnahmen in Form von Notstandsarbeiten durchgeführt.³⁰ Sie sollten die arbeitslosen Heeresaussentlassenen während der Umstellungssphase der Wirtschaft beschäftigen. Außerdem dienten sie der Wirtschaftsförderung, indem sich die Notstandsarbeiten auf den Wegebau und die Landesverschließung (Kultivierung, Melioration) konzentrierten. Notstandsarbeiten blieben in den 20er Jahren ein Instrument zur Begrenzung der Arbeitslosigkeit in Ostfriesland. Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise erreichte die Erwerbslosigkeit neue Dimensionen. Doch erst zur Jahreswende 1931/32, nachdem das Reich, entlastet durch das Hoover-Moratorium und das folgende Ende der Reparationszahlungen, Mittel bereitstellte, kamen großangelegte Arbeitsbeschaffungsprogramme zur Durchführung. Als Instrument zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit diente die Einführung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“.³¹ Dieser Arbeitsdienst, dominiert von rechts stehenden und nationalistischen Trägern,³² wurde darüber hinaus als Vorstufe der angestrebten Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht gewertet. Er sollte die Bestimmungen des Versailler Vertrages weiter ausöhnen, nachdem die Reparationsfrage sich durch die Weltwirtschaftskrise erledigt hatte.

Die Vorgänge zur Sozialpolitik wurden einem besonderen Unterabschnitt zugewiesen. Ein wesentlichen Bestandteil bilden die finanziellen Belastungen der Kommunen und Landkreise durch die Wohlfahrtsfürsorge. Sie lähmten besonders während der Weltwirtschaftskrise die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden. Die Sozialpolitik beschränkte sich nicht auf die unmittelbare Wohlfahrtsfürsorge. Ihre Arbeitsbereiche umfassten darüber hinaus die Jugendfürsorge und die Kriegsbeschädigten- und Kleinrentnerfürsorge. Besondere Bedeutung erhielt die Jugendfürsorge. Die Regierung in Aurich, die Kreisverwaltungen und Gemeinden ernannten ausgebildete Jugendpfleger, meist Lehrer und Geistliche, die eine Betreuung der Jugendlichen auch im ländlichen Raum sicherstellen sollten. Diese Betreuung umfasste sportliche Aktivitäten, Jugendwandern und Fortbildungsvorlesungen.³³ Zum Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise wurden Speisungen für die besonders von Unterernährung betroffene Stadtjugend durchgeführt.³⁴ In einigen besonders von der Nachkriegskrise betroffenen Gemeinden mussten die Nahrungsmittel spenden auf weite Teile der Bevölkerung ausgedehnt werden. So richtete z. B. Neustadt Göden 1923 eine Suppenküche für Bedürftige ein.³⁵

Die Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit und die Große Depression nach 1929 machten einige Gebiete innerhalb des Regierungsbezirks Aurich zu ausgesprochenen Nor-

standsregionen. Dazu gehörten die Ostfriesischen Inseln, die vom Tourismus und Bäderverkehr abhängig, keinen Rückgang der Gästezahlen verkraften konnten. Bereits während des Ersten Weltkrieges legte der preußische Staat in Verbindung mit den Reichsinstanzen ein Hilfsprogramm auf.³⁶ Allerdings bestand die Inselhilfe aus Krediten, deren Rückzahlung die Pensions- und Hotelbesitzer belasteten. Während der Weltwirtschaftskrise schnürrten die staatlichen Instanzen keine neuen Hilfspakete nach dem Vorbild derjenigen von 1914–1918. Ihre Hilfe beschränkte sich auf Steuerstillungen und Badepachtentäßigungen.³⁷

Das Bildungswesen ist ein Bestandteil des Inventars, weil sich auch in ihm die Krise der Weimarer Republik widerspiegelt. Während der ersten Republik fand eine intensive Diskussion um die Demokratisierung der Schule statt.³⁸ Die Erziehung sollte die selbstständige, demokratisch orientierte Persönlichkeit fördern. Eine grundsätzliche Reform des Schulsystems strebte die Chancengleichheit der Schüler an. Allerdings blieben die Reformen im Diskussionsstadium stecken. Praktische Wirklichkeit wurde nur die Einführung der Grundschule als Regelschule.³⁹ Die Weimarer Zeit war eine Epoche von Experimenten auch im Bildungsbereich.⁴⁰ So hielt der Rundfunk als Unterrichtsmedium Einzug in den Schulen.⁴¹ Das Kirchenwesen war mit dem Bildungsbereich verbunden. Viele Geistliche fungierten als Religionslehrer. In jüdischen Gemeinden war der Lehrer zugleich Kultusbeamter. Diesem Unterabschnitt wurden außerdem die Vorgänge zu Problemen der jüdischen Minderheit in Ostfriesland untergeordnet, die u. a. besonders von Schulschließungen betroffen waren.

Wohnungsnot war in Ostfriesland während der gesamten Weimarer Zeit ein drängendes Problem. Viele Einwohner Emdens und Wilhelmshavens kehrten wegen der schlechten Lebensbedingungen und infolge des Personalabbaus auf den Werften sowie bei der Marine in die ländliche Heimat ihrer Eltern zurück.⁴² Sie erhöhten die Wohnungsnotfrage und erzwangen staatliche Regulierungseingriffe. Die Regierung und die ihr nachgeordneten Kommunalverwaltungen regten eine Wohnungsbauförderung an, die durch so genannte Hauszinssteintypotheken erfolgte. Die Wohnungsbauförderung sollte die Bautätigkeit verstärken und den Arbeitsmarkt entlasten. Krisen und Krisenzeiten beeinflussten den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Besondere Erwähnung verdienen die Jahresgesundheitsberichte der Medizinalräte im Regierungsbezirk Aurich. Sie illustrierten die unmittelbaren Auswirkungen der Krisen auf Physis und Psyche der Betroffenen.⁴³ Krisenhafte Entwicklungen beeinflussen auch die Auswanderung. Bereits

³⁶ StAA Rep. 16/1 Nr. 2908: Hilfmaßnahmen für die Ostfriesischen Inseln, 1915–1923.

³⁷ Vgl. StAA Rep. 36 Nr. 939: Notstandarbeiten und Inselhilfe für Norderney, 1922–1934.

³⁸ Vgl. Julius Hinrichs, Über staatsbürgerliche Bildung, in: Ostfriesisches Schulblatt, Nr. 10, 1919 und E. Siebelts, Die Einheitsschule, in: Ostfriesisches Schulblatt, Nr. 11, 1919.

³⁹ StAA Rep. 16/2 Nr. 9: Reform des Volksschulwesens, 1919–1936.

⁴⁰ Vgl. Elfriede Janssen, Schule in der Weimarer Republik, in: Klaus Freyrichs (Hg.), Beiträge zur Geschichte Emdens in der Volksschulen, 1927–1931.

⁴¹ StAA Rep. 16/2 Nr. 18: Schulrundfunk, Erfahrungsberichte und Anschaffung von Rundfunkanlagen in den Volksschulen, 1927–1931.

⁴² Vgl. z. B. StAA Rep. 16/1 Nr. 3895: Gemeinnütziger Bauverein für Wittmund und Umgebung; Fragebogen zur Wohnungssituation in Wittmund, Juni 1919.

⁴³ StAA Rep. 16/1 Nr. 3361–3362: Jahresgesundheitsberichte, 1929–1933.

im 19. Jahrhundert führten Miseranten und Agrarpreistrückgänge mit ihren Folgen zu einer vermehrten Emigration vor allem nach den USA. In der Weimarer Zeit kamen Ziele in Südamerika und Kanada hinzu.⁴⁴ Die Auswanderungsszene erreichte in Ostfriesland allerdings nicht den historischen Höchststand, den sie zur Mitte des 19. Jahrhunderts gehabt hatte.⁴⁵ Der letzte Unterabschnitt des zweiten Kapitels sammelt die Vorgänge über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Weitere Schwerpunkte liegen im Problem der zunehmenden Kirchenaustritte, dem Religionsunterricht in den Schulen und der kirchlichen Sozialpflege.⁴⁶

Das dritte Kapitel des Inventars enthält Vorgänge zur Verwaltungsreform. Bereits kurz nach der Novemberevolution stand auf der preußischen Landesebene eine Gebietsreform⁴⁷ auf der Tagesordnung. Die Diskussion fand vor dem Hintergrund von Abspaltungsbemühungen einzelner Provinzen statt. Im Regierungsbezirk Aurich blieb der Einfluss der Deutsch-Hannoverschen Partei (Welfen)⁴⁸, die eine Autonomie der Provinz Hannover, der der Regierungsbezirk Aurich angehörte, forderte, gering. Ostfriesland hatte nur von 1815 bis 1866 zum Königreich Hannover gehört. Die Arbeit der hannoverschen Verwaltung während dieser Zeit wurde von den meistens Ostfriesen nicht besser eingeschätzt als die der vorhergehenden preußischen Regierung, im Gegen teil: Die Bevölkerung begrüßte vielerorts die Rückkehr nach Preußen im Jahre 1866.

Nach 1918 blieb die Neuordnung der Verwaltung in den Anfängen stecken.⁴⁹ Verändert wurde die Stellung der Exklave Wilhelmshaven. Sie schied 1919 als kreisfreie Stadt aus dem Verbund mit dem Kreis Wittmund aus. Diese Reform verringerte aber keines der Strukturprobleme der Marinestadt. Ihre Verkehrsanbindung zum Regierungssitz Aurich blieb schlecht,⁵⁰ und ihr Hinterland gehörte zum Freistaat Oldenburg. Außerdem war sie eng mit der oldenburgischen Schwesterstadt Rüstringen verzahnt. Zwei Stadtverwaltungen bei unterschiedlicher Landeszugehörigkeit in einem einheitlichen Raum erschwerten die Stadtentwicklung. Erst 1937 erfolgte nach den Bestimmungen des Großhamburgsgesetzes eine Vereinigung der Jadesäde im oldenburgischen Staatsverband.⁵¹

Ein anderer Schwerpunkt der Gebietsreform war die Emdener Stadtentwicklung. Der geplante weitere Ausbau des Hafens und die projektierte Verlegung des Hauptbahnhofs in nördlicher Richtung ließ eine Eingemeindung der Umlandgemeinden nach Emden geboren erscheinen. Die ökonomische Ausrichtung der Umlandgemeinden auf die See austriebe, 1918–1923.

⁴⁴ StAA Rep. 16/1 Nr. 3140: Auswanderung, 1889–1936.

⁴⁵ Vgl. Jürgen Hoogstraat, Von Amerika nach Ostfriesland (Bibliothek Ostfriesland), Norden 1990.

⁴⁶ StAA Rep. 16/2 Nr. 384: Änderung des Religionsbekennisses: Statistische Berichte über Kirchen austritte, 1918–1923.

⁴⁷ Vgl. Klaus Neumann, Politischer Regionalismus und staatliche Neugliederung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in Nordwestdeutschland, Münster 1987, S. 106–113.

⁴⁸ Vgl. Günther Franz, Die politischen Wahlen in Niedersachsen, 1867–1949, Bremen 1953, S. 96.

⁴⁹ Vgl. Dietmar von Reeken, Ostfriesland zwischen Weimar und Bonn. Eine Fallstudie zum Problem der historischen Kontinuität am Beispiel der Städte Norden und Emden, Hildesheim 1991, S. 14.

⁵⁰ Vgl. z. B. StAA Rep. 16/1 Nr. 4569: Herstellung einer staatlichen Nebenbahn von Aurich nach Sande: Eingabe der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg an den Regierungspräsidenten in Aurich über die Notwendigkeit einer besseren Anbindung. Wilhelmshavens an den Regierungsbezirk, Febr. 1921.

⁵¹ StAA Rep. 16/1 Nr. 3115: Zusammenlegung der Städte Wilhelmshaven und Rüstringen, 1919–1937.

hafenstadt forderte die Eingemeindungsbestrebungen.⁵² Nach dem „Preußenschlag“, mit dem die Regierung des Reichskanzlers Franz von Papen im Sommer 1932 die demokratische preußische Landesregierung beseitigte, kam eine grundlegende Gebietsreform in Gang. Ihr fielen im Regierungsbezirk Aurich die Kreise Weener und Emden zum Opfer, die mit dem Kreis Leer vereint bzw. zwischen den Kreisen Leer und Norden aufgeteilt wurden.⁵³

Das vierte Kapitel des Inventars bietet Akten zur politischen Geschichte des preußischen Regierungsbezirks Aurich während der Epoche der Weimarer Republik. Die Novemberrevolution 1918 bedeutete für Ostfriesland in politischer Hinsicht keinen großen Einschnitt. Das belegen zunächst die Wahlergebnisse von 1919.⁵⁴

⁵² Vgl. StAA Rep. 28 Nr. 4049: Erweiterung des Stadtgebietes Emden: Bericht des Magistrats der Stadt Emden v. Sept. 1925.

⁵³ StAA Rep. 16/1 Nr. 175: Zusammenlegung der Landkreise Leer und Weener sowie der Landkreise Norden und Emden, 1930–1933.

⁵⁴ Vgl. StAA Rep. 36 Nr. 11: Aufführung des Reichswahlgesetzes, Wahlordnung (Kreis Norden): Bekanntmachung des Kreishabtes des Kreises Norden über Ergebnis der Wahl zur preußischen Landesversammlung, Febr. 1919; StAA Rep. 36 Nr. 12: Reichstagswahl 1920; StAA Rep. 44 Nr. 1: Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung (Kreis Wittmund), Jan. 1919.

Die Wahlergebnisse für die Wahlbezirke des ehemaligen Regierungsbezirks Aurich finden sich in folgenden Tageszeitungen:

- Anzeiger für das Harlinger Land
- Emdener Zeitung
- Leerer Anzeigenblatt
- Ostfriesische Nachrichten
- Ostfriesische Zeitung
- Ostfriesischer Kurier
- Grenzlandzeitung Rheiderland
- Rhein-Ems-Zeitung
- Volksbote.

Wahlergebnisse aus Ostfriesland finden sich auch bei: Günther Franz, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867–1949, Bremen 2. Auflage 1953 und Jeremy Noakes, The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933, London 1971.

Teilergebnisse bringen: Aneleene Akkermann, Machtergreifung und Gleichschaltung im Rheiderland, (Maschr.) Oldenburg 1989; dies., Aufstieg und Machtgerieftung der Nationalsozialisten im Rheiderland 1929 bis 1936, in: Herbert Reyer (Hg.), Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur, Aurich 1998, S. 239–297; Edith Backhaus, Die Reichstagswahlen in den Kreisen Leer und Weener von 1919 bis 1933, 2. Bde., (Maschr.) Oldenburg 1977; Gerald Fiene, Die Stadt, die Parteien und ihre Wähler. Die politische Entwicklung in Aurich von 1929 bis 1933, in: Heimatkunde und Heimatgeschichte, Beilage der Ostfriesischen Nachrichten, 1988, Nr. 7–9; Onno Mensen Folkerts, Die Entwicklung der liberalen Parteien der Weimarer Republik in Ostfriesland, Oldenburg 1975; Ingo Kerkau, Werbung, Auseinandersetzung und Ergebnisse bei den Reichstagswahlen im Landkreis Wittmund während der Weimarer Republik (1920–1933), 2. Bde., (Maschr.) Wiesmoor 1977; Inge Lüpke Müller, Der Landkreis Wittmund zwischen Monarchie und Diktatur. Politische Strukturen und Wahlergebnisse von 1918 bis 1933, in: Herbert Reyer (Hg.), Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur, S. 11–83; Dietmar von Reeken, Ostfriesland zwischen Weimar und Bonn. Eine Fallstudie zum Problem der historischen Kontinuität am Beispiel der Städte Aurich und Emden, Hildesheim 1991; Herbert Reyer, Aurichs Weg ins „Dritte Reich“, in: Herbert Reyer (Hg.), Aurich im Nationalsozialismus, Aurich 1989, S. 19–90.

Onno Mensen Folkerts konzentriert sich auf die Beschreibung der Entwicklung von DVP und DDP im ostfriesischen Raum von 1919 bis 1933. Der Anhang enthält aber die Ergebnisse der Reichstags-

Inge Lüpke-Müller und Herbert Reyer bieten jeweils eine Analyse ihrer Untersuchungsgebiete (Landkreis Wittmund und Aurich), ohne allerdings die Wahlergebnisse selbst zu präsentieren. Es kam gegenüber den Vorkriegswahlen kaum zu Verschiebungen der politischen Landschaft. Stärkste politische Kraft blieben die liberalen und konservativen Parteien. Die Sozialdemokraten behaupteten ihre Position als führende Vertreter der Arbeiterschaft in den Städten. Allerdings beeinträchtigte die Konkurrenz mit der USPD und KPD ihren Einfluss auf die Wahlergebnisse der demokratischen Parteien, ohne dass die starke Stellung der Rechten ernsthaft erschüttert wurde. Hohe Arbeitslosigkeit, die Vermögensverluste durch die Inflation und die Dauerkrise im Agrarbereich schufen ein stabiles antirepublikanisches Wählerpotenzial.⁵⁵ Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wuchs es schnell wieder an. Es gelang der NSDAP dieses Potenzial auf ihre Seite zu ziehen. Die ehemals starken liberalen, bürgerlichen Parteien degenerierten zu Splitterparteien, und die nationalistisch konservative DNVP konnte ihre Stellung kaum verbessern.

Auch die Volksbegehren lieferten ein aufschlussreiches Stimmungsbild der Bevölkerung. Besonders das von der nationalistischen und antirepublikanischen Rechten initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan zur Regelung der Reparationsfrage (Volksbegehren „Freiheitsgesetz“) fand eine breite Unterstützung.⁵⁷

Die Kontinuität der politischen Verhältnisse spiegelte sich am augenfälligsten bei den Kommunalwahlen und den Ämterbesetzungen in den Gemeindevertretungen wider. Im größten Teil der Landgemeinden wurden die Gemeindevorstände bestätigt. Vielfach erfolgte die Wiederwahl noch 1919 nach dem Klassenvorrecht der Vorkriegszeit. Eine tiefgreifende Demokratisierung unterblieb auf kommunaler Ebene. Die Kontinuität der Ämterbesetzung setzte sich auf der Ebene der Kreisverwaltungen fort. In allen ostfriesischen Landkreisen blieben die königlichen Landräte auf ihren Amtssesseln. Namentlich erwähnt seien der Landrat des Kreises Leer, Geheimrat Kleine⁵⁸, und der Landrat des

wahlen und der Wahlen zur preußischen Landesversammlung in allen ostfriesischen Gemeinden von 1919 bis 1933. Edith Backhaus und Ingo Kenku beschreiben und analysieren das Wählerverhalten in den Landkreisen Leer und Weener bzw. Wittmund. Im Anhang bietet beide eine Übersicht der Wahlergebnisse geordnet nach Orten und angegeben in absoluten Wählerstimmen und bei Backhaus auch in Prozentzahlen. Anneline Akkermann beschreibt in ihren beiden Arbeiten das Wählerverhalten der Jahre 1932 bis 1933 im Riederland. Auch sie bietet im Anhang eine Übersicht über die zugunruhige Wahlergebnisse.

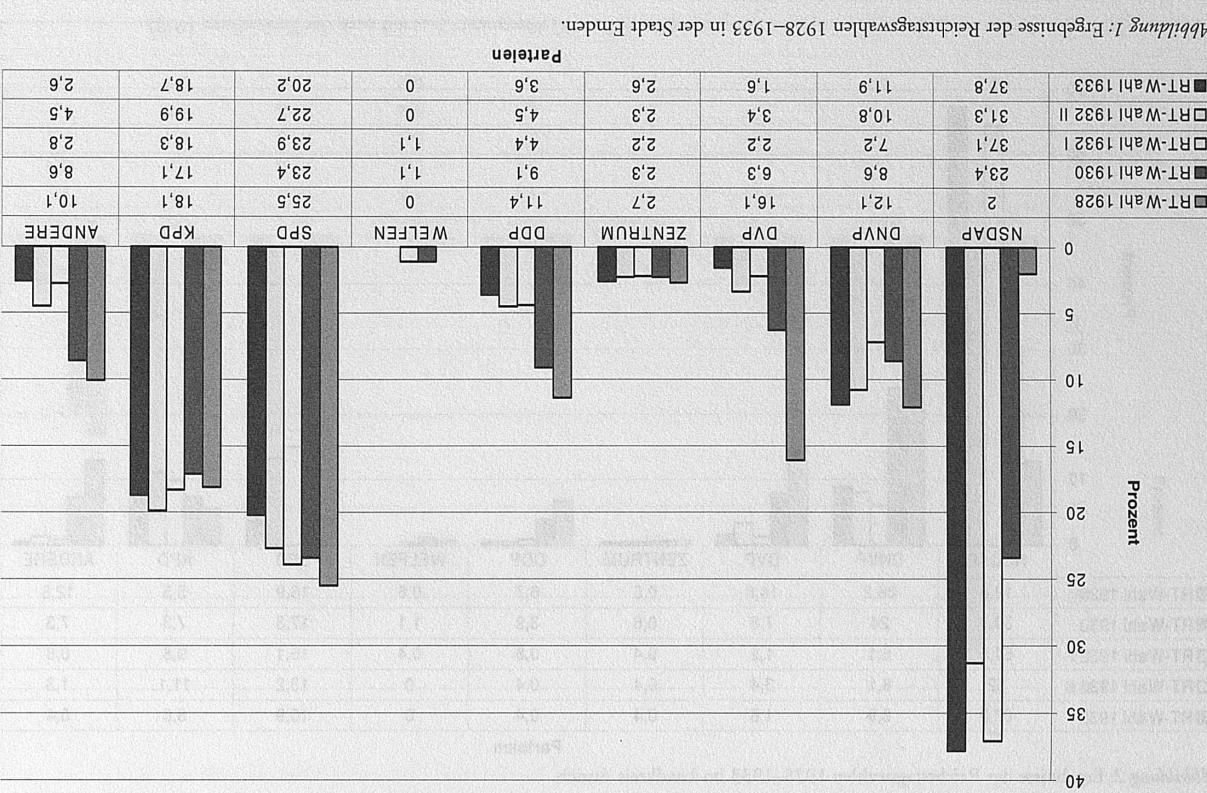
Dietmar von Reeken präsentiert in seiner Studie über die Städte Aurich und Emden in der Zeit von 1928 bis 1933 auch die Ergebnisse der Reichstagswahlen, Volksabstimmungen, Landtagswahlen und Kommunalwahlen der Jahre 1919 bis 1923.

⁵⁵ Vgl. Franz, S. 96 und Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985, S. 601.

⁵⁶ Vgl. Wolfgang Günther, Parteien und Wahlen während der Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 54, 1982, S. 19–43, hier S. 41.

⁵⁷ StAA Rep. 36 Nr. 29; Volksgesetz „Freiheitsgesetz“ im Kreis Norden, 1929–1930; StAA Rep. 28 Nr. 4190; Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ im Kreis Emden, 1929–1930.

⁵⁸ StAA Rep. 32 Nr. 1242; Kreistagssitzungen, Kreis Leer; Protestresolution der Gemeindevorsteher gegen die Amtsenthebung des Landrats Geh. Regierungsrat Kleine, 1930.



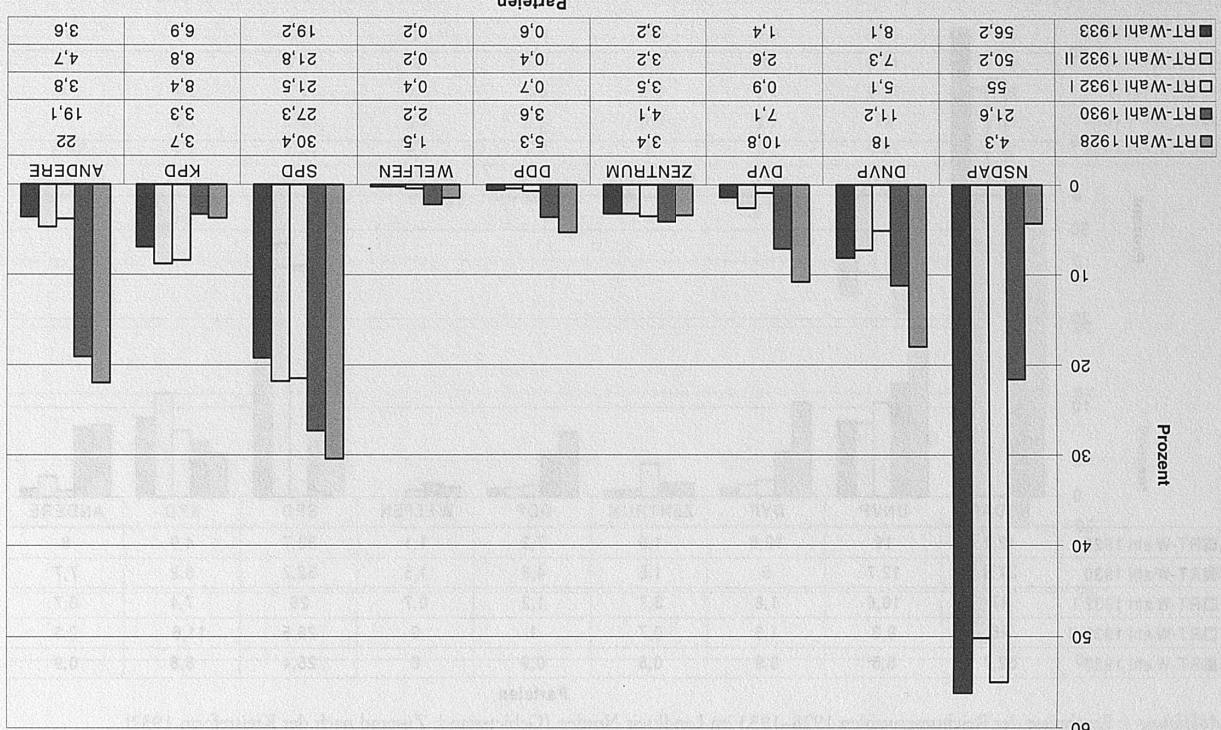
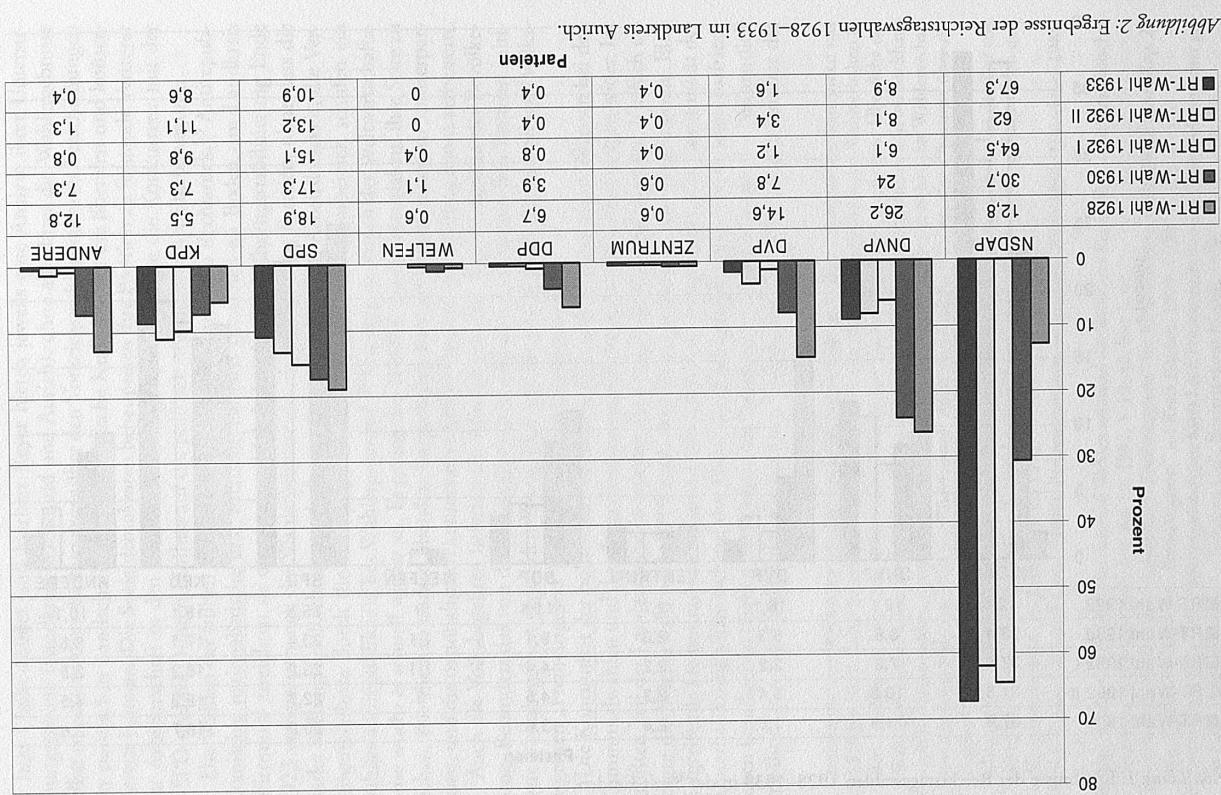


Abbildung 4: Ergebnisse der Reichstagswahlen 1928–1933 im Landkreis Norden (Gebietssrand; Zustand nach der Kreisreform 1932).

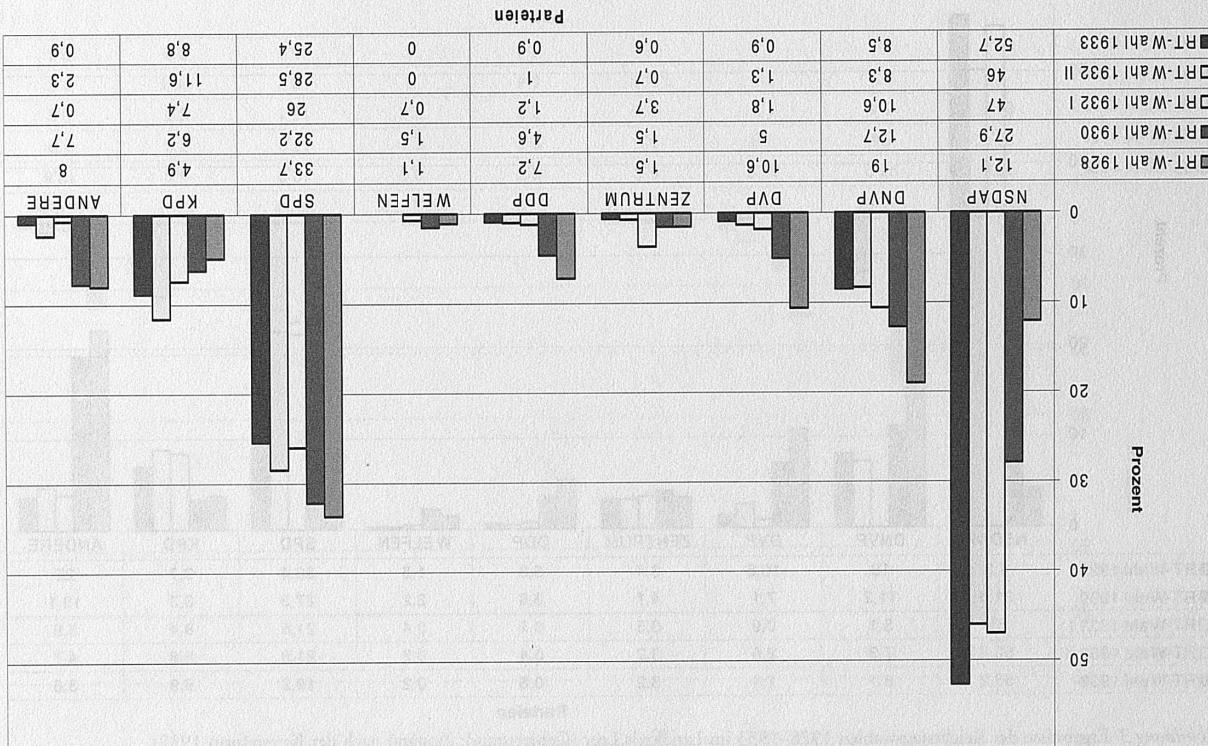
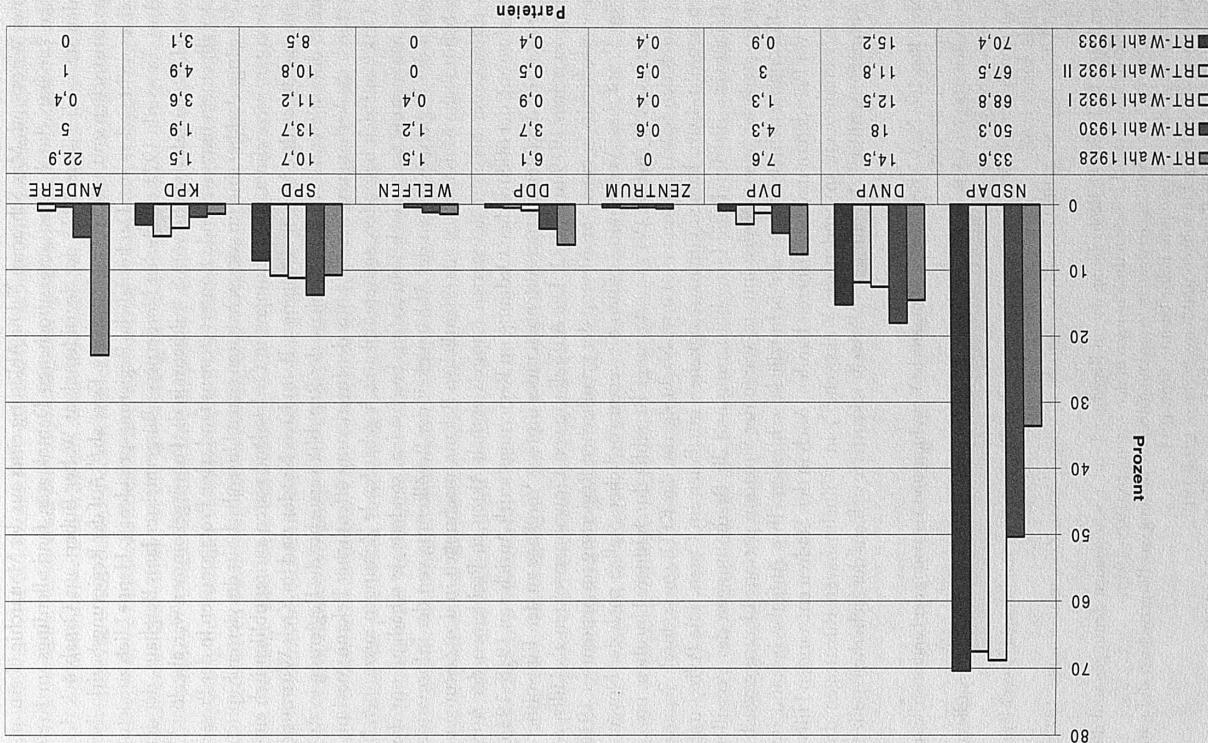


Abbildung 5: Ergebnisse der Reichstagswahlen 1928–1933 im Landkreis Wittmund.



Kreises Wittmund, Max Schramm.⁵⁹ Die Ablösung eines aus der Monarchie übernommenen Landrats durch einen ausgesprochenen Demokraten fand allerdings im Kreis Emden statt. Hier löste 1923 der Sozialdemokrat Walter Bubert aus Osnabrück den monarchistischen und adeligen Landrat Carl v. Fesse ab.⁶⁰ Auf der Regierungsbezirksebene sah es nicht anders aus: Der königliche Regierungspräsident v. Heppc blieb zunächst im Amt. Er wurde 1922 durch den Norderneyer Bürgermeister Jann Berghaus, der der liberalen DDP angehörte und vom Schuldienst in die Politik gekommen war, abgelöst.⁶¹

Der allgemein festzustellende Konservatismus fand seine Protagonisten in der Presse. Die Vorgänge darüber sind im vorgeschalteten ersten Unterabschnitt des vierten Kapitels des Inventars verzeichnet. Die Zeitungen in Ostfriesland waren antirepublikanisch eingestellt und durch ihre Monopolstellung z. B. im Kreis Norden und im Kreis Wittmund politisch dominierend.⁶² In der Endphase der Republik versuchte die Regierung in Aurich durch die Verhängung des Boykotts der Insertierung öffentlicher Bekanntmachungen Druck auf sich besonders antirepublikanisch gebärdende Zeitungen auszuüben.⁶³ Dieser Maßnahme war jedoch kein Erfolg beschieden, sondern sie schädigte nur das Ansehen der Regierung wegen der Abhängigkeit der Bevölkerung von der Information über behördliche Maßnahmen aus öffentlichen Bekanntmachungen in den Zeitungen.

Der dritte Unterabschnitt des vierten Kapitels enthält Akten zu Problemen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Regierungsbezirk Aurich von 1918–1933. Ein großer Teil des überlieferten Aktenbestandes umfasst Vorgänge zu den Einwohnerwehren zwischen 1919 und 1922. Die Aufstellung von Einwohnerwehren als Hilfspolizei wurde bereits in einer Verordnung der preußischen Regierung im September 1914 verfügt.⁶⁴ Auf diese Verordnung griffen die verantwortlichen Stellen nach der Novemberrevolution 1918 zurück. 1919 war die junge Republik durch innere Unruhen, insbesondere durch den Spartakusbund und ihrer Nachfolgerin, der KPD, sowie durch Separatisten bedroht. Dazu kamen Grenzstreitigkeiten mit Polen im Osten. Die Polizei und die Reichswehr, die durch die Demobilisierung und die Bestimmungen des Versailler Vertrages stark verringert werden musste, waren der Situation personell kaum gewachsen. Einwohnerwehren sollten die Schutzwölfe schließen. Ihre Aufgabe bestand im Schutz vor Plünderern und bewaffneten Banden. Auch in den Städten entstanden Hilfspolizeiorganisationen, in Emden die Volkswehr⁶⁵, in Wilhelmshaven-Rüstringen die Einwohnerausschüsse.⁶⁶ Die Emder Volkswehr rekrutierte sich aus der Sicherheitspolizei:

⁵⁹ StAA Rep. 16/1 Nr. 67; Besetzung, kommissarische Verwaltung und Vertretung der Landrätsschele zu Wittmund, 1884–1931.

⁶⁰ StAA Rep. 16/1 Nr. 69; Besetzung, kommissarische Verwaltung und Vertretung der Landrätsschele zu Emden, 1884–1928.

⁶¹ Vgl. Jann Berghaus erzählt. Lebenserinnerungen von Jann Berghaus, hrsg. von Johanna Siever Meyer Abich, Aurich 1967.

⁶² StAA Rep. 16/1 Nr. 2218; Verschiedene politische Angelegenheiten, Zeitungsausschnitte, 1927–1929.

⁶³ StAA Rep. 16/1 Nr. 199; Beobachtung der im Regierungsbezirk erscheinenden Zeitungen und die Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen in den Zeitungen, 1929–1933.

⁶⁴ StAA Rep. 16/1 Nr. 1368; Bürgerwehren: Verordnung über die Bildung von Bürgerwehren als Ersatz für zum Kriegsdienst eingezogene Polizeibeamte, Sept. 1914.

⁶⁵ StAA Rep. 28 Nr. 1179; Einwohner- und Bürgerwehren, 1914–1919.

⁶⁶ StAA Rep. 16/1 Nr. 4090; Bericht des landrätl. Hilfsbeamten v. Saldern v. Mai 1919.

des Arbeiter- und Soldatenrates⁶⁷, während die Bildung der Einwohnerausschüsse in Wilhelmshaven eine Reaktion auf den fehlgeschlagenen Spartakistenputsch im Januar 1919 war.⁶⁸

Die Einwohnerwehren erhielten durch ihre Aufgaben eine staatstragende Funktion. Sie wurden zu einem Sammelbecken konservativer und antirepublikanischer Kräfte. Der nachgewiesene Einsatz als Streikbrecher auf Borkum⁶⁹ belegte ihre Haltung. Ein weiterer aufschlussreicher Aspekt ist die Bewaffnung der Einwohnerwehren mit z. T. schweren Heereswaffen.⁷⁰ Offensichtlich sollten sie paramilitärischen Charakter erhalten und zur Umgehung des Versailler Vertrages dienen. Die Alliierten reagierten auf diese Taktik mit der ultimatischen Forderung der Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren.⁷¹ Die Vorgänge über diese Entwaffnung bilden einen weiteren Bestand des Inventars. Zum Themenbereich Einwohnerwehren gehören die im nachfolgenden Unterabschnitt zusammengefassten Vorgänge über die Sicherung lebenswichtiger technischer Anlagen und Verkehrseinrichtungen. Den wichtigsten Teil des vierten Kapitels bildet die Überwachung der politischen Parteien, der politischen Vereine und der KPD. Die Überwachung erfolgte zur Vorbeugung von Putschversuchen. Sehr bald nach der Konstituierung der Republik bildeten sich geheimdienstliche Strukturen. Der Träger dieser Strukturen war in Ostfriesland die Landespolizeistelle in Wilhelmshaven.⁷² Sie erstellte Berichte über links- und rechtsradikale Bestrebungen, die einen Einblick in das Innенleben der Republikegner vermittelten.

Der vierte Unterabschnitt des vierten Kapitels des Inventars enthält Vorgänge über die Ereignisse der Novembersonderrevolution 1918. Sie bestanden zum größten Teil aus Demonstrationen in den großen Städten des Regierungsbezirks Aurich.⁷³ Die Demonstranten forderten vor allem ein sofortiges Ende des Krieges. Im Rahmen der revolutionären Bewegung bildeten sich auch in Ostfriesland Arbeiter- und Soldatenräte sowie Bauern- und Landarbeiterräte. Sie gingen entgegen ihrem Anspruch der Übernahme der Staatsgewalt nicht aggressiv gegen die bisherigen Träger des Staates vor.⁷⁴ Die konserватiven Kräfte nutzten die gewährte Atempause. Ihr Einfluss bewog die preußische Landesregierung zur Verordnung der Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols der bisherigen Staatsbehörden.⁷⁵ Eine andere Taktik gegen Räte bestand in der Streichung von

⁶⁷ Vgl. StAA Rep. 16/1 Nr. 1782; Volkswehr in Emden, 1919–1920 sowie Karsten Meine, Emder Arbeiter- und Soldatenrat, in: Klaus Frentz (Hg.), Beiträge zur Geschichte Emdens während der Weimarer Republik, Emden 1982, S. 10–11.

⁶⁸ StAA Rep. 16/1 Nr. 4090; Verschiedene politische Angelegenheiten, Bericht des landrätl. Hilfsbeamten v. Saldern v. Mai 1919.

⁶⁹ StAA Rep. 16/1 Nr. 1388; Arbeitseinsetzungen und Vertragsbücher: Bericht des landrätl. Hilfsbeamten auf Borkum über Einwohnerwehr als Streikbrecher gegen Hafenarbeiterstreik, April 1921.

⁷⁰ StAA Rep. 16/1 Nr. 1792; Kreisrat für den Landesschutz: Waffen und Munition, 1919–1922.

⁷¹ Vgl. StAA Rep. 16/1 Nr. 1780; Kreisrat für den Landesschutz, Alliierte Note v. 12. März 1920.

⁷² StAA Rep. 16/1 Nr. 2177; Halbmonatliche Berichte der Landespolizei, 1924–1926; StAA Rep. 266 Nr. 1175; Überwachung der Volksversammlungen, 1848–1927.

⁷³ StAA Rep. 16/1 Nr. 4090; Verschiedene politische Angelegenheiten, Berichte aus Wilhelmshaven und Emden, Okt. 1918–Jan. 1919.

⁷⁴ Ebd., Bericht des Landrats des Kreises Emden über Nichtachtung der legalen Verwaltung durch den Arbeiter- und Soldatenrat Emden, April 1919.

⁷⁵ StAA Rep. 109 Nr. A 280; Neuordnung: Verfügung des Preußischen Justizministers über Umlässtigkeit der Eingriffe der Arbeiter- und Soldatenräte in die Verwaltung, Nov. 1918.

gewährten Unterstützungen.⁷⁶ Außerdem versuchten konservative Organisationen, wie der landwirtschaftliche Hauptverein für Ostfriesland, eine direkte Einverleibung der das Scheitern der Novemberrevolution.

Krisensituationen führten zu einem erhöhten sozialen Spannungspotenzial, das sich in Gewalttätigkeiten entladen kann. Der fünfte Unterabschnitt des vierten Kapitels des Inventars enthält die archivierten Vorfälle zu politischen Unruhen und tärtlichen Auseinandersetzung. Zu solchen akuten Manifestationen der Krise kam es in Ostfriesland zwischen 1919 und 1921 sowie im Sommer 1923, zum Höhepunkt der Inflation. Die erste Unruhephase ging von der Landarbeiterstreikbewegung aus.⁷⁸ Sie hatte ihren geographischen Schwerpunkt im Gebiet der „Polderfürsten“, d.h. der Besitzer der bäuerlichen Großbetriebe des Rheiderlands und der Krummhörn, die von Lohnarbeit abhängig waren. Die Landarbeiter streikten für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Dabei kam es zu Lebensmittelpreßungen und vereinzelten Plünderungen. Gegen die Streikführer griff die Justiz sturz durch.⁷⁹ Aufgrund der Verhängung des Ausnahmezustands waren Streiks verboten und die Landarbeiter „zur Sicherung der Versorgung“ dienstverpflichtet.⁸⁰ In den Verfahren vor dem Schwurgericht in Aurich erhielten die angeklagten Arbeiter wegen Landfriedensbruchs Haftstrafen von 6 bis 8 Monaten. Die großen Städte Emden⁸¹, Leer⁸² und Wilhelmshaven⁸³ waren Schauplatz von Lebensmittelunruhen, die Folge des Lebensmittelmangels aufgrund der Inflation waren. Nach der Währungsstabilisierung endete die Phase der sporadischen, gewaltsausamen Unruhen.

Die Verhängung des Ausnahmezustands zur Sicherung der Währungsreform und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung durch den Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 der Weimarer Verfassung hatte sich als erfolgreich erwiesen. Im Rahmen des Ausnahmezustands verhängte die Reichswehr als vollziehende Gewalt Schutzhaft gegen mutmaßliche Unruhestifter und Streikführer.⁸⁴

Ab 1927 nahm der Widerstand gegen staatliche Maßnahmen bzw. gegen das Staatsystem per se einen anderen Charakter an. Zunächst häuften sich Steuerstreits. Diese vom

⁷⁶ StAA Rep. 16/1 Nr. 3561: Schriftverkehr zwischen der Regierung in Aurich und den Landräten sowie den Städten und Kommunen wegen der Übernahme der Kosten der Räte, Dez. 1918–Mai 1919.

⁷⁷ StAA Rep. 28 Nr. 1183: Bildung von Bauern-, Handwerker- und Arbeiterräten: Bericht des landwirtschaftlichen Hauptvereins für Ostfriesland v. Nov. 1918.

⁷⁸ Vgl. StAA Rep. 109 Nr. A 33: Verzeichnis der Schwurgerichtssachen und Ergebnis des Schwurgerichts: Verfahren gegen Landarbeiter, 1920–1923.

⁷⁹ Vgl. StAA Rep. 109 Nr. A 155: Gradenakte aus besonderer Veranlassung: Stellungnahme des Staatsanwalts: Fall Seeben, Sonnenberg: Lebensmittelverschwendungsverfahren im Aug. 1923, Aug. 1924.

⁸⁰ StAA Rep. 109 Nr. A 270: Gesindeordnung: Verfügung des Landrats des Kreises Emden über Verpflichtung zu Notstandsarbeiten in der Landwirtschaft zur Sicherung der Lebensmittelversorgung nach der Novoverordnung des Reichspräsidenten, März 1920.

⁸¹ Ebd.

⁸² StAA Rep. 109 Nr. A 155: Gradenakte aus besonderer Veranlassung: Stellungnahme des Staatsanwalts: Fall Heinrich Rose: Hetzrede auf Erwerbslosendemonstration in Leer, Aug. 1923, 1924.

⁸³ StAA Rep. 16/1 Nr. 1374: Unruhen bei der Lebensmittelversorgung: Bericht des Magistrats der Stadt Wilhelmshaven über Plünderungen wegen hoher Lebensmittelpreise, Juni 1920.

⁸⁴ StAA Rep. 109 Nr. A 161: Gefängnisordnung: Schutzhaftbefehl gegen den Schlosser Berling, Nov. 1923.

Landbund initiierte Bewegung hing eng mit der andauernden Agrarkrise zusammen. Aus derselben Wurzel entsprangen die Aktionen zur Verhinderung von Zwangsvorsteigerungen. Hierzu verbündeten sich radikale Elemente von links und rechts.⁸⁵ In diesem Zusammenhang stehen auch politische Beleidigungen und daraus resultierende Prozesse. Das Republikschutzgesetz von 1922 bot die rechtliche Grundlage solcher Prozesse. Ein illustatives Beispiel bilden die Münchmeyer Prozesse.⁸⁶ Weitere Prozesse ergaben sich aus den Klagen der von Herzern diffamierten Personen. Dazu zählten antisemitische Beleidigungen und Täglichkeiten.⁸⁷ War die Justiz gegen Streikende und Hungerdemonstranten rigoros vorgegangen, kamen die überwiegend rechtsradikalen Angeklagten in den Beleidigungsprozessen oft mit gimpflichen Strafen oder Freispruch davon. Viele Verfahren wurden ohne Verhandlung wegen „Mangels des öffentlichen Interesses“ eingestellt.⁸⁸

Ein weiterer Schauplatz der Manifestation des antirepublikanischen Widerstands bildete die Auseinandersetzung um die Flaggenfrage. Das Nebeneinander von Schwarz Weiß Rot und Schwarz Rot Gold als gleichberechtigte Reichsflaggen symbolisierte das Scheitern der Novemberrevolution. Es sollte ein Kompromiss mit der monarchistischen Vergangenheit sein. Er polarisierte jedoch die Gesellschaft. Um Schwarz Rot Gold sammelten sich die Demokraten, um Schwarz Weiss Rot die rechten Gegner der Republik. Diese Polarisation führte zu Spannungen, die sich gewaltsam entluden, wenn z.B. auf dem Badestrand der „deutschen Insel“ Borkum⁸⁹ oder auf Juist⁹⁰ eine schwarz rot goldene Fahne gehisst wurde. Der relativ große Umfang des Materials mag aus heutiger Sicht seltsam erscheinen, aber der Streit um Symbole zeigt den tiefgreifenden Konflikt zwischen demokratischen und rechts autoritären Staatsauffassungen auf. Der verbissene Streit zwischen den Anhängern der Republik und ihren Gegnern entzündete sich auch an der Verfassungsfeier. Ihre Abhaltung wurde durch die Landesregierung verfügt, was die Feier besonders zum Ende der Republik zu einer Pflichtübung verkommen ließ.⁹¹ Eine identitätsstiftende Funktion zugunsten der demokratischen Republik konnte von der Feier nicht ausgehen.

⁸⁵ Vgl. StAA Rep. 36 Nr. 657: Zwangsvorsteigerung des im Besitz des Landschaftsrat Vissering befindlichen Güts Lintel: Bericht des Landjugendmeisters Hoppe über Treffen von KPD Funktionären und NSDAP Mitgliedern zur Bildung einer Norgemeinschaft zur Verhinderung von Zwangsvorsteigerungen, Juli 1932.

⁸⁶ StAA Rep. 28 Nr. 3742: Untersuchungen der Vorgänge um Pastor Münchmeyer und das „Borkumlied“, 1919–1929. Vgl. auch Udo Beer, Die Juden, das Recht und die Republik: Verbandsweise und Rechtsschutz 1919–1933, Frankfurt/M. 1986.; ders., Der falsche Priester, Eine Borkumer Kampfschrift aus der Zeit der Weimarer Republik, in: Emder Jahrbuch 66, 1986, S. 152–163; Detlef Schmiechen Ackermann, Kooperation und Abgrenzung: Bürgerliche Gruppen, evangelische Kirchengemeinden und katholisches Sozialmilieu in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Hannover, Hannover 1999.

⁸⁷ Vgl. StAA Rep. 109 Nr. A 103: Beschwerden gegen Bescheide der Amtsanwälte: Beschwerde des Rechtsanwalts des jüdischen Schlachters Joseph Pinto gegen die Einstellung des Verfahrens gegen den Studenten Peter Sanders wegen Beleidigung und Bedrohung, Okt. 1921.

⁸⁸ StAA Rep. 109 Nr. A 69: Gradenakte aus besonderer Veranlassung: Strafklasse im Verfahren in Verbindung mit dem „Borkumlied“, Okt. 1927.

⁸⁹ Vgl. StAA Rep. 109 Nr. A 203: Dienstliches Verhalten der Beamten. Vorwürfe durch die Presse: Artikel „Vorwärts“ Sept. 1921.

⁹⁰ Ebd., Eingang Joseph Balog, Juni 1926.

⁹¹ StAA Rep. 32 Nr. 1568: Verfassungsfeier, 1922–1933.

Der vorletzte Unterabschnitt des vierten Kapitels des Inventars enthält Vorgänge zu politisch motivierten Schlägereien und Attentaten. Solche Vorfälle waren im Regierungsbezirk Aurich selten. Sie traten meist im Vorfeld von Demonstrationen auf, wenn Radikale verschiedener Richtungen zusammentrafen.⁹² Der letzte Unterabschnitt dieses Kapitels enthält die Vorgänge über die politische Rechtsbewegung des Bürgeriums. Sie sind unter dem Bestand Rep. 227/1 verzeichnet. Es handelt sich dabei um Quellenmaterial über den Jungdeutschen Orden, Bruderschaft Ostfriesland, Der Jungdeutsche Orden wurde 1919 von dem durch die Jugendbewegung und die Frontenlebisse im Ersten Weltkrieg geprägten ehemaligen Offizier Artur Mahraun in Berlin gegründet. Mahraun wollte den Geist der alten Standesgrenzen überwindenden soldatischen Kameradschaft in eine bürgerliche Form bringen. Massendemokratie und Parteienstaat hielt er für unzureichende Mittel. Wahre Demokratie erhoffte er sich durch einen Stufenbau politischer und kultureller Eliten, der auf der Nachbarschaft als der Grundzelle eines Volksstaates basieren sollte. Zugleich setzte er sich von autoritären Staats- und Gesellschaftsvorstellungen ab. Unter den großen militärischen Massenorganisationen, die nach der Revolution entstanden, war der Jungdeutsche Orden der einzige, der Stresmanns Weg zur Aussöhnung mit Frankreich mit ging und sich führrend an Partereigündungen zur Vertheidigung der Weimarer Republik wie der Volksnationalen Reichsvereinigung und der Deutschen Staatspartei beteiligte.

Die Überzeugungen der Ordensmitglieder entsprachen den Wertvorstellungen eines nicht ganz unbedeutenden Teils des ostfriesischen Bürgeriums, das zwischen Großbauern und Beamten auf der einen und Arbeitern auf der anderen Seite in der Krisenzzeit eine eigene gesellschaftliche Orientierung suchte. Die Mehrheit des ostfriesischen Bürgeriums dagegen sah das untergegangene Kaiserreich als verlorenes Paradies und verband die Nachkriegs- und Wirtschaftskrisen unabhängig von deren Ursachen stets mit der neuen republikanischen Ordnung. Es schloss sich letztendlich derjenigen Bewegung an, die ihr die Rückkehr zu Wohlstand und nationaler Ehre versprach. Die aufgeführten Vorgänge sind wegen ihrer Überschaubarkeit eine geradezu ideale Quelle zur Strukturanalyse bürgerlicher Rechtsbewegungen.

Das vorliegende Inventar soll ein Handbuch zu Quellen über die Geschichte der Weimarer Republik und ihrer Krisen in Ostfriesland sein. Die Untergliederung nach einzelnen Themen- und Sachbereichen erleichtert den Zugang zum Quellenmaterial und erlaubt eine zielgerichtete themenorientierte Suche. Diesem Zweck dient auch der Index. Die aufgeführten Akten sind durchgehend nummeriert, so dass die Indizes direkt auf einen Aktenittel verweisen.

Den Großteil der Akten hat Rolf Uphoff erschlossen. Von ihm stammt auch die Einleitung. Nachdem er das Auricher Archiv verlassen hatte, um die Archivschule in Marburg zu besuchen, haben Ingrid Hennings und Bernhard Parisius seine Arbeit weitergeführt.

Unser Dank gilt der Gerhard ten Doornkaat Koolman-Stiftung für Ihre großzügige Unterstützung unserer Arbeit.

Bestände des Niedersächsischen Staatsarchivs in Aurich

1. Wirtschaft

1.1 Finanzlage der öffentlichen Hand

1.1.1 Finanzlage im Regierungsbezirk Aurich im allgemeinen

- 1 Rep. 32 Nr. 1246 (1890–1948)
Erlass des Preußischen Finanzministers über die Bereitstellung eines festgesetzten Höchstbetrages in Goldmark für Sachmittel, um die Ausgaben zu begrenzen, freiwillige Personalkosten (Beihilfen) sollen als Sachmittelausgabe gelten, Dezember 1923; Verfüzung des Regierungspräsidenten über sorgfältiges Vorgehen der Verwaltungen bei der Anmeldung von monatlichen Ausgaben wegen schwieriger Finanzsituation, Oktober 1931; Runderlass des Preußischen Inneministers über Kontingentierung der Geldmittel für sämtliche Ausgaben der Verwaltung und Ausgabermächtigung nur in Höhe des angemeldeten und bewilligten Bedarfs, November 1931; Bericht der Regierungshauptkasse über den Verbrauch sämtlicher Mittel für Sachausgaben, Oktober 1932.
- 2 Rep. 16/1 Nr. 2844 (1916–1921)
Erklärungen über die Erweiterung der Kreditfähigkeit der Grundstücke der Städte und Gemeinden im Regierungsbezirk Aurich, 1916; Berichte der Landräte über die Einführung der Grundsteuer, 1918.
- 3 Dep. 34 C Nr. 97 (1925–1966)
Bericht und Haushaltsplan des Kreises Aurich von 1925, 1926, 1928–1932.
- 4 Dep. 34 C Nr. 857 (1930–1953)
Verteilung der Kreisabgaben im Kreis Aurich für das Rechnungsjahr 1930–32; Fortsetzung der Kreisumlagen durch den Städtebund, 1930–32.
- 5 Rep. 16/1 Nr. 2928 (1931)
Finanzielle Lage der Stadt- und Landkreise im Winter 1931/32; Berichte der Landräte des Regierungsbezirks über Entwicklung der Arbeitslosigkeit, der Steuereinnahmen, der Ausgaben und sinkende Steueraufbeweisungen an das Reich, Juli–August 1931; Statistik

⁹² StAA Rep. 16/1 Nr. 4089: Halbmonatsberichte der Landespolizei, 1927–1928.

ken der Kreise und kreisfreien Städte des Regierungsbezirks Aurich über Zahl der Wohlfahrtsempfänger und ihre Steuerkraft, 1931.

- 6** Rep. 16/1 Nr. 3012 (1932–1933)
Beschwerde der Firma Boekhoff wegen rückständiger Rechnungen der Kreise Aurich und Emden, Juli 1932; Verfügung des Regierungspräsidenten an Kommunen und Kreise wegen Abtragung von Schulden und Anfertigung von Verzeichnissen über Schulden sowie Lohn- und Gehaltsrückständen, Juli–September 1932; Bericht des Landesdirektoriums der Provinz Hannover über Rückstände der Kreise in Anstratspflegebeiträgen, Juli 1932; Bericht des Regierungspräsidenten über Verschuldung der Kreise und Städte, Januar 1933.

1.1.2 Finanzlage der Kommunen

1.1.2.1 Städte Emden und Wilhelmshaven

- 7** Rep. 16/1 Nr. 2928 (1931)
Verfügung des Magistrats der Stadt Emden über Sparmaßnahmen und Haushaltssperre, Juli 1931.
- 8** Rep. 16/1 Nr. 1664 (1898–1922)
Artikel der „Ostfriesischen Zeitung“ über drohenden Stadtbankrott Emdens, Juni 1920; Antrag des Magistrats der Stadt Emden auf Ausgleichszahlungen durch den Freistaat Preußen wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage aufgrund der Kriegsfolgen (Blockade, Schiffverluste), Oktober 1921.
- 9** Rep. 16/1 Nr. 2808 (1908–1938)
Bericht des Magistrats der Stadt Emden über Liquidation des Finnlandunternehmens, über Liquidation der Hochseefischereigesellschaft und über Verwicklung der Stadt Emden in den Konkurs der Bankgesellschaft Jaffa und Levin, Februar 1931.
- 10** Rep. 16/1 Nr. 2639 (1915–1931)
Klage der Stadt Emden vor dem Oberverwaltungsgericht gegen die Zwangseratisierung durch den Regierungspräsidenten, 1931.
- 11** Rep. 16/1 Nr. 3116 (1922–1930)
Antrag der Stadt Emden auf Gewährung eines Staatsbankkredits zur Erfüllung sozialpolitischer und arbeitschaffender Aufgaben, November 1922; Antrag des Magistrats auf Laufzeitverlängerung und Erhöhung des Staatsbankkredits wegen wachsender Verschuldung aufgrund der Verzögerung des Wohnungsabgabengesetzes und Entwertung
- 12** Rep. 16/1 Nr. 2842 (1922–1930)
Besprichung des Regierungspräsidenten mit den städtischen Kollegien Emdens wegen Ablehnung des Haushals vom Bürgervorsteherkollegium, Anhörung der beteiligten Parteien über ihre Vorschläge und Wünsche zum Erat, September 1929; Eingabe der Fraktion „Ordnungsblock“ im Bürgervorsteherkollegium der Stadt Emden beim Regierungspräsidenten über Kürzungsvorschläge im Erat 1929/30; Bericht des Magistrats der Stadt zur Realisierungsmöglichkeit der Forderungen der Fraktion „Rechtsblock“, November 1929.
- 13** Rep. 16/1 Nr. 2658 (1929–1931)
Haushalsplan der Stadt Emden für 1929; Zunahme der Personalkosten und Sozialausgaben (Kleintenrentenfürsorge, Kriegshinterbliebenenfürsorge, Krisenunterstützung, Förderbeiträge für Notstandsarbeiten), 1929; Haushalsplan für 1930; Kürzungen im Kulturbereich, steigende Sozialausgaben (Wohlfahrt), Kürzung des Gemeindeanteils zur Krisenunterstützung und des Anteils für Notstandsarbeiten, 1930.
- 14** Rep. 16/1 Nr. 2647 (1931–1933)
Bericht des Magistrats der Stadt Emden über abgelehrte Stundungen von Seiten der Gürzenziale und fällige Tilgungen und Zinsraten für Dezember 1931; Bericht des Regierungspräsidenten über die finanzielle Lage der Stadt Emden, Anstieg der Wohlfahrts-

lasten durch behördliche Unterbringung Zugewanderter seit 1918 und Befürwortung einer Reichsbeihilfe, März 1932.

15
Rep. 16/1 Nr. 3076
(1931–1935)
Übersichten über kurzfristige Kassenkredite der Stadt Emden, März–Oktober 1931; Antrag des Magistrats der Stadt Emden auf Genehmigung eines Kassenkredits für dringende Straßenbaumaßnahmen, März 1931; Nachweisung der von der Stadt Emden aufgenommenen Anleihen, Januar 1932.

16
Rep. 16/1 Nr. 3011
(1919–1937)
Antrag des Magistrats der Stadt Wilhelmshaven auf Genehmigung eines Kredits zur Abdeckung eines Kassenkredits und zur Abwicklung von Mehrausgaben, September 1929; Verzeichnis der abzulösenden Anleihen der Stadt Wilhelmshaven, Februar 1926; Beschluss anleihefinanzierter Projekte (Straßenbau, Müllabfuhr, Friedhofserweiterung), März 1927; Nachweisung der seit dem 1. Januar 1924 aufgenommenen Anleihen und der Bürgschaften, März 1930.

17
Rep. 16/1 Nr. 2664
(1921–1931)
Kosten der Stadt Wilhelmshaven für Versorgung mit rationierten Lebensmitteln und Brennmaterial, 1921–1922; Eratposten für Industrieamt, große Ausgaben für Kriegsopfer- und Erwerbslosenfürsorge, 1924; Bereitstellung des Fährverkehrs nach Burjadin gen und einer Krananlage durch die Stadt Wilhelmshaven, Mehrausgaben für Kultur und Wohlfahrt, 1925; Eratposten zur Förderung des Fremdenverkehrs, für Buslinien Wilhelmshaven-Friedelburg und Wilhelmshaven-Hooksiel, Eratposten für Theater, Steigerung der Wohlfahrtsausgaben, 1926; Steigerung der Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge, 1927; Beteiligung an der Luftverkehrsgesellschaft Wilhelmshaven-Rüstringen, 1928; Steigerung der Ausgaben für die Luftverkehrsgesellschaft Wilhelmshaven-Rüstringen, Steigerung der Ausgaben für Ortsarme, neuer Eratposten Krisenunterstützung, 1929; Kalkulierte Mindererstattung für Personenverkehr mit der städtischen Fähre, Kürzung der Fehlberatssgarantie für die Dampferlinie Wilhelmshaven-Helgoland, Mehrausgaben für Wohlfahrt, 1930; Kürzung des Beitrages an die Gesellschaft für Klimaforschung, Streichung des Beitrages an die Luftfahrtsgesellschaft „Jade“, Mehrausgaben für städtische Bücherei, für Armen- und Krisenfürsorge, Zunahme des Haushaltsdefizits, 1931.

1.1.2.2 Landkreise

18
Rep. 16/1 Nr. 2844
(1916–1921)
Berichte über Grundsteuersachen im Kreis Wittmund, November und Dezember 1918.

19
Rep. 28 Nr. 3808
(1876–1927)
Kreis Emden: Schreiben der Direktion der Landeskreditanstalt an den Landrat des Kreises Emden wegen Werbungen zum Eintritt in den Reichsverband der Roggen- und landwirtschaftlichen Pfändbriefschuldner e. V.; Roggenkredite als werbständige langfristige Kredite der Inflationszeit, Notlage der Kreditnehmer wegen steigender Roggenpreise und Erleichterungen der Ablösung der Roggenkredite, Juni 1927.

20
Rep. 16/1 Nr. 2725
(1928–1935)
Kreis Leer: Nachweisung der seit dem 1. Januar 1924 aufgenommenen Anleihen, 1930; Nachweisung der seit dem 1. Mai 1924 übernommenen Kreditbürgschaften, März 1929; Übersicht über den Vermögens- und Schuldenstand des Kreises Leer, März 1929; Presseartikel über steigende Wohlfahrtsausgaben, Dezember 1930; Bericht des Landrats über steigende Zahl der Wohlfahrtsunterstützten durch Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit, Dezember 1931.

21
Rep. 32 Nr. 2497
(1930–1932)
Kreis Leer: Schwierige Finanzlage wegen Steuerausfällen und hoher Arbeitslosigkeit, September 1931; Heranziehung von Wohlfahrtsarbeitslosen zum Torfgraben, Mai 1932.

22
Rep. 32 Nr. 1243
(1931–1933)
Kreis Leer: Beantragung von Reichsmitteln wegen gestiegener Wohlfahrtslasten und daraus folgender Mittelknappheit für die notwendige Strafenunterhaltung, April 1931; Bericht der Verwaltung über finanzielle Überforderung durch hohe Arbeitslosigkeit, September 1932.

23
Rep. 36 Nr. 1310
(1919–1923)
Kreis Norden: Vorlage des Kreisausschusses über Anleihen für Lebensmittelkäufe und zur Deckung von Mehrausgaben infolge Zinsbelastung durch Kriegsanleihedarlehen und für Ausgaben für Einwohnerwehren, September 1919; Verfügung des Regierungspräsidenten in Aurich über Genehmigung der vom Kreistag in Norden beschlossenen Anleiheaufnahme in Höhe von 300 000 Mark, November 1919; Schuldverschreibungen verschiedener Hoteliers auf den Inseln Juist und Norderney für den Kreis Norden als Kreditnehmer, Januar 1920.

24
Rep. 16/1 Nr. 2843
(1919–1935)
Bescheid des Preußischen Ministers des Innern an Landkreis Norden über Gewährung einer Laufzeitverlängerung kurzfristiger Kredite des ehemaligen Landkreises Emden, November 1932; Nachweis der kurzfristigen Kredite des Kreises Emden, 1932.

25 Rep. 36 Nr. 1306
Vierteljähresberichte des Kreises Norden über die Veränderung des Schuldendandes sowie Erhöhungsbögen über aufgenommene langfristige Anleihen für den Straßenbau, die Erweiterung des Kreishauses, den Bau des Kreiswohlfahrtsheimes und den Umbau des Kreiskrankenhauses Heldenstift sowie für Wohnungsbau, 1928–1930.

31 Dep. 34 B Nr. 707
Erhebung über den Schuldendstand der Stadt Aurich, 1919–1925.
32 Dep. 34 B Nr. 533
Unterlagen zur Finanzlage der Stadt Aurich, Haushaltspläne 1926 bis 1929.

26 Rep. 36 Nr. 1307
Nachweise über den Schuldendstand des Kreises Norden sowie Halbjahresberichte über die Veränderungen des Schuldendandes des Kreises Emden, April 1931–April 1933.
27 Rep. 36 Nr. 1308
Nachweisung der seit dem 1. Januar 1924 aufgenommenen Anleihen: Anleihen von der Girozentrale Hannover, der Landesbank Hannover und der Kreis- und Stadtsparkasse Norden für Landstraßenbau, Wohnungsbaudarlehen und Ausbau der Kreiseinrichtungen mit lang- und mittelfristiger Laufzeit, März 1930; Vermögensaufstellung des Kreises Norden: Grund- und Haushalt, August 1932.

1.1.2.3 Gemeinden A-Z

28 Rep. 36 Nr. 356
Bescheid des Kreisausschusses über Genehmigung der von der Gemeinde Aule beantragten Grund- und Gewerbesteueranhebung, August 1920.

29 Rep. 36 Nr. 357
Protokoll der Gemeindeausschusssitzung über Ablehnung des vom Gemeindevorsteher vorgelegten Haushaltspans: Ablehnung der vorgesehenen Steuererhöhungen, Sparvorschlag in Form des Abbaus der dritten Lehrerstelle, Juni 1929; Antrag des Schulvorstands der Gemeinde Aule beim Landrat auf Genehmigung des vom Gemeindeausschuss mit dem Gemeindehaushaltspans abgelehnten Schulhaushaltsentwurfs; zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs im Winter, Juli 1929; Verfügung des Landrats über Abbau der zu hohen Steuerlast in Aule und notwendige Ausgabendisziplin, besonders hinsichtlich der Verwaltungskosten, des Schulwesens und des Sozialrates, September 1924.

30 Dep. 34 C Nr. 976
Sammlung von Gemeindemitgliedern für den Ausbau der Straße von Aurich nach Pfalzdorf, 1928; Proteste aus der Gemeinde gegen die Verwendung eines Teils dieser gesammelten Beträge für den allg. Landstraßenbau, 1929.

31 Dep. 34 B Nr. 707
Pfandbriefdarlehen von 87 000 Goldmark bei der Stadtschaft der Provinz Hannover durch den Magistrat für den Bau der Beamtenwohnhäuser in Aurich, 1927.
33 Dep. 34 C Nr. 849
Aufnahme einer Anleihe von 60 000 RM von der Landesversicherungsanstalt Hannover für den Erweiterungsbau des Krankenhauses in Aurich durch den Magistrat, 1928.
34 Dep. 34 C Nr. 850
Anleihe von 30 000 RM von Justizrat Jellrich Müller durch die Stadt Aurich zur Finanzierung des Erweiterungsbau des Krankenhauses, 1929.
36 Dep. 34 C Nr. 851
Verzinsung und Tilgung des Pfandbriefdarlehens von 87 000 RM durch die Stadt Aurich bei der Stadtschaft der Provinz Hannover zum Bau der Beamtenwohnungen, 1929.
37 Dep. 34 C Nr. 641
Vorlage des Stadtbauamtes Aurich über den Ausbau des Rathauses zur Schaffung neuer Büroräume, Schilderung des Platzmangels, 1930.
38 Dep. 34 C Nr. 820
Unterlagen zur Finanzlage der Stadt Aurich, Haushaltspläne 1931/32.
39 Dep. 34 B Nr. 536
Unterlagen zur Finanzlage der Stadt Aurich, Haushaltspläne und Finanzstatistik, 1931/32.
40 Rep. 36 Nr. 359
Antrag des Gemeindevorstehers der Inselgemeinde Baltrum van Hofe beim Landrat des Kreises Norden auf Genehmigung des vom Gemeindeausschuss festgelegten Honorats, da er aufgrund der Aufgaben als Leiter der Gemeindeverwaltung und als Badebetriebsleiter seinen Arbeitsplatz bei der Wasserbauverwaltung aufgeben musste, April 1925.

- 41** Rep. 26c-Nr. 83 **Rep. 20 Ur. 923** (1829–1933)
Bangstede: Protokoll der Gemeindeausschusssitzung über den Beschluss der Aufnahme einer Anleihe von 10 000 Reichsmark von der Ostfriesischen Sparkasse in Aurich zur Umschuldung eines Kredits der Landesbank Hannover, November 1929; Eingabe der Ostfriesischen Sparkasse in Aurich beim Regierungspräsidenten wegen rückständiger Tilgungs- und Zinsraten der Gemeinden Westerende-Kirchloog und Bangstede für Anleihen, Februar 1933.

42

- Rep. 36 Nr. 364 (1885–1935)
Beschluss des Gemeindeausschusses von Berumerfehn, die Beiträge zur Schullunterhaltung in Roggenwert zu erheben, Oktober 1923; Bericht des Landrats über schwierige Finanzsituation Berumerfehns als ärmste Moorgemeinde des Kreises, September 1932.
- 43** Rep. 36 Nr. 365 (1886–1928)
Verfügung des Landrats über Verpflichtung der Gemeinde Blandorf-Wichte zur gleichen Heranziehung zur Gewerbe- und zur Grundsteuer, um eine einseitige Belastung der Grundbesitzer zu verhindern, Juni 1926.

44

- Rep. 44 Nr. 171 (1887–1935)
Bericht des Gemeindevorstehers Heeren aus Blomberg über Weigerung der Zahlung eines Vorschusses auf noch verbleibende Steuernreste durch die Gemeindekasse wegen drohender Buchführungsverwirrung, Juni 1925.

45

- Rep. 44 Nr. 174 (1885–1929)
Eingabe der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg beim Regierungspräsidenten in Aurich über zu starke Steuerbelastung der Gewerbetreibenden in Carolinensiel und Vorschläge für Einsparungen zur Erreichung einer Steuernenkung, September 1927; Beschwerde des Gemeindevorstehers Osten über Streichung der Gewerbesteuer als Ungerechtigkeit gegenüber Grundsteuerpflichtigen angesichts hoher Belastungen der Gemeinde durch Wohnungsbauförderung und Wohlfahrt sowie Kreissteuern, Oktober 1927.

46

- Rep. 28 Nr. 3811 (1891–1935)
Cirkwehrum: Vermerk des Landrats des Kreises Emden über die Verteilung des Gehalts für die Gemeindevorstehergeschäfte zwischen dem Staatskommissar und dem amtierenden Gemeindevorsteher, Mai 1932; Antrag des Gemeindevorstehers in Cirkwehrum auf Ermäßigung der Kreissabgaben zur Gewährung der Strundung von Gemeindesteuern, März 1931; Anträge von Landwirten auf Streuerundung wegen wirtschaftlicher Lage aufgrund niedriger Agrarpreise, Oktober 1931; Beschluss des Gemeindeausschusses zur Erhebung eines 50prozentigen Zuschlages zur Grundvermögenssteuer, um das Haushaltsdefizit zu decken, August 1931.

47 Rep. 36 Nr. 288 (1932–1938)

- Bericht des Staatskommissars für Cirkwehrum, Oosterhans, an den Landrat des Kreises Emden über Erfolglosigkeit der Steuereintreibungsversuche beim Besitzer eines Hofes in Cirkwehrum, Rentner Jan E. Ringena, Hinte, notfalls Zwangsersteigerung auf Betreiben der Kreissteuereinzugsbehörde, Juni 1932.

48

- Rep. 36 Nr. 369 (1902–1939)
Dornum: Bescheid des Landrats des Kreises Norden an Landwirt S. Hagena, Joachimsfeld, über Zunutbarkeit einer höheren Besteuerung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes gegenüber dem Hausbesitz wegen steigender Einnahmen der Landwirte durch die Geldentwertung, während wegen der Zwangswirtschaft Mieten für Hausbesitzer oder Einkommen für Gewerbetreibende nicht in gleicher Maße steigen, Oktober 1922; Aufnahme von Anleihen zum Erwerb eines Gebäudes, das als Wohlfahrtsheim mit sechs Wohnungen umgebaut werden soll, April 1927; Verfügung des Landrats des Kreises Norden über Ablehnung des Haushaltsplans 1931/32 wegen unzulässiger Erhöhung der Gemeindesteuerzuschläge und Nichteinführung der Bier- und Bürgersteuer, August 1931.

49

- Rep. 36 Nr. 371 (1894–1931)
Angebot der Umschuldung der Anleihe der Gemeinde Dornumerode seitens der Kreis- und Stadtsparkasse Norden an die Gemeinde auf ein Darlehen der Landesbank der Provinz Hannover wegen Geldknappheit der Sparkasse, Mai 1931.

50

- Rep. 44 Nr. 180 (1888–1923)
Beschluss des Verkaufs der Kriegsanleiheutscheine der Gemeinde Ezel zur Ablösung der zum Erwerb zwischen 1915 und 1918 aufgenommenen Darlehen, Februar 1923.

51

- Rep. 28 Nr. 4037 (1894–1932)
Groothusen: Antrag des Gemeindeausschusses auf Genehmigung eines Kredits zur Deckung laufender Ausgaben, Mai 1931; Ablehnung des Kredits und die Möglichkeit zur Aufnahme eines kurzfristigen Kassenkredites mit Tilgung aus den laufenden Einnahmen, Mai 1931.

52

- Rep. 36 Nr. 378 (1888–1929)
Großheide: Bericht der Kreiskommunalakasse an den Kreisausschuss in Norden über Nichtzahlung der Kreissteuern durch die Gemeinde Großheide, November 1919; Vergütung des Landrats über Verpflichtung der Gemeinde Großheide, eine Fürsorgestelle für Erwerbslose zu errichten, sowie Sondergenehmigung, einen Vorschuss aus der Kreiskommunalakasse zur Sicherung der Erwerbslosenfürsorge zu entnehmen, November 1919; Liste der Steuerschuldner der Gemeinde Großheide, Dezember 1919; Bericht des Gemeindevorstehers Kampen über zu starke Belastung der Gemeinde mit Schulstellen-

58beiträgen und norwendiger Abbau der sechsten Lehrerstelle, Februar 1927; Antrag des Gemeindevorstehers auf Zuweisung eines Ergänzungszuschlags zur Finanzierung der Erhöhung der Lehrereinkommen, Februar 1928.

53

Rep. 36 Nr. 380
Eingabe des Landwirts Wilhelm Steffens beim Landrat gegen zu starke steuerliche Belastung der Landwirte durch die Gemeinde Hage trotz Agrarkrise, Juli 1925; Eingabe der Landwirte und Pächter in der Fleckengemeinde Hage beim Landrat des Kreises Norden über Unzumutbarkeit der erhöhten Grundsteuer wegen Agrarkrise und Besserstellung der Gewerbetreibenden durch niedrigere Gewerbesteuer, September 1929.

54

Rep. 36 Nr. 384
Bericht des Vorstehers der Gemeinde Halbemond an den Landrat des Kreises Norden über Ablehnung der Erhöhung der Bürgersteuer durch den Gemeindeausschuss und Inkraftsetzung der Erhöhung durch den Gemeindevorstand, Dezember 1932.

55

Rep. 28 Nr. 4021
Hanswehrum: Leserbrief über die Verweigerung einer Brennstoffhilfe durch die „linke“ Gemeindeausschussmehrheit in Hanswehrum, Februar 1930; Bericht des Gemeindevorstehers über kommunistische Opposition gegen linke Liste des Gemeindeausschusses als Ursache des Leserbriefs, notwendige sparsame Haushaltsführung wegen Mehrhaushaben infolge verlorenener Prozesse des Amtsvergängers, Ablehnung einer Einspannung für kommunistische Ziele und Absicht des Beweises der effektiven und sparsamen Verwaltung durch Sozialisten, Februar 1930.

56

Rep. 28 Nr. 3910
Vermerk des Landrats: Einführung einer Bier- und Bürgersteuer als Voraussetzung zur Gewährung einer Reichsbuchhilfe für Hafsweg bei immer noch ausreichenden Steuereinnahmen, November 1931.

57

Rep. 28 Nr. 3762
Verfügung des Regierungspräsidenten in Aurich über Ablehnung eines Sonderzuschusses für den Gesamtschuhverband Hinte-Osterhusen wegen Nichteinführung der Bürgersteuer in den Verbandsgemeinden und mangelnder Versuche der Beitreibung von Steuern, August 1932; Bericht des Gemeindevorstehers in Osterhusen über Ablehnung einer Steuererhöhung durch den Gemeindeausschuss und Beschluss der verschärften Beitreibung von Steuerrückständen, August 1932; Bericht des Gemeindevorstandes in Osterhusen über Überweisung von 300 RM an den Gesamtschuhverband durch Beitreibung von Steuerrückständen, Erwartung des Eingangs weiterer Rückstände nach Beendigung des Dreschen und Androhung von Zwangsvorsteigerung gegen stümige Steuerzahler, August 1932.

58Rep. 32 Nr. 259
Eingabe der Handwerker und Gewerbetreibenden der Gemeinde Holte beim Landrat des Kreises Leer für steuerliche Gleichbehandlung mit den Landwirten und Begrenzung der Steuerlast, März 1923.

59

Rep. 32 Nr. 268
Eingabe des Vorstehers M. Terbeck aus Holtland beim Kreisausschuss in Leer um Nachlass Antrag des Vorstehers der Gemeinde Holtermoor auf Genehmigung einer Anleihe zur Wegeunterhaltung wegen Gefahr der Isolierung der Gemeinde vom Verkehrsnetz und der Unmöglichkeit weiterer Steuererhöhungen, April 1926.

60

Rep. 32 Nr. 279
Eingabe des Rentiers M. Terbeck aus Holtland beim Kreisausschuss in Leer um Nachlass der Gemeindesteuer wegen Unvermögens auf Grund des Verlustes des Geldwerts seines Rentenvermögens und der bereits bestehenden Abhängigkeit auf Unterstützung durch Verwandte, Juli 1923.

61

Rep. 32 Nr. 279
Antrag der Inselgemeinde Juist auf ein kurzfristiges Darlehen bei der städtischen Sparkasse Norden zur Erweiterung der Elektrizitätsanlage, Dezember 1922; Bericht des Gemeindevorstehers Böckler an den Landrat des Kreises Norden über Beschluss des Gemeindeausschusses über Nichterhebung von Gemeindesteuern auf Juist wegen Geldmangels, Januar 1924.

62

Rep. 36 Nr. 390
Antrag der Inselgemeinde Juist auf ein kurzfristiges Darlehen bei der städtischen Sparkasse Norden zur Erweiterung der Elektrizitätsanlage, Dezember 1922; Bericht des Gemeindevorstehers Böckler an den Landrat des Kreises Norden über Beschluss des Gemeindeausschusses über Nichterhebung von Gemeindesteuern auf Juist wegen Geldmangels, Januar 1924.

63

Rep. 16/1 Nr. 4343
Stadt Leer: Eingabe der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg beim Magistrat der Stadt Leer gegen den Erat 1928 wegen zu hoher Abgabenlast, März 1928; Eingabe der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg und der Handwerkskammer Aurich beim Magistrat der Stadt Leer wegen Notwendigkeit der Senkung der Gewerbesteuern und der Realsteuerzuschläge, März 1930; Eingabe der Handwerkskammer Aurich beim Magistrat der Stadt Leer wegen zu großer Belastung der Wirtschaft durch hohe Steuern, Dezember 1930; Artikel des „Allgemeinen Anzeigers“ über Steuerprotestkundgebung von Bürgern der Stadt Leer, April 1932; Eingabe des „Ausschusses der Steuerzahler“ beim Oberpräsidenten wegen Steuerbelastung und Sparunwilligkeit des Magistrats in Leer, Oktober 1932; Bericht des Magistrats der Stadt Leer über Aktionen des „Ausschusses der Steuerzahler“ und die Unrichtigkeit der Beschuldigung des Sparunwillens sowie über die Nichtfreigabe der Markthalle für NSDAP-Kundgebung, weil der von jüdischen Händlern dominierte Viehmarkt geschädigt werden könnte, November 1932; Entschießung der Teilnehmer der Steuerprotestkundgebung für Steuersenkungen, Personalabbau bei der Stadtverwaltung, Gehaltsenkung im öffentlichen Dienst und für Freigabe der Markthalle für politische Veranstaltungen, November 1932; Eingabe des „Ausschusses der Steuerzahler“, (1885–1970)

58Rep. 32 Nr. 259
Eingabe des Rentiers M. Terbeck aus Holtland beim Kreisausschuss in Leer um Nachlass der Gemeindesteuer wegen Unvermögens auf Grund des Verlustes des Geldwerts seines Rentenvermögens und der bereits bestehenden Abhängigkeit auf Unterstützung durch Verwandte, Juli 1923.

60

Rep. 32 Nr. 279
Antrag der Inselgemeinde Juist auf ein kurzfristiges Darlehen bei der städtischen Sparkasse Norden zur Erweiterung der Elektrizitätsanlage, Dezember 1922; Bericht des Gemeindevorstehers Böckler an den Landrat des Kreises Norden über Beschluss des Gemeindeausschusses über Nichterhebung von Gemeindesteuern auf Juist wegen Geldmangels, Januar 1924.

61

Rep. 36 Nr. 390
Antrag der Inselgemeinde Juist auf ein kurzfristiges Darlehen bei der städtischen Sparkasse Norden zur Erweiterung der Elektrizitätsanlage, Dezember 1922; Bericht des Gemeindevorstehers Böckler an den Landrat des Kreises Norden über Beschluss des Gemeindeausschusses über Nichterhebung von Gemeindesteuern auf Juist wegen Geldmangels, Januar 1924.

62

Rep. 16/1 Nr. 4343
Stadt Leer: Eingabe der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg beim Magistrat der Stadt Leer gegen den Erat 1928 wegen zu hoher Abgabenlast, März 1928; Eingabe der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg und der Handwerkskammer Aurich beim Magistrat der Stadt Leer wegen Notwendigkeit der Senkung der Gewerbesteuern und der Realsteuerzuschläge, März 1930; Eingabe der Handwerkskammer Aurich beim Magistrat der Stadt Leer wegen zu großer Belastung der Wirtschaft durch hohe Steuern, Dezember 1930; Artikel des „Allgemeinen Anzeigers“ über Steuerprotestkundgebung von Bürgern der Stadt Leer, April 1932; Eingabe des „Ausschusses der Steuerzahler“ beim Oberpräsidenten wegen Steuerbelastung und Sparunwilligkeit des Magistrats in Leer, Oktober 1932; Bericht des Magistrats der Stadt Leer über Aktionen des „Ausschusses der Steuerzahler“ und die Unrichtigkeit der Beschuldigung des Sparunwillens sowie über die Nichtfreigabe der Markthalle für NSDAP-Kundgebung, weil der von jüdischen Händlern dominierte Viehmarkt geschädigt werden könnte, November 1932; Entschießung der Teilnehmer der Steuerprotestkundgebung für Steuersenkungen, Personalabbau bei der Stadtverwaltung, Gehaltsenkung im öffentlichen Dienst und für Freigabe der Markthalle für politische Veranstaltungen, November 1932; Eingabe des „Ausschusses der Steuerzahler“, (1925–1933)

63

Rep. 16/1 Nr. 4343
Stadt Leer: Eingabe der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg beim Magistrat der Stadt Leer gegen den Erat 1928 wegen zu hoher Abgabenlast, März 1928; Eingabe der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg und der Handwerkskammer Aurich beim Magistrat der Stadt Leer wegen Notwendigkeit der Senkung der Gewerbesteuern und der Realsteuerzuschläge, März 1930; Eingabe der Handwerkskammer Aurich beim Magistrat der Stadt Leer wegen zu großer Belastung der Wirtschaft durch hohe Steuern, Dezember 1930; Artikel des „Allgemeinen Anzeigers“ über Steuerprotestkundgebung von Bürgern der Stadt Leer, April 1932; Eingabe des „Ausschusses der Steuerzahler“ beim Oberpräsidenten wegen Steuerbelastung und Sparunwilligkeit des Magistrats in Leer, Oktober 1932; Bericht des Magistrats der Stadt Leer über Aktionen des „Ausschusses der Steuerzahler“ und die Unrichtigkeit der Beschuldigung des Sparunwillens sowie über die Nichtfreigabe der Markthalle für NSDAP-Kundgebung, weil der von jüdischen Händlern dominierte Viehmarkt geschädigt werden könnte, November 1932; Entschießung der Teilnehmer der Steuerprotestkundgebung für Steuersenkungen, Personalabbau bei der Stadtverwaltung, Gehaltsenkung im öffentlichen Dienst und für Freigabe der Markthalle für politische Veranstaltungen, November 1932; Eingabe des „Ausschusses der Steuerzahler“, (1921–1938)

ler“ beim Reichsinnenminister gegen große Steuerbelastung und für Gehaltskürzung der Beamten und Angestellten, Oktober 1932; Bescheid des kommissarischen Regierungspräsidenten an den „Ausschuss der Steuerzahler“ über Angemessenheit der städtischen Steuer- und Abgabenpolitik, Januar 1933.

63 Rep. 16/1 Nr. 4340 (1930–1933) Anstieg der Ausgaben für Fürsorgelasten in der Stadt Leer, 1930–1932.

64 Rep. 36 Nr. 393 (1888–1935) Leezdorf: Bericht des Gemeindevorstehers Dirks an den Kreisausschuss in Norden über Minderbesteuerung der Hochmoorkolonisten wegen fehlenden Reingewinns ihrer Stellen, Juli 1925; Beschwerde des Landwirts Christian Rosenberg gegen die Höherbesteuerung des großflächigen Grundbesitzes im Verhältnis zu den Kolonisten- und Arbeitern, Juli 1921; Bericht des Gemeindevorstehers über Einführung eines gerechteren Gemeindesteuersystems nach der Revolution durch Erleichterung der Steuerlast für minderwertiges Arbeiter- und Kolonistenland und Erhöhung der Steuern für hochwertiges Ackerland der Landwirte, Juli 1921; Eingabe der Landwirte in Leezdorf gegen die Einführung einer nach Grundbesitz gestaffelten Gemeindesteuer in Goldmark wegen Mehrbelastung gegenüber der Mehrheit der Gemeindebürgert, Dezember 1923; Bericht des Gemeindevorstehers Dirks über Ungerechtigkeit des Grundsteuersystems gegenüber den Hochmoorkolonisten durch Gleichbewertung des unfruchtbaren Moorböden mit dem fruchtbaren Marschboden, Oktober 1925; Bericht des Gemeindevorstehers Dirks über Schwierigkeiten bei der Staatssteuererhebung nach der Beläuprung des chemaligen Gemeindevorstehers in Osteel, Andreas Ippen, dass die Staatssteuern durch das Katasteramt als Steuererhebungsbehörde niedergeschlagen wurden: Ursache für Unruhe und Beeinflussung des Wahlkampfes, Juli 1930.

65 Rep. 36 Nr. 393 (1880–1935) Lintelmarsch: Aufwertungsbegehren der Ostfriesischen Sparkasse Aurich für Anleihen von 1908 und 1915, August 1928; Eingabe des E. Folkers etc. beim Landrat des Kreises Norden gegen den Beschluss der Gemeinde Lintelmarsch, eine Anleihe in Höhe der einzuhaltenden rücksätzlichen Grundvermögenssteuer aufzunehmen, um Wohlfahrtsunterstützungen zahlen zu können, Dezember 1931; Ablehnung der Steuerstundungsanträge sämtlicher Landwirte wegen Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der Gemeinde, Februar 1932.

66 Rep. 36 Nr. 920 (1917–1926) Schreiben des Barmer Bankvereins an den Gesamtarmenverband Marienhafen über Aufwertungsbegehren für die Kriegsanleihekredite ihrer Norder Filiale, ehemals Norder Bank, Oktober 1926; Bescheid des Landrats in Norden über Unzulässigkeit des Aufwertungsbegehrens des Barmer Bankvereins, 1926.

- 67** Rep. 36 Nr. 401 (1884–1928) Verfügung des Landrats an die Gemeinde Mensende-Coldinne über Unzulässigkeit Haus- und Grundbesitzer höher zu besteuern als die Gewerbetreibenden, August 1920.
- 68** Rep. 36 Nr. 316 (1895–1959) Antrag des Vorstands der Gemeinde Mensende-Coldinne beim Kreisausschuss in Norden auf Genehmigung eines Darlehens von der Hannoverschen Landesbank zur Umwidlung der Darlehen der Norder Bank zur Zeichnung der Kriegsanleihen, August 1920.
- 69** Rep. 44 Nr. 187 (1887–1936) Beschwerde des Landesfinanzamts Hannover beim Landrat des Kreises Wittmund über ungehörigen Ton des Gemeindevorstehers Christophers aus Moorweg gegenüber dem Amt wegen Entschädigungsfordierung der Gemeinde für Datenerhebungen, Dezember 1921; Antrag der Gewerbetreibenden beim Gemeindeausschuss auf Reduzierung der Gemeindebeamtengehälter und namentlich Vorschläge von Amtswilligen für die niedriger dotierten Stellen, Februar 1932.
- 70** Rep. 36 Nr. 402 (1894–1927) Verfügung des Landrats über Unzulässigkeit der Beschränkung der Besteuerung auf den Grundbesitz in der Fleckengemeinde Nesse, August 1922.
- 71** Rep. 44 Nr. 46 (1887–1928) Protokoll der Gemeindeausschusssitzung in Neustadt-Gödens vom 12. November 1923: Unmöglichkeit der Aufbringung der geforderten Kreissteuern, Unfähigkeit der meisten Bewohner der Gemeinde zur Zahlung der Grund- und Gebäudesteuer, November 1923.
- 72** Rep. 16/1 Nr. 4542 (1880–1933) Stadt Norden: Gesuch des Magistrats um Vermittlung eines Kredits zum Umbau der von der Stadt angekauften ehemaligen Brauerei der Firma Doornkaat zu Wohnzwecken, Oktober 1922; Antrag auf Erfüllung eines Reichskredits für die Stadt Norden zum Ankauf von Lebensmitteln und Brennstoff für Bedürftige, zur Besoldung der städtischen Angestellten und Beamten und zu sozialen Zwecken, September–November 1923; Antrag der Stadt Norden auf Genehmigung einer Anleihe für den Erwerb eines Gebäudes, für Schlötzungen als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und Erneuerung der Kolkbrücke, Februar 1930; Nachweisung der seit dem 1. Januar 1924 aufgenommenen Anleihen der Stadt Norden, März 1930; Antrag der Stadt Norden auf Genehmigung einer Kreditaufnahme zum Bau von Unterrichtsräumen für die Berufsschule, Oktober 1930; Beschwerde des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen den Bau einer Arbeitsamt-nebenstelle in Hage und gegen Darlehensverweigerung an die Stadt Norden zum Neu-

bau des Arbeitsamts in Norden, Mai 1931; Übersicht über die kurzfristigen Schulden der Stadt Norden, Dezember 1932.

73 Rep. 16/1 Nr. 1225
Genehmigung einer Beihilfe für ein Tagesheim für Kinder arbeitender Mütter in der Stadt Norden im Haushaltsjahr 1918/19.

74

Rep. 16/1 Nr. 4545
(1922–1932)
Bericht des Magistrats der Stadt Norden über Norwendigkeit von Steuererhöhungen zum Ausgleich des Haushalts, Dezember 1929; Haushaltspläne, 1924–1932.

75

Rep. 36 Nr. 421
(1888–1939)
Norderney: Bericht des Bürgermeisters Jann Berghaus über Notwendigkeit eines Kredits zur Lebensmittelbeschaffung, Mai 1919; Bericht des Fürsten von Knyphausen als Mitglied des Kreisausschusses über Notwendigkeit eines Kredits für Norderney zur Beschaffung von Lebensmitteln für die Versorgung der Badegäste während der Saison, 1919.

76

Rep. 36 Nr. 414
(1916–1920)
Bericht des Bürgermeisters auf Norderney, Jann Berghaus, über Ausgleich des Eratssdefizits ausschließlich durch Darlehen der Inselhilfe wegen fehlender Steuereinnahmen durch das Ruhen des Badebetriebs und der Gastronomie, April 1919; Bericht des Bürgermeisters über Nichrinhaltbarkeit des Haushaltsplans wegen steigender Preise und Löhne sowie der Erwerbslosenfürsorge, Februar 1920.

77

Rep. 36 Nr. 415
(1921–1925)
Bericht des Bürgermeisters von Norderney über Steuererhöhungen und Einführung einer Fremdenbeherbergungssteuer zum Ertausgleich, April 1922.

78

Rep. 36 Nr. 427
(1929–1947)
Norderney: Schreiben der Direktion der Landesbank der Provinz Hannover an den Bürgermeister Lührs über erforderliche Liquiditätsbescheinigung der Kommunalaufschlagsbehörde vor Gewährung eines Darlehens für die Badebetriebsgesellschaft, Januar 1929; Bericht des Bürgermeisters auf Norderney an die Direktion der Landesbank über Badebetriebsgesellschaft als privatrechtliches Unternehmen unter vier Fünftel Beteiligung der Inselgemeinde zur schnelleren Geschäftsausbau, Verwendung der geplanten Anleihe für Wasserturm und Umschuldung, Januar 1929.

79

Rep. 36 Nr. 428
(1930–1933)
Antrag des Gemeindevorstands auf Norderney bei der Regierung auf Stundung der Zins- und Tilgung der Badepacht, Erlass des zu entrichtenden Kurtaxenteils und Stundung der Lustbarkeitssteuern, 1920; Erhöhung der Lustbarkeitssteuern, 1920; Die Tortfieberung für die Schule wird

gungsraten der Kurpromadenbaukosten auf 10 Jahre wegen schwieriger Wirtschaftslage, Mindererträge der Badebetriebsgesellschaft und Verpflichtung der Inselgemeinde zur Übernahme ihrer Verluste, November 1930; Vermerk der Regierung; Unfähigkeit der Inselgemeinde zur Aufrechterhaltung des Badebetriebs, Genehmigung weiterer Anleihen nur unter der Bedingung der staatlichen Beteiligung an der Badebetriebsgesellschaft, Dezember 1930.

80

Rep. 36 Nr. 702
(1930–1933)
Protokoll der Ausschusssitzung der Gemeinde Osteel über Verweigerung einer Zahlung an die Handwerkskammer bis zum Eingang der Beiträge durch zahlungspflichtige Handwerker, August 1930; Verfügung des Landrats in Norden über Verpflichtung der Gemeinde Osteel zur Zahlung ausstehender Handwerkskammer- und sonstiger Beiträge bei Androhung von Zwangsmaßnahmen, Juli 1931; Bericht des Gemeindevorstehers in Osteel über Zahlungsunfähigkeit der Gemeinde wegen ausbliebender Steuern aufgrund der Illiquidität der Landwirte und Verpflichtung der Gemeinde zur Zahlung von Wohlfahrtsverblossenhilfe, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten angesichts wachsender Armut, Verantwortung des Amtsvoigängers für Rückstände, Juli 1931.

81

Rep. 28 Nr. 3762
(1920–1932)
Verfügung des Regierungspräsidenten in Aurich über Ablehnung eines Sonderzuschusses für den Gesamtschulverband Hinte-Osterhusen wegen Nichteinführung der Bürgersteuer in den Verbandsgemeinden und mangelnder Versuche der Betreibung von Steuerernesten, August 1932; Bericht des Gemeindevorstehers in Osterhusen über Ablehnung einer Steuererhöhung durch den Gemeindeausschuss und Beschluss der verschärferten Betreibung von Steuerrückständen, August 1932; Bericht des Gemeindevorstehers in Osterhusen über Überweisung von 300 RM an den Gesamtschulverband durch Beitreibung von Steuerrückständen, Erwartung des Eingangs weiterer Rückstände nach Beendigung des Dreschen und Androhung von Zwangsvorsteigerung gegen säumige Steuerzahler, August 1932.

82

Rep. 28 Nr. 3790
(1842–1932)
Eingabe der Molkerei-Genossenschaft Pewsum beim Landrat des Kreises Emden über Gefährdung ihrer Existenz, weil der Fleckenvorsteher wegen rückständiger Steuern Zahlungsverbot an die Milchlieferanten verhängt hat, Mai 1931; Verschiedene Verfügunghen des Landrats über Unterbringung durch Wohnungswangsräumung obdachlos gewordener Familien durch den Fleckenvorsteher in Pewsum, 1931–1932.

83

Dep. 34 C Nr. 939
(1896–1956)
Beschluss der Gemeinde Plaggenburg, dass die Gemeindesteuern durch Besteuerung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern mit 1 000 Prozent aufgebracht werden sollen, 1920; Erhöhung der Lustbarkeitssteuern, 1920; Die Tortfieberung für die Schule wird

von den Gemeindemitgliedern, gestaffelt nach ihrer Einkommensteuer, übernommen, 1920.

84

Rep. 36 Nr. 333

(1874–1954)
Rechtsupweg; Bericht der Hannoverschen Landesbank an den Landrat des Kreises Norddeich über Zahlungsrückstände bei der Tilgung von Anleihen der Gemeinde, Juli 1932.

85

Rep. 36 Nr. 437

(1894–1928)
Protokoll der Ausschusssitzung der Gemeinde Rechtsupweg vom 23. Januar 1920; Beschluss der Umschuldung der Kriegsanleihedächer der Ostfriesischen Sparkasse und der Norder Bank auf eine Anleihe bei der Spar- und Darlehenskasse Marienhafen, Januar 1920.

86

Rep. 36 Nr. 442

(1926–1940)
Bericht der staatlichen Kreiskasse über trotz Erinnerungen unerledigte Einzahlung der eingetriebenen Grundvermögenssteuer durch den Vorsteher der Gemeinde Schwittersum, Onnen, und Antrag auf Zwangseratisierung, August 1926.

87

Rep. 44 Nr. 53

(1888–1932)
Seriem: Bericht des Landrats in Wittmund an den Bezirksausschuss in Aurich über notwendige Aussetzung einer Zwangsvollstreckung gegen die Gemeinde, weil wegen der niedrigen Viehprixe erst im Herbst, nach dem Verkauf des fertig geweideten Viehs, die Steuereingänge sicher eingeschätzt werden können, Mai 1932.

88

Rep. 26c Nr. 133

(1834–1932)
Resolution mehrerer Einwohner Spetzerfehns für Steuersenkungen wegen wirtschaftlicher Not und der Gefahr steigender Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge, Januar 1932; Bescheid des Landrats: Steuersenkung nur bei Fähigkeit der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Pflichten, Januar 1932.

89

Rep. 36 Nr. 444

(1886–1935)
Eingabe der Teehandelsfirma Onno Behrens über zu starke steuerliche Belastung der Gewerbetreibenden in Süderneuland I, November 1923; Bericht des Gemeindevorstehers von Süderneuland I, Boongarden, über vom Kreisausschuss genehmigte Steuersätze, November 1923.

90

Rep. 36 Nr. 445

(1894–1941)
Süderneuland I: Protokolle der Gemeindeausschusssitzungen über Beschlüsse der Aufnahme von Anleihen bei der Ostfriesischen Sparkasse Aurich, Städtischen Sparkasse Norden, Norder Bank, Ostfriesische Bank Norden, März 1915–April 1918; Verfügung

des Landrats als Vorsitzender des Kreisausschusses über Genehmigung einer Anleihe für den Schulerweiterungsbau in Süderneuland I, Dezember 1927.

91

Rep. 36 Nr. 447

(1894–1941)
Beschluss der Umschuldung der Anleihen der Gemeinde Süderneuland II für die Kriegsanleihe auf Kredite privater Geldgeber, September 1920.

92

Rep. 32 Nr. 573

(1931–1971)
Terigar: Kündigung eines kurzfristigen Kassenkredits durch die Genossenschaftsbank Oldersum wegen Unmöglichkeit der Gewährung eines langfristigen Darlehens, Oktober 1931; Verfügung des Landrats des Kreises Emden über Berichterstattung worzu der Kreidt gebraucht wurde und warum dazu keine Genehmigung eingeholt wurde, November 1931; Bericht des Gemeindevorstehers über Verwendung des Kredits für Neubau der Lehrerwohnung und anderer laufender Ausgaben, November 1931.

93

Rep. 36 Nr. 448

(1891–1928)
Protokoll der Gemeindeversammlung in Tjüche vom 16. März 1915: Beschluss über Nichtzeichnung der Kriegsanleihe (Randnotiz des Landrats: „Das soll der Gemeinde unvergessen bleiben“), März 1915; Protokolle der Gemeindeversammlung über Beschlüsse der Aufnahme von Anleihen bei der Städtischen Sparkasse in Norden zur Zeichnung der Kriegsanleihe, September 1915–Oktober 1918; Ablehnung der Einführung einer Gemeindesteuer durch den Landrat wegen fehlender Zustimmung des Gemeindeausschusses, Dezember 1923.

94

Rep. 28 Nr. 4060

(1862–1932)
Eingabe der Steuerzahler der Gemeinde Twixlum beim Landrat über verschwenderische Haushaltsführung der Mehrheit des Gemeindeausschusses und des Gemeindevorsteigers sowie Antrag auf Neuwahl des Gemeindeausschusses und Absetzung des Gemeindevorstehers, Juni 1923; Antrag des Amtsgerichts Emden beim Landrat auf Zwangsvollstreckung gegen das Gemeindevermögen von Twixlum wegen ausstehender Forderungen des Auktionsators Reinemann, Januar 1932.

95

Rep. 28 Nr. 4057

(1894–1931)
Eingabe des Landwirts und Mitglieds des Gemeindeausschusses G. Remmers beim Landrat über Überschuldung der Gemeinde Twixlum durch unvorsichtige Haushaltspolitik und Unfähigkeit des „linken“ Gemeindevorstehers sowie gegen die Einführung der Bürgersteuer wegen Zahlungsunfähigkeit der Landwirte, Oktober 1931.

96

Rep. 36 Nr. 342

(1932–1954)
Eingabe des Landwirts Remmers aus Twixlum beim Landrat über Unfähigkeit des Gemeindevorstehers und Abhaltung von kommunistischen Versammlungen in dessen

Haus, November 1932; Bericht des Gemeindevorstebers J. Buurmann an den Landrat über die Wahl des Lehrers Poppinga zum Gemeindevorsteher durch die rechte Gemeindesausschussfaktion und Bitte um schnelle Bestätigung zur Verhinderung linker Hezereien, November 1932.

97

Rep. 36 Nr. 451

(1872–1931)
Upgant-Schott: Beschwerde von Landwirten beim Regierungspräsidenten in Aurich gegen den Gemeindevorsteher Swyter wegen verweigerter Steuerstundung trotz wirtschaftlicher Not, Juni 1931; Beschwerde des Gutsbesitzers D. Ulferts beim Regierungspräsidenten gegen Pfändung in kurzer Frist nach dem verfügbaren Steuereinzahlungstermin, April 1931.

98

Rep. 36 Nr. 452

(1894–1941)
Bericht des Vorstebers der Gemeinde Upgant-Schott an den Kreisausschuss in Norden über Beschlussunfähigkeit des Gemeindeausschusses wegen Tod, Wegzug und auswärtiger Arbeit von Ausschusmitgliedern und Ermächtigung des Gemeindevorstandes zur Steuerfestsetzung durch den Rumpfausschuss, November 1923; Beschwerde des Gutsbesitzers D. Ulferts beim Landrat gegen die Erhebung einer Roggensteuer durch den Gemeindevorsteher ohne Votum des Gemeindeausschusses, November 1923; Bericht des Gemeindevorstechers über Hebung einer Gemeindesteuer zum Kauf von Roggen sowie zum Erwerb von Torf zur Schulbeheizung, weitere Steuererhebung in Roggenwert, Nortlage durch Beschlussunfähigkeit des Gemeindeausschusses und vorübergehende Ablösung der entwerteten Papiermark durch Roggen als Naturalzahlungsmittel, künftige Steuererhebung in Goldmark und Verrechnung der abgelieferten Naturalien, November 1923.

99

Rep. 26c Nr. 141

(1830–1933)
Gemeinderechnung: Vechta, Uthwerdum: Verbot des Landrats des Kreises Aurich, Gemeindeausgaben über eine langfristige Anleihe zu bestreiten, Januar 1929; Reisebericht des Regierungs-Kassenrats über wirtschaftliche Not und Buchführungsfehler des Gemeindevorsteigers als Ursache der Steuerrückstände, Januar 1929; Eingabe der Landesbank der Provinz Hannover an den Landrat wegen Rückständen der Gemeinde Uthwerdum bei den Zins- und Tilgungsgraten für gewährte Darlehen, August–November 1930.

100

Rep. 44 Nr. 61

(1890–1931)
Werdum: Protokoll der Schulvorstandssitzung vom 24. September 1923; Erwerb von Torf gegen Roggen nach der Emder Börsennotierung, September 1923; Protokoll der Schulvorstandssitzung vom 13. Oktober 1923; Mehrkosten des Torferwerbs durch Zahlungsverzögerung infolge einer fehlenden Bescheinigung und inzwischen eingetretene Höhernotierung des Roggens an der Emder Börse, Oktober 1923; Bericht des Gemeindevorsteigers Becker über Schwierigkeiten bei der Steuereinziehung und daher rührende

Rückstände bei den Einzahlungen in die staatliche Kreiskasse sowie arbeitsintensive und erfolglose Pfändungsverfahren, Juni 1924.

101

Rep. 26c Nr. 145

(1829–1932)

Westerende-Holzloog: Bericht des Gemeindevorsteigers über Unfähigkeit der Gemeinde zur Zahlung der Zins- und Tilgungsgraten für Kredite der Ostfriesischen Sparkasse und der Landesbank der Provinz Hannover, Dezember 1931; Eingaben der Ostfriesischen Sparkasse und der Landesbank der Provinz Hannover beim Landrat des Kreises Aurich wegen Nichtzahlung der Zins- und Tilgungsgraten durch die Gemeinde Westerende-Holzloog, Mai–Juli 1932; Bescheid des Landrats des Kreises Aurich an die Ostfriesische Sparkasse über geplante Kassenrevision in Westerende-Holzloog und einzuziehende Steuerrückstände als Mittel, die Kredite abzutragen, Juli 1932.

102

Rep. 36 Nr. 461

(1894–1935)

Westermarsch I: Umschuldung der Anleihen für die Kriegsanleihe durch Kredite privater Geldanleger, Mai 1919; Hebung der Gemeindesteuer in einer Rate, Mai 1923; Vergütung des Landrats über Unzulässigkeit der Festlegung von nur einer Steuerzahlungsrate, Juni 1923; Urteilsspruch des Kreisausschusses in Norden in der Streitsache zwischen der Gemeinde Westermarsch I und der Witwe Sardine Campen, geb. Franshen, wegen Aufwertung eines Darlehens des Erblassers, Juli 1931; Entscheidung der Reichsschuldenverwaltung in Berlin über die Ablehnung der Beschwerde von S. Campen, Oktober 1931.

103

Rep. 36 Nr. 462

(1894–1941)

Westermarsch II: Protokolle der Gemeindeversammlungen über Beschlüsse der Aufnahme von Anleihen bei der Ostfriesischen Sparkasse Aurich und der Städtischen Sparkasse Norden zur Zeichnung der Kriegsanleihen, Oktober 1914–Oktober 1918; Protokoll der Gemeindevorstandssitzung vom 5. Dezember 1919; Beschluss der Beauftragung des Aktionators Ahnen in Norden zur Beschaffung von Privatanleihen in Höhe von 600.000 Mark zur Umschuldung der Anleihen zur Kriegsanleihe, Dezember 1919; Verfüzung des Landrats über Ablehnung der Aufnahme einer Anleihe zur Deckung des laufenden Gemeindehaushalts, April 1931.

104

Rep. 36 Nr. 463

(1920–1935)

Westermarsch II: Abrechnung des Aktionators Ahnen: Liste der privaten Kreditlegger zur Umschuldung der Anleihen zur Kriegsanleihe, Juni 1920; Tilgung privater Umschuldungskredite vom März–Juli 1923, Juli 1923; Antrag des Aktionators Evert Evers, Norden, im Auftrag der Gläubiger der Umschuldungskredite auf Aufwertung wegen Rückzahlung der Kredite 1923 mit wertlosem Geld, Oktober 1926.

105

Dep. 34 C Nr. 999

(1920–1949)

Sammelliste zur Errichtung eines Kriegerdenkmals in der Gemeinde Wiesens, 1920.

- 106** Rep. 28 Nr. 3885 (1894–1930) Antrag des Gemeindevorstehers in Wirdum beim Kreisausschuss auf Genehmigung eines Kredits bei der Kreissparkasse Emden zur Deckung laufender Ausgaben wegen Sturzständen der Landwirte und zurückgehenden Besiedelung der Bevölkerung der Agrarkrise, Oktober 1930.
- 107** Rep. 28 Nr. 3886 (1927–1935) Antrag des Vorstehers der Gemeinde Wirdum auf Genehmigung einer Sondersteuer für die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Ausgaben der Kirchenkasse, Januar 1929; Bescheid des Landrats des Kreises Emden über Ablehnung der Sondersteuer wegen gesetzlich vorgeschriebener Trennung der politischen von der Kirchengemeinde, April 1929.
- 108** Rep. 16/3 Nr. 90 (1922–1929) Anordnung der Zusammenlegung von Kultur- und Wasserbauamt in Aurich als Umsetzung der Personalabauverordnung in Preußen durch Entlassung eines Angestellten, 1924/1925; Ausführung von Tieffbauarbeiten im Bereich der Kanalverwaltung durch private Unternehmen als Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit, 1926.
- 109** Rep. 36 Nr. 74 (1923–1932) Mitteilung des Deutschen Städtetages über Erlass des Reichsinnenministers, dass eingesparte Personalkosten bei öffentlich-rechtlichen Verbänden oder Gemeinde- bzw. Kreisunternehmen dort verbleiben und nicht direkt an die Kommunalkassen abgeführt werden müssen, April 1931; Verfügung des Preußischen Innennamisters über Neufassung der Sparverordnung nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Verfassungswidrigkeit der Verordnung vom 12. September 1931, Juli–November 1932.
- 110** Dep. 34 C Nr. 71 (1923–1964) Besoldung des Bürgermeisters: Einspruch des Reichsministers der Finanzen gegen die zu hohe Besoldung der Bürgermeisterstelle in Aurich, 1923.
- 111** Rep. 36 Nr. 73 (1924–1931) Bericht des Gemeindevorstehers der Insel Norderney über Unmöglichkeit eines weiteren Personalabbaus wegen seit 1914 gewachsener Aufgabenlast der Verwaltung, April 1924.
- 112** Rep. 16/1 Nr. 4343 (1925–1933) Entschließung der Teilnehmer einer Steuerprotestkundgebung in Leer für Steuerersparnisse, Personalabbau bei der Stadtverwaltung, Gehaltsenkung im öffentlichen Dienst und für Freigabe der Markthalle für politische Veranstaltungen, November 1932; Eingabe des „Ausschusses der Steuerzahler“ beim Reichsinnenminister wegen großer Steuerbelastung und für Gehaltskürzung der Beamten und Angestellten, Oktober 1932.
- ### 1.1.4 Steueraufkommen, Steuerreform
- #### 1.1.4.1 Städte Emden und Wilhelmshaven
- 113** Rep. 16/1 Nr. 1671 (1905–1922) Ortsatzung der Stadt Emden über Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbssteuer und Erwerb von Grundstücken auf Basis der Reichsteuern, Oktober 1919; Bericht des Magistrats der Stadt Emden über Notwendigkeit zur Anhebung der Realsteuern zur Deckung des Haushalts und Plan der Anhebung der Besteuerung unbebauter Grundstücke, Januar 1921; Artikel der „Rhein-Ems-Zeitung“ gegen hohe Pachtraten für Land, November 1921.
- 114** Rep. 16/1 Nr. 2650 (1920–1930) Antrag der Stadt Emden auf Vorschuss aus dem Anteil an der Reichseinkommenssteuer wegen drohender Überschuldung, Juni 1920; Erhebung einer Schaufenster- und Mietwagensteuer, Juni 1920; Antrag des Magistrats zur Einführung einer Wohnaufwands-, einer Personalaufwands- und Instrumenten-Strauer, September 1920; Ordnung über Besteuerung des reichssteuereffizienten Einkommens in Emden, September 1920; Antrag der Stadt Emden auf Genehmigung der neuen Kanalgebührenordnung zur Deckung neuer Ausgaben, April–Mai 1923; Antrag des Magistrats auf Genehmigung von Realsteuerzulagen, Februar 1924; Bericht des Magistrats der Stadt Emden über die Möglichkeit, den Etat ohne weitere Steuerzuschläge auszugleichen, und über hohe Belastungen durch Sozialausgaben, August 1928.
- 115** Rep. 16/1 Nr. 2949 (1922–1936) Verordnung zur Erhebung einer Wertzuwachssteuer in Emden (= Steuer auf Verkauf von Grundstücken), April 1922–Oktober 1930.
- 116** Rep. 16/1 Nr. 2668 (1930–1937) Artikel der „Ostfriesischen Zeitung“ über Ablehnung des Eratentwurfs durch das Bürgervorsichtekollegium der Stadt Emden, Mai 1930; Schreiben der Industrie- und Handelskammer an den Magistrat der Stadt Emden über Vorschläge zur Haushaltssanierung

durch Gehaltskürzungen und Grundstücksverkäufe, Mai 1930; Eingabe der Bürgervorsteherfraktion „Rechtsblock“ beim Regierungspräsidenten mit Kürzungsvorschlägen für den Haushalt der Stadt Emden, Juni 1930; Protokoll über den Beschluss des Bezirksausschusses zur Genehmigung der Erhöhung der Realsteuern in Emden, Juli 1930; Be sprechung des Bürgermeisters Hauding, Emden, mit dem Regierungspräsidenten wegen Einführung einer Bürgersteuer, November 1930.

117

Rep. 16/1 Nr. 2995

Antrag des Magistrats der Stadt Wilhelmshaven auf Gewährung eines Vorschusses auf den städtischen Anteil der Einkommensteuer wegen völliger Abhängigkeit von Anleihen, Juni 1920; Artikel der „Wilhelmshavener Zeitung“ über Protest der Wirtschaftsverbände gegen Erhöhung der Wertzuwachssteuer in Wilhelmshaven, November 1920; Eingabe des Verbandes für Handel, Gewerbe und Industrie, Wilhelmshaven, beim Regierungspräsidenten gegen die von der Stadt erhobenen Zuschläge zur Wertzuwachssteuer wegen Hemmung des Wohnungsbau- und der Gewerbeansiedlung, November 1920; Ordnung der gemeindlichen Besteuerung reichsteuerfreien Einkommens in Wilhelmshaven, Mai 1921; Bericht des Magistrats über Nichtdrucklegung des Haushaltsplans 1923 wegen hoher Kosten, Probleme der Steuerschätzung, Erhebung einer städtischen Grundsteuer und ihr geringer Einfluss auf das Preisniveau, März 1923; Be richt des Magistrats über die Unmöglichkeit der Aufbringung von Provinzialabgaben durch die Stadt Wilhelmshaven, November 1923; Protokoll der Sitzung des Finanzaus schusses der Stadt Wilhelmshaven über Beschluss, Verwaltungsgebühren in Goldmark zu erheben, Dezember 1923; Eingabe der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg beim Reichsfinanzminister wegen zu starker Belastung der Wirtschaft durch kommunale Steuern in Wilhelmshaven, Juni 1925; Verfügung des Preußischen Innenministers zur Herabsetzung der Grundsteuern in Wilhelmshaven wegen zu erwartender Mehreinnahme durch Überweisungssteuern und der Beihilfe in Höhe von 5 Prozent der Arbeitertöhne der Reichswert, August 1925; Bericht des Magistrats über Verhängung einer Haushaltssperre, Oktober 1927; Eingaben der Handwerkskammer Aurich und der Industrie- und Handelskammer Ostfriesland und Papenburg beim Magistrat gegen Erhöhung der Gewerbesteuer, April 1927; Beschwerde des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. gegen Erhöhung der Grundvermögenssteuer in Wilhelmshaven wegen Gefahr steigender Mieten, Mai 1928; Bericht des Magistrats über Senkung des Haushaldsdefizits durch Mehreinnahmen und Haushaltsspäre und Höchststeuerbelas tung der Bevölkerung, Juli 1928; Genehmigungsbescheide des Oberpräsidenten der Provinz Hannover zur Erhebung von Gewerbesteuerschlägen in Wilhelmshaven, Juli 1929–Januar 1932; Vermerk des Regierungspräsidenten über Beschluss des Magistrats der Stadt Wilhelmshaven zur Erhebung einer erhöhten Bier- und Bürgersteuer, Dezember 1930; Beschwerde des Haushaltserververeins Wil helmshaven gegen Erhöhung der Grundvermögenssteuer, 1930; Bericht des Regierungs präsidenten über den Ertrag der Stadt Wilhelmshaven, Einsparungsmöglichkeiten, Erhebung neuer Steuern und Fehlspedition der Stadt auf Reichsbeitragsförderung, Juli 1932; Be schwerte des Bürgenvorsteherkollegiums der Stadt Wilhelmshaven gegen die Zwangserstattierung durch den Regierungspräsidenten, November 1932.

118

Rep. 16/1 Nr. 2987

Eingabe des Gewerbevereins Wilhelmshaven beim Magistrat wegen Notwendigkeit der Biersteuerfestsetzung durch den Regierungspräsidenten, März 1928; Bericht des Magistrats über das Recht der Stadt Wilhelmshaven zur Festsetzung der Biersteuer, April 1928.

(1927–1936)

1.1.4.2 Landkreise

119

Rep. 16/1 Nr. 3106

Kreis Aurich: Erhebung einer Fahrrad- und Jagdsteuer, März 1922; Erhöhung der Schankkonzessions- und Hundesteuer, August 1922; Verkauf der Kriegsanleihen des Kreises, Erhöhung der Grund-, Gewerbe- und Betriebssteuer, Februar 1923; Festsetzung von Steuern in Goldmark, April 1924; Erhebung einer Wertzuwachssteuer, Aufnahme einer Anleihe für den Straßenbau, März 1926; Straßenbau durch Anleihefinanzierung, Anlage eines Museumsgartens zur Förderung des Gemusebaus, Dezember 1927; Schlechte wirtschaftliche Lage der Kleinbahn, April 1929; Ablehnung einer allgemeinen Frühjahrshilfe für Wohlfahrtsempfänger und des Straßenausbau bei Moordorf, Beteiligung des Kreises Aurich an der Kleinbahnauffanggesellschaft, Mai 1931.

120

Rep. 16/1 Nr. 2972

(1928–1930) Eingabe des Kreislandbundes Emden e. V. beim Regierungspräsidenten wegen Stun dung von Steuern und Abgaben von durch Missernte hoch verschuldeten Landwirten, Juli 1928; Eingabe des Jungdeutschen Ordens, Leer, beim Regierungspräsidenten gegen Veranschlagung ihrer Vortragsveranstaltung zu politischen Zielen des Ordens zur Vergütungsteuer, September 1928; Leserbrief gegen Bevorzugung der Spar- und Konsumgenossenschaft für Ostfriesland beim Grundstückskauf von der Stadt Emden, November 1928.

121

Rep. 16/1 Nr. 1160

(1880–1935) Bericht des Arbeiter- und Soldatenrates Leer über den Beschluss zur Erhöhung der Lustbarkeitssteuer in Stadt und Landkreis Leer und Antrag auf Umsetzung durch den Landrat, November 1918; Erhöhung der Biersteuer in der Stadt Leer, Juni 1927; Einführung einer Biersteuer in Westhaderfehn, Juni 1927.

122

Rep. 32 Nr. 1169

(1909–1965) Antrag des Wirtvereins für Leer und Umgegend beim Kreistag auf Ermäßigung oder Aufhebung der Konzessionssteuer als Relikt der Inflationszeit und wegen der Bedeutung des Hotel- und Gaststättengewerbes für den Fremdenverkehr, November 1926.

123 Rep. 32 Nr. 1227
Verfügung des Regierungspräsidenten über die Erhebung einer vorläufigen Steuer auf Grundvermögen. Vorsitzender des Grundsteuerausschusses als Instanz für Steuererhebung und -stundung, August 1923; Verfügung des Regierungspräsidenten über Kontrolle der Landräte über die pünktliche Ablieferung der Grundvermögenssteuerrate durch die Gemeinden wegen schwieriger Finanzsituation des preußischen Staates, Februar 1924; Verfügung des Landrats Leer über Anwendung der Vorschriften der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens über Steuerstundungen, Januar 1932.

124 Rep. 32 Nr. 1230
Runderlass des Preußischen Finanzministers betr. Änderung der preußischen Steuernormverordnung über Einführung einer Grundvermögenssteuer, Aufteilung des Ertrags der Hauszinssteuer für Neubauförderung, für die Gemeinden und für das Land Preußen, Februar–Dezember 1926; Verfügung des Regierungspräsidenten über verschärfte Betreibung der Staatssteuern durch die Kreise wegen hohen Steuerrückstände und Androhung der Betreibung der Steuern durch die Kreiskassen gemäß seiner Weisung, Oktober 1931; Bericht der staatlichen Kreiskasse über zwangswise Betreibung der Steuerschulden eines Einwohners von Burlage wegen der Weisung des Regierungspräsidenten über die Betreibung der Steuern der Gemeinde Burlage anstelle des Gemeindevorstechers, März 1932; Verfügung des Landrats des Kreises Leer über die Unzulässigkeit der Verweigerung der Eintriebung der Staatssteuern durch den Gemeindevorsteher in Rhauderode, April 1932; Verfügung des Regierungspräsidenten über Unzulässigkeit der Verwendung der von den Gemeinden eingezogenen Staatssteuern zur Finanzierung der Wohlfahrt, Juli 1932; Erlass des preußischen Finanzministers über die Möglichkeit der Bestellung eines Stearsbeamten (Staatskommissar) durch den Regierungspräsidenten zur Sicherung der Staatssteuereinnahmen bei hohen Zahlungsrückständen von Gemeinden und Möglichkeit der Beantragung eines Staatzuschusses durch den Regierungspräsidenten, wenn die Auszahlung gesetzlicher Wohlfahrtsleistungen wegen der Staatssteuereinnahme bei der betr. Gemeinde gefährdet ist, August 1932; Bericht des Landrats des Kreises Leer über den Erfolg der Einziehung der Steuerneste der Gemeinde Neeumoor durch den Kreisvollziehungsbeamten und die vorübergehende Verwendung von Grundsteuereinnahmen für Wohlfahrtausgaben wegen akuter Kassennotlage in Heisfelde, August 1932.

130 Dep. 34 B Nr. 682
Dep. 34 B Nr. 681
Stundungsliste über die Grundvermögenssteuer in der Stadt Aurich, 1931.
131 Rep. 26c Nr. 82
Rep. 20, Nr. 922
Bagband: Statistische Übersicht: Stand der Steuerkonten verschiedener Gemeinden des Kreises Aurich, Soll und Ist-Stände der Steuereingänge (Grundvermögens- und Haushaltsteuer), Juli–August 1928; Verfügung des Landrats des Kreises Aurich über die Einziehung der Steuerrückstände der Gemeinde Bagband, Juli 1928.

132 Rep. 26c Nr. 85
Rep. 20, Nr. 924
Bedeckspel: Erklärung von Gemeindeeinwohnern, dass sie die fälligen Gemeindesteuern nicht zahlen können, weil ihre Ländereien überschwemmt wurden, August 1927; Beschwerde des Landwirts Reimers gegen die Erhebung eines Zuschlags von 230 Prozent zur Grundvermögenssteuer auf ländliche Verfügung in Abweichung vom Beschluss des Gemeindeausschusses über die Erhebung eines 50prozentigen Zuschlags, Februar 1931; Verschiedene Beschwerden gegen die vom kommissarischen Gemeindevorsteher erhobenen Gemeindesteuern, März 1931; Bericht des Gemeindevorstechers Johann Jansen über die Hertzeien des Pastors Hündling gegen ihn und zum Steuerstreik, Oktober 1930.

125 Dep. 34 B Nr. 673
Beschwerde des Wirtvereins Aurich gegen eine neue Steuer auf Bier und Brannwein, 1925.

126 Dep. 34 B Nr. 675
Anfrage des Finanzamts Aurich, ob die Rückübertragung den Erhebung der Grunderwerbsteuer von den Finanzämtern auf die Stadt- und Landesbehörden durch den Magistrat gewährleistet ist, und Auskunft, dass kein Beamter des Finanzamtes abgegeben werden kann, 1923.

128 Dep. 34 B Nr. 679
Erhebung einer Übernachtungssteuer in der Stadt Aurich, 1920.

129 Dep. 34 B Nr. 681
(1931)
Die Erhebung der Bürgersteuer in der Stadt Aurich, 1931.

130 Dep. 34 B Nr. 682
(1931–1936)
Die Erhebung der Bürgersteuer in der Stadt Aurich, 1931.

131 Rep. 26c Nr. 82
Rep. 20, Nr. 922
Bagband: Statistische Übersicht: Stand der Steuerkonten verschiedener Gemeinden des Kreises Aurich, Soll und Ist-Stände der Steuereingänge (Grundvermögens- und Haushaltsteuer), Juli–August 1928; Verfügung des Landrats des Kreises Aurich über die Einziehung der Steuerrückstände der Gemeinde Bagband, Juli 1928.

132 Rep. 26c Nr. 85
Rep. 20, Nr. 924
(1829–1933)

Bedeckspel: Erklärung von Gemeindeeinwohnern, dass sie die fälligen Gemeindesteuern nicht zahlen können, weil ihre Ländereien überschwemmt wurden, August 1927; Beschwerde des Landwirts Reimers gegen die Erhebung eines Zuschlags von 230 Prozent zur Grundvermögenssteuer auf ländliche Verfügung in Abweichung vom Beschluss des Gemeindeausschusses über die Erhebung eines 50prozentigen Zuschlags, Februar 1931; Verschiedene Beschwerden gegen die vom kommissarischen Gemeindevorsteher erhobenen Gemeindesteuern, März 1931; Bericht des Gemeindevorstechers Johann Jansen über die Hertzeien des Pastors Hündling gegen ihn und zum Steuerstreik, Oktober 1930.

1.1.4.3 Gemeinden A-Z

125 Dep. 34 B Nr. 674
Ordnung über die Lustbanksteuer der Stadt Aurich, 1920; Ordnung über eine Eintrittskartensteuer in der Stadt Aurich, 1920; Ordnung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer in der Stadt Aurich, 1923; Ordnung über die Erhebung einer Vergnügungs-

(1894–1948)

- 133** Rep. 36 Nr. 362 (1889–1935) Genehmigung der vom Gemeindevorsteher trotz Ablehnung durch den Gemeindeausschuss in Berumbur eingeführten Bürgersteuer durch den Landrat und Prüfung einer Erhöhung dieser Steuern, um den Mindestsatz für die Gewährung von Staatsbeihilfen für die von der Wohlfahrtsfürsorge besonders belasteten Gemeinden zu erreichen, Dezember 1932.
- 134** Rep. 36 Nr. 187 (1898–1935) Antrag des Vorsprechers der Gemeinde Berumbur, Harms, beim Landrat in Norden auf Finanzmehrbedarf aufgrund gestiegener Wohlfahrtslasten gegen das Votum des Gemeindeausschusses, Dezember 1931; Bescheid des Landrats über Genehmigung der Steuern, Januar 1932.
- 135** Rep. 28 Nr. 3999 (1898–1932) Antrag des Landwirts Antoni Idehoff aus Greetsiel beim Landrat des Kreises Emden auf Erlassung aller Steuern und Abgaben wegen Missernte, Oktober 1927; Antrag desselben beim Landrat auf Erlass der Realsteuern wegen niedriger Agrarpreise, März 1930; Ablehnung der vom Landrat angeordneten Einführung der Gewerbesteuer durch den Gemeindeausschuss, Oktober 1930; Eingabe desselben beim Landrat über Ungleichgewicht zwischen den Erzeuger- und Einzelhandelspreisen, Preiskrise und Steuerlast als Ursache von Betriebsaufgaben, Steuern zuungunsten der Grundbesitzer sowie norwidge verstärkte Heranziehung der wirtschaftlich gut gestellten Fischerei zur Gemeindesteuer, Juli 1930.
- 136** Rep. 28 Nr. 3899 (1907–1931) Ablehnung einer Erhöhung der Bürgersteuer durch den Gemeindeausschuss Groß-Midlum, November 1931; Verfügung des Landrats über Erhebung der Bürger- und Bürgersteuer mit den zur Deckung des Gemeindearats vorgesehenen Zuschlägen, Dezember 1931.
- 137** Rep. 36 Nr. 206 (1878–1947) Eingabe der Gewerbetreibenden in Hage beim Landrat des Kreises Norden über Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Veranlagung zur Gewerbesteuer, Januar 1922.
- 138** Rep. 36 Nr. 301 (1879–1954) Halbemond: Beschwerde des Gastwirts Hönchter, Nadörst, beim Landrat gegen die Einführung der Biersteuer trotz fehlenden Mehrheitsvorums des Gemeindeausschusses wegen Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz, September 1931.
- 139** Rep. 36 Nr. 208 (1897–1948) Verfügung des Landrats über Verpflichtung der Gemeinde Halbemond zur Einführung der Bier- und Bürgersteuer nach der Norverordnung des Reichspräsidenten, ohne Einführung dieser Steuer gibt es keine Beihilfen zur Minderung der Schullaisten, August 1931.
- 140** Rep. 28 Nr. 4013 (1891–1931) Eingabe des Landwirts Otto Mülder aus Hamswehrum beim Landrat auf Steuerabstundung auf Grund der Agrarpreiskrise unter Hinweis darauf, dass er bei Aufrechterhaltung der Steuerforderungen keine Arbeitnehmer einstellen kann, Mai 1930.
- 141** Rep. 28 Nr. 4018 (1898–1931) Eingabe verschiedener Landwirte beim Regierungspräsidenten und Landrat gegen die Erhöhung der Grundvermögenssteuerzuschläge in Hamswehrum durch den Gemeindeausschuss; gegen Ablehnung von Steuerabstundungsgesuchen verschiedener Landwirte, gegen beschlossene Lehrrmittelfreiheit, gegen beschlossene Weihnachtshilfe für Arbeitslose und Kleineinnehmer sowie Verantwortung der „Linkspartei“ – Mehrheit im Gemeindeausschuss für ausbleibende Steuerentlastung und „ungesetzliche Handlungen der Steuerzahler“, Dezember 1930.
- 142** Rep. 28 Nr. 3915 (1911–1924) Bericht des Kirchenrats an den Landrat des Kreises Emden über Weigerung der Gemeinden Hinte und Osterhusen zur 1912 vereinbarten Deckung der Erftücke der Kirchenkasse, Oktober 1924; Bericht des Gemeindevorstehers in Hinte über fehlende Deckung eines etwaigen Defizits der Kirchenkasse wegen Billigverpachtung von Kirchenland durch Pastor Obendiek und Drohung einiger Gemeindebewohner mit Steuerverboykott, November 1924.
- 143** Rep. 32 Nr. 295 (1894–1966) Eingabe des Händlers Brandt aus Ihrhove beim Landrat auf Steuererlass wegen sinkenden Einkommens aufgrund der Preisabbauverordnung und größerer Instandsetzungsarbeiten am Geschäft- und Wohngebäude, gegen ungerechtes Steuersystem cincr „un-gerechten und ungleichen Parteienwirtschaft“, Juli 1932.
- 144** Rep. 28 Nr. 3922 (1893–1932) Jennelt: Weigerung der Pfarrkasse zur Entrichtung der Grund- und Gebäudesteuer für das Kirchenland, Oktober 1923; Bescheid des Landrats über Verpflichtung zur Einführung der Bürger- und Biersteuer sowie Gebäudesteuer zur Abdeckung des Eratdefizits, Mai 1931; Bericht des Gemeindevorstehers über Entziehung des Gemeindedefizits durch Schulreparatur, Erhöhung der Kreissteuern und Mindererinnahmen sowie nicht ausreichender Ertrag der Bürger- und Biersteuer, Mai 1931.

145 Rep. 36 Nr. 305
Juist: Leserbrief des Gemeindevorstehers Böckler im „Ostfriesischen Kurier“ über legal erworbenen holländische Gulden für den Erwerb von Lebensmittel in Holland durch die Inselbewohner und Beschlagnahme der Devisen durch das Finanzamt, Oktober 1923; Antrag des Hoteliers Rabst beim Landrat des Kreises Norden auf Vergütungsteuerstrukturierung schwieriger Wirtschaftslage und Konkurrenz der Kuhhalle, 1931.

146 Rep. 16/1 Nr. 2667
Stadt Leer: Bericht der Stadt Leer über vom Oberpräsidenten und Bezirksausschuss genehmigte Kommunalsteuererhöhungen, April 1919; Genehmigungsbescheid des Oberpräsidenten über die Erhebung einer Übernachtungssteuer durch die Stadt Leer für ein Jahr, November 1920; Steueroordnung der Stadt Leer zur Erhebung einer Steuer auf nicht reichseininkommenspflichtige Einkommen, September 1920–Januar 1921; Bericht des Magistrats über die Notwendigkeit von Kommunalsteuererhöhungen wegen des Geldbedarfs zur Abdeckung von Anleihen zur Finanzierung von Notstandsarbeiten, März 1921; Klageschrift des Hausbesitzervereins Leer gegen die Festsetzung höherer Wertsummen für Hausgrundstücke durch den Magistrat der Stadt Leer, Dezember 1922.

147 Rep. 16/1 Nr. 4347
Resolution der Teilnehmer der Versammlung der Handel- und Gewerbetreibenden der Stadt Leer über Bereitschaft des Mittagens der Steuerlasten, aber gegen einseitige Belastung der Gewerbetreibenden, Januar 1922; Eingabe der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg beim Magistrat der Stadt Leer gegen höhere Gewerbesteuern für Bedürfnisse der Kommune, Dezember 1921.

148 Rep. 28 Nr. 3767
Logumer Vorwerk: Beschwerde des Beigeordneten D. Thessen und den Gemeindeausschussmitglieder H. Bontjes und E. Bouvema beim Landrat über eigenmächtige Steuererhebungen durch den Gemeindevorsteher, Januar 1924.

149 Rep. 28 Nr. 3782
Aufstellung über rückständige Steuern und Abgaben verschiedener Steuerschuldner, Dezember 1930; Verfügung des Landrats an den Gutsbesitzer Occo von Feske in Loppersum über Abzahlung seiner Steuerschulden als pflichtgemäßes Verhalten in seiner Funktion als Gemeindeausschussmitglied, Februar 1931; Bericht des Auktionsators J. D. Woortmann an den Landrat über Zahlungsfähigkeit des Pächters des Steuerschuldners Occo von Feske und über Steuerzahlung bei Eingang der Pachttraten, Mai 1931; Eingabe der Hannoverschen Landesbank beim Landrat über Verkauf von Land zur Sanierung des Gutsbetriebes des O. von Feske und Bitte um Nichtbeantragung der Zwangsvorsteigerung, September 1931.

150 Rep. 28 Nr. 3930
(1867–1959)
Bericht des Gemeindevorstehers von Loppersum an den Landrat als Vorsitzender des Grundsteuerausschusses in Enden über Schwierigkeiten bei der Eintreibung von Steuereinsten der Weide- und Viehzuchtbetriebe, Zwangsvorsteigerung als zunehmend wirkungloses Mittel, da immer größere Flächen betroffen waren und Käufer fehlten, Oktober 1932; Nachweis der Steuerschuldner in der Gemeinde Loppersum, Oktober 1932.

151 Rep. 28 Nr. 3777
(1841–1932)
Bericht der Kreiskasse an den Landrat über Nichteinwendung der Steuerverzeichnisse durch die Gemeinde Loquard, Mai 1931; Anonyme Eingabe beim Landrat über Nichtzahlungspflicht von rückständigen Kreissteuern, da die Gelder durch den früheren Gemeindevorsteher veruntreut wurden, Juli 1931.

152 Rep. 28 Nr. 3932
(1894–1932)
Bericht des Staatskommisars für Loquard, Klock, über Ablehnung der Einführung einer Bier- und Bürgersteuer durch den Gemeindeausschuss, Dezember 1931.

153 Rep. 28 Nr. 3778
(1907–1932)
Protest des B. Alberts beim Staatskommissar für die Gemeinde Loquard gegen Beschluss des Gemeindeausschusses zur Erhöhung der Grundvermögenssteuer, Dezember 1931; Antrag des Beigeordneten W. Turijer, Loquard, beim Kreisausschuss in Enden auf Rücknahme der vom Gemeindeausschuss abgelehnten und vom Kreisausschuss verfügten Bier- und Bürgersteuer wegen der großen Belastung des Mittelstandes, Januar 1932.

154 Rep. 36 Nr. 400
(1894–1928)
Bericht des Vorstehers der Fleckengemeinde Marienhofe über Einführung einer Gemeinde-Bürgersteuer zur gleichmäßigeren Verteilung der Abgabenbelastung und zur Verhinderung der einseitigen Belastung des Haus- und Grundbesitzes, September 1922.

155 Rep. 36 Nr. 319
(1866–1955)
Eingabe des Kreislandbundes Norden e. V. beim Gemeindevorsteher in Nefmersiel über Missbilligung der Ablehnung des Steuerstundungsantrags des Landwirts Heykena trotz Zahlungsunfähigkeit, Androhung einer Schadenshaftung bei Zwangsbeitreibung, Januar 1932.

156 Rep. 16/1 Nr. 4546
(1894–1932)
Antrag des Magistrats der Stadt Norden auf Erhebung der Lustbarkeitssteuer von Beschickern des Pfingstmarktes in Norden, November 1920; Nachtrag zur Lustbarkeitssteuerverordnung über Erhebung einer Ausweisteuer (Eintrittskarten), August 1923.

- 157** Rep. 36 Nr. 235 (1895–1952) Bericht des Bürgermeisters in Norden an den Regierungspräsidenten über Unzumutbarkeit der zwangswiseen Bier- und Getränkesteuereinführung für das Gaststättengewerbe in Norden wegen steuerbegünstiger Konkurrenz in Süderneuland und Proiect gegen Ungleichbehandlung gegenüber Leer und Hannover sowie verbleibendes Haushaltsdefizit trotz Mehrtarif aus der Bürgersteuer, Januar 1931.
- 158** Rep. 16/1 Nr. 2636 (1915–1924) Bericht des Magistrats über hohe Haushaltsdefizite der Stadt Norden und geplante Einkommenssteuererhebung, April 1920; Antrag des Magistrats auf Vorschuss auf die Reichssteuern, Mai 1920; Bericht des Magistrats über geplante Fremdensteuer in Norden, Juni 1920; Eingabe der Schlachterinnung der Stadt Norden beim Regierungspräsidenten wegen Herabsetzung der Schlachthaustagegebühren der Stadt Norden, August 1920.
- 159** Rep. 16/1 Nr. 4549 (1925–1933) Antrag des Magistrats der Stadt Norden auf Einführung einer Grunderwerbs- und Gewerbesteuer zum Haushaltsausgleich, April 1926; Anträge des Magistrats auf Genehmigung eines Zuschlages zu den Realsteuern, Dezember 1927–Juli 1930; Bericht des Magistrats über Steigerung der Ausgaben durch Mehraufwendungen im Straßenbau sowie durch elektrische Anlagen zur besseren Stadt-Land-Verbindung, Oktober 1919; Bericht des Magistrats über Erfolglosigkeit einer Getränkesteuer wegen schlechter Wirtschaftslage und geringen Konsums, Dezember 1930; Bericht des Magistrats über Notwendigkeit der Einkommenssteuer wegen Erdafidzit, November 1930; Verfügung des Regierungspräsidenten über Streichungen in einzelnen Etatposten zur Vermeidung weiterer Steuererhöhungen, April 1931; Bericht des Magistrats zur Haushaltsslage bei steigenden Ausgaben, vor allem Sozialausgaben, und sinkenden Steuereinnahmen sowie zusätzlichen Lasten durch neue Finanzgesetze, April 1932.
- 160** Rep. 16/1 Nr. 2939 (1919–1933) Lustbarkeitssteueroordnung der Gemeinde Norderney: besteuerte Veranstaltungen, Kartent- und Pauschsteuer, Januar 1920–Oktober 1921; Antrag des Landrats beim Regierungspräsidenten auf Genehmigung der Erhöhung der Lustbarkeits- und Herbergsteuer auf Norderney wegen Teuerung, Mai 1920.
- 161** Rep. 36 Nr. 321 (1931) Steuerprotestkundgebung des Bürgerbundes Norderney, September 1931.
- 162** Rep. 28 Nr. 3848 (1873–1931) Verfügung des Landrats über zwangswise Einführung der Bürgersteuer in Osterhusen, August 1931.
- 163** Rep. 28 Nr. 3915 (1911–1924) Bericht des Kirchentrats an den Landrat des Kreises Emden über Weigerung der Gemeinden Hinte und Osterhusen zur 1912 vereinbarten Deckung der Bratlichen der Kirchenkasse, Oktober 1924.
- 164** Rep. 36 Nr. 335 (1890–1954) Auflösung der Hilfsfinanzkasse Schwittersum wegen schwerwiegender Mängel in der Geschäftsführung, November 1922; Protokoll der Besprechung des Kreisausschussobersekretärs Wessels mit dem Gemeindevorsteher Onnen über Steuererhebung in Schwittersum: Nichtzulässigkeit der Aufbewahrung der Steuergelder zusammen mit Privatgeldern (Milchheld) des Gemeindevorsteifers als Molkereibesitzer, Mai 1925; Verfügung des Landrats über Aufforderung des Gemeindevorsteifers Onnen zur Amtsniederlegung wegen erneut aufgelaufener Staatssteuerübrückstände der Gemeinde Schwittersum und Nichtbefolgen von Verfügungen und Anordnungen zur Bereitung der Steuerrückstände sowie Unstimmigkeiten mit dem Katasteramt, September 1925.
- 165** Rep. 36 Nr. 261 (1907–1947) Beschluss des Gemeindeausschusses von Tjüche über Erhöhung der Grundvermögenssteuer und der Gewerbesteuer, Juli 1931; Antrag des Gemeindevorsteifers Barkhoff auf Beihilfe zur Sicherung der Wohlfahrtsfürsorgezahlungen wegen hoher Defizite trotz Ausschöpfung aller Steuerquellen, November 1931.
- 166** Rep. 28 Nr. 4065 (1840–1932) Eingabe des Viehgroßhändlers A. G. Stein beim Landrat wegen Zahlungsschwierigkeiten seiner Pächter in Twixlum aufgrund einer Steuerpolitik zuungunsten der Landwirtschaft, Juli 1931; Eingabe des Landwirts und Gemeindeausschussmglieds G. Remmers beim Regierungspräsidenten wegen verschwendlicher Haushaltsführung des Gemeindevorsteifers und trotz kritischer Finanzlage von der Ausschusssmehrheit beschlossene Anleiheaufnahme für den Straßen- und Wegebau, Juli 1931; Bericht des Rechnungsführers der Gemeinde Twixlum über Konflikt zwischen dem früheren Gemeindevorsteher Remmers und dem antierenden Vorsteher Jürgensen als Kampf zwischen Landwirten und Arbeitern, Juli 1931.
- 167** Rep. 28 Nr. 4054 (1895–1931) Bericht des Rechnungsführers der Gemeinde Twixlum über Ablehnung der Einführung der Bier- und Bürgersteuer durch den Gemeindeausschuss trotz Haushaldsdefizits und durch Norverordnung des Reichspräsidenten verbotene weitere Anleihen, November 1931.
- 168** Rep. 28 Nr. 3951 (1894–1931) Bericht des Gemeindevorsteifers A. Fegter aus Uphusen über Anträge auf Ermäßigung

der Gemeindesteuern und Steuerboykott der Landwirte sowie Festsetzung der Grundvermögenssteuerzuschläge auf 150 Prozent durch den Gemeindeausschuss als nicht ausreichende Einnahmемöglichkeit, Dezember 1931.

169 Rep. 26e-Nr. 140- Rep. 20, Nr. 458 (1830-1931)

Bericht des Gemeindevorsteigers Lengen aus Utwardum über steigendes Eratdefizit und Steuerzahlungsunfähigkeit der Gemeindebewohner, Mai 1931.

170 Rep. 28 Nr. 4071 (1859-1942)

Antrag des Kreislandbundes Emden beim Regierungspräsidenten auf Gemeindesteuerabstufung für den Domänenpächter Niel ter Haar in Urtum wegen geringen Verdienstes infolge Missernte, Überlastung durch Reichsteuern und Verantwortung der Kreisverwaltung für die Genehmigung der die Landwirtschaft überfordern Gemeinde- und Kreissteuern, September 1930; Beschwerde der Dampfmolkerei H. D. Janssen, Urtum, beim Landrat gegen Benachteiligung bei der Gewerbesteuer, Juni 1931.

171 Rep. 28 Nr. 4085 (1859-1932)

Eingabe des Vorsitzers der Gemeinde Visquard beim Reichsminister der Finanzen wegen Nichtanerkennung von Schatzanweisungen als Zahlungsmittel bei der Steuerentziehung durch die staatliche Kreiskasse in Emden, Januar 1924.

172 Rep. 28 Nr. 4081 (1866-1956)

Antrag des Landwirts Schoneboom auf gleichmäßige Heranziehung der Gewerbetreibenden und der Landwirte zu den Gemeindelasten durch Hebung eines Gemeindezuschlags zur Gewerbesteuer, November 1928; Bericht des Landrats über die Unfähigkeit der Gemeinde Visquard, Schulstellenbeiträge zu zahlen, da die Gemeindesteuern für gesetzlich vorgeschriebene Wohlfahrtszahlungen verwandt werden, Juni 1932.

173 Rep. 26e-Nr. 151- Rep. 20, Nr. 967 (1829-1932)

Bericht des Vorsitzers der Gemeinde Wiegboldsbüro Friesenkamp über Steuerausfälle wegen Einstellung der Steuerzahlungen durch die Molkerei, Januar 1930.

174 Rep. 28 Nr. 3888 (1861-1931)

Antrag des Landwirts Bolhuis auf Ermäßigung der Kreis- und Gemeindesteuern wegen der Gefahr der Entlassung zweier Arbeiter, November 1931; Rücktritt des Gemeindevorsteigers in Wirdum wegen Überlastung mit Steuerangelegenheiten, Steuerboykott durch den Landbund, Nichipfändbarkeit der Steuerschuldner, des Boykotts von Zwangserhebungen sowie des verzögerten Steuereingangs von den Pächtern der Staatsdomänen bei pünktlicher Zahlungsverpflichtung der Gemeinde gegenüber dem Kreis und der Regierung, Dezember 1931; Bericht des Gemeindevorsteigers über Schei-

tern der erstreuten Neuwahl eines Nachfolgers auf einer Sondersitzung des Gemeindeausschusses, Dezember 1931.

175

Rep. 28 Nr. 3963

Wybelsum: Forderung verschiedener Landwirte beim Kreisausschuss in Emden nach Entlastung von Steuern und Gemeindeabgaben, November 1930; Resolution der „Hauptsteuerzahler in Wybelsum“ über Einsparungen im Gemeindehaushalt durch Gehaltskürzung des Gemeindevorstehers und der Handarbeitslehrerin, Kürzung der Regierungsgelder für die Schule, Einschränkung der Straßenbeleuchtung sowie für Bestimmung der Gemeindepolitik durch die Steuerzahler, November 1931.

176

Rep. 28 Nr. 3955

Verfügung des Landrats über zwangswise Einführung der Bier- und Bürgersteuer in Wybelsum nach Ablehnung der Steuererhebung durch den Gemeindeausschuss, Mai 1931.

1.2 Wirtschaftliche Lage von Industrie, Handel und Gewerbe

1.2.1 Berichte zur Wirtschaftslage, Verbände und Innungen

177

Dep. 60 Nr. 704

Bitte der Industrie- und Handelskammer Ostfrieslands an die Stadt Norden um Einschränkung des Handels auf Märkten wegen finanzieller Schädigung der ortsnässigen Einzelhändler durch Verkauf von Bedarfsgegenständen auf Krammärkten und anderen Märkten, 1925.

178

Rep. 109 A Nr. 85

Schreiben des Regierungspräsidenten an den Oberstaatsanwalt in Aurich über notwendige schärfere Bestrafung von Kohlendieben wegen Zunahme von Kohlediebstählen im Ender Hafen und Drohung von Handelsfirmen mit der Abwanderung nach Antwerpen oder Rotterdam, August 1932.

179

Rep. 109 A Nr. 46

Bericht des Vorsitzenden Richters des Amtsgerichts Weener über zu hohe Geldstrafen für illegale Grenzgänger wegen ihrer Heilkunst aus mittellosen Arbeiterkreisen und ihres Grenzübertritts wegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, Juli 1924.

180

Rep. 16/1 Nr. 1509

Arbeitsmarktbereicht für die Woche vom 28. 7.-3. 8. 1922 über die gute Facharbeiter-

(1838-1932)

Wybelsum: Forderung verschiedener Landwirte beim Kreisausschuss in Emden nach Entlastung von Steuern und Gemeindeabgaben, November 1930; Resolution der „Hauptsteuerzahler in Wybelsum“ über Einsparungen im Gemeindehaushalt durch Gehaltskürzung des Gemeindevorstehers und der Handarbeitslehrerin, Kürzung der Regierungsgelder für die Schule, Einschränkung der Straßenbeleuchtung sowie für Bestimmung der Gemeindepolitik durch die Steuerzahler, November 1931.

(1909-1934)

Verfügung des Landrats über zwangswise Einführung der Bier- und Bürgersteuer in Wybelsum nach Ablehnung der Steuererhebung durch den Gemeindeausschuss, Mai 1931.

(1867-1929)

Bitte der Industrie- und Handelskammer Ostfrieslands an die Stadt Norden um Einschränkung des Handels auf Märkten wegen finanzieller Schädigung der ortsnässigen Einzelhändler durch Verkauf von Bedarfsgegenständen auf Krammärkten und anderen Märkten, 1925.

(1874-1942)

Schreiben des Regierungspräsidenten an den Oberstaatsanwalt in Aurich über notwendige schärfere Bestrafung von Kohlendieben wegen Zunahme von Kohlediebstählen im Ender Hafen und Drohung von Handelsfirmen mit der Abwanderung nach Antwerpen oder Rotterdam, August 1932.

(1883-1939)

Bericht des Vorsitzenden Richters des Amtsgerichts Weener über zu hohe Geldstrafen für illegale Grenzgänger wegen ihrer Heilkunst aus mittellosen Arbeiterkreisen und ihres Grenzübertritts wegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, Juli 1924.

(1922-1923)

nachfrage und die wachsende Frauenarbeitslosigkeit, Ausnahme in der Landwirtschaft, August 1922.

- 181** Dep. 34 B Nr. 1409
Bildung eines Innungsausschusses für Verhandlungen von Lehrlingsstreitigkeiten in der Stadt Aurich, 1928.
- 182** Dep. 34 B Nr. 1411
Weigerung der Handwerkskammer zu Aurich die Kosten durch die Erhebung der Handwerkerumlagen an den Magistrat oder die Gemeinden zu zahlen, 1930; Bitte des Fru-
seumsteigers Bock, Aurich, nach Übergabe des Geschäfts an seinen Sohn die zwei ange-
stellten Lehrlinge weiter ausbilden zu können, da man sie sonst entlassen müsste und
die Existenz des Betriebes gefährdet ist, 1931.
- 183** Dep. 34 C Nr. 784
Werbung für die Erste Deutsche Kolonialwanderausstellung zur Förderung des Interes-
ses für überseeische Rohstoffe und Absatzgebiete, 1930.
- 184** Dep. 34 C Nr. 788
Erlass des Ministers für Handel und Gewerbe über das Verbot der Umwerbung auslän-
discher Betriebe durch der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, 1930.
- 185** Rep. 16/1 Nr. 2256
Jahresbericht des Regierungs- und Gewerberats für 1919; Mitarbeit bei der Einrichtung
von Schlichtungsausschüssen und Spruchkammern, Abbau der Rüstungsindustrie, ge-
ringe Arbeitslosigkeit, hohe Lohn- und Preissteigerungen, allgemeine Wohnungsmor-
tagesbericht für 1920: Kohlenmangel aufgrund des Abkommens von Spa, Wachstum
der Torfförderung, Bau von Heringsslogern und Ausbesserungen u. a. von Lokomotiven
auf der Reichswerft Wilhelmshaven, Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse, Statistik der
Vermittlungen durch die Arbeitsnachweise, schlechter Gesundheitszustand der Arbeit-
Jahresbericht für 1921: Boom in der Torf- und Bauindustrie, relativ geringe Arbeitslo-
sigkeit, Verweigerung der Einrichtung von Betriebsräten durch einige Arbeitgeber, An-
sueg der Streikzahlen, Februar 1922; Jahresbericht für 1922: Boom der Torfindustrie,
der Abwrackwerften und der Altmetallverarbeitung, Abnahme der Streikzahlen; Jahres-
berichte für die Regierungsbezirke Osnabrück und Aurich für 1923 und 1924; Abnah-
me der Beschäftigung, Personalabbau nach der Währungsstabilisierung, Abnahme des
Interesses der Arbeiter an betrieblichen Vertretungen als Folge der Wirtschaftslage und
kommunistischer Agitation, Generalstreik im nördlichen Ostfriesland im August 1923
und den Hafenstädten Oktober 1923, Norgeld als Lohn; Jahresbericht für die Regie-
rungsbezirke Osnabrück und Aurich für 1925; Zunahme der Kurzarbeit und Arbeits-
losigkeit wegen Kreditnot, Konkurrenz der belgischen und französischen Montanindu-
- 186** (1927–1934)
Rep. 16/1 Nr. 2525
Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten: Jahresberichte für die Regierungsbezirke
Osnabrück und Aurich für 1927: Zunahme der Beschäftigung als Folge der Konjunk-
turbelbung, Wiederaufnahme des Werftbetriebs in Emden, schlechte Badaison wegen
verregneten Sommers, Desinteresse der Arbeiter an Mitbestimmung, Durchsetzung ei-
nes Tarifvertrages in der Gastronomie auf Norderney, Schifferstreik in Emden, Ratio-
nalisierungsmaßnahmen; Jahresberichte für 1928: Konjunkturabschwung besonders in
der Schwerindustrie wegen Arbeitskampfs und ausländischer Konkurrenz, Lähmung des
Emden Hafenbetriebs durch Streik der Binnenschiffer und der Esarbeiter in Schweden,
Arbeitsbedingungen in der Gastronomie, Februar 1929; Jahresberichte für 1929: flaua
Baukonjunktur wegen strengen Winters und Geldmangels, Krise der Textilindustrie
wegen lohnbedingter Überlegenheit der französischen Konkurrenz und hoher Kredit-
zinsen, Zunahme der Konkurse, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Februar 1930; Jahres-
berichte für 1930: starker Rückgang der Beschäftigung, Krise der Schwerindustrie, Sta-
tistik über die Zunahme der Arbeitslosigkeit, Februar 1931.
- 187** (1921–1922)
Rep. 16/1 Nr. 1508
Berichte über Arbeitsmarktlage in den Städten Emden und Wilhelmshaven, Oktober
1921; Denkschrift über Rückführung überzähliger Werftarbeiter in ihre ursprünglichen
Berufe oder Umschulung auf andere Metallberufe zur Vermeidung steigender Arbeits-
losigkeit in den Werftstandorten, Oktober 1921.
- 188** (1914–1927)
Rep. 16/1 Nr. 1502
Nachweisungen über Reichsbahnaufträge und beauftragte Firmen, November 1919–Fe-
bruar 1920; Bericht über die Krise des Wäschereigewerbes in Wilhelmshaven wegen des
Personalabbaus bei der Marine und der Konkurrenz durch nebgewerbliche Wäsche-
reien oder Hausfrauen, Oktober 1919; Mitteilung der Werftarbeiterlöhne in Emden,
Januar 1920.
- 189** (1919–1938)
Rep. 16/1 Nr. 2686
Bericht des Landrats des Kreises Norden über wirtschaftliche Not auf Norderney wegen
schlechter Urlaubersaison und Vorschläge von Steuererleichterungen sowie von Nor-
standsarbeiten, September 1930.
- 190** (1908–1930)
Rep. 32 Nr. 688
Bildung einer besonderen Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Aurich: Be-
schwerden der Gemeindevorsteher wegen Heranziehung der Gemeinden zu den Hand-
werkskammerbeiträgen und Bescheid des Landrats über gesetzliche Festlegung der Bei-
tragspflicht und die Möglichkeit, Beiträge von den ansässigen Handwerkern einzuzie-

hen, September 1920; Verfügung des Regierungspräsidenten über die Neuwahl der Vertretungen der Handwerker und Gesellen in der Kammer, Oktober 1921; Nachweisung der im Kreis Leer vorhandenen Handwerksbetriebe, Gesellen, Lehrlinge und Kraftmaschinen, Januar 1928–Januar 1930; Eingabe des Central-Verbandes Deutscher Photoapparaten-Vereine und Innungen gegen die Verwendung von durch Fotoautomaten erstellte Passbilder für Ausweise wegen qualitativer Mängel sowie gegen die Aufstellung der Automaten auf öffentlichen Plätzen und deren Sonntagsbetrieb, Juli 1928.

191 Rep. 16/1 Nr. 2272 (1914–1928)

Eingabe von Handwerkern aus Halbemond beim Regierungspräsidenten gegen die Heranziehung zu den Kammerbeiträgen wegen geringen Verdienstes und Nutzlosigkeit der Kammer, Oktober 1922; Eingabe des Konsumentvereins Emden gegen Beitragspflicht zur Handwerkskammer wegen Subsistenzwirtschaft seines Bäckereibetriebes, Mai 1923.

192 Rep. 16/1 Nr. 2421 (1914–1931)

Protokoll der Sitzung der Handwerkskammer mit dem Gesellenausschuss wegen des 8-Stunden-Tages und Möglichkeiten der Kooperation mit dem „Nordwestdeutschen Handwerkerbund“, Januar 1920; Tätigkeitsbericht der Handwerkskammer Aurich: man gelnde Hilfe des Reiches für kriegsentlassene Handwerker beim Wiederaufbau des Betriebs, Forderung von Schutz gegen Kapitalkonzentration und kommunistische Pläne, März 1920; Eingabe des „Zentralverbandes des Deutschen Bankgewerbes“ e. V. gegen die Hetze der Handwerkskammer gegen Großbanken und gegen deren Werbung für die Gewerbebank, Mai 1921; Protokoll über das Ergebnis der Wahlen zur Handwerkskammer und zum Gesellenausschuss in Aurich, Januar 1922; Bericht des Regierungspräsidenten über erwünschte Beaufsichtigung der Handwerkskammer durch einen Staatskommissar mit beratender Funktion, Februar 1923; Resolution des „Niedersächsischen Handwerkerbundes, Landesgruppe Ostfriesland“, für mehr staatliche Aufträge, August 1923; Eingabe der Handwerkskammer Aurich beim Regierungspräsidenten für Vergabe anleihfinanzierter Aufträge im Baubereich, August 1923; Niederschrift über die Volleversammlung der Handwerkskammer: Funktion des Handwerks als Förderer des „vaterländischen Gedankens“, Vorum für Eisenbahnausbau in Ostfriesland, Verluste des Handwerks während Inflation und Stabilisierung, 1924; Tätigkeitsbericht der Handwerkskammer zu Aurich und Handwerksstatistik; Rückgang der Zahl der eingestellten Mauерlehrlinge nach Inkrafttreten der Lehrlingsgehaltsregelung im Reichstatifvertrag, 1929.

193 Rep. 32 Nr. 687 (1889–1934)

Bildung von Zwangsinnungen der Schiffszimmerer, Elektroinstallateure, Schmiede und Schlosser, 1919–1921; Einladung des Ostfriesischen Schuhmacher-Verbandes an die Landräte und Bürgermeister Ostfrieslands zur Mitgliederversammlung im Ehrenausschuss einer Schuhmacherfachausstellung für Rationalisierungsmaßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitgliedsbetriebe, August 1929.

194

Rep. 16/1 Nr. 2338 (1913–1932)

Bericht des Arbeiterrats der Stadt Aurich über Klagen über zu hohe Richtpreise der

Schuhmacherzwangsinning und daraus entstehende Erregung, Oktober 1919; Plakat über Richtpreise für Schuhmacherarbeiten, 1919; Protokoll der Generalversammlung der Schuhmacherzwangsinning über ihre Auflösung; Befürworter der Auflösung für

wirtschaftliche Freiheit, Beschwerde über Vermischung der Steuerklassenangelegenheiten

mit den allgemeinen Geschäftsaangelegenheiten der Innung, Oktober 1932; Satzung der

freien Schuhmacherinnung Aurich, Dezember 1932.

195

Rep. 16/1 Nr. 2431 (1914–1922)

Eingabe des Heinrich Lammert um Zulassung zur Ausbildung von Lehrlingen: Kritik an der Praxis der Überlassung der Ausbildung an die Gesellen in den Betrieben mit der Folge der politischen Indoctrinierung der Lehrlinge, Januar 1919; Eingabe des Obermeisters der Schmiede- und Schlosserzwangsinning Emden beim Regierungspräsidenten wegen flexibler Arbeitszeit der Lehrlinge auf dem Land, Januar 1920; Leserbrief im „Leerer Anzeigenblatt“ gegen die Zwangsmitgliedschaft in den Zwangsinningungen als Wiederbelebung der Zünfte, Juli 1921.

196

Rep. 16/1 Nr. 2274 (1920–1928)

Antrag von Damenschneiderinnen aus Aurich, Leer, Emden und Wilhelmshaven auf Errichtung einer Zwangsinning für den Regierungsbezirk, Februar 1920; Bericht der Handwerkskammer Aurich über Bekanntmachung der Innungsgründung in den Zeitungen, Strafgeld wegen Gleichgültigkeit gegenüber der Standesorganisation, Dezember 1921.

197

Rep. 16/1 Nr. 2278 (1920–1931)

Antrag verschiedener Maurermeister auf Errichtung einer Zwangsinning für das Bau gewerbe des Kreises Weener wegen Erlöschiens der freien Innung, Februar 1920; Vorum der Handwerkskammer Aurich für räumliche Begrenzung der Zwangsinning auf das Gebiet um Bunde, Kreis Weener, August 1920.

198

Rep. 16/1 Nr. 2273 (1920–1931)

Bericht des Landrats des Kreises Wittmund zum Antrag der Bäckerinnungen auf Gründung einer einheitlichen Innung für das Kreisgebiet, Dezember 1920.

199

Rep. 16/1 Nr. 2277 (1922–1933)

Bericht des Landrats des Kreises Weener über den Antrag von 16 Schneidermeistern des Kreises auf Errichtung einer Zwangsinning, August 1922.

- derland“ über die Obermeistertagung in Weener über die wirtschaftliche und soziale Lage des ostfriesischen Handwerks, September 1930.
- 200** Rep. 16/1 Nr. 2396 (1922–1925) Artikel in der „Republik“ über Misshandlung eines Lehrlings und zünftische Aufräusungen des Lehrherrn, April 1923; Bericht der Firma H. Heyen, Wilhelmshaven, an die Handwerkskammer Aurich über korrekte Behandlung der Lehrlinge, Klage über „Humanitätsduse“ und mangelnde „Zucht und Ordnung der Jugend“, Juni 1923; Bericht der Handwerkskammer Aurich über Wirkungslosigkeit der Aufstellung unverbindlicher Richtlinien zur Lehrlingsentlohnung wegen großer Unterschiede in einzelnen Berufen, April 1924; Votum der Handwerkskammer Aurich für die Wandlerpflicht der Gesellen als Bestandteil der Meisterprüfungsvorschrift, September 1924.
- 201** Rep. 16/1 Nr. 2399 (1923–1928) Beschwerde des Mechanikers Wilhelm Müller, Detern, gegen Strafbefehl der Mechanikerinnung wegen unlauteren Wettbewerbs durch Verkaufsanzeigen mit Preisangabe, Juli 1924.
- 202** Rep. 16/1 Nr. 2330 (1927–1934) Votum der Handwerkskammer Aurich für die Einbeziehung der Wilhelmshavener Dachdecker in die Zwangsinnung für den Regierungsbezirk, September 1927.
- 203** Rep. 16/1 Nr. 2513 (1925–1927) Eingabe des Deutschen Nationalen Handlungshelferverbandes beim Regierungspräsidenten wegen zu großer Lehrlingszahl bei der Firma Rudolph Karstadt, Wilhelmshaven, und weiterer Suchanzeigen der Firma sowie der Gefahr eines drohenden Überangebots an Verkäufern, Mai 1925; Leserbrief in der „Rhein-Ems-Zeitung“ und Artikel der „Ostfriesischen Volkszeitung“ über hohe Schlachthausgebühren zugunsten der Fleischerzwangsinnung in Emden und andere Bereicherungen des Innungsvereins, März 1926; Bericht des Gewerberats Bollmeyer über hohe Zahl von Lehrlingseinstellungen im Wilhelmshavener Handwerk aufgrund der hohen Gesellenlöhne, Februar 1927; Bericht des Oberpräsidenten in Hannover über Verbot des Beitritts der Zwangsinnungen zum „Norddeutschen Handwerkerbund“ wegen dessen parteipolitischer Betätigung, Dezember 1926.
- 204** Rep. 16/1 Nr. 2501 (1929–1931) Artikel der „Emder Zeitung“ über Gründung eines Junghandwerkerbundes in Emden, März 1929; Eingabe des „Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands“ beim Regierungspräsidenten für eine gleichmäßige Regelung der Zahl der Lehrlinge pro Betrieb in Wilhelmshaven, Juli 1929; Bericht des Regierungspräsidenten in Lüneburg über Zulässigkeit der Mitgliedschaft von Zwangsinnungen im „Nordwestdeutschen Handwerkerbund“ wegen dessen Verfolgung von handwerksspezifischen Interessen in der Wirtschaftspolitik, Juli 1929; Artikel im „Rhein-
- 205** Rep. 16/1 Nr. 2481 (1899–1932) Antrag der freien Barbier- und Friseurinnung auf Umwandlung in eine Zwangsinnung wegen wirtschaftlicher Krise, April 1922; Satzungänderungsentwurf über Namensänderung der Friseurzwangsinnung in „Haarpfleger-Zwangsinnung“, September 1931.
- 206** Rep. 16/1 Nr. 2330 (1899–1926) Beschwerde des Arnold Visser u. a. gegen Kündigung der Innungsmitgliedschaft durch den Innungsvorstand wegen ihres jüdischen Glaubens, April 1926; Bescheid des Regierungspräsidenten über Zulässigkeit des Ausschlusses des Visser u. a. aus der Fleischerzwangsinnung Emden wegen des Betriebs der Schlächterei als Nebenberuf zum Viehhandel, April 1926.
- 207** Dep. 34 C Nr. 727 (1896–1956) Fortwährende Verlängerung der Fristen zur Einreichung von haltbaren Zeichnungsunterlagen für Bauerlaubnisse aufgrund von Leinwandmangel, durch den Minister für Handel und Gewerbe, 1921–1924.
- 208** Dep. 34 C Nr. 526 (1927–1953) Angelegenheiten des Stadtbauamtes: Bitte des Bürgermeisters-Kollegiums Aurich an den Magistrat wegen der wirtschaftlichen Notlage der örtlichen Fahrwerksunternehmer; diese bei der An- und Abfuhr für das Gaswerk, Wasserkwerk und Schlachthaus zu berücksichtigen, 1931.
- 209** Dep. 34 B Nr. 192 (1888–1930) Bitte der Lieferanten an die Stadt Aurich um Erhöhung des vereinbarten Torfpreises wegen der allg. Verreuerung, 1922.
- 210** Dep. 60 Nr. 1558 (1906–1929) Angebot des Vorstandes des Landwirtschaftlichen Hauptrvereins für Ostfriesland, Fürst Knyphausen, für eine gute Zusammenarbeit mit den Stadtgemeinden, 1925.

Preisüberwachung

- 211** Rep. 16/1 Nr. 4140 (1915–1923)
Bericht des Kommunalverbandes Aurich über unnötige Errichtung einer Preisprüfungsstelle wegen funktionierender Konkurrenz der Kolonialwarenhändler sowie Textil- und Schuhgeschäfte im Kreis Aurich, Juli 1920; Schreiben der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg über Abbau der Preisprüfungsstelle angesichts der sich etablierenden Friedenswirtschaftsfa., Juli 1920; Schreiben des Landwirtschaftlichen Hauptrvereins für Ostfriesland an die Preisprüfungsstelle Emden über Eierpreise und Wucher der Bauern, August 1920; Nachweisungen der Preisprüfungsstelle Emden über Lebens- und Genussmittelpreise, Mieten und Strompreise im Regierungsbezirk Aurich, September–Oktober 1921; Berichte der Landräte und Magistrate des Regierungsbezirks Aurich über Bekämpfung des Wuchers durch Landjägerebeamte, September–Oktober 1921.
- 212** Dep. 60 Nr. 888 (1919–1921)
Wucherbekämpfung: Beschagnahme von Lebensmitteln des Kaufmanns Wilhelm Bock aus Barmen wegen Schleichhandels, 1919. Bericht des Polizeiwachtmeisters Höger in Norden über zu hohe Preise für Gemüse und Stellungnahme des Verkäufers, des Landwirtschaftsrates Carl Visseling vom Gut Lintel, zur Berechnung der Preisforderungen, 1919; Anfrage des Magistrats in Norden an den Landwirtschaftlichen Hauptrverein für Ostfriesland, Norden, warum es zur Preisteuerung bei Fleisch gekommen sei, Antwort des Landwirtschaftlichen Hauptrvereins, dass die „meisten Menschen zu viel Geld verdienen und sich infolgedessen verhältnismäßig viel Fleisch leisten können“, dadurch sei es zu verstärkter Nachfrage gekommen, 1920.
- 213** Dep. 34 B Nr. 1559 (1919–1924)
Errichtung einer Preiswucherstelle in Aurich: Plakat gegen Schleichhandel und Wucherrei „Nieder mit den Blutsaugern unseres Volkes“, 1919; Ersuchen des Landespolizeiamtes, Berlin, eine Wuchersstelle bei der örtlichen Polizeiverwaltung einzurichten, 1920; Anforderung von regelmäßigen Berichten durch den Regierungspräsidenten über die polizeiliche Tätigkeit im Rahmen der Wucherbekämpfung, 1922; Telegramm des Innennamisters über hohe Preissteigerungen auf den Wochenmärkten in Berlin, 1923; Beschwerde von Auricher Bürgern an den Magistrat über den Abransport von Lebensmitteln per Zug durch auswärtige Aufkäufer, 1923; Aufforderung des Oberstaatsanwaltes in Aurich an die örtliche Polizeiverwaltung, bei so genannten „wilden Händlern“ energisch durchzugehen, 1923; Anonyme Beschwerde wegen fehlender Preisauszeichnungen bei den Lebensmittelhändlern in Aurich, 1923.
- 214** Rep. 16/1 Nr. 1371 (1920–1923)
Berichte über Preisbereiche aus Landkreisen des Regierungsbezirks Aurich, 1921–1923; Eingabe des Ortskarteils der Gewerkschaften von Leer gegen den Preiswucher wegen drohender Unruhen, 1922; Bericht der Landespolizeistelle Wilhelmshaven über kommunistische Propaganda zur Inflation, 1922; Vorschlag des Landrates des Kreises

Norden zur Einrichtung von Suppenküchen für Bedürftige, 1922; Bericht über die Tätigkeit des Notausschusses der Stadt Leer zur Linderung der Not armer Bevölkerungsschichten durch Einkauf und Lagerung von Lebensmitteln, November 1922; Bericht über massives Auftreten von Lebensmittelaufläufern in Wiesmoor, Februar 1923; Bericht der Magistrate von Wilhelmshaven und Rüstringen über die Folgen der Etablierung des US-Dollars als Leitwährung und Außerkraftsetzung der Mark, August 1923.

215 Dep. 34 B Nr. 1560 (1926)
Beschwerde des Bürgervereins Aurich an den Magistrat gegen den überhöhten Milchpreis in der Stadt, 1926.

216 Dep. 34 C Nr. 774 (1929–1948)
Anordnungen der Stadt Aurich zur Bekämpfung von Wucher und Preistreiberei, 1930–1932.

217 Dep. 34 C Nr. 775 (1929–1951)
Meldung des Magistrat von Aurich über Schwarzarbeit in Tischlereien, 1929.

218 Dep. 34 B Nr. 1541 (1930–1933)
Schreiben der Industrie- und Handelskammer an den Magistrat der Stadt Aurich über die Festsetzung der Butterpreise der verschiedenen Händler, 1930; Bildung eines Marktausschusses in Aurich, 1930.

219 Dep. 34 C Nr. 244 (1930–1940)
Anfrage der Reichsbahndirektion an das Städtische Wasserwerk Aurich zur Reduzierung des Bezugspreises für Wasser mit Hinweis auf eine allgemeine Reduzierung der Preise vieler Rohstoffe, Sept. 1930.

220 Dep. 34 C Nr. 776 (1930–1956)
Maßnahmen des Magistrats von Aurich gegen unlauteren Wettbewerb im Handel, 1930.

1.2.2.2 Zwangsbewirtschaftung mit Torf und Kohle

April 1919; Gesuch der Emder Fischindustrie August Jasper um die Funktion als Fischverteilungsstelle für Ostfriesland, Juni 1919; Eingabe von August Jasper beim Regierungspräsidenten gegen das Monopol der Bezirksstelle Aurich bei der Lebensmittelverteilung als Ursache übermäßiger Gewinne der geschäftsführenden Firma, Juli 1919.

226

Rep. 28 Nr. 1190
(1916–1924)

Vergütung des Landrats des Kreises Emden über Prüfung der Einzelhandelskonzessionen zur Verhinderung von Gelegenheitshändlern und der Gefahr „schmutziger Geschäfte“, März 1923; Schließung der Molkerei der Emder Molkerei der Preisprüfungsstelle betreffend der Preistreiberei und Missachtung der Anordnung der Preisprüfungsstelle bezüglich Zahlungen an Milchlieferanten, September 1923; Nichtigenehmigung des Butterhandels in einem Pessumer Kolonialwarengeschäft wegen notwendiger Verminderung der Zahl der Aufkäufer zur Verhütung der Preistreiberei, Dezember 1923; Antrag des Kleinrentners Valentin Ferdinands aus Borkum auf Erteilung einer Großhandelskonzession zum Aufbau einer neuen Existenz nach Verlust seines Vermögens infolge der Inflation, Januar 1924; Antrag des Weert van Ellen auf Erteilung einer Handelskonzession für Milch zum Aufbau einer neuen Existenz nach der Entlassung als Schiffsbauer bei den Nordseewerken, Februar 1924; Antrag des Gerd Peters, Wolthausen, auf Erteilung einer Großhandelskonzession für Kartoffeln und Kohl wegen Auflösung seiner Kohlentransportfirma infolge der französischen Ruhrbesetzung, März 1924; Antrag des Besitzers der Zentral-Molkerei Pewsum, Wilhelm Riesling, auf Erteilung einer Großhandelskonzession für Milchprodukte, Juli 1923; Bericht des Landrats des Kreises Emden an den Landrat des Kreises Aschersleben über Erwerb der Zentral-Molkerei Pewsum durch Riesling zu Spekulationszwecken, August 1923; Anonyme Anzeige an den Landrat des Kreises Emden wegen angeblicher Verschiebung von für Borkum bestimmter Kartoffeln nach Holland, November 1924; Drahterlass des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über Unzulässigkeit der Verhängung von Lebensmittelauflagen durch Landräte zur Sicherung der Versorgung der Großstädte und Vermeidung von Unruhen, August 1923; Drahterlass des Oberpräsidenten über polizeiliche Sicherung von Lebensmittelvorräten und Schutz von Lebensmitteltransporten, August 1923.

227

Rep. 28 Nr. 1166
(1917–1921)

Flugblatt für den Anbau von Senfsaat: Anbau zur Erzielung der Unabhängigkeit von Pflanzenölimporten, 1919.

1.2.2.3 Zwangsbewirtschaftung von Lebensmitteln

228

Rep. 16/1 Nr. 4135
(1919)

Belieferung mit Auslandswaren: Bericht des Magistrats der Stadt Leer über drohende Unruhen wegen der Nichtbelieferung Leers mit ausländischen Lebensmitteln, April 1919; Antrag des Magistrats der Stadt Emden beim Staatskommissar für Volksernährung auf bevorzugte Behandlung bei Verteilung ausländischer Lebensmittel wegen Lebensmittelangels und bereits stattgefundenen Plünderungen, Mai 1919; Verordnung des Reichsernährungsministers über Möglichkeit der Staffelung der Preise eingeführter Lebensmittel

221

Dep. 60 Nr. 856
Bitte des Einwohners von Norden, R. Bengen, an die Norderfehn-Gesellschaft den Torfpreis zu senken, 1923.

222

Rep. 16/1 Nr. 1418
(1917–1919)

Lageberichte über schwierige Kohlenversorgung durch Bahnsperren, Truppentransportre, Beeinträchtigung der Rheinschifffahrt und Streiks, 25. November 1918; Drohender Zusammenbruch der Braunkohlenbrikettversorgung durch Sperrung linksrheinischer Fördergebiete durch die Alliierten, drohende Brotknappheit durch die dadurch bedingte Schließung von Bäckereien, Dezember 1918; Verschärfung der Versorgungslage durch Abgabe von Eisenbahnmaterial an die Alliierten, Dezember 1918–Januar 1919.

223

Rep. 16/1 Nr. 1419
(1919–1924)

Drohende Betriebeinstellung des Kraftwerks Wiesmoor wegen Kohlemangels und Ersatz der Kohle durch Mineralöl, September–Oktober 1919; Drohende Stilllegung der Reichswelt in Wilhelmshaven und folgende Massenarbeitslosigkeit wegen Kohlenknappheit, Dezember 1919; Warnung des Landwirtschaftlichen Hauptrvereins vor steigender Arbeitslosigkeit infolge Abstellung des Kraftwerks Wiesmoor wegen fehlender Kohle und vor der Gefahr der Plündierung von Bauern durch Arbeitslose, November 1920; Bericht über Ende der Kohlenbewirtschaftung und Auflösung der Kohlenwirtschaftsstelle Bremen, 1924.

224

Rep. 36 Nr. 578
Denkschrift „Die Beseitigung der wirtschaftlichen Notlage der Unterebbächter von Berumerfehn und der Moonkolonisten von Berumerfehn und Umgebung“: Verwendung des Fehngebiet als Spekulationsobjekt durch den Norder Senator P. Feger, Ausschaltung der Kleinanteilseigner der Norder Fehingesellschaft durch Erwerbung ihrer schiffbaren Kanäle, freie Zuwegungen, Instandsetzung der Entwässerung, Senkung der Torfpachten und abgetorftes Land für Kolonisen, 1933.

225

Rep. 16/1 Nr. 4137
(1915–1919)

Errichtung einer Vermittlungsstelle zum Bezug von Nahrungs- und Futtermitteln für den Regierungsbezirk Aurich: Bericht über Verschlechterung der Lebensmittelversorgung der Belegschaft der Torfwerke Wiesmoor vom 7. November 1918; Bewerbung der Großhandelsfirma Tjarks und Lühring um die Geschäftsführung der Bezirkszentrale,

zur Versorgung der ärmeren Bevölkerung, Mai 1919; Telegraphischer Antrag des Landrates des Kreises Norden auf Zuteilung einer Sonderration Fleisch und Speck von einem in Emden löschen Dampfer zur Verhinderung von Unruhen, Mai 1919; Antrag des Landrats des Kreises Weener auf Zuteilung ausländischer Lebensmittel wegen drohender Unruhen aufgrund der Benachteiligung des Kreises gegenüber den Städten Emden, Norden und Leer, Mai 1919; Gesuch des Magistrats und Arbeiterrats der Stadt Weener um verbesserte Belieferung mit Lebensmitteln unter Hinweis auf die Benachteiligung gegenüber Leer und Emden, Juni 1919; Bericht des Magistrats der Stadt Leer über Verteilung des US-Weizenmehls und die Notwendigkeit einer gleichzeitigen Belieferung der Vorort- und Landgemeinden zur Verhinderung von Unruhen, Juli 1919; Bericht des Landrats des Kreises Emden über Notwendigkeit einer besseren Lebensmittelversorgung der ländlichen Gebiete, Juli 1919; Eingabe des Ernährungsausschusses Neustadt-Gödens für Gleichstellung der in Wilhelmshaven arbeitenden Bewohner des Landkreises Wittmund mit den Stadtbewohnern bei der Importlebensmittelverteilung, Juli 1919; Resolution der arbeitenden Bevölkerung Neustadt-Gödens für bessere Lebensmittelversorgung und Drohung mit „Selbsthilfe“, Juli 1919; Antrag des Magistrats der Stadt Wilhelmshaven auf verbesserte Fleisch- und Speckversorgung wegen der Benachteiligung gegenüber der Stadt Rüstringen und drohender Unruhen, September 1919; Antrag des Kommunalverbandes des Kreises Leer auf Zuteilung von Auslandsmehl wegen drohender Unruhen, September 1919; Antrag des Kommunalverbands des Kreises Aurich auf Zuteilung von Auslandsmehl wegen Benachteiligung gegenüber Emden und drohender Unruhen von in Emden arbeitenden Bewohnern der Gemeinde Moordorf, November 1919; Vorum des Landrats des Kreises Norden gegen die Bevorzugung Norderneyer gegenüber dem übrigen Kreisgebiet bei der Verteilung von Kochmehl wegen drohender Unruhen, November 1919; Antrag des Landrats des Kreises Leer auf Belieferung der „industriellen Gemeinden“ des Kreises mit Kochmehl, November 1919.

229 Rep. 28 Nr. 1165 (1919–1921) Antrag des Landwirts W. B. Weerda, Bartrhauen, auf Inbetriebnahme seiner Schrotmühle zur Verarbeitung von Hafer zu Futtermehl für den Eigenbedarf, Dezember 1919; Ablehnung des Antrags wegen Nichterfüllung des Ablieferungskontingents für Getreide durch die Landwirte des Kreises, Dezember 1919.

230 Dep. 34 B Nr. 304/1 (1919–1933) Mitteilung des Bürgermeisters Schwiening über an ihn gerichtete Forderungen einiger Arbeiter nach gerechter Verteilung von Lebensmitteln und die Herausgabe angeblich zurückgehaltener Lebensmittel sowie über die anschließende Demonstration einer größeren Menschenmenge durch Aurich, Aug. 1923; Forderung des Regierungspräsidenten nach härterem Auftreten des Magistrats als Ortspolizeibehörde und der Bildung eines Kontrollausschusses um die Lage zu beruhigen, Aug. 1923; Aufforderung des Landrates von Aurich an die Gemeindevorsteher des Kreises, dass die Landwirte trotz Erntezeit Lebensmittel an den Markttagen in der Stadt verkaufen, Aug. 1923; Nachweiseungen der Gemeinden über gelieferte Lebensmittel, Aug. 1923.

- 231** Rep. 16/1 Nr. 4136 (1920–1921) Belieferung mit Auslandswaren: Bericht des Kommunalverbandes des Kreises Aurich über bevorzugte Belieferung der Kreise Emden und Leer mit Kochmehl und darüber entstehende Unruhe in der Bevölkerung des Kreises Aurich, August 1920.
- 232** Rep. 16/1 Nr. 4131 (1920–1927) Bekämpfung des Kettenhandels, Handel mit Lebens- und Futtermittel: Bericht des Landjägeramts Detern über Lebensmittelverschiebungen, März 1920; Bericht des Magistrats der Stadt Emden über Wirkungslosigkeit der Beschränkung der Zahl der Eierhändler wegen des Zustroms auswärtiger konzessionierter Eierhändler, Juli 1923; Beschwerde des Reichsverbandes deutscher Molkerei- und Käsehersteller gegen die Schließung der privaten Emdter Molkerei wegen Preistreiberei, Juli 1923; Bericht der Dampfmolkerei Albert Wöhmann und Söhne über Einstellung der Butterbelieferung des Kreises Werner wegen Konkurrenz durch Bauernbutter, Dezember 1923; Bericht des Landwirtschaftlichen Hauptrvereins für Ostfriesland über das Genossenschaftswesen und das verabredungswidrige Eindringen des Ostfriesischen Landbundes ins Genossenschaftsgebiet, November 1923; Anfrage des Landtagsabgeordneten Ludwig Stendel, Leer, wegen der Gründe für die Nichtzulassung des Ostfriesischen Landbundes zum Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln, Dezember 1923.
- 233** Rep. 28 Nr. 1808 (1921–1922) Berichte verschiedener Gemeindevorsteher im Kreis Emden über Verweigerung der Anträge für die Anbau- und Ernteschätzung durch die Landwirte, Juni 1922.
- 234** Rep. 28 Nr. 1191 (1921–1923) Berichte verschiedener Gemeindevorsteher im Kreis Emden über Verweigerung der Anträge für die Anbau- und Ernteschätzung durch die Landwirte, Juni 1922.
- 235** Rep. 28 Nr. 1189 (1922–1923) Antrag des Landwirts M. Dammeyer auf Befreiung von der angeordneten Getreideablieferung wegen großen Eigenbedarfs und nur begrenzter Anbaufläche auf Grund des nasen Bodens und pachtvertraglicher Bindungen, September 1922; Verfügung des Kreisausschusses in Emden an verschiedene Landwirte über Beschlagnahmung noch abzuliefernder Getreidemengen nach dem Umlagegesetz gegen gesetzliche Entschädigung, Februar 1923; Eingabe verschiedener Landwirte beim Landrat des Kreises Emden wegen notwendiger Verteilung der Getreideumlage auf die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche zur Vermeidung einer einseitigen Belastung der Getreidebauern, Juli 1922; Stellungnahme verschiedener Landwirte: Ablehnung der Getreideumlage als Fehlentscheidung des „parlamentarischen Systems“, Akzeptanz der Abgabemengenregelung

nach der Betriebsfläche, Bitte um Berücksichtigung der Bodenertragsfähigkeit, Juli 1922.

236

- Rep. 41 Nr. 185 (1916–1921) Bewerbung des A. Boldt beim Landrat des Kreises Weener als Organisator des Großhandelsvertriebs von Käse zum Wiederaufbau seiner durch den Krieg verlorenen wirtschaftlichen Existenz, Dezember 1918; Beschwerde des A. Boldt beim Landrat des Kreises Weener wegen Nichtberücksichtigung bei der Vergabe der Käseverteilung trotz positiven Vorums des Arbeiter- und Soldatenrates, Dezember 1918; Verfügung des Regierungspräsidenten in Aurich über die Festsetzung von Höchstpreisen für Käse und Quark, Dezember 1919; Verfügung des Regierungspräsidenten über Aufhebung der Verpflichtung der Molkereien zur Quarkablieferung an die Quarkablieferungsstelle für Ostfriesland, Juni 1919; Bericht des Kreiswirtschaftsamts Leer an den Landrat des Kreises Weener über Unmöglichkeit der weiteren Zwangsbewirtschaftung von Käse, Juli 1919; Verfügung des Landrats des Kreises Weener an Oirschauer- und Landarbeiterräte über Herbeiführung der Entscheidung der Milchproduzenten hinsichtlich der Ablieferung von Milch an die Molkereien, Schließung der Zentrifugen und Butterfässer der Bauern und Errichtung eines Kuhhalter-Registers der Gemeinden des Kreises, Mai 1919; Bericht des Landrats des Kreises Weener über Landarbeiterunruhen und Beschlagnahme oder Plündерung von Lebensmitteln und dadurch verursachte Stockung der Butterablieferung der Landwirte, Hoffnung auf Wiedererreichung der alten Ablieferungsmenge durch Schleichhandelsbekämpfung durch die Bauern- und Landarbeiterräte, Mai 1919; Forderung der Obmannschaft der Bauern- und Landarbeiterräte des Kreises Weener bei der Reichsfeststelle nach Heraufsetzung der Preise für Milch und Butter wegen hoher Betriebskosten sowie Gefährdung der Kleinbetriebe und Kolonisten, Drohung mit Einschaltung der Lieferungen an die Sammelsstelle, Juni 1919; Antrag des Oberbürgermeisters der Stadt Barmen beim Landrat des Kreises Weener auf Milchproduktebezug von der durch die Stadt Barmen angekauften Molkerei Bunde zur Behebung der für die Ausbreitung der Tuberkulose verantwortlichen Milchnot, August 1919; Antrag der Milchversorgungs-GmbH der Stadt Essen beim Landrat des Kreises Weener auf Freigabe von Milchlieferungen aus der angekauften Molkerei im Kreis Weener zur Verbesserung der Lage der unter Milchnot leidenden Stadtbevölkerung in Essen, Februar 1921; Gesuch des Molkereivereins für Ostfriesland an den Kommunalverband des Kreises Weener um Beworzung kriegsentlassener Molkereifachleute bei der Besetzung von Milchkontrollenstellen, März 1919; Verfüzung des Landrats über Kontrolle des Buttermarktes durch den Landjäger zur Gewährleistung des Handels durch konzessionierte Butterhändler, Juni 1921.

237

- Rep. 41 Nr. 258 (1917–1927) Bericht der Stadt Gladbeck über drohende Preiserhöhung für Milch der Lieferanten ihrer Molkerei in Nettmoor wegen Preistreiberei des Albert Wöhrmann durch das Aufkaufen mehrerer Molkereien im Kreis Weener und durch überhöhte Preisangbote an Milchlieferanten, August 1922; Bericht des Landjägers Kniege an den Landrat des

Kreises Weener über die Rolle der Molkerei in Bunde als Preistreiberin für Milch und Molkereiprodukte, aggressive Lieferantenanwerbung der Firma Wöhrmann, Nettmoor, August 1922; Bericht der Besitzer der Molkerei Albert Wöhrmann Söhne an den Landrat des Kreises Weener über Notwendigkeit der Preiserhöhung auch für die bisher an die Arbeitervolkserziehung billiger abgegebene Milch, weil der Butterpreis in Folge der Geldentwertung gestiegen ist, Oktober 1922; Eingabe des Amtmanns der Stadt Recklinghausen beim Oberpräsidenten der Provinz Hannover über Unmöglichkeit der weiteren Trinkmilchproduktion der von Recklinghausen 1918 erworbenen Molkerei Oldersum wegen ständig steigender Milchpreise, hohe Verluste der Stadt für Subventionierung des niedrigeren, verordneten Verkaufspreises, Duldung der Preistreibereien der Molkerei Wöhrmann durch den Magistrat der Stadt Leer sowie Forderung von Ermittlungen wegen Preistreiberei und Beschlagnahme der Molkerei Wöhrmann nach Vorbild einer beabsichtigten Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Oktober 1922; Verfügung des Landrats des Kreises Weener über Verhandlungen der Gemeindebehörden mit den Molkereien zur Sicherstellung der Frischmilchversorgung für Kranke und kleine Kinder, August 1923; Bericht des Oberlandjägers Neuhaus über überhöhte Milchpreise der Viehhalter in Weener und Verweigerung einer Preis senkung, Februar 1926; Protokoll der Aussage des Müllers und Landwirts Lütt Plagge aus Weener über vorgeschilderten Milchpreis von Seiten des Kreislandbundes, März 1926; Protokoll der Aussage des Land- und Gastwirts Jan Smidt, Weener, über Befol gung der Preisvorschrift des Landbundes wegen hoher Pachtbelastung, März 1926.

1.2.3 Förderung der Infrastruktur und der Rahmenbedingungen

1.2.3.1 Allgemeine Maßnahmen

- 238 Dep. 34 B Nr. 1647 (1921–1926) Errichtung einer landwirtschaftlichen Auktionshalle in Aurich zur Beförderung des Handels.
- 239 Dep. 34 B Nr. 1587 (1921–1934) Beschwerde der Sattler- und Tapezierzwangszinnung über den geplanten Möbelverkauf des Auktionsators Plenter, Aurich, da die Arbeitslosigkeit in der Möbelbranche dadurch noch verstärkt würde, 1921; Schreiben des Magistrats von Aurich an den Auktionsator Dekena, keine Versteigerung von Kartoffeln auf dem Marktplatz vorzunehmen, 1927; Rundschriften an alle Auktionsatoren der Stadt Aurich, sich an die Vorschriften für Auktionsatoren zu halten und eine Beeinträchtigung des ordentlichen Handels und Ge werbes zu verhindern, 1927.

240

Rep. 54 Nr. 9

(1923–1929)
Bereitstellung von Staatsmitteln zur Senkung der Baukosten für Bauvorhaben in der Gemeinde Marcardsmoor, 1921; Überblick des Siedlungsbereites bei der Regierung in Aurich über den Umfang der geplanten Bautätigkeit und das Wohnbedürfnis in den einzelnen Kreisen und Städten, April 1921.

241

Rep. 16/1 Nr. 1496

(1917–1918)
Nominiierung der Demobilisierungsausschüsse in den Landkreisen des Regierungsbezirks Aurich, November 1918; Enteignungsverfahren zur Beschleunigung von Notstandsarbeiten (Arbeitsbeschaffung), November 1918; Bericht über Arbeitsbeschaffung im Regierungsbezirk Aurich, November 1918.

242

Rep. 16/1 Nr. 1497

(1918)
Kriterien der Entlassung weiblicher Angestellter, November 1918; Bildung von Erwerbslosenfürsorge-Ausschüssen in den Kreisen des Regierungsbezirks Aurich, Dezember 1918; Mitteilung über Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffung durch den Demobilisierungsausschuss des Regierungsbezirks, Dezember 1918; Verfügung über Sanierungsgesäfte zu demobilisierender Truppen, Dezember 1918; Bericht über Vermittlung und Regelung der Entlohnung von Lendarbeit sowie Rückführung weiblicher Industriearbeitskräfte auf das Land, Dezember 1918; Bericht über Beschäftigung und geplante Rückführung der Ostarbeiter, Dezember 1918; Bericht des Magistrats über Wertarbeiterlöhne in Emden, November–Dezember 1918; Bericht über Löhne und Beschäftigte privater Firmen in Emden und Rohstoffbeschaffung, Dezember 1918.

243

Rep. 16/1 Nr. 1498

(1918–1919)
Bericht des Landrats über Anlage von Feldbahnen aus Kriegsgerät im Landkreis Aurich, Dezember 1918; Plakat: Ratschläge für aus der Kriegsindustrie entlassene jugendliche Arbeiter, Dezember 1918; Bericht über zurückgezogene Kriegsaufträge und betroffene Firmen, Januar 1919; Vereinbarung über Zusammenarbeit zwischen Demobilisierungskommissaren Aurich und Oldenburg, Januar 1919; Berichte über Notstandsarbeiten und vermittelte Arbeitslose in den Landkreisen Leer, Weener, Norden, Wittmund und in den Städten Emden und Wilhelmshaven, Dezember 1918–Januar 1919; Bericht über Notstandsarbeiten bei den Wasserbauämtern des Regierungsbezirks Aurich, Januar 1919; Tätigkeit der Frauenarbeitsaufstelle Hannover und ihrer Nebenstellen im Bereich der Arbeitsvermittlung und Sozialfürsorge für Frauen im Kriege, Januar 1919; Bildung und Beteiligung einer Organisation der Erwerbslosen an der Arbeitsbeschaffung und –vermittlung, Januar 1919; Demonstration von Arbeitslosen aus dem Luftschiffplatz Hage vor dem Arbeitsnachweis Norden, Januar 1919; Verteilung von Aufträgen auf die Ziegeleien des Regierungsbezirks und Bedarf an Klinkern und Steinen, Januar 1919; Denkschriften zum Ablauf der Demobilisierung auf militärischem und wirtschaftlichem Sektor, 1918.

244

Rep. 16/1 Nr. 1496

(1919)
Stellungnahme des Landwirtschaftlichen Haupvereins von Ostfriesland zur Bildung eines Kreisbauernrates im Kreis Norden, Januar 1919; Nachweisung über vermittelte Arbeitslose im Landkreis Leer, Januar–Februar 1919; Beschäftigte bei Notstandsarbeiten in den Landkreisen Norden, Aurich, Wittmund und der Stadt Emden, Januar–Februar 1919; Bildung von Erwerbslosenfürsorgeausschüssen und Sitzungen über Arbeitslosenunterstützung im Kreis Norden und der Stadt Wilhelmshaven, Dezember 1918–Januar 1919; Geplante Projekte für Notstandsarbeiten für Leer und Wilhelmshaven, Januar–Februar 1919; Berichte der Landräte über Berufsberatung für Kriegbeschädigte und Heimkehrer in den Landkreisen des Regierungsbezirks Aurich, Januar 1919.

245

Rep. 16/1 Nr. 1497

(1919)
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung und Fortbildung, Januar 1919; Zahl der Arbeitslosen im Landkreis Weener, Februar 1919; Planung des Baus von Kühlhäusern in Emden und Wilhelmshaven, Februar 1919; Arbeitslosigkeit und Koordinierung der Notstandsarbeiten mit der regulären landwirtschaftlichen Arbeit im Kreis Norden, Februar 1919; Arbeiter- und Bauernräte in Kreisen des Regierungsbezirks Aurich und die Festlegung von Mindestlöhnen in der Landwirtschaft, März 1919; Verschleppung von Notstandsarbeiten im Wegebau durch den Baurat Uthoff und daraus entstehende Unruhen unter den Arbeitslosen im Landkreis Norden, März 1919.

246

Rep. 16/1 Nr. 1498

(1919)
Vermittlung von Arbeitssuchenden im Kreis Leer, März–April 1919; Mangel an Ziegelsesteinen wegen Betriebseinstellung der Ziegeleien und wegen Kohlenmangels im Kreis Norden, Januar 1919; Plan einer Lohnsenkung bei den Reichswerften und Ablehnung durch die Arbeiter in Wilhelmshaven-Rüstringen, April 1919.

247

Rep. 16/1 Nr. 1499

(1919)
Vermittlung von Arbeitssuchenden im Kreis Leer, April – Juni 1919; Kohlezuteilung an Betriebe in der Provinz Hannover, Mai 1919; Ersetzung weiblicher Angestellter bei Behörden und Firmen in Norden mit Billigung des Arbeiter- und Soldatenrates, März 1919; Berufsschulpflicht für erwerbstlose Jugendliche, April 1919; Einführung der Leybuchts als Arbeitsbeschaffung im Kreis Norden, Mai 1919; Steigende Arbeitslosigkeit und Freimachung von Stellen im Regierungsbezirk Aurich, Mai 1919; Abtransport polnischer Zivilarbeiter zur Freimachung von Stellen im Kreis Norden, Mai 1919; Lohnstreik im Metallgewerbe in Wilhelmshaven, Mai–Juni 1919; Antrag auf Arbeitszeitverlängerung durch Ostfriesische Konservenfabrik in Bunde, Mai 1919; Ausspernung von Arbeitern der Nordseewerke wegen Bedrohung von Werftbeamten durch den Arbeiterausschuss, Juni 1919.

248

Rep. 36 Nr. 609

(1872–1934)
Norderney: Bericht des Bürgermeisters auf Norderney über Bestrebungen zum Kauf des

staatlichen Seebades durch die Gemeinde und Gründung einer Badbetriebsgesellschaft unter Beteiligung des Norddeutschen Lloyd, März 1921; Bericht des Bürgermeisters auf Norderney über schlechten Saisonverlauf wegen widriger Witterung, Sparsamkeit der Kurgäste und verkürzter Aufenthalte sowie daraus entstehender Gefahr des Ruins der gastronomischen Betriebe, Hauszinssteuer als Krisenvorschärfung und Gefahr des Zusammenbruchs der Gemeindefinanzen und des Bades, Oktober 1926; Denkschrift „Not an der Nordsee“: Schilderung der Krise der Nordseebäder, Entnahme von Betriebsmitteln oder Überschuldung vieler Hotelbesitzer zur bloßen Beschaffung von Subsistenzmitteln und Notwendigkeit der Verbesserung der Infrastruktur, Steuererleichterungen und Entschuldung zur Bewältigung der Bäderkrise, ca. 1931.

249

Rep. 28 Nr. 3751

(1854–1932)
Verschiedene Gemeindeangelegenheiten von Greetsiel: Eingabe verschiedener Arbeiter Greetsiels beim Landrat des Kreises Emden wegen der Vernichtung ihrer Rüben durch freilaufendes Vieh des Heinrich Iderhoff, schwere Spannungen zwischen ihnen und den Brüdern Antoni und Heinrich Iderhoff durch deren Überbieten der auf Schafsucht angewiesenen Arbeiter beim Pachttermin der Deichweide, September 1921; Antrag von Greetsieler Fischern auf Genehmigung der Errichtung einer Granatrocknerei, um den Verdienst zu verbessern und von der Trocknerei des Unternehmers Horst unabhängig zu sein, Juli 1924; Bitte des Landrats des Kreises Emden beim Wasserbauamt in Emden um Berücksichtigung der durch die Wirtschaftskrise verschuldeten Greetsieler Schiffer bei Aufträgen des Amtes, Dezember 1925; Bericht des preußischen Wasserbauamts in Emden an den Landrat über Nichtberücksichtigung der Greetsieler Schiffer wegen Lohnstreitigkeiten und dadurch entstandene gefährliche Verzögerungen bei Küsten- schutzarbeiten sowie größere Zuverlässigkeit der Fehnschiffer, Februar 1926; Gutachten des Geschäftsführers des Landbundes Emden, J. de Boer, über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Pachtbetriebes H. Iderhoff zu Greetsiel; finanzielle Schwierigkeiten durch hohe Gebäudeunterhaltungskosten sowie große Ausgaben für Löhne und Steuern und niedrige Preise für Zuchtvieh, Sanierung durch langfristige Kredite, Steuerentlass und Pachtverlängerung, Juli 1926; Eingabe des Deutschen Baumgewerbeverbunds, Baugewerkschaft Emden, beim Landrat des Kreises Emden über Nichtreinstellung von Emdener Arbeitern bei den Notstandsarbeiten an der Leybucht und Verantwortung des Rechtsblocks und des Landbunds für Leiden der Arbeiter sowie Vorschlag für den Ausbau des Greetsieler Hafens zur Arbeitsbeschaffung, August 1931; Eingabe des Landwirts Ysaak Bruns beim Landrat des Kreises Emden wegen Verminderung eines Schuldentlastungspaktes mit seinen Gläubigern zum gegenseitigen Interessenausgleich und Bitte um Ermöglichung zum Aufbau einer neuen Existenz bei Torgau („menschener Osten“), November 1931; Leserbrief in der „Emder Zeitung“ gegen Zwangsvermietung von Räumen durch die Gemeinde Greetsiel, große Verschuldung durch entstehende Gefahr der Zahlungsunfähigkeit, Dezember 1931.

250

Rep. 16/1 Nr. 2232

(1893–1927)
Artikel in der „Ostfriesischen Zeitung“ über Initiative des Börsenvereins Emden zur

Wiederbelebung der Emder Börse durch Handel mit Aktien und Agrarprodukten, Januar 1922.

251

Rep. 16/1 Nr. 1106

(1926–1950)
Bericht über einen Vorstoß gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb durch missbräuchliche „Ausverkäufe wegen Schließung einer Filiale“ auf den Inseln Borkum und Norderney, 1927; Untersuchung über Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe im Schuhhaus „Rheinwest“ in Norden, 1932–1933.

252

Rep. 16/1 Nr. 313

(1930–1948)
Gerichtliche Klage des Drogisten Bakker auf Borkum gegen die Verweigerung der Erteilung einer Konzession zum Kleinhandel mit Branntwein, 1930; Erhebungen über Drogisten mit Kleinhandel von Branntwein, 1932; Statistik über Kleinhandel mit Branntwein, 1930.

253

Rep. 32 Nr. 1214

(1932–1935)
Bitte des Vereins zur Förderung der Interessen des Oberledingerlandes und Verkehrsverein Oberledingerland zur wirtschaftlichen Hebung an den Landeshauptmann der Provinz Hannover um Wirtschaftsförderung nach dem Vorbild des Emslandes, Februar 1932; Sonderdruck der „Ostfriesischen Rundschau“, Westhaderfehn: Arbeitsbeschaffungsprogramm für Ostfriesland, Notwendigkeit des Ausbaus des Entwässerungssystems infolge der Mooraktivierung und des Ausbaus des Straßennetzes, gegen einseitige Förderung des Emslandes, September 1932.

254

Rep. 36 Nr. 616

(1931–1934)
Niederschrift über die Besprechung zwischen Vertretern der Inselgemeinde, der Badbetriebsgesellschaft und der Regierung in Aurich über die Badpacht in Norderney; Wunsch der Gemeinde Norderney hinsichtlich einer Änderung des Pachtvertrages mit der Staatsregierung (Pachtermäßigung), Ablehnung der Beteiligung der Staatsregierung an den Schulden der Badbetriebsgesellschaft, April 1933.

1.2.3.2 Kreditwirtschaft**255**

Dep. 34 C Nr. 772

(1922–1957)
Vereinigung der städtischen Sparkasse mit der Amtssparkasse zur Kreissparkasse Aurich, 1923.

256

Rep. 32 Nr. 1648

(1920–1934)
Denkschrift von R. Bergmann „Bemerkungen über eine Erweiterung der Sparkasse des Kreises Leer“: Erweiterung des Geschäftsbereich der Sparkasse zur Erwirtschaftung

von Mitteln für wissenschaftliche, kulturelle und soziale Zwecke und zur Stärkung der Sparkasse im Konkurrenzkampf gegen expandierende Privatbanken, 1920; Bericht des Verbandes der preußischen Landkreise über Gründung verschiedener Kreisbanken und Vorum des Innenministers zugunsten der Kreisbanken als Mittel zur Verbesserung der Kreisfinanzen, September 1920; Antrag des Landrats des Kreises Leer beim Bezirksausschuss in Aurich auf Genehmigung der Bildung einer Kreisbank in Leer, September 1920; Erlass des Preußischen Innennamisters über Erweiterung des Geschäftsbereichs der Sparkassen zur Verhinderung der Gründung von Kreishänen, April 1921; Bericht des Magistrats der Stadt Leer über Beteiligung an der Gründung einer Kommunalbank unter Beteiligung der Kreise Leer und Weener und der Girozentrale Hannover, September 1921; Abschrift des Vertrages zwischen der Girozentrale Hannover und dem Kreis sowie der Stadt Leer über Errichtung einer Kommunalbank: Geschäftsführung durch die Girozentrale Hannover, Vertretung des Kreises und der Stadt Leer im Ortausschuss der Bank, Haftungsausschluss für Kreis und Stadt Leer, 1921; Bericht der Girozentrale über Kündigung der Beteiligung an Kommunalbank in Leer wegen dauernder Bilanzverluste ab 1926, notwendige Bankschließung, Oktober 1931; Schreiben des Landrats des Kreises Leer als Vorsitzender des Kreisausschusses an die Girozentrale mit der Bitte um Aussetzung der Schließung der Kommunalbank wegen drohender Kreditnot und weiterer Verschärfung der Wirtschaftskrise, November 1931.

257 Rep. 32 Nr. 1528
Erlass des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über Kontrolle des Geschäftsbetriebs der Sparkassen durch die Regierungspräsidenten zur Verhinderung einer leichtfertigen Kreditpolitik, Januar 1925; Miteilung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über die Aufforderung von Landwirtschafts- und Berufsverbänden an ihre Mitglieder, keine Zinsen für ihre Sparkassendarlehen zu zahlen, und Anordnung der Kündigung von Krediten bei Zinszahlungsverweigerung aus politischen Motiven, April 1932; Rundschreiben des Kreiswirtschaftsverband Marienborg e. V. (bei Hildesheim) an die Kreislandbünde der Provinz Hannover: Aufforderung zum Widerstand gegen Erlass der kommissarischen Staatsregierung Preußens über Eingliederung der Sparkassen in ein zentralistisches Reichsbanksystem: Zwang zum Eintritt in die Girozentrale Hannover als Schritt zu Staatssozialismus und Planwirtschaft, 1932.

258 Rep. 32 Nr. 1255
Verordnung des Reichinnenministers über die Bekämpfung von Notgeld, Verbot der Propaganda für Notgeld und die Ankündigung empfindlicher Strafen bei Verstoß gegen die Verordnung, November 1931.

259 Rep. 32 Nr. 1245
Bericht des Postamts Ihrhove über die Verbreitung von Falschgeld durch wandernde Fotografen, Dezember 1929; Flugblatt der Deutschen Rentenbank über Fälschungen von Rentenmarknoten und Aussetzung einer Belohnung für Ermittlung von Fälscher,

Februar 1927; Bericht des Postamts Leer über Aufsuchen einer falschen 10-RM-Note in Warsingefeln, Februar 1929; Bericht des Landrats des Kreises Leer an den Oberstaatsanwalt in Aurich über Aufsuchen einer falschen 20-RM-Note bei einem Buchhändler in Neermoor, Oktober 1929.

- 260** Rep. 32 Nr. 348
(1886–1972)
Eingabe beim Landrat des Kreises Leer über Verwicklung vieler Gemeindeauschussmitglieder der Gemeinde Langholt in eine hoch verschuldette Molkereigenossenschaft und vermutete Absicht, eine von der Gemeinde beantragte Anleihe für den Straßenbau für die Sanierung der Molkereigenossenschaft zu verwenden, April 1927.
- 261** Rep. 44 Nr. 308
(1930–1932)
Sparkasse des Kreises Wittmund: Geschäftsbericht 1929; Agrarkrise im Kreis Wittmund, steigende Verschuldung der Landwirtschaft, Zersplitterung der Geldwirtschaft durch Großbankfilialen, örtliche Genossenschaftsbanken und die Ostfriesische Sparkasse Aurich, Vergabe kurzfristiger Darlehen an die Gemeinden, März 1930; Geschäftsbericht 1930; Reichsbankdiskontsenkung ohne Auswirkungen auf den Kreditzinssatz wegen Unsicherheit der politischen Verhältnisse, Preissenkungen für Agrarprodukte bei gleichbleibender Abgabenlast als Krisenverschärfung, Rationalisierungen im Bankbereich, März 1931; Geschäftsbericht 1931: Entrarmung der Hochkonjunktur 1925–1929 als Scheinblüte infolge kurzfristiger Auslandsanleihen, Verschärfung der Agrarkrise durch Bankenkrise, Umschuldung kurzfristiger Anleihen der Kommunen in Langzeitdarlehen, Februar 1932.
- 262** Rep. 16/1 Nr. 3022
(1929–1932)
Sparkasse der Stadt Emden: Artikel der NS-Zeitung „Der Freiheitskämpfer“ über Verflitzung des Sparkassenverstands mit dem Magistrat der Stadt Emden, April 1930; Beschwerde des Schutzverbandes für Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft, Emden, gegen die Wahl eines Kommunisten zum Senator der Stadt Emden und dessen Mithandlung bei der Wahl des Sparkassendirektors, Juli 1932; Bericht des Senators G. Frickenstein über seine Bewerbung zum Sparkassendirektor, Verfolgung von Seiten der Rechten gegen ihn als DDP-Mitglied, November 1932.
- 263** Rep. 32 Nr. 1872
(1932–1938)
Bericht des Sparkassendirektors Hermann Henning an den Landrat des Kreises Leer über notwendige langfristige Sanierungslösung für die Firma Kolman, da durch die Hypothek an Kolman und dessen aussichtslose Zinszahlungen die Möglichkeiten der Sparkasse zur Kreditaufgabe eingeengt sind, mögliche Sanierung durch Senkung der Betriebskosten und der Abrennung des Landwirtschaftsbetriebes von der Brennerei, Verpachtung der Ländereien und Abwicklung des Geldverkehrs durch die Sparkasse, Dezember 1932.

1.2.3.3 Eisenbahn und Straßenbau

- 269** Dep. 34 C Nr. 243 (1930–1937)
Kleinbahn Leer–Aurich–Wittmund: Beratung über das Sanierungskonzept für die Kleinbahn durch einen Arbeitsausschuss, bestehend aus Regierungspräsident und Landräten, Mai 1930.
- 270** Rep. 16/1 Nr. 4569 (1905–1934)
Herstellung einer staatlichen Nebenbahn von Aurich nach Sande: Eingabe der Handwerkskammer zu Aurich beim Regierungspräsidenten über Dringlichkeit einer Bahnlinie von Aurich nach Sande zur besseren Anbindung Wilhelmshavens an den Regierungsbzirk und zur Verhinderung einer Abspaltung der Jadestadt von Preußen und der Nutzung des Verkehrsproblems für die deutsch-hannoversche Agitation in Ostfriesland, Februar 1921; Bericht der Reichsbahndirektion in Münster über Einstellung aller Bahuprojektplanungen wegen Finanznot, Dezember 1922; Bericht des Bürgermeisters in Aurich, Dr. Ankam, über Initiative des Verkehrsvereins Wilhelmshaven zum Bau der Bahnlne Aurich–Sande und der Finanzierung aus dem Erwerbslosenstaatsfonds unter Verzicht auf die Bahlinie Hesel–Remels, Juli 1926; Aktenvermerk des Regierungspräsidenten über Beresung Ostfrieslands mit dem Präsidenten der Reichsbahndirektion Münster zur Verdeutlichung der Notwendigkeit einer zentralen Bahnlne Aurich–Sande für die Wirtschaft des mittleren und östlichen Ostfrieslands, Oktober 1927.
- 271** Rep. 16/3 Nr. 216 (1912–1930)
Bericht des Regierungspräsidenten an den Preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Notwendigkeit des Baus der Eisenbahn Aurich–Sande zur wirtschaftlichen Erschließung des östlichen und zentralen Ostfrieslands, September 1927; Schreiben der Gemeindevorsteher in Wiesederneer, Wiesens, Akelsburg und der Fleckenvorsteher in Neustadt-Gödens und Friedeburg über Förderung der Wirtschaft und Besiedelung durch den Bahnbau, Januar 1928; Eingabe des Geschäftsführers der Handwerkskammer in Aurich beim Regierungspräsidenten in Aurich über die Dringlichkeit der Bahn Aurich–Sande wegen den exponierten Lage Wilhelmshavens und der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit der Regierungsbezirkshauptstadt Aurich, September 1928.
- 272** Rep. 32 Nr. 1604 (1898–1950)
Kleinbahn Leer–Aurich–Wittmund: Chronik der Geschäftsjahre 1924/25–1927/28: Steigende Ausgaben für Personalkosten, Instandsetzungs- und Baumaßnahmen bei stagnierenden (1925/26) leicht steigenden (1927) und fallenden (1928) Einnahmen, 1928; 1. Geschäftsbuch der Kleinbahn Leer–Aurich–Wittmund GmbH für die Zeit vom 3. September–31. Dezember 1931: Rückläufiger Personen- und Güterverkehr als Folge der Wirtschaftskrise, Betriebsdefizit der Bahn und Überschuss der Kraftfahrlinien, Juni 1932; Anmeldungen der Gläubiger der Kleinbahn auf ihre Forderungen aus der Konkursmasse der Kreisbahn GmbH, Mai–Juli 1931.
- 264** Dep. 34 C Nr. 237 (1894–1961)
Forderung des Bürgervereins nach Geschwindigkeitsreduzierung und Regulierung des Stadtrverkehrs an den Magistrat in Aurich wegen der ständig steigenden Gefährdung im Straßenverkehr und die Beschädigung der Häuser durch Erschütterung, 1929.
- 265** Rep. 32 Nr. 1523 (1923–1934)
Kleinbahn Leer–Aurich–Wittmund: Niederschrift über die außerordentliche Gesellschaftsversammlung der Kleinbahn Leer–Aurich–Wittmund am 22. 12. 1931; Verspäteter Beginn der Reparaturarbeiten wegen Verzögerung der Einzahlung der Kapitalanteile des Landes Preußen, Betriebsdefizit wegen Schrumpfung des Verkehrsraffunkommens auf Grund der Wirtschaftskrise, notwendiger weiterer Personalausbau durch Verzicht auf Lokomotivheizer, Dezember 1931; Bericht des Bahnhofsvorstehers Wilhelm Hanneger, Vorstandsmitglied der Zentrumsparthei Aurich, an das Büro des Zentrums in Osnabrück über notwendige Ablehnung des Normalspurauflaufs der Kleinbahn wegen hoher Kosten und Unrentabilität, Plädoyer für Güterverkehr auf Schmalspur und Personenverkehr mit Kraftfahrlinien wegen besserer Zukunftsaussichten des Straßenverkehrs, Februar 1931; Eingabe von Bewohnern der Ortschaften Stielkamp, Stielkampferfehn, Beiningafeln und Neufeln für Einstellung der Kraftfahrlinien und Ausbau der Kleinbahn wegen besserer Güter- und Personentransports durch die Bahn, 1931.
- 266** Dep. 60 Nr. 1719 (1925–1926)
Resolution des Georg Fegter und des Landschaftsrates Carl Vissering für die Schaffung eines Dammabschnitts nach Norderney um Norderney als Bad konkurrenzfähig zu erhalten, 1925.
- 267** Dep. 34 C Nr. 241 (1929–1933)
Denkschiff „Der neue Weg zum Paradies der Nordsee. Die neue Autostraße nach Norderney“, 1931; Zeitungsartikel über den Bau einer Autostraße von Westfalen bis Norderney, 1929.
- 268** Dep. 34 C Nr. 799 (1929–1942)
Beanspruchung des Magistrats von Esens an den ADAC in München, dass in der geplanten Streckenkarte Ostfriesland und die Nordseebäder nur sehr mangelhaft ausgewiesen werden, 1930; Bitte des Bürgervereins an den Magistrat Aurich um Beihilfe für Inserate in auswärtigen Zeitungen zur Hebung des Fremdenverkehrs, 1930; Absage des Magistrats Norden, an der vom Regierungspräsidenten geforderten Fremdenstatistik teilzunehmen, da die Stadt seit mehreren Jahren durch die Aufstellung von Statistiken zu sehr in Anspruch genommen wird und dies nicht mit der geforderten Einschränkung der Verwaltungsarbeit zu vereinbaren ist, 1930.

273 Rep. 32 Nr. 1600 (1903–1950) Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung der Kreisbahngesellschaft am 9. März 1928; Ausbauplanung für die Kleinbahn, Beschluss der Erhaltung der Strecke Esens–Ogenbargen–Bensersiel in Schmalspur und Übernahme des Betriebsrisikos durch den Kreis Wittmund, März 1928; Niederschrift über die Generalversammlung der Kleinbahn Leer–Aurich–Wittmund GmbH am 14. September 1932; Bahndefizit als Folge der Wirtschaftskrise, Personalabbau, Protest des Landrats des Kreises Leer gegen Bildung eines Betriebsfonds aus dem Stammkapital, September 1932.

274 Rep. 32 Nr. 1429 (1924–1930) Kleinbahn Leer–Aurich–Wittmund: Bericht der Kleinbahn über Unrentabilität und hohe Verluste der Bahnlinie Esens–Bensersiel wegen Agitation Langeoogs gegen die Kleinbahn und Bevorzugung der Reichsbahn, November 1926; Vermerk des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe über Besprechung zwischen Vertretern des Finanzministeriums, des Staatsrats, des Landrats und der Reichsbahn über Bauprojekte der Kleinbahn und Defizite der Kreisbahn, März 1929; Bericht der Kleinbahn Leer–Aurich–Wittmund an den Landrat des Kreises Leer über den beim Landeskleinbahnamt eingereichten Sanierungsplan, enthaltend: Schuldenabdeckung, Beschränkung des Eisenbahnverkehrs und Ausbau der Kraftfahrdienen sowie Übernahme eines Teils der Sanierungskosten durch die Kreisbahngesellschaft, Januar 1930.

275 Rep. 32 Nr. 1394 (1910–1928) Bericht des Gemeindevorstehers in Stickhausen an den Kreisausschuss über Beschluss der Gemeindevertretung, die Anschlussgebühr sowie die Lösch- und Ladegebühr für Torf und Kunstdünger wegen gestiegener Unterhaltskosten des Anschlussgleises anzuhaben, August 1922; Beschluss des Gemeindeausschusses zur Veräußerung des Anschlussgleises auf Grund verbesselter Straßerverbindungen zu den Nachbargemeinden und fällige hohe Reparaturkosten für das Anschlussgleis, April 1920.

276 Rep. 16/1 Nr. 4540 (1912–1922) Kleinbahn von Emden nach Pewsum: Bericht des Landrats über Erhöhung der Beförderungstarife um 40–60 Prozent angesichts der wirtschaftlichen Notlage der Kleinbahn Emden, Dezember 1920; Protokoll der Sitzung des Kleinbahndarlehensausschusses in Hannover über Gewährung eines Darlehens an die Kleinbahn Emden wegen der Bedeutung der Bahn als Transportmittel für Arbeiter und für landwirtschaftliche Produkte, August 1921.

277 Rep. 32 Nr. 1390 (1913–1924) Kleinbahn Filsum–Remels: Rundschreiben der Vermittlungsstelle für Mitglieder des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen über freiwerdendes Ma-

terial für den Gleisbau nach Annahme des Waffenstillstandsvertrages für Bauten von Kleinbahnen, um freiwerdende Rüstungsarbeiten zu beschäftigen und weitere Unruhen zu vermeiden, November 1918; Eingabe des Gemeindevorsteigers in Schwerinsdorf beim Landrat des Kreises Leer gegen den Bau der Bahn Filsum–Remels wegen Bevorrzung der Gemeinden mit einem Straßen- und Kanalnetz, April 1919; Protestresolution der Gemeindevorstände von Firrel, Neufirel, Neuemoor und Schwerinsdorf gegen den Bahnbau wegen Schädigung der Kleinbahn Leer–Aurich–Wittmund und der finanziellen Folgen für den Kreis, notwendiger Anschluss der Kolonien und der betroffenen Gemeinden an die Bahn und Plädyoyer für den Bau einer Kleinbahn Hesele–Uplengen, April 1919; Eingabe von Bewohnern der Gemeinde Detern beim Kreisausschuss für die Führung der Kleinbahnlinie durch Detern wegen abseitiger Lage und zur Förderung der dortigen Wirtschaft, April 1919, Antrag des Kreistagsabgeordneten G. Müller, Firrel, auf Bau einer Kleinbahn Hesele–Firrel–Neudorf zur Förderung Uplengens und der Eischließung großer fiskalischer Moorflächen, Mai 1919; Verfügung des Preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten über Nichtgenehmigung von Beihilfen für die Kleinbahn Filsum–Remels wegen Sprengung der Kostenanschläge durch hohe Preissteigerungen und Unrentabilität der projektierten Kleinbahnlinie, Dezember 1919.

278 Rep. 16/1 Nr. 4543 (1906–1937) Eingabe des Bürgermeisters auf Norderney, Jann Berghaus, als Vorsitzender des Verbändes Deutscher Nordseecinselfahrer beim Preußischen Minister für Volkswirtschaft über Notwendigkeit des Ausbaus der Bahnverbindungen zu den Inseln am Wochenende, um Arbeitern Kurzaufenthalte zu ermöglichen, März 1920; Bericht des Bürgermeisters der Stadt Leen, vom Bruch, über weitere Erhöhung der Arbeitslosenzahlen nach Einstellung von Arbeiten bei der Eisenbahnverwaltung, die verfügte Sperrung der Eisenbahndocks für Spediteure und Ausbau der Hafenanlagen als Arbeitsbeschaffung, Oktober 1923; Artikel im „Kreisblatt Rheiderland“ über notwendige Bahnlinie Osnabrück–Emden zur wirtschaftlichen Erschließung des Emslands und des westlichen Ostfrieslands, September 1924; Geheime Verordnung des Chefs des Wehrkreiskommandos VI in Münster über Informierung des Reichswehrministers über Bahnbauten zur Abstimmung der Projekte mit den Bedürfnissen der Landesverteidigung, Februar 1930.

279 Rep. 16/1 Nr. 4541 (1922–1932) Kleinbahn von Emden nach Pewsum: Bericht der Reichsbahndirektion Münster, preußische Kleinbahnaufricht: Fehlbeiträge der Kleinbahn Emden–Greetsiel durch Rückgang der Personenbeförderung infolge hoher Arbeitslosigkeit und Konkurrenz durch Buslinien, Mehrausgaben für den Erneuerungsfonds und Defizit im Güterverkehr, Forderung nach Verbesserung des Betriebsergebnisses durch Erhöhung des Personentarifs, Einstellung der kreiseigenen Buslinie Hinte–Emden und Senkung der Personalkosten durch Vermeidung der Erennung der Kleinbahnangestellten zu Beamten, Dezember 1926; Bericht des Landrats des Kreises Emden über Ende der Bezuschussung

der Kleinbahn durch die Kreiskasse, hohe Belastung der Bahn durch erhebliche Sanierungskosten, Verbeamtung der Bahngestellten als vom Amtsvoränger übernommene Last, Januar 1927; Eingabe der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner beim Regierungspräsidenten gegen Verweigerung einer Abschlagszahlung an die Beamten der Kleinbahn Emden-Greetsiel als Ungleichtbehandlung gegenüber den übrigen Kommunalbeamten, Dezember 1927; Bericht des Landrates über Sparsmaßnahmen bei der Kreisbahn durch Zugeneinstellungen, Entlassung von Streckenarbeitern und Neuan-schaffungsstopp, Dezember 1930.

280

Rep. 16/1 Nr. 4545
Bericht des Regierungspräsidenten über projektierte Bahnlinie mit einem Damm nach Norderney als wirtschaftspolitisch vorteilhafte Anbindung Zentralostfrieslands an das allgemeine Verkehrsnetz, September 1925.

281

Rep. 16/1 Nr. 4537
Kleinbahn von Ihrhove nach Westrhauderfehn: Bericht über das 19. Gesellschaftsjahr 1931; Grafik über die Zahl der beförderten Personen 1913–1931, Maximum 1919, Minimum 1923, leichter Anstieg bis 1930, Minimum 1931; Grafik über Gütertransport, Maximum 1920, Minimum 1921, Maximum 1922, Minimum 1924, Anstieg bis 1928, Maximum 1929, Minimum 1931, 1932.

(1930–1936)

Rep. 16/4 Nr. 978
Gesuch des Hauptrvereins der Binnen-, Fluss- und Küstenschiffer Ostfrieslands um Hilfe beim Wiederaufbau der durch die Kriegsauswirkungen schwer getroffenen Kleinschiff-fährt, 1919; Sstellungnahme des Wasserbauamtes gegen staatliche Beihilfen wegen relativ günstiger Schiffahrtskonjunktur, 1919; Vorschlag des Landrates des Kreises Aurich zur Gründung einer Schiffsbank, 1919; Vorlage zur Frage der Besteuerung niedersächsischer Schiffe zur Herstellung gleicher Wertbewerbsbedingungen, 1919; Finanzierung und Ab-wicklung der Beihilfe für Schiffer, 1920; Feststellungsbescheide der Bedürftigkeit ver-schiedener Schiffer aus den Landkreisen Aurich und Leer, 1921; Bericht über Mitarbeit des Vereins der Binnen-, Fluss- und Küstenschiffer Ostfrieslands bei der Abwicklung der Beihilfe für Kleinschiffer, 1921; Eintragungsgenehmigungen für ausländische Kre-ditorien in deutschen Schiffspandbriefen, 1927–1929; Kreditprogramm für Reeder zum Schiffsneubau als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Werften, 1926–1927; Vorschlag des Hauptrvereins der Binnenc-, Fluss- und Küstenschiffer zu einem Kreditprogramm für Kleinschiffer, 1927.

284

Rep. 32 Nr. 1414
Schiffbaubeihilfe; Verfügung des Regierungspräsidenten über Ermittlung hilfsbedürf-tiger Schiffer im Regierungsbezirk Aurich und Information über geplantes Kreditpro-gramm des Reiches und Preußens, April 1920; Feststellungen über die Notwendigkeit zur Gewährung von Beihilfen zum Wiederaufbau von Binnenschiffen in Ostfriesland, Landesbeihilfe für bedürftige Schiffer im Kreis Leer, Mai 1920; Bescheid des Reichs-wirtschaftsministers an den Hauptrverein der Binnen-, Fluss- und Küstenschiffer Ost-frieslands und Umgegend e. V. über Gewährung von 1 Million Mark Beihilfe zur Ver-teilung an bedürftige Schiffer, Januar 1922; Erlass des Reichswirtschaftsministers über Kreditprogramm für Kleinschiffer und zur Selbstständigkeitsförderung für arbeitslose Seeleute sowie Ermittlung der bedürftigen Personen durch die Landräte, April 1922; Erlass des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe über unzureichende Reichs-mittel für Schiffernothilfe und Nachgenehmigung von weiteren Hilfen für den Re-gierungsbezirk Aurich wegen gleicher Bedürftigkeit in anderen Bezirken, Juni 1929; Bericht des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe über Beendigung des Schiffernothilfeprogramms wegen Erschöpfung des preußischen Mittelanteils, März 1931.

285

Rep. 16/4 Nr. 977
Richtlinien für die Gewährung von Darlehen, 1928; Bewilligung der Beihilfanträge, 1928–1932; Vorschläge der Reichsregierung zur Lösung der Krise der Kleinschiffahrt auf Basis von Ladungsequoten, Gründung von Schiffsbetriebsverbänden, 1932.

286

Rep. 16/4 Nr. 976
Gesuch verschiedener Schiffer um Unterstützung bei der Regierung wegen wirtscha-flicher Not, 1931; Bericht über Bestrebungen der Scandia-Linie zum Ersatz deutscher „Verbandes Deutscher Küstenschiffer“, 1930; Denkschrift der Industrie- und Handels-kammer für Ostfriesland und Papenburg über Arbeitslosigkeit im Flusschiffbau, 1930.

283

Rep. 16/4 Nr. 978
Gesuch des Hauptrvereins der Binnen-, Fluss- und Küstenschiffer Ostfrieslands um Hilfe beim Wiederaufbau der durch die Kriegsauswirkungen schwer getroffenen Kleinschiff-fährt, 1919; Sstellungnahme des Wasserbauamtes gegen staatliche Beihilfen wegen relativ günstiger Schiffahrtskonjunktur, 1919; Vorschlag des Landrates des Kreises Aurich zur Gründung einer Schiffsbank, 1919; Vorlage zur Frage der Besteuerung niedersächsischer Schiffe zur Herstellung gleicher Wertbewerbsbedingungen, 1919; Finanzierung und Ab-wicklung der Beihilfe für Schiffer, 1920; Feststellungsbescheide der Bedürftigkeit ver-schiedener Schiffer aus den Landkreisen Aurich und Leer, 1921; Bericht über Mitarbeit des Vereins der Binnen-, Fluss- und Küstenschiffer Ostfrieslands bei der Abwicklung der Beihilfe für Kleinschiffer, 1921; Eintragungsgenehmigungen für ausländische Kre-ditorien in deutschen Schiffspandbriefen, 1927–1929; Kreditprogramm für Reeder zum Schiffsneubau als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Werften, 1926–1927; Vorschlag des Hauptrvereins der Binnenc-, Fluss- und Küstenschiffer zu einem Kreditprogramm für Kleinschiffer, 1927.

(1919–1933)

(1920–1957)

(1928–1940)

Rep. 16/4 Nr. 975
Vereinigung der Binnen- und Küstenschiffer Ostfrieslands; Beschwerde über Überlegen-heit der niederländischen Schiffer gegenüber ostfriesischen Schiffen durch niedrigere Frachtpreise infolge geringerer städtischer Regulierung (Steuern, Sozialversicherung, Ar-beitsrecht), 1919; Verzeichnisse über Darlehen an Schiffer zur Reparatur und Instand-setzung kriegsbedingt stillgelegter Schiffe, 1919–1920; Ausbau des Warsingefehnkanaals als Arbeitsbeschaffungsmittel, 1921; Statistiken über Schiffsbewegungen und Ladungs-mengen im Eider Hafen und Dortmund-Ems-Kanal, 1921–1930; Beschwerden des Hauptrvereins der Binnen-, Fluss- und Küstenschiffer Ostfrieslands gegen Firmen wegen Vergabe von Frachtaufträgen an niederländische Schiffer, 1922–1927; Berichte über Binnenwasserstraßen, Pegelstände und Auslastung von Schiffskapazitäten, 1921–1928; Gesuch des Hauptrvereins der Binnen-, Fluss- und Küstenschiffer um Hilfen durch die preußische Regierung wegen desolater Auftragslage und daraus entstehender sozialer Not, 1926; Bericht über die Errichtung eines Frachtkontors durch den Hauptrverein, 1927; Berichte über angestrebte Organisation der Binnenschiffer unter dem Dach des „Verbandes Deutscher Küstenschiffer“, 1930; Denkschrift der Industrie- und Handels-kammer für Ostfriesland und Papenburg über Arbeitslosigkeit im Flusschiffbau, 1930.

Frachtschiffe durch Niederländer, 1932; Vorschlag eines Maßnahmekatalogs zur Verdrängung niederländischer Schiffe aus dem Handel zwischen deutschen Plätzen von Seiten der Industrie- und Handelskammer, 1932.

287 Rep. 16/3 Nr. 146 (1916–1922) Beschwerde gegen Fehngesellschaft Spetzerfehn wegen Vernachlässigung der Kanalunterhaltung und zu geringem Wasserstand sowie der damit verbundenen Behinderung der Schiffahrt, 1920–1921.

288 Rep. 16/4 Nr. 945 (1902–1935) Initiative des Magistrats der Stadt Emden zur Erhebung des Hafens von Emden zum Freihafen, 1920; Artikel in „Spedition und Schiffahrt“ über Entwicklung und Zukunftsausichten des Emder Hafens, 1922; Denkschrift „25 Jahre Emder Großschiffahrtsfahnen“ des Emder Handelsvereins gegen die Macht der Konzeme, zur Förderung mittelständischer Unternehmen, für Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals, 1927; Denkschrift von Wilhelm Nübel über Vorteile des Hafens von Rotterdam gegenüber Emden durch unternehmerischen Geist der niederländischen Firmen im Gegensatz zur Bürokratisierung und Bankenabhängigkeit deutscher Firmen und Konzeme (Beispiel Kohlenhandel), 1928; Eingabe der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg gegen ruinösen Wettbewerb mit dem Hafen Bremen durch Reichsbahnspzialtarife und für den Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals, 1931; Forderung finanzieller Nothilfen für Reeder, 1931; Abwackaktion als Arbeitsbeschaffung, 1932; Kreditprogramm zum Bau von 30 Heringsloggen in Emden, 1932.

289 Rep. 28 Nr. 4199 (1921–1930) Mitteilung des Vorstehers des Elektrizitätsverbandes Stade an den Landrat des Kreises Emden über die Gründung eines nordwestdeutschen Elektrizitätsverbandes nach Maßgabe des Gesetzes zur Sozialisierung der Elektrizitätsgesellschaft, Juni 1921; Bericht der Verwaltung des Licht- und Kraftwerks des Kreises Emden über Laufzeit des Stromabnahmevertrages mit den Nordwestdeutschen Kraftwerkten, Suomabau und -preise, September 1927; Vertrauliche Denkschrift des Amtshauptmanns in Cloppenburg, Brand, über die Elektrizitätsversorgung des Weser-Ems-Gebietes: unerwünschtes Eindringen des Staates (Preußen) in die Elektrizitätswirtschaft durch öffentliche Kraftwerke oder Kapitalbeteiligungen, Monopolstellung der NWK im Weser-Ems-Gebiet, umfangreicher Zwischenhandel als Ursache übersteigter Strompreise, Notwendigkeit eines einheitlichen Versorgungsgebiets zur Machtbegrenzung der NWK, März 1928.

290 Rep. 36 Nr. 514 (1921–1932) Warnung des Landrats des Kreises Norden an die Elektrizitätsgenossenschaften im Kreis

gebiet vor Veräußerung ihrer Anlagen an PreussenElektra AG (Preussag)-Tochter Weser-Ems-Stromversorgungs AG (WESAG), Leer, wegen Monopolbestrebungen der Preussag und Gefährdung der Konsumanteninteressen, Januar 1930; Artikel im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ über rücksichtloses Vorgehen der WESAG als Vertreter des „sozialisierten, marxistischen Zukunftsraats“ beim Leitungsbau durch Verletzung der Grundeigentummerichte, April 1931; Bericht der Geschäftsführung der WESAG über Flusschäden wegen Verpflichtung der Gesellschaft zur Einstellung ungeübter einheimischer Arbeiter beim Leitungsbau im Rahmen der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Juli 1931.

291 Dep. 34 C Nr. 814 (1924–1946) Geschäftsbericht „10 Jahre Elektrizitätsgenossenschaft“, 1931.

292 Rep. 32 Nr. 1441 (1930–1940) Elektrizitätsversorgung des Oberledingerlandes: Eingabe der Papenburger Strombezirker der Elektrizitätsgenossenschaft Oberledingerland beim Preissenkungskommissar, Dr. Goerdeler, wegen zu hoher Strompreise aufgrund der Preispolitik der Preussag; untragbare Belastung wegen Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialleistungen, Februar 1932; Forderung von „Lichtinteressenten“ aus Holterfehn beim Landrat des Kreises Leer, der Übertragung des ursprünglich von der Gemeinde Holterfehn erbauten Ortsleitungsnetzes an eine andere Gesellschaft durch die Elektrizitätsgenossenschaft Oberledingerland nur bei Senkung der Strompreise zuzustimmen, Mai 1932; Eingabe des B. Popcken, Ihrhove, beim Landrat des Kreises Leer über Druck von Seiten der Stromversorgungs AG Oldenburg/Ostfriesland zum Verkauf der Leitungssysteme der Elektrizitätsgenossenschaft Oberledingerland durch Ausschreibung von Verstaatlichungsgerichten und angeblichen Sonderplänen der NSDAP Oldenburg zur Organisation der Stromversorgung, Januar 1933.

1.2.3.6 Torfindustrie

293 Rep. 21c Nr. 1100 (1916–1933) Antrag der Firma Vocke, Sandhorst, an die Domänenverwaltung auf Weiterführung der Kultivierungsarbeiten im Abelitzmoor zur Beschäftigung der demobilisierten und kriegbeschädigten Arbeiter der Firma, März 1919.

294 Rep. 16, 3 Nr. 307 (1917–1920) Antrag der Firma Siemens Elektrische Betriebe auf Einstellung der Torfförderung durch den Domänenfiskus wegen der Verweigerung von Aktordarbeit durch die Arbeiter und stattdessen Torfförderung auf Basis von Notstandsarbeiten unter der Regie der staatlichen Moordadministration, Januar 1919.

- 295** Rep. 16,3 Nr. 325 (1917–1926) Wochenbericht des Landrats des Kreises Aurich über drohende soziale Unruhen durch hohe Torfpreise und Notwendigkeit des stärkeren Torfabbaus in den fiskalischen Mooren, Februar 1919; Eingabe des Betriebsrats Siemens Elektrischen Betriebe beim Landrat des Kreises Wittmund wegen Kartoffelpreisregelung und Verbot der Kartoffelaufkäufe durch Brennereien durch den Landrat des Kreises Wittmund wegen drohender „Selbsthilfe“ der Arbeiter, September 1920; Anfrage des Lebensmittelamts der Stadt Wilhelmshaven nach lieferbaren Mengen von Kartoffeln der Mooradministration, Juli 1922; Erlass des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten gegen Torfraubau und Landverwüstung, Oktober 1922; Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins Veenhusen auf Festsetzung von Höchstpreisen für Torf wegen Wucherpreisen für Torf als Folge der Kohlenknappheit, März 1923; Gesuch des Beamtenausschusses beim Landgericht Aurich um Belieferung mit verbilligtem Torf aus fiskalischen Mooren wegen hoher Preise und Beschaffungsschwierigkeiten auf dem freien Markt, Juni 1923; Eingabe der Firma Hinders und Wefer beim Regierungspräsidenten gegen das Verbot der privaten Benutzung des Kleinbahnschieneanstrangs wegen der dadurch fehlenden Transportmöglichkeit für ihren Torf sowie wegen der dadurch drohenden Arbeitslosigkeit der Arbeiter und drohender Unruhen in Leer wegen Torfmangels, November 1923.
- 296** Rep. 21c Nr. 606 (1919–1929) Eingabe des Jan Pupkes, Walle, wegen Rückersattung des Moorgebietes wegen Überschwemmung seiner gepachteten Torffläche und Erwerbslosigkeit seiner kriegsbeschädigten Söhne, September 1919; Antrag von Gert Hipp und Consorten (60 Unterschriften) auf Kauf von Moorflächen zum Abtoften zum Gewinnung von Brennmaterial zur Behebung ihrer wirtschaftlichen Notlage, Februar 1920; Eingabe der Vereinigung der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Westgroßefehn, beim Regierungspräsidenten wegen Bereitstellung einer Moorfläche zur Torfgewinnung für mittellose Kriegsbeschädigte, April 1920; Gesuch der Akelsberger Torfwerke, Wilhelmshaven, an das Preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wegen Überlassung von Moorflächen zur Abtofung für die Werft und den Werftwohlfahrtsverein in Wilhelmshaven, November 1920; Bericht der staatlichen Mooradministration über Notwendigkeit kurzer Laufzeiten der Abtofungsverträge wegen drohenden Zusammenschnüren des Torfförderungsfirman bei Einbruch der Torfkonjunktur und Vergabe von Abtofungsfächern ohne Gefahr der Verwüstung, März 1921; Bericht des Kulturbauamts über bevorstehenden Beginn des Siedlungsprojektes in Mardardsmoor und dem Abtofungsgebiet der Gemeinde Wiesede, Vorschlag der Einrichtung von Ersatztoftstichen im verbleibenden fiskalischen Gebiet, Juni 1921; Eingabe des Einheitsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter- und Hinterbliebener, Ortsgruppe Aurich, beim Reichslandwirtschaftsminister gegen die Erhöhung der Pachten für Abtofungsfächern der Mitglieder des Vereins, Januar 1922; Anordnung des Regierungspräsidenten über die Möglichkeit zur Erhebung der Torfheuer in Form von Torf anstelle des Inflationsgeldes, September 1922; Antrag des Schulverbandes Moordorf auf Überlassung einer fiskalischen Moorfläche zur Torf

- 297** Rep. 16,3 Nr. 206 (1920–1921) Artikel im „Wilhelmshavener Tageblatt“ gegen die Verpachtung von Moorflächen an die Ackerbaugesellschaft als kommerzielles Unternehmen: Nichtberücksichtigung der wegen der Notwendigkeit der Sicherung der Brennstoffversorgung an den Moorflächen interessierten Städte Emden und Wilhelmshaven, Januar 1920; Artikel der „Ostfriesischen Zeitung“ über Gespräch des Landtagsabgeordneten Jan Fegter mit dem preußischen Landwirtschaftsminister Braun über den Torfabbau durch die Ackerbaugesellschaft und über die Gesellschaft als kommerzielles Unternehmen Berliner Bankkreise, Januar 1920; Antrag des Onno Onken, Jan Sieffken und 35 weiterer beim Landrat des Kreises Aurich auf Überlassung von Moorland für Kolonate auf dem von der Ackerbaugesellschaft gepachteten Gelände, September 1920.
- 298** Rep. 32 Nr. 1232 (1920–1933) Bericht des Landrats des Kreises Leer über Beschluss des Kreistages, eine Gesellschaft unter Beteiligung des Kreises und der Stadt Leer sowie der Gemeinden zur Torfgewinnung in Klostermoor zu gründen und Bitte an die Gemeindevorstände zur Zeichnung von Gesellschaftsanteilen, März 1920; Bericht des Gemeindevorstehers in Klostermoor über Ablehnung der Beteiligung an der Torfgesellschaft wegen des Risikos (Kosten der Entwässerung, witterungabhängige Förderung des Torfs) und dem damit verbundenen Problem der unsicheren Kalkulation des Arbeitskräftebedarfs, April 1920; Bescheid des Landrats des Kreises Leer an die Anteilszeichner über Nichtgründung der Torfgesellschaft wegen zu geringer Beteiligung, Mai 1920.
- ### 1.2.3.7 Reglementierung von Ausländern, Juden und Zigeunern
- 299** Dep. 60 Nr. 884 (1872–1927) Liste des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Berlin, über sich in Deutschland aufhaltende ungarische Kommunisten, 1921.
- 300** Dep. 34 C Nr. 808 (1890–1935) Anfrage des Regierungspräsidenten an den Magistrat von Aurich, ob es möglich ist, die

301 Dcp. 34 C Nr. 193
Verzeichnis der in Aurich angemeldeten Niederländer, 1931.

307 Dep. 34 C Nr. 691
Zahl der Schlachtungen bei den jüdischen Fleischern zu halbieren, 1925; Aufstellung der jüdischen Schlachter und Schlachtungen, 1925. (1914–1958)

308 Dep. 34 B Nr. 757
(1921–1927)
Anmeldungen von Land zur Kleingartennutzung in der Stadt Aurich, Jan. 1920.

309 Dep. 34 C Nr. 693
(1923–1939)
Maßnahmen gegen Bettler und Zigeuner: Verzeichnis der Lagerplätze von Zigeunern im Kreis Aurich, 1922; Schreiben des Landrates in Aurich an den Magistrat über das verstärkte Betteln Ortsansässiger im Landkreis und der Stadt, 1925; Information der Polizeiverwaltung in Leer an den Magistrat Aurich über die Zuweisung des Marktplatzes in Leer als Standplatz für Zigeunerwagen wegen der damit verbundenen verstärkten Kontrolle, 1929; Verbot der Einreise von Zigeunern durch den Magistrat Aurich, 1930.

310 Dep. 34 C Nr. 694
(1928–1939)
Förderung des Frühgemüseanbaus, 1928.

311 Dep. 34 C Nr. 869
(1930–1935)
Verpachtung des Grasschnitts in der Stadt Aurich an Arbeiter und Kriegsinvaliden, 1930–1932.

312 Rep. 21c Nr. 1940 – Rep. 16, 3 Nr. 241
(1918–1919)
Berichte der Regierung über Schadenssumme des vom Gastwirt Hartmann in Marx verursachten Brandes und über drohende Verbitterung der Landbevölkerung bei einer den Hartmann ruinierenden Schadensersatzforderung, August–Dezember 1918.

313 Rep. 21c Nr. 1637 Rep. 16, 3 Nr. 239
(1914–1929)
Reisebericht des Wirklichen Geheimen Oberbaurats Nolda über Unmöglichkeit des Ersatzes von Gefangenearbeitern durch freie Arbeiter bei der Dränagearbeit wegen Fehlens von wasserfester Kleidung und Schuhen bei den freien Arbeitern, August 1919; Verhandlung zwischen der Ackerbaugesellschaft und der Regierung in Aurich über Grundsätze bei Lohnstreitigkeiten mit Moorarbeiten, Angebot auf Basis der Löhne bei den Siemens Elektrischen Betrieben, norwendige Steigerung des Angebots an Torfstichen zur Sicherstellung der Brandversorgung in Ostfriesland, Januar 1920.

314 Rep. 36 Nr. 1235a
(1902–1925)
Ablehnung des Antrags des Kolonisten Wilhelm Röben auf Enteignung der Norder Fehngesellschaft durch den Landrat des Kreises Norden wegen der ausstehenden Bezahlung fassung in der Nationalversammlung über ein Enteignungsgesetz zur Besiedlung von Ödland, Juni 1919.

315 Rep. 21c Nr. 1516 Rep. 16, 3 Nr. 272
(1908–1944)
Eingabe des Kolonisten Johann Memmen beim Landrat des Kreises Leer gegen zu hohe Erwerbspreise für Moorfälliche Erzeugnisse, um den Verein vor dem Ruin zu bewahren, 1931.

302 Dep. 34 C Nr. 152
Maßnahmen gegen Bettler und Zigeuner: Verzeichnis der Lagerplätze von Zigeunern im Kreis Aurich, 1922; Schreiben des Landrates in Aurich an den Magistrat über das verstärkte Betteln Ortsansässiger im Landkreis und der Stadt, 1925; Information der Polizeiverwaltung in Leer an den Magistrat Aurich über die Zuweisung des Marktplatzes in Leer als Standplatz für Zigeunerwagen wegen der damit verbundenen verstärkten Kontrolle, 1929; Verbot der Einreise von Zigeunern durch den Magistrat Aurich, 1930.

303 Dep. 60 Nr. 1835
(1911–1939)
Anzeige an die Staatsanwaltschaft, Norden, über den Selbstmord des jüdischen Geschäftsinhabers David Gerson wegen geschäftlicher Probleme, 1932.

304 Dep. 34 C Nr. 195
(1929–1965)
Ausländerwesen: Verfügung des Regierungspräsidenten in Aurich an die Ortspolizeibehörden zu den Genehmigungsverfahren für ausländische nichtlandwirtschaftliche Arbeiter im Jahre 1930.

1.3 Wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft

1.3.1 Förderung der Kultivierung und landwirtschaftlichen Siedlung

305 Dep. 34 C Nr. 690
(1902–1956)
Förderung der Ziegenzucht durch den Ziegenzuchtvverein, 1928–1932.

306 Dep. 34 C Nr. 859
(1911–1939)
Einladung zur Gründungsversammlung und Satzung des Kleingartenvereins Aurich, 1920; Eingabe des Kleingartenvereins gegen die Verpachtung von Anbauflächen für den Gemüsebau an einen Viehhändler, 1920; Geschäftsbericht des Kleingartenvereins Aurich, 1921; Bitte des Kleingartenvereins um Senkung der Pacht wegen Preisverfalls für landwirtschaftliche Erzeugnisse, um den Verein vor dem Ruin zu bewahren, 1931.

Rischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wegen Nichtverteilung von 7 ha brachem Moorlandes an Neusiedler mit kleinen Flächen durch den Landrat des Kreises Wittmund, August 1919.

316 Rep. 16/3 Nr. 1132

Eingabe verschiedener Kolonisten aus Jübberde gegen eine drohende Wiedereinziehung von Teilen ihrer Kolonate, da sie die Kultivierungsvorschriften wegen der Kriegsfolgen (Arbeitskräftemangel, Düngemittelknappheit) nicht erfüllen konnten, Dezember 1919.

317

Rep. 16/3 Nr. 207
Beschäftigung von Gefangenen bei den Arbeiten in Wiesmoor: Bericht des Oberstaatsanwalts in Hamm über Mangel von Gefangenen für Moorarbeiten und notwendiger Ersatz durch Erwerbslose wegen Unruhe in der Arbeiterschaft und Forderung der Arbeitsbeiräte nach Auflösung der Gefangeneneinhaftungen, März 1919; Bericht des Mooradministrators Schweizer über Entsendung auffrührerischer Gefangener, u. a. wegen politischer Delikte Verurteilten, aus den überfüllten Gefängnissen: Arbeitsverweigungen sowie Gefahr von Straftaten in der Umgebung der Baustellen wegen Entlassung der Gefangenen nach Ende der Strafzeit direkt von der Arbeitsstätte und Mangel an Aufsichtspersonal, Mai 1921; Klage des Mooradministrators Schweizer über geringe Arbeitsleistung, Disziplinlosigkeit, Aufwiegeln und Meutereien von Gefangenen und Über/sendung „schlechter Elemente“ durch die Strafanstalt Münster, November 1922.

318

Rep. 16/3 Nr. 209
Bericht des Mooradministrators Schweizer über Unterbringungsmöglichkeit und Ansiedlung von 855 Mann der in Munsterlager einquartierten Baltikumtruppen, ländliche Herkunft sowie Genügsamkeit als charakterliche Bedingung der Ansiedlung, Gefahr der Unruhe in der heimischen Bevölkerung wegen großer Nachfrage nach Moorland, Mai 1920; Bescheid des Regierungspräsidenten an den Gewerkschaftssekretär der Vries, Aurich, über dessen, dem Landwirtschaftsminister vorgebrachten Bedenken gegen die Ansiedlung Landfremder in den ostfriesischen Mooren, Juni 1920; Bescheid des Landwirtschaftsministers über Ansiedlung der Baltikumtruppen in Mooren Schleswig-Holsteins und Hannovers und Erledigung des Siedlungsprojekts in Ostfriesland, Juli 1920.

319

Rep. 16/3 Nr. 214
Bericht des Landrats des Kreises Wittmund über Siedlungsförderung für arbeitsame und landeskundige Söhne von Kleinbauern ohne Eigenkapital durch Abgabe von billigem und unkultiviertem Land und Verpflichtung der Neusiedler zu Kultur- und Wegebau, Fehlen kapitalkräftiger Siedler wegen Agrarkrise und hoher Steuerbelastung der Landwirtschaft, Dezember 1925; Bescheid des Preußischen Finanzministers über direkte Herabsetzung des Kaufpreises für überteuerte versteigerte Kolonate und Abratung der Res-

kaufgelder in Raten nach der wirtschaftlichen Leistungskraft der Siedler, Dezember 1925.

320

Rep. 16/3 Nr. 213
Bericht des Mooradministrators Schweizer über Einnahmen und Ausgaben für die Bewirtschaftung staatlicher Moorflächen: steigende Ausgaben für Löhne und Schwierigkeiten bei der Einstellung billiger Saisonarbeiter wegen der Proteste der Gewerkschaften gegen deren außertarifliche Bezahlung sowie Verneuerung der Straflingsarbeit wegen nachlassender Arbeitsleistung, Dezember 1928; Einstellung der Kultivierungen und Entlassung von Arbeitern wegen nicht ausreichender Geldmittel, August 1929.

321

Rep. 16/3 Nr. 208
Lesebrief des Kolonisten Hermann Ferdinands Oltmannsfehn, in der „Auricher Zeitung“ gegen die Beschäftigung von Strafgefangenen bei Entlassung freier Arbeiter, Mai 1931; Bericht des Mooradministrators Schweizer über Verwendung der Straflinge zu gefährlichen Arbeiten (Moordränage), Moorarbeit als Beitrag zur Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft und Leerstand fiskalisch finanziert Baracken bei Einstellung der Gefangenearbeit, Mai 1931; Erlass des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Beschäftigung von Strafgefangenen gemäß den Verhältnissen auf dem freien Arbeitsmarkt und der Haushaltsslage, Oktober 1931.

1.3.2 Belastung der Landwirtschaft mit Steuern, Abgaben und Pachten

322

Dep. 34 C Nr. 698
Bestimmungen zum Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken, 1919-1926.

323

Dep. 34 C Nr. 766
Auftrieb und Notierung der Marktpreise, 1929-1932.

324

Rep. 109 A Nr. 331
Bericht des Leiters des Finanzamts in Emden an den Obersstaatsanwalt in Aurich über Verweigerung der Einstellung weiterer Gutachtern gegen Landwirte durch den bestellten Gutachter, einen Landwirt in Wirdum, wegen Mutterung seines Namens an den Verteidiger eines angeklagten Landwirts aus demselben Dorf und wachsende Schwierigkeiten, Landwirte zur Einstellung von Steuergutachten zu gewinnen, September 1921.

(1928-1929)

(1930-1952)

(1917-1929)

(1917-1934)

(1929-1965)

(1890-1921)

325 Rep. 28 Nr. 3861

Rep. 28 Nr. 3861
Beschwerde des Landwirs. W. Ohling, Rysum, beim Landrat des Kreises Emden über zu hohe Steuereinschätzung durch das Finanzamt wegen Berechnung der Futtermittel der Milch für die Kälber und der Vorräte für den Eigenverbrauch als Einkommen. Unmöglichkeit der Kreditaufnahme zur Steuerzahlung sowie sinkende Preise als Ursache der Zahlungsunfähigkeit, Februar 1924.

326

Rep.-21c-Nr.1594-1 Rep. 16/3 Nr. 13572
Vereinbarung zwischen dem Domänenpächterverband und dem Preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Richtlinien zur Regelung der Neupachtten: Festlegung der Pachthöhe nach dem Preis für Roggen und Weizen, Einrichtung eines Schiedsgerichts zwischen den Vertragspartnern, September 1925; Artikel im „Ostfriesischen Kurier“ über Belastung der Landwirtschaft mit Steuern und Abgaben, besonders Mehrfachbesteuerung des Grundbesitzes, Mai 1926.

327

Rep. 32 Nr. 1171
Eingabe des Kreislandbundes Norden beim Regierungspräsidenten wegen Ermäßigung der Steuerlast der Bauern wegen witterungsbedingter Ernteausfälle, Oktober 1925; Protestresolution des Ostfriesischen Landbundes gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten über das Verbot der Kooperation der Gemeindevorsteher mit dem Landbund bei der Besteuerung der Landwirtschaft, Mai 1928.

328

Rep. 16/1 Nr. 2160-1 Rep. 16/1 Nr. 2226
Bericht des Regierungspräsidenten über Protestversammlung der Landwirtschaftverbände, Handelsverbände, der Handwerkerbünde und der Grundbesitzervereine vor dem Hintergrund einer allgemeinen Krise der Landwirtschaft in Ostfriesland, Januar 1928; Entschließung der ostfriesischen Wirtschaft für Steuersenkung, für Förderung von Mittelstand und Landwirtschaft, gegen Sozialismus als Ursache für den Konzentrationsprozess der Wirtschaft, 1928; Plakat zur Protestkundgebung der ostfriesischen Wirtschaftsverbände am 5. Januar 1928; Artikel verschiedener Zeitungen zur Vertreterversammlung der Kreislandbünde Ostfrieslands mit der Drohung des Boykotts staatlicher Maßnahmen bei Verweigerung eines „Systemwechsels“, Februar 1928.

329

Rep. 28 Nr. 3941
Antrag des Kreislandbundes Emden beim Landrat auf Steuerabwendung für die Landwirte J. Freentken und J. Smeede, Manslag, und Notwendigkeit der Steuerentlastung auch von Seiten der Kreis- und Staatsbehörden zum Ausdruck ihres „Wohlwollens gegenüber der Landwirtschaft“, Februar 1930.

330

Rep. 28 Nr. 4060
Eingabe des Kreislandbundes Emden beim Regierungspräsidenten in Aurich wegen Ge-

meindesteuerabwendung für den Rentier Meene van Hettinga und seines Pächters Habben in Twixium wegen Überschuldung aufgrund der Agrarkrise, September 1930.

331

Rep.-21c-Nr.787 Rep. 16/3 Nr. 222
(1882–1934)
Denkschrift des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft: „Das landwirtschaftliche Nonprogramm und seine Ausgestaltung“: Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft durch Melioration, Preissetzung durch protektionistische Maßnahmen, direkte Subventionen, Kreditprogramme zur Rationalisierung der Agrarproduktion, Aufbau einer einheitlichen, staatlich geförderten Agrarabsatzorganisation, Juli 1928; Eingabe des Vereins Ostfriesischer Stammviehzüchter e. V. beim Preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für die Erklärung Ostfrieslands zum Nordstrandgebiet wegen Zusammenbruchs des Viehmarktes und Gefahr des Zusammenbruchs des organisierten Zuchtsystems und weiterer Arbeitslosigkeit, September 1931.

332

Rep. 32 Nr. 457
(1894–1972)
Antrag der Oldenburger Moorökultur-Gesellschaft auf Sondierung der Gemeindesteuer in Ostrhauderfehn wegen schlechter Wirtschaftslage aufgrund niedriger Vieh- und Milchpreise und notwendiger Entlassung mehrerer Arbeiter bei sofortigem Steuerentzug, März 1932.

333

Rep. 36 Nr. 348
(1885–1952)
Gemeindeangelegenheiten Westerende: Eingabe des Kreislandbundes Norden e. V. beim Gemeindevorsteher über Beschwerde bei der Kommunalaufsichtsbehörde wegen Ablehnung eines Steuerabwendungsantrags durch den Gemeindevorsteher in Westerende, Januar 1932.

334

Rep. 36 Nr. 300
(1870–1953)
Gemeindeangelegenheiten Hagermarsch: Bericht des Gemeindevorstehers Hasbagen über Hetze des Kreislandbundes gegen die Gemeindevorsteher und „Fureneid“ des Kreislandbundes auf private Berateritätigkeit für die Landwirte, Juli 1932.

1.4 Wirtschaftlich motivierte Streiks**335**

Rep. 56 Nr. 9
(1905–1925)
Meldungen über Streiks im Regierungsbezirk Aurich, nach Gewerbe, Ort und Zahl der Teilnehmer, 1920.

336

Rep. 151 Nr. 14
(1919–1923)
Meldung des Wasserbauamtes Emden an den Regierungspräsidenten über Ausweitung der Streiks in Emden auch auf staatliche Betriebe des Wasserbauamtes, 20. Januar 1919;

Bericht des Maschinenbauamtes an den Regierungspräsidenten über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss wegen der Nachzahlung der Löhne für den Streik vom 20. 1. 1919 (Liebknecht-Demonstration), März 1919.

337

Rep. 16/1 Nr. 1507
Lohnstreit bei der Kleinbahn im Hafen Emden, April 1921.

338

Rep. 16/1 Nr. 1522
Eingabe der bei der Torfförderung beschäftigten Norderneyer Arbeiter des Kraftwerks Wiesmoor wegen Lohnakkordanhöhung, Mai 1923; Bericht der deutsch-niedersächsischen Transportgesellschaft über Streik neu eingestellter Arbeiter, Juli 1923; Protokoll der Verhandlungen über die Lohnfordernungen der entlassenen streikenden Arbeiter vor dem Erwerbslosenfürsorgeausschuss Leer und Bericht des Magistrats der Stadt Leer über die Unterstützungen der entlassenen streikenden Arbeiter, Juli 1923.

339

Dep. 34 B Nr. 286
Bericht des Bürgermeisters von Aurich über den Arbeitsstreik der Wohlfahrtsarbeitslosen, Nov. 1931; Polizeibericht über den Verlauf einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung, Nov. 1931; Bericht des Bürgermeisters über den Überfall eines Erwerbslosen auf die Frau des Landgerichtsrates Henrychowski, Nov. 1931.

340

Rep. 16/1 Nr. 1388
Bericht des Magistrats Emden über Arbeiterdemonstration auf Norderney zur Feier der Durchsetzung von Lohnfordernungen, Dezember 1918; Berichte über Beinrächtigung der Kohlenversorgung durch Streiks im Ruhrgebiet und Sachsen, April 1919; Streik der Arbeiter beim Kraftwerk Emden, Juni 1920; Tarifvertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitern des Metallgewerbes in Norden, März 1920; Streik der Bäckergesellen in Wilhelmshaven wegen Lohnfordernungen, Mai 1920; Streik der Bauarbeiter im Landkreis Norden, Oktober/November 1920; Hafenarbeiterstreik auf Borkum und Einsatz der Einwohnerwehr als Streikbrecher, April 1921.

341

Rep. 16/1 Nr. 1498
Streik gegen Lohnsenkungen bei den Nordseewerken Emden, März-April 1919.

342

Rep. 16/1 Nr. 1503
Landarbeiterstreik wegen Verhandlungsverweigerung der landwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigung Krummhörn und Anordnung von Notstandsarbeiten in der Landwirtschaft des Kreises Emden sowie Schlichtungsspruch über Lohnsätze, Februar-März 1920.

343

Rep. 16/1 Nr. 1379
(1920-1921)
Bericht über Hafenarbeiterstreik in Emden wegen Streits zwischen Arbeitern und Angestellten über die Organisierung der Angestellten im Transportarbeiterverband, Mai 1920; Bericht des Landrats über Vorfahren von streikenden Arbeitern gegen Streikbrecher im Betrieb der Baumschule des Hermann A. Hesse, Weener, Mai 1920.

344

Rep. 16/1 Nr. 1508
(1921-1922)
Bericht über Streik gegen Niedriglöhne der Firma Onno Behrens in Norden, September-Oktobe 1921.

345

Rep. 16/1 Nr. 2228
(1923)
Bericht des Regierungspräsidenten über Streiks der Landarbeiter und Generalstreik in Landkreis und Stadt Emden und den Kreisen Norden und Aurich wegen Lohnforderungen angesichts der Inflation, September 1923.

2. Arbeits- und Sozialpolitik

2.1 Tariffragen und Arbeitsrechtsangelegenheiten

2.1.1 Betriebsverfassung, Betriebsräte und Tariffragen

346 Aufbesserung der Gehälter der städtischen Beamten

in Aurich, die Gehälter an die der Staatsbeamten anzupassen (mit Hinweis auf allg. Teuerungen), 1919; Zahlungsliste für den „Kriegsteuerungszuschlag“, 1920.

347 Wiederholte Bitten des Henriettenstiftes Hannover

die Entlohnung der von Ihnen nach Aurich entsandten Schwestern aufgrund der allgemeinen Teuerung zu erhöhen, 1920–22.

348 Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen

in der Verwaltung der Kommunalverbände: Liste der Anwärter für die Anstellung als Bürobeamte beim Magistrat in Aurich nach dem Versorgungsgesetz, 1920; Verzeichnis der den Militäranwärtern bei der Stadt Aurich vorbehalteten Stellen, 1920.

349 Beamtenechte Angelegenheiten der Volksschullehrer

Erlaß des Preuß. Ministers für Volksbildung über die Abfindung weiblicher Beamte bei Entlassung, 1927.

350 Antrag des Hebammenvereins

an den Magistrat von Aurich zur Übernahme der Beiträge zur Reichsunfallversicherung und der Reichsangestelltenversicherung, um den wirtschaftlichen Stand der Hebammen zu sichern, 1929.

351 Dep. 34 C Nr. 239

Schreiben des Ministers für Handel und Gewerbe zur Unterstützung von hilfsbedürftigen reichsdeutschen Seeleuten, die durch die Abgabe der deutschen Handelsflotte an die Entente erwerbslos geworden sind, 1921.

352 Dep. 34 B Nr. 163

Nachweis einer, trotz Verfügung des Reichsministeriums des Innern, nach dem Kriege nicht entlassenen Hilfskraft beim Magistrat Aurich wegen der dringenden Notwendigkeit des Verdienstes, 1919; Beschwerde des B. Eckhoff wegen der Streichung von der

Liste der ständig Beschäftigten (die geförderte Anstellungszeit wurde wegen des 5jährigen Militärdienstes nicht erreicht), 1920.

353 Dep. 34 B Nr. 164

Gesuch des Otto Bubeck, Aurich, um Lohnerhöhung, da er durch den zwischenzeitlichen Dienst beim Militär keine Lohnerhöhung, wie die anderen Angestellten, erhalten hat, 1919; Wiederholte Gesuche um Eingruppierung nach dem preuß. Besoldungsge- setz, 1922–1930.

354 Dep. 34 B Nr. 165

Forderung des Betriebsrates an die Kreisausschussmitglieder nach Verbesserungen des vom Magistrat der Stadt Aurich vorgeschlagenen Tarifvertrages, 1920; Beschwerde des Zentralverbandes der Angestellten an den Magistrat über unregelmäßige Gehaltszahlungen bei den städtischen Angestellten trotz Tarifvertrag und Forderung einer Anpassung der Gehälter an die allgemeine Teuerung, 1922.

355 Dep. 34 B Nr. 147

Rep. 16/1 Nr. 3095
Antrag des Deutschen Beamtenbundes, Ortsgruppe Neermoor, auf Höhersetzung ihrer Teuerungsklasse wegen hoher Lebensmittelpreise aufgrund der Hamsterkäufe von Ruhrbewohnern, von Holländern und von Bewohnern Emdens und Leers, Juli 1921–Januar 1922.

356 Dep. 34 C Nr. 260

Rep. 16/1 Nr. 2186
Eingabe der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter beim Regie- rungspräsidenten wegen ihrer Nichtanerkennung durch den Landrat des Kreises Emden, August–September 1920.

357 Dep. 34 C Nr. 510

Rep. 16/1 Nr. 2686
Antrag des Beamtenkartells Norderney auf Teuerungszulage, Dezember 1922.

358 Dep. 34 C Nr. 239

Rep. 16/1 Nr. 1504
Kündigung von Angestellten der Torpedowerft Wilhelmshaven nach deren Übernahme durch „Deutsche Werke“, März 1920.

359 Rep. 151 Nr. 15

(1920–1924)
Antrag des Bezirksbetriebsratsausschusses des Wasserbauamtes Emden, an Kontrollkreis von Ministerialkommissaren auf den Baustellen des Wasserbauamtes innerhalb des Regierungsbezirkes Aurich teilzunehmen sowie Ablehnung dieses Antrages durch die Ministerien, 1921.

360 Dep. 60 Nr. 593 (1920–1928)
Bitte des Verbandes der Kommunalbeamten und -angestellten an den Magistrat der Stadt Norden, die neue Besoldungsordnung für die städtischen Beamten und Angestellten in der Stadt Norden wegen der Notlage der Beamten schnellstmöglich durchzusetzen, 1920.

361 Dep. 34 B Nr. 166 (1920–1930)
Durchsetzung der Besoldungsordnung für Gemeindebeamte und Dauerangestellte in der Stadt Aurich, 1920–1930.

362 Dep. 34 B Nr. 318 (1920–1947)
Anstellung des Polizeiwachtmeisters Kühn in Aurich durch das Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten, 1920.

363 Rep. 16/1 Nr. 2746 ((1921–1923)
Eingabe des Ortskartells des Deutschen Beamtenbundes beim Regierungspräsidenten wegen Höhersrufung der Ortsklasse von Wilhelmshaven wegen hoher Preise aufgrund der Werfindustrie, hoher Löhne und der abgelegenen geographischen Lage der Stadt Wilhelmshaven, Februar 1921.

364 Dep. 34 C Nr. 57 (1921–1952)
Notstandsbhilfen für Beamte und Angestellte in der Stadt Aurich, 1921–1932.

365 Rep. 16/1 Nr. 2172 (1923–1933)
Betriebsrat bei der Regierung in Aurich: Antrag des Betriebsrats auf Lieferung von Brenntorf für Beschäftigte der Regierung in Aurich, Juni 1923; Bitte des Betriebsrats der Regierung in Aurich beim Gewerkschaftsbund der Angestellten um Hilfe bei der Durchsetzung der Forderung nach Vorauszahlung des Gehalts wegen Inflation, August 1923; Mitteilung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten an Betriebsrat der Regierung in Aurich über Aktivitäten gegen die geplante Entlassung aller Verwaltungsanstellten, November 1923; Resolution des Betriebsrats der Regierung in Aurich gegen die Massenentlassung von Angestellten, November 1923; Bericht des Betriebsobmannes der Regierung Aurich über steigende Zahl von Überstunden als Folge des Personalabbaus, Juni 1926.

366 Dep. 34 B Nr. 169 (1924)
Verordnung über den Personalabbau: Klagen des Magistrats Weener über Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des geforderten Personalabbaus, 1924; Forderung des Preuß. Ministers des Innern an den Regierungspräsidenten nach Durchsetzung des Beschlusses

zum restlosen Abbau der vorübergehend Beschäftigten in den Kreisen (mit Liste der einzelnen Kreise), 1924.

367 Dep. 34 B Nr. 170 (1927–1932)
Verzeichnis der den Versorgungsanwärtern beim Magistrat Aurich vorbehalteten Stellen, 1924, 1930 und 1932.

368 Dep. 34 B Nr. 171 (1928–1932)
Gehaltskürzungen bei den städtischen Bediensteten in Aurich, gemäß Notverordnung vom 1. 12. 1930.

369 Dep. 34 B Nr. 173 (1929–1932)
Tarifvertrag der städtischen Arbeiter der Stadt Norden, 1929; Schreiben des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bremen, an den Magistrat von Aurich zum Abschluss eines Tarifvertrages für die dort beschäftigten städtischen Arbeiter und der Empfehlung, sich dem kommunalen Arbeitgeberverband anzuschließen, 1929; Sitzung des Schlichtungsausschusses Aurich: Einigungsvorschlag zwischen der Stadtgemeinde Aurich und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 1929; Erklärung des Magistrats von Aurich, dass er aus Gründen der Unübersichtlichkeit der weiteren Finanzlage der Gemeinden dem Arbeitgeberverband nicht beitreten wird, 1930; Tarifvertrag für die städtischen Arbeiter und Werkarbeiter zwischen der Stadt Aurich und dem Gesamtverband der Arbeitnehmer, Bremen, 1930; Forderung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer nach Lohnfortzahlung an Feiertagen, 1930; Forderung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer, die ungesetzliche, fristlose Kündigung zweier städtischer Arbeiter rückgängig zu machen (Arbeit der bisherigen städtischen Arbeiter wird jetzt von Wohlfahrtsempfängern geleistet), 1930; Klage dieser Arbeiter gegen die Stadt Aurich vor dem Arbeitsgericht, 1930; Abweisung der Klage durch das Arbeitsgericht Emden, 1930; Meldung des Magistrats von Aurich an das Arbeitsamt Emden über das Zuschütten des Alten Hafens von Aurich als Notstandsmaßnahme, 1930; Streitigkeiten zwischen Arbeitsamt Emden und der Stadt Aurich über die Entlohnung der Arbeiter, 1930.

370 Dep. 34 C Nr. 61 (1930–1944)
Durchführung der Anstellungegrundsätze und Stellenvorbehalt für Versorgungsanwärter: Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Niedersachsen an die Regierung in Aurich bzgl. der bevorzugten Unterbringung der ausscheidenden Wehrmacht-, Marine- und Schutzpolizeianghörigen und ebensolches Rundschreiben des Vorstandes des Hannoverschen Städtevereins, Jan. 1931; Verzeichnis der den Versorgungsanwärtern bei Gemeinden des Reg. Bezirks Aurich und bei der Ostfriesischen Landschaft vorbehalteten Beamten- und Angestelltenstellen, 1932.

2.1.2 Schlichtungsausschüsse und Arbeitsgerichte

- 375** Rep. 16/1 Nr. 1508 (1921–1922)
Bericht über betriebsbedingte Kündigungen und deswegen entstandener Streit zwischen Betriebsrat und Leitung des Bekleidungsgamtes in Wilhelmshaven, August 1921.
- 376** Rep. 16/3 Nr. 211 (1921–1930)
Bericht des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Emden, Gewerberat Bollmeyer, an den Regierungspräsidenten über Verleumdung durch den Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes, November 1921.
- 377** Rep. 16/1 Nr. 1509 (1922–1923)
Beantragung von Überstunden wegen der Spätaison und Arbeitskräftemangels durch die Ostfriesische Konservenfabrik, Bunde, und anderer Saisonbetriebe, 1922; Mitteilung über Lohnsätze für Bäckergesellen, Mai 1922; Einspruch des Arbeitgeberverbandes der niedersächsischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke gegen Lohnfestsetzung der Schlichtungssstellen, Juli 1922; Gehaltsstreit zwischen Magistrat der Stadt Aurich und seinen Angestellten und Ablehnung des Schlichtungsspruches durch den Zentralverband der Angestellten, Juli–September 1922; Überstundenregelung und -vergütung auf der Marinewerft Wilhelmshaven, Februar 1923; Entlassung von Arbeitern bei der Firma Halbach in Leer, März 1923.
- 378** Rep. 16/1 Nr. 2316 (1924–1927)
Sitzungsprotokolle der Einigungsstelle bei der Gemeinde Norderney über Lohn- und Kündigungstreitigkeiten, Mai–August 1924; Eingabe des Gewerkschaftssekretärs Ox beim Bürgermeister von Norderney gegen Arbeitsverträge mit Rechtswegsausschlussklauseln, Juli 1924; Eingabe des Vorsitzenden des Schiedsgerichts (Einigungsselle) auf Norderney beim Regierungspräsidenten wegen notwendiger Errichtung eines Gewerbe-gerichts auf Norderney; Lahmlegung des Schiedsgerichts durch viele Klagen und Obstruktion der Arbeitgeber der klagenden Gastronomieangestellten, September 1925.
- 379** Rep. 16/1 Nr. 4467 (1931–1937)
Ausschuss zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten im Regierungsbezirk Aurich: Mitteilungen des Schlichters für den Schlichterbezirk Niedersachsen: Statistische Übersicht über geregelte Tarifstreitigkeiten, Februar 1931; Schiedsspruch im Lohnstreit zwischen der Werft Schulte und Bruns in Emden und dem Deutschen Metallarbeiterverband, März 1931; Schiedsspruch über Lohnsenkung für Maschinisten und Heizer bei der Überlandzentrale Wiesmoor sowie zwischen den Wilhelmshavener und Rüstringer Verkehrsunternehmen und deren Beschäftigten, April 1931; Spruch des Sonderschlichters über Lohnsenkungen auf der Marinewerft Wilhelmshaven, Juni 1931.
- 371** Rep. 16/1 Nr. 1500 (1919)
Beschwerde der Angestellten der Nordseewerke gegen Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses Emden wegen Befangenheit einiger Mitglieder, Juli–August 1919; Beschwerde des Elektrizitätswerks Wiesmoor gegen Schlichtungsausschuss im Lohnstreit mit den Torfarbeitern des Unternehmens, Juli 1919.
- 372** Rep. 16/1 Nr. 1500 (1919)
Streit zwischen Belegschaft und Firmenleitung der Baumschule Hesse in Weener vor dem Schlichtungsausschuss Emden wegen Entlassung eines Arbeiters, Juni 1919; Beschwerde der Angestellten der Nordseewerke gegen Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses Emden wegen Befangenheit einiger Mitglieder, Juli–August 1919; Beschwerde des Elektrizitätswerks Wiesmoor gegen Schlichtungsausschuss im Lohnstreit mit den Torfarbeitern des Unternehmens, Juli 1919.
- 373** Rep. 16/1 Nr. 1503 (1919–1920)
Bericht über Lohnstreit zwischen Licht- und Kraftwerk Emden und seinen Arbeitern, März 1920; Bericht über Bekämpfung des Missbrauchs der Arbeitslosenhilfe durch zweimalige Registrierung (Stempeln) an einem Tag, April 1920.
- 374** Rep. 16/1 Nr. 1506 (1921)
Tarifvertrag über Löhne für angelernte Arbeiter in Emden, April 1921; Beschwerde des Betriebsrats der Nordseewerke gegen Entlassung von sieben Arbeitern, April 1921; Beschwerde gegen die Versetzung überwiegend gewerkschaftlich organisierter Feuerwehrleute von der Marinewerft Wilhelmshaven, April 1921; Arbeitszeittarifvertrag für Landarbeiter in den Kreisen Emden, Norden und Weener, März 1921; Beschwerde des Fürrsten von Kryphausen gegen Schlichtungsspruch über Arbeiterlöhne, April 1921; Spruch des Schlichtungsausschusses wegen Lohnfestsetzung für Landarbeiter im Bereich Dörnum und den Kreisen Emden und Weener, Mai 1921; Beschwerde der Nordseewerke gegen die Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses Emden, Juni 1921; Tarifvertragsverhandlungen der Maschinendrescherarbeiter, Juli 1921; Arbeitslöhne in der Ziegelfabri, der Landwirtschaft und der Torfgräberei in Neuschoo, Juli 1921; Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaftskartell Aurich und Magistrat wegen angeblicher Untätigkeit des Magistratsbeiräts der Arbeitslosigkeit, Juni–Juli 1921; Arbeitszettel und Lohnarbeitsvertrag für landwirtschaftliche Dienstboten im Kreis Wittmund und Verweigerung der Anerkennung durch die Arbeitgeber, Mai–Juli 1921; Nachweis der Beschäftigung Schwerbehinderter in den Landkreisen des Regierungsbezirks Aurich, November 1920–Juli 1921; Lohnforderungen der Arbeiter bei der Leybuchtbiedeichung, August 1921; Denkschriften zur Reform des Schlichtungswesens, Juli–August 1921.

2.1.3 Arbeitszeitregelungen und Arbeitsschutzbestimmungen

- 380** Rep. 32 Nr. 680 (1893–1925) Verfügung des Regierungspräsidenten über die Verlängerung der Arbeitszeit in den Ziegeleien von acht auf zehn Stunden in der Zeit von April bis September; April 1921–September 1925; Anordnung des Gewerberats Bollmeyer über Kontrolle der Ziegeleien wegen Verstößen gegen die Arbeitszeitbestimmung für Brenner von acht Stunden pro Tag; Juni 1921.
- 381** Rep. 16/1 Nr. 2409 (1910–1921) Gutachten der Handwerkskammer Aurich über Arbeitszeitgesetz: Menschliche Produktivität wichtiger als Arbeitszeit, gegen eine generelle Arbeitszeitregelung für alle Branchen, Oktober 1921; Gutachten des Gewerbeaufsichtsamtes Emden über Auswirkungen der geplanten Arbeitszeitregelung auf Fischerei und Werftindustrie, September 1921.
- 382** Rep. 56 Nr. 79 (1910–1937) Zeitungsartikel in der „Rhein-Ems-Zeitung“ über Arbeitszeiten von 12 bis 14 Stunden für Lehrlinge der Grob- und Hufschmiede im Landkreis Emden, Juli 1919; Auflistung von Betrieben im Regierungsbezirk Aurich, in denen eine Arbeitnehmervertretung eingerichtet wird, Febr. 1920; Arbeitsordnung zwischen der Emdener Verkehrsgesellschaft AG und dem Arbeiterrat, 1920; Weigerung der Firma „Schulte und Bruns“, Emden, einen Betriebsrat zu errichten, 1920.
- 383** Rep. 16/1 Nr. 1501 (1919) Antrag des Bürgermeisters Jann Berghaus auf Verkürzung der Arbeitszeit auf Norderney zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Oktober 1919.
- 384** Rep. 56 Nr. 78 (1919–1935) Beschwerde des Kaufmännischen Vereins, Bezirk Emden, an den Regierungspräsidenten in Aurich, über die Weigerung einiger Reedereien in Emden, Angestelltenten Ausschüsse zu bilden und damit eine Interessenvertretung der Kapitäne zu verhindern, 1919; Überschreiten von tariflichen Arbeitszeiten im Firmenhaus „Hansa“ in Emden, 1920; Zusammenstellung des Gewerbeaufsichtsamtes in Emden, über die im Regierungsbezirk Aurich beschäftigten Angestellten nach der Art ihrer Beschäftigung und Organisationszugehörigkeit, 1922; Bericht des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Berlin, an den Regierungspräsidenten in Aurich, über die Missstände im Arbeitnehmerschutz auf den ostfriesischen Inseln, 1925.
- 385** Rep. 16/1 Nr. 1505 (1920) Tarifvertrag zwischen Landarbeiterverband und Arbeitgeberverband Dornum, April
- 386** Rep. 16/3 Nr. 172 (1931–1932) Bericht über die Forderung der Arbeiter in Königsmoor hinsichtlich der Arbeitszeit; Verbot von Überstunden zur Schaffung von Arbeitsplätzen, 1931; Bericht des Moorvergnen Rochler über Arbeitszeitregelung und über Drohungen des Gewerkschaftssekretärs Peter Janssen gegen ihn, 1931.
- 387** Rep. 16/3 Nr. 212 (1914–1930) Bericht des Mooradiministrators Schweizer über notwendige Annahme der Lohnforderungen der im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Arbeiter, Januar 1919; Bericht des Geheimrats v. Rose über außerordentliche Beschäftigung von Arbeitern bei der Moorverwaltung zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit, Zustrom entlassener Werftarbeiter aus Wilhelmshaven und Lohnforderungen auf Basis der von der Elektrischen Zentrale in Wiesmoor gezahlten Löhne, Januar 1919; Androhung der Arbeitseinstellung in Wiesmoor durch den Schriftführer des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Hermann Kolschen, beim Regierungspräsidenten nach Ablehnung des vom Verband vorgelegten Tauffvertrages, Dezember 1918; Protokoll der Besprechung des Arbeiterausschusses im fiskalischen Moorbetrieb mit dem Geheimrat v. Rose und dem Mooradiministrator Schweizer über ultimative Lohnfordernungen der Arbeiter, Januar 1919; Gesuch des J. Oldenburger, Nendorf, beim Arbeiterrat Walle um Hilfe zur Durchsetzung eines höheren Lohnes wegen anderweitiger Gefährdung des durchgesetzten Arbeitstundentages, Januar 1919; Forderung des Arbeiterausschusses der fiskalischen Betriebe zu Wiesmoor bei der Regierung nach Einstellung der Vergünstigungen für einen bei den Arbeitern verhassten, entlassenen Aufseher und der Entlassung von polnischen Arbeitern und Strafgefangenenarbeitern, Februar 1919; Forderung des Vorstands des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Willmsfeld, bei der Mooradministration nach Gleichbehandlung der Arbeiter auf dem Abeltzmoor im Gehaltsstair mit den Arbeitern in Wiesmoor, März 1919.
- 388** Rep. 16/3 Nr. 88 (1916–1919) Anordnung des Regierungspräsidenten über das Verbot der Beschäftigung von Arbeitern durch Meliorationsbauämter im Falle der Steigerung von Löhnen in der privaten Landwirtschaft, September 1919.
- 389** Rep. 109 A Nr. 270 (1883–1921) Verfügung des Landrats des Kreises Emden über Möglichkeit zur Verpflichtung von Männern im Alter von 17–80 Jahren zu Norstrandarbeiten in der Landwirtschaft als

lebenswichtigem Wirtschaftszweig nach der Verordnung des Reichspräsidenten über Verhängung des Ausnahmezustands in den Regierungsbezirken Osnabrück und Aurich, März 1920; Artikel im „Vorwärts“ über Freispruch von 18 Emder Landarbeitern von der Anklage des „nicht rechtsgültigen Verlassens des Dienstes“ vor dem Schöffengericht Emden, Dezember 1920.

390

Rep. 16/1 Nr. 1502

Fehlende oder sich für Tarifverhandlungen nicht zuständig erklärende landwirtschaftliche Arbeitgeberorganisationen im Kreis Norden, 1920; Schlichtungsspruch über Löhne für landwirtschaftliche Dienstboten im Kreis Weener, Januar 1920.

391

Rep. 16/1 Nr. 1503

Bericht des Landarbeiterverbandes über Unterbezahlung der Landarbeiter in Teilen Ostfrieslands und die Regelung der Lohnfrage durch verbindliche Tarifverträge, Februar 1920; Mitteilung der Regelung der Löhne für Landarbeiter im Kreis Wittmund und Ablehnung eines Flächenvertrags durch die Landwirte, März–April 1920; Eingabe des Landarbeiterverbandes für die Beschäftigung von Dreschern beim Deichbau an der Leybucht nach Saisonende, Februar 1920.

392

Rep. 16/1 Nr. 1504

Nachweisung über Tarifverträge und landwirtschaftliche Arbeitgeberorganisationen in den Kreisen des Regierungsbezirks Aurich, Mai 1920; Spruch des Schlichtungsausschusses Emden über Lohntarife für Landarbeiter in den Kreisen Emden, Weener und im Bereich der Arbeitgeberorganisation Dornum, März–Juni 1920; Schadensersatzantrag des Verlegers des „Wilhelmshavener Tageblatts“, Th. Süß, wegen Erscheinungsverbots und erzwungenen Zeitungsdrucks durch den Präsidenten Kuhnt, März 1920; Kündigung von Angestellten der Torpedowerft Wilhelmshaven nach deren Übernahme durch „Deutsche Werke“, März 1920; Bericht des Pastors Dr. Nordbeck über wachsende Unruhe unter den Landarbeitern in Ditzumerverlatat infolge steigender Lebensmittelpreise, Juni 1920.

393

Rep. 16/1 Nr. 1507

Kündigung von Drescharbeitern aus dem Kreis Norden während ihres Einsatzes im Kreis Emden und ihr Ersatz durch dortige Arbeitslose sowie Auflenkung der Kündigungsverordnung durch den Regierungspräsidenten, Dezember 1920–März 1921; Mitteilung der Lohntarife der Arbeitgeber, Gegen tarife des Landarbeiterverbandes für landwirtschaftliche Dienstboten, Kreis Norden, und des Spruchs des Schlichtungsausschusses, Februar–Mai 1921; Anwerbung von Streikbrechern durch Bauern im Kreis Weener, März 1921; Presseberichte über schlechte Bezahlung der Landarbeiter in der Krummhörn, März–April 1921.

394

Rep. 16/1 Nr. 1508

Nachweisung über den wöchentlichen Verdienst der Forstarbeiter bei der Fürstlich von Inn- und Knyphausenschen Forstverwaltung, März 1922.

395

Rep. 16/1 Nr. 1509

Tarifvertrag über Arbeitszeit und Lohn und Schlichtungsverfahren zwischen dem deutschen Landarbeiterverband und dem landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband Krummhörn, 1923; Bericht über Lohnkostenbelastung der Dreschmaschinenbetriebe, Februar 1923; Berichte über Lohnstreit zwischen Dreschern und Bauern, September–November 1922; Anordnung über Arbeitszeitregelung für kleine Mühlen auf Basis des 10-Stunden-Tages, 1922; Tarifvertrag zwischen Deutschem Landarbeiterverband und Landwirtschaftlichem Arbeitgeberverband Weener, November–Dezember 1922; Vereinbarung über Arbeitszeitregelung für Gärtner und Forstarbeiter, 1922.

396

Rep. 32 Nr. 1593

Verfügung des Regierungspräsidenten über zulässige Mehrarbeitszeit in Molkereien, Juli 1922; Bescheid des Regierungspräsidenten an den Landwirtschaftlichen Hauptverein für Ostfriesland in Norden über zulässige Arbeitszeit von elf Stunden für Drehscharbeiter während der Saison, September 1929/1931; Bekanntmachung über die saisonal zulässige Mehrarbeitszeit in von der Landwirtschaft abhängigen Handwerkszweigen (Schmiede, Stellmacher), Mai 1931.

397

Rep. 16/3 Nr. 215

Bericht des Mooradministrators Schweizer über höhere Stundentlöhne der Arbeiter der Moorverwaltung gegenüber denen der Siemens Elektrischen Betriebe und der Ackerbaugesellschaft und fehlende Sozialzuschläge der Privatfirmen, Mai 1925; Eingabe des Deutschen Landarbeiterverbandes bei der staatlichen Mooradministration in Aurich über Änderungsanträge zum Tarifvertrag hinsichtlich Verkürzung der Winterarbeitszeit, Frühstückspausenregelung, freier halber Tag vor Feiertagen und Akkordentlohnung, Mai 1926; Klageantrag des Rechtsvertreters der gekündigten Arbeiter Christoph Bode und Gerhard Helmets aus Logabirumerfeld, A. Büttena, beim Arbeitsgericht Emden gegen die staatliche Mooradministration wegen Ungesetzlichkeit der Kündigung der von ihm vertretenen Arbeiter wegen deren Mitgliedschaft im Betriebsrat, Februar 1928; Erlass des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Entlassung von Arbeitern wegen Einschränkung der Kultivierungen aufgrund der angespannten Haushaltslage, August 1929.

2.2 Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung

2.2.1 Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenvermittlung

- 398** Dep. 34 C Nr. 778 (1900–1965) Nachweisung der reichsbeihilfebedürftigen Gemeinden im Regierungsbezirk Aurich, Januar–Mai 1919; Nachweisungen über verausgabte Gelder für Erwerbslosenfürsorge aus einzelnen Gemeinden des Regierungsbezirks Aurich, Dezember 1918, Februar–Mai 1919.
- 399** Rep. 16/1 Nr. 1514 (1918–1919) Nachweisung der reichsbeihilfebedürftigen Gemeinden im Regierungsbezirk Aurich, Januar–Mai 1919; Nachweisungen über verausgabte Gelder für Erwerbslosenfürsorge aus einzelnen Gemeinden des Regierungsbezirks Aurich, Dezember 1918, Februar–Mai 1919.
- 400** Rep. 16/1 Nr. 1500 (1919) Einstellung von Arbeitern zu Norstandsarbeiten in Norden zur Vermeidung von Arbeitskräfteengpässen in der Landwirtschaft sowie Anwerbung zur Bergbauarbeit, Juni 1919; Mitteilung über Zuschüsse für Norstandsarbeiten in den Kreisen Leer, Norden, Weener, Wittmund und der Stadt Wilhelmshaven sowie die Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt, August 1919.
- 401** Rep. 16/1 Nr. 1501 (1919) Nachweisung über vermittelte Arbeitssuchende im Kreis Leer, September 1919; Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsleben, August 1919; Geplante Norstandsarbeiten im Kreis Aurich, September 1919; Beschwerden von Angestellten der Marinewerft Wilhelmshaven gegen ihre Entlassung wegen Körperbehinderung oder besonderer sozialer Härte, Oktober 1919; Listen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmnerorganisationen in Kreisen und Städten des Regierungsbezirks Aurich, Oktober 1919.
- 402** Rep. 16/1 Nr. 1500 (1919) Nachweisung von im Kreis Norden beschäftigten polnischen Zivilarbeitern, Juni 1919; Arbeitskräfteüberschuss im Kreis Weener wegen mangelnder auswärtiger Nachfrage, Juli 1919.
- 403** Rep. 16/1 Nr. 1502 (1919–1920) Stilllegung der Schokoladenfabrik T. G. Heddinga, Norden, wegen Zuckermangels und Unterstützung der betroffenen Arbeiter, November 1919; Beschwerden von Angestellten der Reichswerft und der Reichsmarine in Wilhelmshaven gegen ihre Entlassung, November–Dezember 1919; Verordnung zur Freimachung von Arbeitsstellen durch Rückführung der Stelleninhaber in die 1914 bestandenen beruflichen oder gewerblichen
- 404** Rep. 16/1 Nr. 1510 (1919–1924) Meldungen über Erwerbslosigkeit in den Landkreisen des Regierungsbezirks Aurich, Oktober–Dezember 1919, Januar–November 1920; Halbmonatsberichte über Erwerbslosigkeit im Regierungsbezirk Aurich, März–Dezember 1920, Wöchentliche Mitteilungen über Erwerbslosigkeit im Regierungsbezirk Aurich, Juni, Juli, September 1924.
- 405** Rep. 36 Nr. 579 (1919–1926) Bericht des Gemeindevorstands auf Norderney über Beschluss der Übernahme des durch den Arbeiter- und Soldatenrat gegründeten Arbeitsnachweises durch die Gemeinde, Juli 1919.
- 406** Rep. 16/1 Nr. 1505 (1920) Beschwerde des Betriebsrats der Reichsvermögensstelle „Fortifikation“, Wilhelmshaven, wegen Entlassung von Angestellten, August–September 1920; Anordnung zur Entlassung von Landarbeitern aus der Industrie und ihr Ersatz durch verheiratete Arbeitslose sowie die Ersetzung weiblicher Bergbauarbeiter, 1920; Eingabe des Industriebüros der Stadt Wilhelmshaven für Belassung von Abwrackaufträgen bei der Abwrackwerft Wilhelmshaven zum Erhalt von Arbeitsplätzen, August 1920; Mitzelung über das Industriebüro der Stadt Wilhelmshaven als Koordinierungsstelle und als Ansprechpartner für Wirtschaftsförderung, August 1920; Protest der Marinewerft Wilhelmshaven gegen eine vom Demobilisierungsausschuss Wilhelmshaven–Rüstungen vorgeschlagene Entlassung auswärtiger Arbeiter, August 1920; Mitzelung über Arbeitslosigkeit im Kreis Norden, 1919–1920; Beschwerde der Anna Mehldau, Wilhelmshaven, gegen ihre Entlassung aus der Stadtverwaltung mit dem Argument der Gleichtberechtigung mit nicht entlassenen männlichen unverheirateten Kollegen, August 1920; Bericht über Demonstration Arbeitsloser auf Norderney für Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenunterstützung in Höhe des Existenzminimums, November 1920; Bericht über Demonstration Arbeitsloser auf Norderney für Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenunterstützung durch Streik arbeitslos gewordener Hilfsarbeiter, 1920.
- 407** Rep. 16/1 Nr. 1507 (1920–1921) Denkschrift zum Bau eines Kanals von Abelitz bis Bensersiel, Kultivierung der durchquerten Moorfächen als Arbeitsbeschaffung, November 1921; Bericht über Entlassung von Angestellten der Heeresabwicklungsstelle Aurich, Juni–August 1920; Bericht über Zuwanderungen in den Landkreisen des Regierungsbezirks als Folge der Entlassungen auf der Reichswerft Wilhelmshaven und der Rüstungsindustrie wegen Heeresverminde rung und Abbau der Militärverwaltung, Januar 1921.

408
Rep. 16/1 Nr. 1511
Nachweisungen über Erwerbslosigkeit in den Landkreisen des Regierungsbezirks Aurich, Dezember 1920–Juni 1924.

409

Rep. 16/1 Nr. 1522
Eingabe des Ortskarells Aurich des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen den Einsatz von Strafgefangenen zu Meliorationsarbeiten bei hoher Arbeitslosigkeit, März 1923; Nachweisungen über an einzelne Gemeinden des Regierungsbezirks Aurich verteilte Mittel für die Erwerbslosenfürsorge, März–August 1923; Nachweisungen leistungsschwacher Gemeinden wegen der Landeshilfe für Erwerbslosenfürsorge, Dezember 1922–August 1923; Bericht des Magistrats der Stadt Wilhelmshaven über die Forderung einer Erwerbslosenversammlung nach einer nach dem Vorbild der Stadt Rüstringen erhöhten Kinderzulage für Arbeitslose, April 1923; Antrag Wilhelmshavener Arbeitsloser auf Genehmigung der Teilnahme an Norstandsarbeiten im Freistaat Oldenburg, April 1923; Anträge der Stadt Emden auf Gewährung von Mitteln aus der Rhein-Ruhr-Hilfe zur Lohnsubventionierung der Werften zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, April 1923; Bericht des Magistrats der Stadt Emden über Papenburg Schifffabriken auf Emden Werften und über Anfragen wegen Arbeitsaufnahme für die französische Besatzungsmacht im Ruhrgebiet, Mai 1923; Artikel der „Ostfriesischen Volkszeitung“ über Kurzarbeit und Entlassungen sowie drohende Unruhen in Emden, August 1923; Antrag der Gemeinde Norderney zur Aufnahme der Deicharbeit auf der Grode zur Vermeidung wachsender Arbeitslosigkeit, August 1923; Demonstration Erwerbsloser in Rüstringen und drohende Unruhen bei Marinewerftabbau, 1923; Bericht des Landesarbeitsamts Niedersachsen über sich verschlechternde Arbeitsmarktlage im Regierungsbezirk Aurich, September 1923.

410

Rep. 32 Nr. 1977
Bericht der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen an die Wohlfahrsämter der Provinz Hannover über Gewährung von Existenzgründungskrediten an ältere erwerbslose Angestellte, April 1926; Schreiben des Landrats des Kreises Leer an das Arbeitsamt Emden über Beschwerde der Gemeinden Neermoor, Warringsfehn und Veenhusen wegen Nichtberücksichtigung von Arbeitslosen der Gemeinden bei Einstellungen in Emden, Juni 1932; Bericht des Kreiswohlfahrtsamts in Leer an das Arbeitsamt Emden über Anrechnung von Einkommen aus der Bodenbewirtschaftung (Freibeträge) auf die Krisenunterstützung für Arbeitslose, Juli 1932; Erlass des kommissarischen Preußischen Innenministers über Streuung der Stempel- und Kontrolltage zur Vermeidung massenhafter Ansammlungen von Arbeitslosen als Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch politische Agitationen, Dezember 1932.

411

Rep. 16/1 Nr. 38
Antrag der Gemeinde Juist auf Krisenfürsorge für die Erwerbslosen der Insel ohne Anwartschaft auf Leistungen, 1930; Schrift zur Betreuung jugendlicher Arbeitsloser durch

die Reichszentrale für den Heimatdienst, 1931; Denkschrift des deutschen Landkreistages zur Reform der Arbeitslosenversicherung durch Verbesserung der Arbeitsvermittlung und Unterstützung der Arbeitslosen durch das Reich, 1931; Denkschrift zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch den Bau ländlicher Siedlungen und die Gründung kleinbäuerlicher Betriebe, 1932.

412

(1929–1945)
Dep. 34 C Nr. 124
Bewerbungen um Polizeibeamtenstellen bei der Stadt Aurich: Bewerbungen von Versorgungsanwärtern, 1929; Beschwerde des Polizeipräsidenten in Potsdam an den Regierungspräsidenten in Aurich über den Magistrat in Aurich wegen Verschleppung der Anstellung eines dieser Anwärter, 1930.

413

(1930–1938)
Rep. 32 Nr. 1978
Protokoll der Sitzung des Arbeitsamtsverwaltungsausschusses in Leer über den Antrag auf Wiederzulassung der Landarbeiter zur Krisenunterstützung, März 1932.

414

(1931–1957)
Dep. 34 C Nr. 734
Ablehnung des Gesuches des arbeitslosen Matrosen Christoph Kruse zum Betreiben einer Teebude in Aurich, 1932.

415

(1932–1952)
Rep. 32 Nr. 2109
Statistischer Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes in Niedersachsen vom 1.–15. Februar 1932; Konjunkturleile Ursachen der auf hohem Niveau stagnierenden Arbeitslosigkeit, Februar 1932.

2.2.2 Arbeitsbeschaffung und Freiwilliger Arbeitsdienst

416

(1914–1964)
Dep. 34 C Nr. 324
Bitte des Pastors Knoop an den Magistrat in Aurich, die Anlage des neuen Friedhofes im Herbst zu beginnen, um Saisonarbeitslosen einen Erwerb zu sichern, 1926.

417

(1931–1952)
Dep. 34 C Nr. 954
Vertrag zwischen dem Ingenieur Bohlmann, Oldenburg, und der Grundstückseigentümergemeinschaft Tannenhäusen, in der Gemarkung Tannenhäusen Erdöl fördern zu können, mit der Auflage, die dazu notwendigen Arbeiter von dort zu berücksichtigen, 1931.

418

(1932–1933)
Dep. 34 C Nr. 229
Zeitungsartikel zur Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, 1932.

- 419** Dep. 34 C Nr. 685
Vorschlag der Zuschüttung des Lindengrabens in Aurich durch den Freiwilligen Arbeitsdienst, 1932. (1932–1935)
- 420** Dep. 34 C Nr. 669
Angebot der Francke-Werke AG, Bremen, zur Vervollständigung der Kanalisation aufgrund der derzeitigen niedrigen Arbeitslöhne und Materialpreise, 1932.
- 421** Rep. 21c Nr. 689
Unterbringung und Beschäftigung von Kriegsgefangenen und Arbeitslosen in den Mooren: Erlass des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Forsten und Domänen über die Schaffung von Arbeit für 6 000 Arbeiter (Demobilisierte) in den fiskalischen Mooren, November 1918; Bericht des Geheimen Regierungsrats Dr. von Rose über zum Ersatz von Kriegsgefangenen benötigte Arbeiter zur Fertigstellung des Hauptkanals bei Nordgeorgsfehn, Unterbringung der Arbeiter in Kriegsgefangenenlagern, Einsatz von Strafgefangenen im Moor und Vorum für Mooreinsatz von bisher in den Industrie beschäftigten Strafgefangenen, November 1918; Bericht des Regierungspräsidenten über den Beginn von Verfehnungsarbeiten im Kollrunner und Stapeler Moor, Unterbringung der Arbeiter und über ausreichendes Arbeiterangebot nach Zuwanderung von den Werften in Wilhelmshaven sowie benötigte Geldmittel zur Entlohnung der Arbeiter, Dezember 1918; Erlass des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Vorbereitung von Maßnahmen zur Anwerbung freier Arbeiter und Herrichtung verlassener Kriegsgefangenenlager zu deren Unterbringung, Dezember 1918; Bericht des Landrats des Kreises Aurich über den Vorschlag des Arbeiter- und Soldatenrates betreffend der Beschäftigung entlassener Sicherheitskräfte und sonstiger Arbeitsloser im Abelitzmoor, Januar 1919; Bericht des Landrats des Kreises Aurich über geplante Notstandsarbeiten des Kreises, der Eisenbahnverwaltung und der Entwässerungsverbände sowie Anfrage nach geplanten Vorhaben der Domänenverwaltung, September 1919;
- 422** Rep. 16/3 Nr. 210
Bericht des Kulturbauamtes über Arbeiterbedarf für den dringenden Ausbau eines Vorfluters und von Entwässerungsgräben im Stapeler Moor und bisherg. Nichtförderung durch die produktive Erwerbslosenfürsorge sowie Bitte um Erlaubnis zur Einstellung freier Arbeiter, Februar 1923; Erlass des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Beschäftigung Erwerbsloser bei Landgewinnungs- und Moor- kultivierungsarbeiten, Juni 1923; Bericht des Mooradministrators Schweizer über man- gelnde Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwerbslose bei der Moorkultivierung im Win- ter, Juli 1923; Vorgeschlagene Projekte für Notstandsarbeiten im Moor, Dezember 1923; Prüfung der Ansiedlungsmöglichkeit von Erwerbslosen im kultivierten Moor, März 1924.
- 423** Rep. 32 Nr. 170
Bericht des Arbeiter- und Soldatenrates Leer über Notwendigkeit der Instandsetzung eines Weges in Filsum auch im Hinblick auf Arbeitsbeschaffung, Dezember 1918.
- 424** Rep. 21c Nr. 1380
Reisebericht des Geheimen Regierungsrat Dr. Kurz über die an der Leybucht und vor dem Dornumer Vorwerksheller geplanten Bedeichungsarbeiten: Vorschläge des Arbei- ter- und Bauernrats des Kreises Norden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Juni 1919.
- 425** Rep. 16/1 Nr. 4535
Bitt des Magistrats der Stadt Norden beim Regierungspräsidenten um Einwirkung auf die Eisenbahndirektion Münster zur Beschleunigung des Baus eines zweiten Gleises von Emden nach Norddeich zur Beschäftigung der durch die Einstellung von Deicharbeiten vor Neßmersiel arbeitslos gewordenen Arbeiter wegen der Gefahr von Arbeitslosen- monstration, Juli 1919; Bericht des Ländlichen Hauptarbeitsnachweises für Ostfriesland an die Bahnmeisterei in Norden über 1 000 freigesetzte Arbeiter nach dem Ende der Landgewinnungsarbeiten an der Leybucht und bei Neßmersiel, Juli 1919; Schreiben des Bürgermeisters in Norden, Dr. Schöneberg, an die Reichsbahndirektion in Münster über Dringlichkeit des Baus des zweiten Gleises von Emden nach Norddeich zur Ar- beitsbeschaffung angesichts einer Vereinbarung der Reichsbahn mit der Reichsregierung über Vorbereitung von Eisenbahuprojekten zur Einstellung von 120 000 Arbeitern, Juni 1931; Bericht der „Rhein-Ems-Zeitung“ über Vorarbeiten zum Bau des zweiten Gleises von Emden nach Norddeich durch den Freiwilligen Arbeitsdienst unter Trägerschaft der Stadt Norden, Mai 1932.

genenarbeiter, Juli 1921; Verfügung des Regierungspräsidenten über Schaffung von Winterarbeit im Moor durch das Kulturbauamt, November 1922.

- 422** Rep. 16/3 Nr. 210
Bericht des Kulturbauamtes über Arbeiterbedarf für den dringenden Ausbau eines Vorfluters und von Entwässerungsgräben im Stapeler Moor und bisherg. Nichtförderung durch die produktive Erwerbslosenfürsorge sowie Bitte um Erlaubnis zur Einstellung freier Arbeiter, Februar 1923; Erlass des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Do- mänen und Forsten über Beschäftigung Erwerbsloser bei Landgewinnungs- und Moor- kultivierungsarbeiten, Juni 1923; Bericht des Mooradministrators Schweizer über man- gelnde Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwerbslose bei der Moorkultivierung im Win- ter, Juli 1923; Vorgeschlagene Projekte für Notstandsarbeiten im Moor, Dezember 1923; Prüfung der Ansiedlungsmöglichkeit von Erwerbslosen im kultivierten Moor, März 1924.
- 423** Rep. 32 Nr. 170
Bericht des Arbeiter- und Soldatenrates Leer über Notwendigkeit der Instandsetzung eines Weges in Filsum auch im Hinblick auf Arbeitsbeschaffung, Dezember 1918.
- 424** Rep. 21c Nr. 1380
Reisebericht des Geheimen Regierungsrat Dr. Kurz über die an der Leybucht und vor dem Dornumer Vorwerksheller geplanten Bedeichungsarbeiten: Vorschläge des Arbei- ter- und Bauernrats des Kreises Norden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Juni 1919.
- 425** Rep. 16/1 Nr. 4535
Bitt des Magistrats der Stadt Norden beim Regierungspräsidenten um Einwirkung auf die Eisenbahndirektion Münster zur Beschleunigung des Baus eines zweiten Gleises von Emden nach Norddeich zur Beschäftigung der durch die Einstellung von Deicharbeiten vor Neßmersiel arbeitslos gewordenen Arbeiter wegen der Gefahr von Arbeitslosen- monstration, Juli 1919; Bericht des Ländlichen Hauptarbeitsnachweises für Ostfriesland an die Bahnmeisterei in Norden über 1 000 freigesetzte Arbeiter nach dem Ende der Landgewinnungsarbeiten an der Leybucht und bei Neßmersiel, Juli 1919; Schreiben des Bürgermeisters in Norden, Dr. Schöneberg, an die Reichsbahndirektion in Münster über Dringlichkeit des Baus des zweiten Gleises von Emden nach Norddeich zur Ar- beitsbeschaffung angesichts einer Vereinbarung der Reichsbahn mit der Reichsregierung über Vorbereitung von Eisenbahuprojekten zur Einstellung von 120 000 Arbeitern, Juni 1931; Bericht der „Rhein-Ems-Zeitung“ über Vorarbeiten zum Bau des zweiten Gleises von Emden nach Norddeich durch den Freiwilligen Arbeitsdienst unter Trägerschaft der Stadt Norden, Mai 1932.

- 426** Rep. 16/1 Nr. 1505 (1920) Anordnung der Enteignung von Land zum Bau des Hochspannungsnetzes im Kreis Emden als Arbeitsbeschaffung, September–Oktober 1920.
- 427** Rep. 28 Nr. 3583 (1914–1921) Norwendigkeit der Deicherhöhung bei Oldersum zur Arbeitsbeschaffung, Dezember 1920.
- 428** Rep. 36 Nr. 328 (1860–1951) Angeblicher Einfluss des Vorstehers der Gemeinde Ostreed, Andreas Ippen auf die Vermitzung von Erwerbslosen zum Deichbau an der Leybucht, April 1928; Flugblatt verschiedener Gemeindebürgler: „Aus der Gemeinde Ostreed“, Fragen zur Etatkrisse, ca. 1929.
- 429** Rep. 36 Nr. 343 (1893–1953) Verfügung des Landrats des Kreises Norden über Angabepflicht der Gemeinde über in der Landwirtschaft arbeitsfähige Jugendliche auf Anfrage des Arbeitsamts, April 1931; Bericht des Gemeindevorstehers Swyter über Verweigerung der vom Arbeitsamt angestrebten Rolle eines Gesindemärklers, Undurchführbarkeit der verfügbaren Erfassung wegen Verweigerung der Angaben durch die Bewohner, Verweigerung der Landarbeit durch die Jugendlichen, April 1931.
- 430** Rep. 32 Nr. 1985 (1932–1956) Leitsätze des Verbandes preußischer Landgemeinden für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Behebung der Arbeitslosigkeit: Arbeitsbeschaffungsprogramme zur Entlastung der kommunalen Haushalte, Maßnahmen im Rahmen der Kulturschließung, Verkehrsbau, Industrieanbindung und Finanzierung auf Basis zinsloser Darlehen, September 1932; Denkschrift der Reichszentrale für Heimatdienst über Arbeitsbeschaffung: Arbeitslosigkeit als Folge der Weltwirtschaftskrise, der demographischen Sonderentwicklung in Deutschland (hohe Geburtenziffer vor 1914), als Folge der Gebietsabtretungen und der Abrüstung (Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht) gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, Notwendigkeit staatlicher Eingriffe zur Arbeitsbeschaffung, Kreditprogramm zur Arbeitsschaffung, Januar 1933; Rundschreiben des deutschen und des preußischen Landkreistages über Kreditprogramm für Arbeitsbeschaffung im Straßenbau, Juli 1932; Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über Verteilungskriterien für die Mittel des Straßenbaukreditprogramms an die Kreise auf Basis der vorhandenen Wohlfahrtsverbünden und der Verkehrsfeuerquenz auf den Durchgangsstraßen, Juli 1932.
- 431** Rep. 32 Nr. 1986 (1926–1936) Presseartikel über Vernachlässigung des Oberleidinger Landes bei der Vergabe von Notstandsarbeiten, Oktober 1932.
- 432** Rep. 16/1 Nr. 3207 (1933) Anträge für das Sofortprogramm: Bericht des kommissarischen Regierungspräsidenten an den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung über die Notwendigkeit der beantragten Projekte für die Arbeitsbeschaffung im Regierungsbezirk Auriach, Februar 1933.
- 433** Rep. 16/1 Nr. 3903 (1931–1933) Arbeitsdienst auf freiwilliger Basis: Artikel der „Auricher Zeitung“ über Freiwilligen Arbeitsdienst unter der Trägerschaft der Kyffhäuserjugend bei Kultivierungsarbeiten in Vellage, April 1932; Übersicht der im Kreis Auriach ausgeführten oder geplanten Arbeiten des Freiwilligen Arbeitsdienstes, August 1932; Artikel im „Volksboten“ über Missstände beim Freiwilligen Arbeitsdienst: schwere Arbeit, schlechte Verpflegung, rüde Behandlung der Arbeiter, Oktober 1932; Verschiedene Presseartikel über mangelhafte Verpflegung und zu schwere Arbeit im Arbeitsdienstlager Juist, Dezember 1932; Übersicht über auerkannte und in Aussicht genommene Arbeiten des Freiwilligen Arbeitsdienstes, Träger: Kriegervereine, September 1932; Protokoll einer Besprechung des Regierungspräsidenten mit Vertretern des Arbeitsamtes und der Domänenverwaltung über Klage eines Gewerkschafters wegen Unterbezahlung der Notstandsarbeiten und fehlender medizinischer Betreuung der Teilnehmer am Freiwilligen Arbeitsdienst, Oktober 1932; Bericht der Ortspolizeibehörde der Stadt Emden über zwei Söhne eines kommunistischen Wirtes im Arbeitsdienstlager Borkum, Januar 1933; Reisebericht des kommissarischen Regierungspräsidenten über Inspektion eines Arbeitsdienstlagers unter der Trägerschaft eines kirchlichen Vereins, Januar 1933; Bericht des Landrats des Kreises Leer über Schwierigkeiten bei der Errichtung geschlossener Arbeitsdienstlager, November 1932; Artikel im „Volksboten“ über die Vernichtung und Verhinderung der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch den Freiwilligen Arbeitsdienst und über Arbeitsdienst als Vorstufe der Militarisierung, wenn er vom Stahlhelm oder der NSDAP getragen wird, Dezember 1932.
- 434** Rep. 16/1 Nr. 3899 (1931–1933) Bericht des Ostfriesischen Kriegerbundes über Mitgliedschaft im Volksbund für Arbeitsdienst und Bitte um Berücksichtigung als Träger von Arbeiten im Regierungsbezirk Auriach, Februar 1932; Bericht des „Junge Deutsche Ordens“ über Durchführung von Einsätzen des Freiwilligen Arbeitsdienstes unter seiner Trägerschaft, Mai 1932; Artikel im „Vorwärts“ über Arbeitsplatz gefährdende Wirkung des Freiwilligen Arbeitsdienstes durch Lohndrückerei, Rechtslosigkeit der Dienstteilnehmer und über Arbeitsdienst als Vorstufe militärischer Arbeitspflicht, Mai 1932; Artikel im „Volksboten“ über Arbeitsdienst als Beschäftigungstherapie für arbeitslose Jugendliche und Gefahr der Indoktrination, Juni 1932; Liste möglicher Arbeitsprojekte im Regierungsbezirk Auriach, August

1932; Vermerk des Regierungspräsidenten über geplante Trägerschaft von Arbeitsprojekten durch die NSDAP, Oktober 1932; Artikel des „Allgemeinen Anzeigers“ über „freiwilligen Arbeitsdienst im Gau Weser-Ems der NSDAP“; geschlossene Lager für Teilnehmer am Arbeitsdienst zur Erziehung in Disziplin und zur Veranschaulichung des Modells der Volksgemeinschaft, Dezember 1932; Verfügung des Regierungspräsidenten über Ernennung einheimischer, mit ostfriesischen Gebräuchen vertrauter Führer des Arbeitsdienstes, November 1932; Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ über Plan eines bolivianischen Generals zur Ansiedlung deutscher Arbeitsloser im Dschungel Brasiliens und Boliviens zur Landeserschließung, Dezember 1932.

435

Rep. 32 Nr. 1402
 Bericht des Wasserbauamts Leer an den Regierungspräsidenten über geeignete Wasserbauprojekte für den Freiwilligen Arbeitsdienst, Dezember 1931; Träger von Projekten des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Kreis Leer, Februar 1931; Bericht des „Leerer Anzeigenblatts“ über Projekte des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Arbeitsamtbezirk Leer, November 1932; Vorträge für den Kursus für jugendliche Erwerbslose über geographische, staatskundliche, soziale und berufspraktische Themen, 1929/30–1930/31; Beschwerde von Teilnehmern des Freiwilligen Arbeitsdienstes in Burlage beim Arbeitsamt Leer gegen die Anordnung von Nacharbeit von wegen Schlechthwetters ausgefallenen Arbeitsstunden, Oktober 1932; Randschreiben der Reichszentrale für Heimatkunde, Landesabteilung Hannover-Braunschweig, über Schriften und Bücher sowie Vortragsmaterialien zu wirtschaftlichen, kulturellen und sozialpolitischen Themen für den Unterricht der Arbeitsdienstreinnehmer, November 1932.

2.3 Wohlfahrtslasten**2.3.1 Organisation des Wohlfahrtswesens, Wohlfahrtslasten****436**

Rep. 28 Nr. 4039
 Armensachen von Groothusen; Verfügung des Landrats gegen die Unterstützung sämtlicher Arbeitsloser mit Brennmaterial wegen der finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde Groothusen, Hilfe soll nur in Einzelfällen erfolgen, Februar 1930.

437

Dep. 34 C Nr. 490
 Erlass des Preuß. Ministers für Volkswirtschaft zur Fürsorge für Geisteskränke und deren Anstaltspflege, 1928; Erlass des Oberpräsidenten, Hannover, dass die Übertragung der Befugnisse zur Internierung Kranker auf die Ortspolizeibehörden rechtlich nicht zulässig ist, März 1931; Randschreiben des Hannoverschen Städtevereins über die Monatsvorschüsse auf die Pflegegelder für ortshilfsbedürftige Geisteskränke seitens der Bezirkfürsorgeverbände, Sept. 1931.

438

Rep. 28 Nr. 4061
 Armensachen von Twixlum; Beschwerde eines Landwirts beim Landrat des Kreises Emden gegen den Beschluss der linken Gemeindeausschussmehrheit über Gewährung einer Weinhachtsbeihilfe in Form von Geld und Kohlen an alle Arbeitslosen und Sozialrentner wegen zu großer Belastung der Gemeindekasse, Dezember 1931; Bericht des Gemeindeschreibers über Einzelfallprüfung vor Gewährung der Weinhachtsbeihilfe, Schulden der Gemeinde als Folge rückständiger Steuerzahlungen der Landwirte, Dezember 1929.

439

Rep. 36 Nr. 297
 Verfügung des Regierungspräsidenten an den Landrat des Kreises Norden über energischeres Vorgehen gegen Verwendung der von den Gemeinden Großheide, Berumerfehn, Dornum und Leezdorf eingenommenen Staatssteuern für Wohlfahrtsfürsorgefinanzierung, Mai 1932.

440

Rep. 44 Nr. 76
 Bericht des Fleckenvorstehers von Wittmund, Schröder, über Anträge der eingetreteten, mittellosen Familie D. und des Kutschers S. auf Unterstützung und Unterbringung, Verweigerung der polizeilichen Anmeldung zur Verhinderung der Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge, November 1924.

441

Dep. 34 C Nr. 492
 Fürsorge und Ausbildung für Blinde und Taubstumme; Spendenaufrufe des Reichsdeutschen Blindenverbandes wegen besonders hoher Arbeitslosigkeit unter den Blinden, 1930–1932; Randschreiben des Vereins zur Förderung der Blindenbildung e. V., 1932.

442

Dep. 34 C Nr. 495
 Beschlüsse des Bürgervorsteher-Kollegiums über Bewilligung von Fettrationen für Minderbemitlette in Aurich, Dez. 1919; Bewilligung einer öffentlichen Speiseanstalt, Okt. 1920.

443

Dep. 34 C Nr. 358
 Ausbildung der Kreisfürsorgeschwestern und Wohlfahrtspflegerinnen.

444

Dep. 34 B Nr. 895
 Produktive Erwerbslosenfürsorge und Notstandsträger: Forderung des Gewerkschaftskartells an den Magistrat von Aurich, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung in Angriff zu nehmen und eine ausreichende Siedlungs politik zu betreiben, 1921; Schreiben des Bürgermeisters von Aurich an den Landgerichtsdirektor Stendel über die Erwerbslosen und ihre geringe Arbeitsmoral, 1922; Anforderung einer Übersicht über zusätzliche Arbeitsgelegenheiten als Notstandsarbeiten durch den Regierungspräsidenten

(1877–1929)

(1883–1932)

(1911–1933)

(1918–1932)

(1919–1930)

ten, 1925; Bericht des Magistrats von Aurich über den Stand der Beschäftigung der Erwerbslosen, 1926; Beschluss aller städtischen Körperschaften über die Durchführung von Notstandsarbeiten, 1926; Vorschlag über die Festsetzung der Arbeitsamtsbezirke durch das Arbeitsamt Aurich, Sept. 1927; Kritik des Magistrats von Aurich über die geringe Betrachtung Aurachs als Mittelpunkt bei der Vergabe der Bezirke der Arbeitsämter, 1927; Übersicht über die Zahl der Krisenfürsorgeempfänger und Erwerbslosen in der Stadt Aurich, 1928.

445 Dep. 34 C Nr. 498
(1922–1936)
Angespannte finanzielle Lage des Reil-Krankenhauses Aurich: Behilfe in Höhe von ca. 3 Millionen Mark zur Unterstützung gemeinnütziger Krankenanstalten (Reilstift, Diakonissen Verein) in Aurich nötig, 1923; Anordnungen des Preuß. Ministers für Volkswohlfahrt zur Darlehensgewährung für Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, 1927.

446 Dep. 34 C Nr. 470
(1923–1949)
Gebührensatzung für Hebammen im Regierungsbezirk Aurich, insbesondere die Ansetzung des geringsten Satzes bei Armenverbänden und Stiftungen, 1924; Informationsaustausch zwischen dem Magistrat in Aurich und dem Magistrat in Städten über die Krankenpflege für Hausarme in den Städten, 1930.

447 Dep. 34 C Nr. 360
Wahlen für den neu zu bildenden Fürsorgeausschuss auf Grund des Gesetzes über die Fürsorgepflicht vom 13. Febr. 1924, 1924.

448 Dep. 34 C Nr. 362
(1926–1934)
Frage des Landesdirektoriums der Provinz Hannover an die Bezirksfürsorgeverbände, ob die Einrichtung von Fürsorgeheimen für wandernde Familien und Landhilfsbedürftige nach einem hohen Anstieg der Zahl dieser Personen für sinnvoll erachtet wird, 1930; Richtlinien des Landesfürsorgeverbandes über die Unterstützung von Einrichtungen für wandernde Obdachlose, 1930.

449 Dep. 34 C Nr. 526
Angelegenheiten des Stadtbauamtes Aurich: Frage der Nordischen Rundfunk AG nach der Ausrüstung von Wärmehallen, Krankenhäusern und Altersheimen mit Rundfunkempfängern, 1929.

450 Rep. 16/1 Nr. 3016
(1928–1931)
Bericht des landräthlichen Hilfsbeamten auf Borkum über Vermehrung der Anzahl von Einrichtungen gemeinnütziger Anstalten auf den Inseln und die damit verbundenen Steuerausfälle, September 1928; Bericht des Regierungsassessors Dr. Fickert über Belas-

tungen der Inselgemeinden durch öffentliche Fürsorge infolge Arbeitslosigkeit des Saarpersonals und Notwendigkeit eines Lastenausgleichs, 1930.

451 Dep. 34 C Nr. 472
(1928–1951)
Mitteilung des Kreisausschusses Aurich des Bezirksfürsorgeverbandes, dass Ärzte nicht die Differenz zwischen ursprünglichem und dem nach Armentarif berichtigten Betrag der Behandlungskosten vom Patienten fordern dürfen, 1928; Richtlinien des Magistrats Aurich für die Behandlung der Patienten der städtischen Wohlfahrtspflege, 1930; Vertrag zwischen dem Bezirksfürsorgeverband Norden und dem Verein der Ärzte des Kreises Norden über die fürsorgärztliche Tätigkeit, 1930.

452 Dep. 34 B Nr. 897
(1929–1931)
Forderung des Erwerbslosenausschusses an den Magistrat von Aurich nach kürzeren Arbeitszeiten im Winter, warmem Schuhwerk und Kleidung, Verteilung der Waren unter Aufsicht des Ausschusses sowie eines Milchfrühstückes in der Schule, 1931; Verwaltung der Erwerbslosen durch den Magistrat von Aurich wegen rechtswidrigem Abbruch der Arbeit durch die Erwerbslosen, Nov. 1931; Liste über Mietrückstände, die aus Fürsorgemitteln übernommen werden müssen, 1931.

453 Dep. 34 C Nr. 364
Statistik der Wohlfahrtsverbleiblosen in Aurich, 1929–1932.

454 Dep. 34 C Nr. 366
Organisation des Wohlfahrtsamtes der Stadt Aurich, 1932.

455 Dep. 34 C Nr. 368
(1930–1948)
Antrag der Wohlfahrtsverbleiblosen des Kreises Aurich, dieselben Mietzuschüsse wie in der Stadt zu zahlen, 1931; Erklärung der Wohlfahrtsverbleiblosen der Stadt Aurich, dass die Arbeit niedergelegt wurde, weil diese nur unter Gefährdung der Gesundheit aufgrund der mangelhaften Kleidung weitergeführt werden könne und gleichzeitig Bittere, die Wohlfahrtsunterstützung nicht zu kürzen, 1931; Resolution der Wohlfahrts-Pflichtarbeiter zur Einstellung oder Kürzung der Pflichtarbeit und Abschaffung der 30 % Zahlung zu den Medikamenten, da die Arbeit in schlechter Kleidung und unter schikanöser Behandlung durch die Stadtbeamten ausgeführt werden muß, 1932.

456 Rep. 16/1 Nr. 3101
(1931–1933)
Erhebungen über zu zahlende Gelder für Wohlfahrtsfürsorge von den Kreisen des Regierungsbezirks Aurich, Juli 1931–August 1932; Antrag der Stadt Emden auf Zuschuss zu den Wohlfahrtslasten wegen zunehmender Finanznot und Arbeitslosigkeit, September 1931; Anträge der Kreise Weener und Wittmund auf Reichsbeihilfe zu Wohlfahrts-

lasten, Oktober 1931; Bescheid über Sperrung der Beihilfe für Wilhelmshaven wegen Nichteinführung einer Getränkesteuer, Oktober 1931.

457

Dep. 34 C Nr. 370
Regelung und Entlohnung der Pflichtarbeit von Wohlfahrtsarbeitslosen, 1931/32.

464

Rep. 16/1 Nr. 1492
Anordnung zur Umstellung der Jugendpflege auf Friedensverhältnisse durch Angebote von Spielkreisen und Lehrgänge für handwerkliche Berufe für ältere Jugendliche, 1919; Werbeschrift des Verbandes der sozialistischen und gewerkschaftlichen Jugendvereine Deutschlands, Dezember 1919; Denkschrift über Film in der Jugendpflege, 1920; Denkschrift über Revolution, neue Werte und die Neuorientierung der Jugendpflege, 1921.

2.3.2 Arbeitsbereiche des Wohlfahrtswesens

2.3.2.1 Jugendfürsorge

458

Dep. 35 Nr. I 145
(1884–1924)
Schwierigkeiten der Armenanstaltsleitung um Lehrverhältnisse für die 14-jährigen Internassen der Armenanstalt in Aurich, 1924.

459

Dep. 34 C Nr. 681
(1896–1952)
Bitte des Magistrats von Aurich an den Regierungspräsidenten um Beihilfen zum Freibad, da es sich besonders als Wohlfahrtseinrichtung für die Jugend versteht, 1929; Pläne zur Errichtung einer Warmbadeanstalt (Brause- und Wannenbäder) wegen der außergewöhnlich ungünstigen sanitären Verhältnisse in Aurich, 1930.

460

Dep. 34 C Nr. 778
(1900–1965)
Übersicht über die gewerbliche Kinderarbeit durch das Gewerbeaufsichtsamt Aurich, 1925.

461

Dep. 35 Nr. I 209
(1914–1920)
Streitsache zwischen dem Armenverband und dem Landesdirektorium der Provinz Hannover um die Zuständigkeiten in der Unterstützungszahlung für die uneheliche Gerd Stenzel, da der Kindsvater in das Heer eingezogen wurde, 1919.

462

Rep. 16/1 Nr. 105
(1914–1921)
Anzeigen des Gewerbeinspektors für den Kreis Emden, gegen verschiedene Betriebe in Emden, wegen Verstoß gegen das Kinderschutzgesetz, 1920.

463

Dep. 34 C Nr. 307
(1917–1952)
Schreiben des preuß. Berufsschulrevisors in Leer an die Regierung Aurich über die Vermutung von so genannter „versteckter Lehrlingsausbildung“ in Privatschulen, mit der Bitte um Kontrolle, da die Schüler solcher Kurse der Berufsschulhaft unterstehen oder fälschlicherweise für den Besuch dieser Schulen Kriegerweisenfürsorge beziehen, 1930.

465

Rep. 44 Nr. 678
(1918–1930)
Bericht des Kreisschulinspektors Dr. Gindler an den Landrat des Kreises Wittmund über Notwendigkeit der Fortbildungsschulpflicht zur Erreichung der jugendpflegerischen Ziele angesichts der Vergnügungs sucht der Jugend und der politischen Spannungen, September 1919.

466

Dep. 34 C Nr. 182
(1920–1939)
Antragstellung an den Magistrat in Aurich auf Volljährigkeitserklärung für Johann Puppen, um seine Braut, die von ihm ein Kind erwarten, heiraten zu können, Dez. 1931; Versagung dieser Erklärung um die größeren Ausgaben für eine Wohlfahrtsunterstützung eines Ehepaars nicht leisten zu müssen, Dez. 1931.

467

Dep. 34 C Nr. 448
(1920–1949)
Satzung für das Jugendamt des Kreises Aurich vom 25. Oktober 1924.

468

Dep. 34 C Nr. 289
(1920–1950)
Anordnung des Regierungspräsidenten in Aurich über die Meldung freiwerdender Lehrstellen durch die Leiter der Berufsschulen, 1926; Erlass des Preuß. Ministers für Handel und Gewerbe zur freiwilligen und unentgeltlichen Übernahme von wöchentlich 2 Unterrichtsstunden für erwerbslose Jugendliche durch die Lehrkräfte, 1931.

469

Rep. 16/1 Nr. 3900
(1922–1928)
Unterstützung eines Lehrgangs für Leiterinnen der evangelischen Jungmädchenvereine Ostfrieslands durch den preußischen Staat, 1922; Protokoll einer Besprechung der Jugendpfleger beim Regierungspräsidenten über Ziele der Jugendpflege zur Ersarkung Deutschlands und Ausbau der Jugendpflege durch Integration der Sportvereine, März 1923; Bericht des Republikanischen Jugendbundes Schwarz-Rot-Gold über eine bevorstehende Norderney-Reise einer Pfadfindergruppe unter Leitung eines rechtsradikalen Oberleutnants, August 1923; Zusammensetzung der Kreisausschüsse für Jugendpflege in den Kreisen des Regierungsbezirks Aurich, 1923; Steigende Jugendarbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung durch Ausdehnung der Berufsschulpflicht, März 1924.

- 470** Rep. 44 Nr. 679 (1924) Gewährung von Beihilfen an einzelne Vereine im Kreis Wittmund, darunter dem Jungstrahlheim, Ortsgruppe Wittmund, zur Jugendpflege, August 1924; Bericht der Kreisjugendpflegerin Helene Lüpkes über Entwicklung der Jugendpflege für Mädchen seit 1914, November 1924; Bericht des Schulrats Wilhelmshaven-Wittmund, Dr. Meinecke, über den Stand der Jugendpflege; Notwendigkeit des weiteren Ausbaus, November 1924; Bericht des Lehrers Th. Hinrichs über die Jugendpflege im Bezirk Westerholt; Notwendigkeit einer Fortbildungsschulpflicht zur Erfassung der Jugendlichen auf dem Land durch die Jugendpflege, November 1924.
- 471** Rep. 32 Nr. 1982 (1924–1932) Bericht des Landrats des Kreises Leer über kaum vorhandene Jugendarbeitslosigkeit wegen der ländlichen Verhältnisse, Februar 1924; Bericht des Jugendpflegers des Kreises Leer, Hieronymus, über geplante Fortbildungskurse für erwerbslose Jugendliche, Januar/Februar 1931 und Programm, November 1930; Statistische Übersicht über die Betreuung der arbeitslosen Jugendlichen im Kreis Leer, Dezember 1930; Verfügung des Regierungspräsidenten über Einrichtung von Fortbildungskursen für arbeitslose Jugendliche zur Verhinderung „allgemeiner Versumpfung und politischer Verwilderung“, September 1931; Bericht des Kreisjugendpflegers Hieronymus über geringes Interesse der Jugendlichen an allgemeinen Fortbildungskursen, Notwendigkeit des Angebots landwirtschaftlicher und praktischer Themen, Notwendigkeit eines Anreizes zur Teilnahme, November 1931.
- 472** Dep. 34 B Nr. 1014 (1924–1933) Bericht des Magistrats von Aurich über den Stand der Jugendbetreuung, 1924; Annahmung des Kreisjugendpflegers, die Jugendpflege stärker zu fördern, 1931.
- 473** Dep. 34 C Nr. 450 (1929–1949) Anordnung von Fürsorgeerziehung für Minderjährige, 1929–1932.
- 474** Dep. 34 C Nr. 451 (1930–1949) Einrichtung eines Milchfrühstücks für bedürftige Kinder der städtischen Volksschule in Aurich, Nov. 1931; Einstellung dieses Milchfrühstücks mangels Mittel und Bitte um Beihilfe aus einem Fonds des Provinzialausschusses für Kinderspeisung in Hannover, Okt. 1932; Werbung des Seehospizes auf Norderney zur rechtzeitigen Behandlung kranker Kinder in ihrem Hause, da sonst die Kosten zur Beseitigung noch schwererer Schäden erheblich höher sind, 1932.
- 475** Rep. 32 Nr. 1579 (1932–1950) Notwerk „Berufsnor“ für die deutsche Jugend; Rundschreiben des deutschen Landkreises über Plan der Reichsregierung zur Gründung eines Jugendnotwerkes zur Unter-
- 476** Dep. 34 C Nr. 280 (1932–1962) Schulbesuch und Schulversäumnisse in der Mittelschule; Beantragung der Fürsorgeerziehung für die Kinder des Wohlfahrtsempfängers Ahrens durch den Rektor der Stadtschule Aurich, die mit der Begründung ihrer Notlage wiederholt dem Unterricht unentschuldigt ferngeblieben sind, 1932.
- 477** Dep. 34 B Nr. 869 (1871–1926) Meldung des Magistrats von Aurich an den Regierungspräsidenten, dass eine Begrüßungsfeier für die Kriegsheimkehrer am 27. Februar 1919 stattfindet.
- 478** Dep. 34 B Nr. 870 (1903–1929) Unterstützungen für bedürftige Personen nach dem „Wilhelmsfonds“, 1929.
- 479** Dep. 34 C Nr. 493 (1911–1940) Liste der Kriegsbeschädigten und Gebrechlichen im Zählbezirk Aurich, 1925.
- 480** Dep. 34 B Nr. 872 (1914–1926) Beihilfen für Veteranen in der Stadt Aurich, 1924/25.
- 481** Rep. 21c Nr. 1100 (1916–1933) Antrag der Firma Vocke, Sandhorst, an die Domänenverwaltung auf Weiterführung der

Kultivierungsarbeiten im Abelitzmoor zur Beschäftigung der demobilisierten und kriegsbeschädigten Arbeiter der Firma, März 1919.

482
Dep. 34 C Nr. 791
Verteilung von Werbeflugblättern für die vom Deutschen Volkssöpfer herausgegebenen Notgeldmünzen, 1923.

483
Rep. 16/1 Nr. 1501
(1919)
Bericht des Gewerberats des Regierungsbezirks Aurich über die Schwierigkeiten bei der Vermittlung schwerbehinderter Arbeitsloser wegen körperlicher Probleme, Konkurrenz mit gesunden Kriegsheimkehrern und hoher Löhne, August 1919.

484
Rep. 16/1 Nr. 1500
(1919)
Bericht über Arbeitsmöglichkeiten und Einstellung Schwerbehindeter, August 1919.

485
Rep. 16/1 Nr. 1496
(1919)
Berichte der Landräte über Berufsberatung für Kriegsbeschädigte und Heimkehren in den Landkreisen des Regierungsbezirks Aurich, Januar 1919.

486
Rep.-21c-Nr. 606
Rep. 16, 3, Wf. 444
(1919–1929)
Eingabe des Jan Pupkes, Walle, wegen Rückerrstattung des Moorgeldes wegen Überschwemmung seiner gepachteten Torffläche und Erwerbslosigkeit seiner kriegsbeschädigten Söhne, September 1919; Eingabe der Vereinigung der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Westgroßefehn, beim Regierungspräsidenten wegen Bereitstellung einer Moorfläche zur Torfgewinnung für mittellose Kriegsbeschädigte, April 1920; Eingabe des Einheitsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener, Ortsgruppe Aurich, beim Reichslandwirtschaftsminister gegen die Erhöhung der Pachten für Aborflächen der Mitglieder des Vereins, Januar 1922.

487
Rep.-21c-Nr. 933
Rep. 16, 3, Wf. 875
(1919–1930)
Eingabe der Kriegsbeschädigten-Vereinigung, Ortsgruppe Königshook, auf Rückersättigung von über den Taxwert der Abtorfungsfächlen gezahltem Pachtgeld wegen hoher Kosten der Torfförderung, Juli 1920.

488
Rep. 16/1 Nr. 1507
(1920–1921)
Kündigung eines schwerbehinderten Arbeiters bei der Hochseefischereigeellschaft Wilhelmshaven auf Verlangen des Demobilisierungsausschusses wegen dessen Hausbesitzes, August 1920–Februar 1921.

489
Dep. 34 C Nr. 438
(1926–1956)
Informationssblatt zur Errichtung des Kreis-Altenheimes Mittergrossefehn (Notwendigkeit durch hohe Zahl an Kriegshinterbliebenen, Einrichtung, auch Pflegekosten), 1925.

490
Rep. 32 Nr. 2137
(1926–1956)
Statistik über die Unterbringung der Schwerbeschädigten im Kreis Weener, Dezember 1927–März 1932; Statistik zum Stand der Schwerbeschädigtenunterbringung (im Hinblick auf Arbeitsplätze) im vergroßerten Kreis Leer, März 1933; Nachweisung der erwerbslosen Schwerbeschädigten im Kreis Leer nach dem Stande vom 1. April 1930, 1930–(1934).

491
Dep. 34 C Nr. 59
(1928–1952)
Übersicht über die im Bereich der inneren Verwaltung des Landes oder anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts beschäftigten Schwerbeschädigten, Jan. 1930, Jan. und Juni 1932.

492
Dep. 34 C Nr. 60
(1929–1949)
Schriftwechsel wegen einer mit Versorgungsanwärtern zu besetzenden Stelle, die beim Magistrat Aurich gestrichen werden soll, 1932.

493
Dep. 34 C Nr. 439
(1929–1955)
Unterbringungskosten im Fürsorgeheim Haxtum und anderen, 1929–1931.

2.3.2.3 Erwerbslosenfürsorge, Fürsorgerichtsätze

494
Dep. 34 C Nr. 150
(1883–1935)
Beaufsichtigung der Herbergen: Vorschlag der Verbreitung von Gutscheinen zur Einlösung in den Herbergen des nds. Herbergerverbandes an bettelnde Wanderarbeiter anstelle von Bargeld, zur Verhinderung von Missbrauch und zur Eingliederung in die staatliche Wandervorsorge, 1930.

495
Dep. 34 C Nr. 359
(1924–1950)
Richtsätze der öffentlichen Fürsorge, 1924–1932.

496
Rep. 32 Nr. 1980
(1926–1937)
Protokoll der Gemeindevorsteherversammlung in Leer am 21. Oktober 1930; Heranziehung von Wohlfahrtsvermögen zu öffentlichen Arbeiten, Notstandsarbeiten und ihre Finanzierung, Oktober 1930; Antrag des Kreisausschusses in Leer auf Einbeziehung

in eine Sonderaktion des deutschen Landkreisrates für durch Wohlfahrtsfürsorgeaufwendungen besonders belastete Kreise, November 1930; Verfügung des Landrats des Kreises Leer über 50prozentige Anrechnung des Nebenvordienstes eines Fürsorgeempfängers auf die Wohlfahrtsverbrauchsfürsorge, April 1931; Richtlinien des Arbeitsamts Leer zur Anrechnung des bewirtschafteten Landes von Unterstützten auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, März 1931; Verfügung des Kreisausschusses/Bezirksfürsorgeverbandes über Kürzung der Sätze der Wohlfahrtsverbrauchsfürsorge und des Ausschlusses von Ehefrauen und im Haushalt lebenden Kindern wegen der Möglichkeit der Aufnahme von Bestellungs- und Erntearbeiten in der Landwirtschaft, Mai 1931; Berichte aus den Nachbarkreisen über Regelungen der Wohlfahrtsverbrauchsfürsorge: Kreis Aurich: Fürsorge als Darlehen; Kreis Wittmund: Festlegung der Unterstützungssätze nach dem Einzelfall, Juni–Juli 1931; Leserbrief des Ostfriesischen Landbundes im „Leerer Anzeigenblatt“ über Anregung der Ausgabe von Warengutscheinen statt Geld an Wohlfahrtsverbrauchsfürsorge und die Abnahme durch heimische Landwirte bei Verrechnung mit deren Steuerlasten, August 1931; Verfügung des Regierungspräsidenten über Festsetzung mehrerer Auszahlungstage der Wohlfahrtsverbrauchsfürsorge zur Vermeidung größerer Menschenansammlungen, Dezember 1931; Eingabe der Handwerkskammer beim Landrat des Kreises Leer gegen die Gewerbeabmeldungspflicht für Handwerker zum Bezug von Wohlfahrtsfürsorge wegen Erschwerung der wirtschaftlichen Gesundung, für Einschaltung der Handwerkskammer bei Unterstützungsanträgen von Handwerksmeistern, Juni 1932.

497

Rep. 32 Nr. 2108
Bericht des Gemeindevorsteher in Flachsmeer über Gewährung eines Teils der Wohlfahrtsunterstützung in Gutscheinen zum Schutz ortsnässiger Geschäfte, keine Möglichkeit der Stellung wasserdichter Stiefel für Pflichtarbeiten der Wohlfahrtsbezieher, Oktober 1932; Antrag des Gemeindevorsteher in Boen auf Bezuschussung der befristeten Beschäftigung von Wohlfahrtsverbrauchsfürsorge in Boen zur Erreichung einer Anwartschaft auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung, November 1932.

499

Dep. 34 B Nr. 40
Antrag auf Übernahme einer Ehrenpatenschaft seitens des Reichspräsidenten für den siebenjährigen Sohn des Bauarbeiters Reint Jürgens Pupkes, 1928.

500

Dep. 34 C Nr. 934
Beschlüsse der Gemeinde Egels zur Sammlung für die Speiseanstalt in Aurich und zur Unterstützung erwerbsloser Gemeindemitglieder, 1921.

501

Dep. 34 B Nr. 49
Bewilligung eines Gnaden geschenkes seitens der Stadt Aurich wegen Bedürftigkeit für das Ehepaar Saathoff anlässlich der goldenen Hochzeit, 1927.

502

Dep. 34 B Nr. 1839
Vorschläge der Kommission der Arbeitslosen, Aurich, über die Ausführung der Zuschriften der Stadtgräben als Notstandsarbeiten, 1923.

503

Dep. 34 B Nr. 939
Stipendien für bedürftige Studenten, 1920–1929.

504

Dep. 34 B Nr. 896
Auricher Notgemeinschaft: Theateraufführung zugunsten der Auricher Kleinrentner, 1922; Ankündigung der Bildung einer Auricher Notgemeinschaft, 1923; Verteilung von Toft an Bedürftige durch die Ackerbau-Gesellschaft in Aurich, 1923; Beschluss des Bürger vorsteherkollegiums über eine einmalige Winterbehilfe, 1930; Pressenotiz in den „Ostfriesischen Nachrichten“ über die Einleitung der Winternothilfe für die Stadt Aurich, 1931; Verfahren über die Spenden zur Winternothilfe, 1931.

505

Dep. 34 C Nr. 936
Beschluss der Gemeinde Georgsfeld zur Beschaffung von Schulbüchern aus der Gemeindeskasse, 1924.

506

Dep. 34 B Nr. 1803
Notstandsarbeiten in der Stadt Aurich, 1926–1928.

507

Dep. 34 C Nr. 58
Bitte des Bautechnikers Ulfert Alting um Wiederanstellung bei der Stadt Aurich und Schilderung seiner finanziellen Notlage durch schlechte Lage des Baugewerbes, Juni 1932; Bitte des Bürger vorsteherkollegiums auf Notstandsarbeiten im Wegebau, 1919; Eingabe des Ostfriesischen Einzelhändlerverbandes e. V. an den Magistrat über die Bekanntgabe der zu zahlenden Steuern im Kreisblatt: es wurden ungerechtfertigte Mahngebühren erhoben, da Steuern und Termine unbekannt waren, 1923.

2.3.3 Einzelne Notstandsmaßnahmen

2.3.3.1 Einzelne Hilfsaktionen

498

Dep. 34 B Nr. 107
Sitzungen des Bürger vorsteherkollegiums Aurich: Forderung auf der Sitzung des Bürger vorsteherkollegiums nach passender Unterbringung der Kriegsrückkehrer an den Magistrat, 1919; Antrag des Bürger vorsteherkollegiums auf Notstandsarbeiten im Wegebau, 1919; Eingabe des Ostfriesischen Einzelhändlerverbandes e. V. an den Magistrat über die Bekanntgabe der zu zahlenden Steuern im Kreisblatt: es wurden ungerechtfertigte Mahngebühren erhoben, da Steuern und Termine unbekannt waren, 1923.

- 508** Dep. 34 C Nr. 363 (1929–1936)
Entscheidung der Regierungspräsidenten in Aurich, dass keine verstärkte Förderung von Plasterungsarbeiten in Aurich möglich ist, da die erforderliche Anzahl von 2.000 Tagewerken nicht erreicht wird, 1929.
- 509** Dep. 34 C Nr. 372 (1932–1935)
Fehlanzeige des Magistrats von Aurich für Vorschläge für Notstandsarbeiten, April 1928.
- 510** Rep. 32 Nr. 15 (1904–1972)
Protokoll der Gemeindeversammlung Backemoor vom 6. November 1919; Einrichtung einer Nachtwache aus der Einwohnerschaft, November 1919; Protokoll der Gemeindeversammlung Backemoor vom 24. November 1920; Stellung von 70 Zentner Fleisch von Seiten der Gemeinde (= 15 Zentner pro Viehbesitzer gegen eine Entschädigung von 8 Mark pro Kilogramm Lebendgewicht) zur Sicherung der Fleischversorgung für Arme im Kreis Leer, November 1920.
- 511** Rep. 44 Nr. 677 (1922–1924)
Antrag des Gemeindevorstands auf Langeoog beim Regierungspräsidenten in Aurich auf Deichbauhilfsdarlehen, um durch Bedeichung des Inselhellers Landwirtschaft zu fördern und durch eigene Nahrungsmittelproduktion die Abhängigkeit vom Fremdenverkehr zu überwinden und gegen Geldentwertung geschützt zu sein, Dezember 1922; Bericht des Gemeindevorstehers J. Pauls an den Landrat des Kreises Wittmund über die Wirtschaftslage der Insel Langeoog; Preisssteigerung als Ursache für Steuernnachhebungen trotz Geldmangels der Inselbewohner, drohende Hungersnot nach Aufzehrung der Wintervorräte bei Fehlen der Badegäste, Notwendigkeit eines Überbrückungskredits bis zum Beginn der Badesaison, Januar 1923; Notwendigkeit eines Kredits zum Brennstofferwerb zur Sicherung des Badebetriebs, Mai 1923.
- 512** Rep. 44 Nr. 33 (1888–1924)
Bericht des Gemeindevorstehers Harms über Notstandsmaßnahmen in Gödens und Neustadt-Gödens; Organisation der Belieferung von Notleidenden mit Roggenbrot, Fett, Talg und Kartoffeln durch den Landwirtschaftlichen Zweigverein Gödens und Einrichtung einer Suppenküche in Neustadt-Gödens, November 1923.
- 513** Rep. 41 Nr. 598 (1923–1926)
Bericht des Landwirtschaftlichen Hauptrvereins für Ostfriesland an den Landrat des Kreises Weener über Absicht der Landwirtschaftskammer Hannover, eine Zentralstelle zur Sammlung und Verteilung von Hilfsgütern für das besetzte Ruhrgebiet zu errichten, Notwendigkeit zur Errichtung einer solchen Stelle für den Kreis Weener, Februar 1923; Plakat über den Sinn des Ruhkampfes, 1923; Beschwerde eines Einwohners aus Bingsum beim Landrat des Kreises Weener gegen die Beschagnahme einer Wohnung in

seinem Haus durch die Gemeinde zur Unterbringung von Ruh-Ausgewiesenen und gegen Verpflichtung zu deren Ernährung wegen Raumangs und Überlastung des Haupsersonals, August 1923; Beschwerde gegen die Verpflichtung zur Aufnahme eines Ruhrflüchtlings wegen Raumangs und gegen die Überbelastung der kleinen Pächter und Hausbesitzer mit Flüchtlingseinweisungen bei Verschonung des großen Landbesitzes, August 1923; Antrag der Reichsbahndirektion Münster beim Landrat des Kreises Weener auf Bereitstellung von Quartieren für aus dem Ruhrgebiet ausgewiesene Eisenbahner, August 1923; Bescheid des Landrats über die Zuständigkeit der Haupthilfsstelle beim Regierungspräsidenten in Kassel für die zentrale Verteilung von Ausgewiesenen, August 1923; Flugblatt der Reichszentrale für Heimatdienst über Einführung der Rentenmark als Schritt zur Währungsreform, November 1923; Plakat der preußischen Staatsregierung über Aufruf zur freiwilligen Volksspeisungsabgabe zur Durchführung einer Volkspeisungsaktion im Winter, November 1923; Bericht der Sparkasse des Kreises Weener an den Landrat über Saldo des Ruhrhilfskontos infolge Nichteingangs von Spenden, Dezember 1923.

2.3.3.2 Inselhilfe

- 514** Rep. 16/1 Nr. 2908 (1919–1923)
Richtlinien für die Inselhilfe zur Mildierung der wirtschaftlichen Not der ostfriesischen Inseln infolge des Krieges; Umschuldungsprogramm für Volkriegsschulden auf den jeweiligen Kreisausschuss als Gläubiger, November 1919; Bericht des Landrats des Kreises Norden über Erfolg der Inselhilfe, April 1920.
- 515** Rep. 36 Nr. 939 (1922–1934)
Antrag des Bürgermeisters von Norderney auf Gemeindebürgschaft für den Consumverein Norderney zum Kauf von Kartoffeln für seine Mitglieder und die übrigen Inselbewohner, September 1922; Antrag des Gemeindevorstands von Norderney auf eine Gemeindebürgschaft für Kohlenkaufkredite der Inselkohlenhändler zur Sicherung der Brennstoffversorgung der Insel, Februar 1923; Bescheid des Direktors der Hannoverschen Landeskreditanstalt an den Vorstand der Inselgemeinde Norderney über Bewilligung eines langfristigen Roggenweiderdarlehens auf die Sicherheit des Grundbesitzes der Inselgemeinde, November 1923; Resolution der „Erwerbsstände“ Norderneys für die Unterstützung von Notstandsmaßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit, August 1930; Antrag des Vorstands der Inselgemeinde Norderney beim Landrat des Kreises Norden auf Genehmigung eines Kredits für Kartoffelkäufe für Minderbemittelte sowie der Einrichtung einer Volksküche für den Winter, Dezember 1932.
- 516** Rep. 16/1 Nr. 2685 (1923–1927)
Antrag der Inselgemeinde Norderney auf einen Kredit zur Beschaffung von Wintervorräten, um die von der schlechten Saison 1923 in wirtschaftliche Not geratene Bevölkerung versorgen zu können, September 1923; Bericht des kommissarischen Landrats des

Kreises Emden über Bewilligung eines Kredits für Notstandsarbeiten zur Arbeitsbeschaffung und für die Lebensmittelversorgung der Insel Borkum, Dezember 1923.

517

Rep. 36 Nr. 601
 Jahresbericht des Verbandes Deutscher Nordseeäder e. V.: Mangelnder Ertrag wegen Wirtschaftskrise, Strukturprobleme der Kurorte aufgrund schlechter Verkehrsinfrastruktur, bevorzugung des Auslandes durch deutsche Touristen, nicht vorhandene Werbemittel und Forderung nach Steuerermäßigungen (Abschaffung der Hauszinssteuer) und Reichshilfen sowie Zulassung des Glücksspiels in den Kurorten, 1929; Jahresbericht des Verbandes Deutscher Nordseeäder e. V.: Nordseeäder im Zeichen der Wirtschaftskrise, schlechtes Wetter im Sommer als krisenverschärfender Faktor und Notwendigkeit einer staatlichen Fremdenverkehrsförderung, 1930.

518

Rep. 16/1 Nr. 2673
 Bericht des Bürgermeisters von Borkum über Gründung der Nordgemeinschaft deutscher Nordseinseln und Forderungen nach Vorbild der landwirtschaftlichen Osthilfe zur Entschuldung der Inseln, Oktober 1932; Bericht des Landrats von Leer über Tagung der Nordgemeinschaft in Norden, dort erhobene radikale Forderungen nach Steuermoratorien und Kredithilfen, Oktober 1932.

2.4 Schule und Bildungswesen

2.4.1 Allgemeine Schulverwaltung

519

Rep. 16/2 Nr. 384
 Statistische Berichte über steigende Anzahl der Kirchenaustritte in Wilhelmshaven und Emden, 1918–1923.

520

Dep. 34 C Nr. 257
 Gehaltskürzungen der Lehrer in Aurich und Beiträge der Schulverbände zur Landesschulkasse, 1930.

521

Dep. 34 C Nr. 258
 Bericht des Magistrat von Aurich über die Stellenbesetzung im Lehrerkollegium der Stadtschule, 1930; Stellungnahme der Regierung Aurich über die Erwägungen des Magistrates von Aurich über einen eventuellen Abbau der konfessionellen Schulen (kath. und jüd.), Dez. 1931.

522

Dep. 34 C Nr. 259
 Beschluss des Preuß. Landtages das Staatsministerium zu ersuchen, dafür Sorge zu tra-

gen, dass nicht durch solche Schuldeputationen, deren Mitglieder in der Mehrheit Geigner der christlichen Schule sind, die Belange der ev. und kath. Schulen gefährdet werden, 1926.

523

(1923–1932)
 Jahresbericht des Verbandes Deutscher Nordseeäder e. V.: Mangelnder Ertrag wegen Wirtschaftskrise, Strukturprobleme der Kurorte aufgrund schlechter Verkehrsinfrastruktur, bevorzugung des Auslandes durch deutsche Touristen, nicht vorhandene Werbemittel und Forderung nach Steuerermäßigungen (Abschaffung der Hauszinssteuer) und Reichshilfen sowie Zulassung des Glücksspiels in den Kurorten, 1929; Jahresbericht des Verbandes Deutscher Nordseeäder e. V.: Nordseeäder im Zeichen der Wirtschaftskrise, schlechtes Wetter im Sommer als krisenverschärfender Faktor und Notwendigkeit einer staatlichen Fremdenverkehrsförderung, 1930.

524

(1923–1932)
 Rep. 34 C Nr. 273
 Erlass des Preuß. Ministers für Volkssbildung über die Unterbringung von entbehrlich gewordenen planmäßig angestellten Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen höheren Schulen, Dez. 1931; Kürzung der Gehälter der Beamten an den öffentlichen höheren Schulen, Dez. 1931.

525

(1932–1933)
 Bericht des Bürgermeisters von Borkum über Gründung der Nordgemeinschaft deutscher Nordseinseln und Forderungen nach Vorbild der landwirtschaftlichen Osthilfe zur Entschuldung der Inseln, Oktober 1932; Bericht des Landrats von Leer über Tagung der Nordgemeinschaft in Norden, dort erhobene radikale Forderungen nach Steuermoratorien und Kredithilfen, Oktober 1932.

526

(1932–1933)
 Rep. 16/2 Nr. 1761
 Protokoll der Kreislehrenkonferenz auf Norderney: Reform des Geschichtsunterrichts: Volksgeschichte statt Fürstengeschichte, Mehrheit der Konferenzeinnehmer für Eingen auf den Völkerbundgedanken im Unterricht, März 1920; Protokoll der amtlichen Kreislehrenkonferenz des Kreises Norden: Reform des Geschichtsunterrichts gegen Pflage einer „byzantinischen Untertanengesinnung“, März 1920.

527
 Rep. 16/2 Nr. 9
 Denkschrift zur Abstimmung der Lehrerausbildung auf die Einheitsschule und die Einrichtung eines deutschen Gymnasiums, 1919; Denkschrift zur Volksschule als allgemeine Pflichtschule für die Schüler von Klasse eins bis vier (Grundschule), 1921; Presseartikel: Diskussion um die Beibehaltung von Bekennnisschulen, 1921–1922, und Kampagne gegen den „Bund der entschiedenen Schulreformer“, 1923; Bericht über Versuchsschulen auf dem Lande zur Vermittlung aktueller pädagogischer Erkenntnisse, 1923; Initiative des Lehrers Friedrich Gerdts zur Orientierung der Landschule auf den ländlichen Alltag, 1926; Negative Folgen der Sparpolitik für das Schulwesen, 1932.

528
 Rep. 16/2 Nr. 1729
 Artikel der „Ostfriesischen Zeitung“ über Volkshochschulpläne des Pastors Siemens, Wangerooge, und des Lehrers Zylmann, Leer, Dezember 1919.

(1920–1957)
 Verzeichnis der unbemittelten Kinder für die kostenfreie Lehrbücher beschafft wurden, 1930; Schreiben des Deutschen Städtetages an die Mitgliedsräte, ausländische Schulbedarfartikel nicht zu verwenden, um die inländische Industrie zu stärken, 1930; Anschaffung eines Radiogerätes für den Schulunterricht der Stadtschule mit finanzieller Unterstützung der Bezirksregierung, 1931.

- 529** Dep. 34 C Nr. 265 (1921–1940) Einrichtung einer Haushaltungsschule in Aurich, 1920.

- 530** Dep. 34 B Nr. 1257 (1922–1931) Errichtung einer Aufbauschule in der Stadt Aurich; Schwierigkeiten des Magistrats der Stadt Aurich bei der Übernahme der Unterhaltungskosten der neu einzurichtenden Aufbauschule, 1924; Verträge zwischen der preußischen Unterrichtsverwaltung und der Stadtgemeinde Aurich über die Kostenverteilung für das staatliche Lehrerseminar und die an ihm eingerichteten Aufbauklassen, 1923–1926.

- 531** Rep. 16/2 Nr. 2220 (1923–1931) Artikel im „Ostfriesischen Kurier“ über eine öffentliche Elternversammlung mit dem Medizinalrat Dr. Winter als Hauptredner über „Versailles“ als Hauptursache für Einsparungszwang und gegen zu große Klassenfrequenz aus hygienischen Gründen, Januar 1924; Antrag des Ostfriesischen Landbundes auf Anhörung beim Abbau von Lehrerstellen in ländlichen Gebieten, April 1924; Eingabe des Landrabbinats Emden beim Regierungspräsidenten über Schädigung des jüdischen religiösen Lebens im Bezirk durch Schließung der jüdischen Volksschulen, Juli 1924; Eingabe des jüdischen Gemeindevorstehers in Leer gegen die geplante Schließung der jüdischen Volksschule wegen ihrer Rolle als Mittelpunkt der jüdischen Gemeinde und die des Lehrers als religiöser Unterweiser und Kultusbeamter, Juli 1924; Eingabe des Bezirksvereins Ostfriesischer Volksschullehrerinnen gegen die Benachteiligung der Lehrerinnen durch Stellenabbau, September 1924; Aufhebung der jüdischen Volksschulen in Norden und Leer, Oktober 1924; Bericht des Schulrats in Emden über Ausscheiden verheirateter Lehrerinnen aus dem Dienst wegen der Gefahr der Vernachlässigung des Schuldienstes wegen des Haushalts und Votum für eine Abfindung, Lehrerinnenverbände gegen Entlassung, Dezember 1924.

- 532** Rep. 16/2 Nr. 12 (1923–1938) Unterbringung der Lehrer aus den besetzten bzw. aus den im Osten bedrohten Landesteilen; Verordnung über Unterbringung von geflüchteten Beamten aus dem französisch besetzten Ruhrgebiet; Erhebung über freie Wohnungen im Regierungsbezirk Aurich, 1923; Verordnung wegen Fürsorge für die Ruhrflüchtlinge, 1923.

- 533** Rep. 16/2 Nr. 10 (1923–1944) Berichte über disziplinarrechtliches Vorgehen gegen Lehrer wegen antirepublikanischer Handlungen, 1930; Beschwerde des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gegen die disziplinarrechtliche Maßregelung dreier Lehrer, die als Vorstandsmitglieder des Reichsbanners eine Eingabe über die Emder Polizei unterzeichnet hatten, 1931.

- 534** Dep. 34 B Nr. 1258 (1924–1929) Bewilligung von Beihilfen und Aufstellung der Haushaltspläne für die Berufsschule in Aurich, 1924–1929.

- 535** Dep. 34 B Nr. 195 (1925–1930) Zurückstellung der Bau- und Reparaturarbeiten an den städtischen Schulen in Aurich, 1925.

- 536** Rep. 16/2 Nr. 18 (1927–1931) Schrift über Schulfunkangebot des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht für die Fächer Deutsch, Englisch, Französisch, 1927; Bericht über die Verwendung des Schulfunks in Emden, 1928; Erfahrungsberichte über Schulfunk in einzelnen Schulen Ostfrieslands, 1927–1930.

- 537** Rep. 16/2 Nr. 7 (1930–1943) Bericht des Regierungspräsidenten über die Notwendigkeit einer besonderen Betreuung des Schulwesens in Ostfriesland durch Schulräte, 1931.

- 538** Rep. 16/2 Nr. 2221 (1931–1932) Bericht der Stadt Aurich über die Möglichkeit der Aufhebung katholischer und jüdischer Schulen und deren Eingliederung in allgemeine Schulen zur Toleranzförderung, November 1931.

- 539** Dep. 34 C Nr. 262 (1907–1957) Verstärkung der Vorsorgeuntersuchungen und des Schulsports an den Volksschulen, 1920–1932.

- 540** Rep. 16/2 Nr. 2487 (1921–1926) Eingabe des Bezirksvereins ostfriesischer Volksschullehrerinnen beim Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gegen Streichung von Lehrerinnenstellen, Februar 1922; Denkschrift des Kreislehrerrats Emden-Stadt über die „Ausgestaltung des Emder Volksschulwesens“, notwendige Schulneubauten und Renovierungen, Ausbau des Werk- und Zeichenunterrichts, Ausbau der Hilfsschule zur Förderung Schwachbegabter, Votum für Lernmittelfreiheit und ein 9. Schuljahr mit berufspraktischer Ausrichtung, Mai 1926.

2.4.2 Volksschule

541

Dep. 34 C Nr. 266

Erlaß des Preuß. Ministers für Volksbildung über den Abbau der Vorschulen, 1921;
Runderlass des Preuß. Ministers für Volksbildung über die Herabsetzung der Wochen-
stundenzahl der Schüler in der Volksschule, 1931; Runderlass des Preuß. Ministers für
Volksbildung über die Einrichtung eines freiwilligen neunten Schuljahres an Volksschu-
len, März 1931.

542

Dep. 34 C Nr. 317

Beschluß der Bezirksgereitung Aurich Schul- und Kultusamt zu trennen und ihre Um-
setzung in der jüdischen Gemeinde in Aurich, 1921.

543

Rep. 16/2 Nr. 2814

Beschwerde der jüdischen Synagogengemeinde der Stadt Leer gegen die Verschleppung
eines Antrags auf Beihilfe zu den Kosten der jüdischen Schule durch den Magistrat der
Stadt Leer, Juli-August 1923.

544

Rep. 16/2 Nr. 2536

Eingabe der Synagogengemeinde Esens für den Erhalt der jüdischen Volksschule als
öffentliche Schule wegen ihrer Funktion als einzige jüdische Schule für das nördliche
Ostfriesland und der wichtigen Rolle des jüdischen Lehrers für das Gemeindeleben
sowie der finanziellen Unfähigkeit der Synagogengemeinde zur Eigenträgerschaft der
Schule, Juni 1927.

2.4.3 Jüdische Schule

545

Dep. 34 C Nr. 611

Richtlinie des Reichskommissars für die vorstädtische Kleinsiedlung zur vorstädtischen
Kleinsiedlung und der Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose, 1931; Vermerk
des Bürgermeisters Ankum zur Umsetzung dieser Richtlinie in Aurich, 1931.

546

Rep. 16/1 Nr. 3895

Angespannter Wohnungsmarkt in Wittmund wegen vieler bereits vor 1914 baufälliger
Wohnungen und Rückwanderung von Wilhelmshaven, Juni 1919; Grundrisse und An-
sichtszeichnungen sowie Lageplan der vom Gemeinnützigen Bauverein für Wittmund
und Umgebung geplanten Wohnungen, Juni 1919.

547

Dep. 34 C Nr. 317

(1885–1937)

Beschluß der Bezirksgereitung Aurich Schul- und Kultusamt zu trennen und ihre Um-
setzung in der jüdischen Gemeinde in Aurich, 1921.

548

Dep. 34 C Nr. 611

(1921–1942)

Richtlinie des Reichskommissars für die vorstädtische Kleinsiedlung zur vorstädtischen
Kleinsiedlung und der Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose, 1931; Vermerk
des Bürgermeisters Ankum zur Umsetzung dieser Richtlinie in Aurich, 1931.

549

Rep. 16/1 Nr. 3895

(1919–1921)

Angespannter Wohnungsmarkt in Wittmund wegen vieler bereits vor 1914 baufälliger
Wohnungen und Rückwanderung von Wilhelmshaven, Juni 1919; Grundrisse und An-
sichtszeichnungen sowie Lageplan der vom Gemeinnützigen Bauverein für Wittmund
und Umgebung geplanten Wohnungen, Juni 1919.

550

Dep. 34 B Nr. 766

(1919–1927)

Unterhaltung und Vermietung der Kasernen in Aurich für Wohnzwecke, 1919–27; Auf-
bau von Lazarettsbaracken auf dem Ellernfeld in Aurich, 1919.

551

Dep. 34 B Nr. 894

(1919–1929)

Schreiben des Regierungspräsidenten über Erfahrungen anderer Städte mit den Kosten
für bauliche Veränderungen bei Zwangseinmietungen, 1920; Liste der nicht voll genutz-
ten Wohnungen in der Stadt Aurich, 1920.

552

Rep. 16/1 Nr. 3200

(1920–1921)

Bericht des Magistrats der Stadt Emden über die Möglichkeit, 50 Wohnungen in den
Umlandgemeinden zu schaffen bei Anwendung der verschärften Richtlinien der Stadt
Emden für Wohnungsrationalisierung, Juli 1920; Richtlinien für die Wohnungsratio-
nalisierung im Landkreis Emden: Teilung „übergrößer Wohnungen“, Entscheidung
über „Zwangsrationalierung“ durch das Wohnungsgesamt, Juli 1920; Einspruch des Ge-
meindevorstehers von Wolthusen gegen Wohnungsbesichtigungen durch eine Kommis-
sion der Stadt Emden wegen drohender Unruhen, November 1920.

553

Rep. 16/1 Nr. 4442

(1920–1921)

Flugblatt: Aufruf zur Mitarbeit am Deutschen Volkshausbund“ zum Aufbau von Volks-
häusern in Städten und Dörfern zur kulturellen, politischen und geistlichen Betreuung
der Bevölkerung, zur Verhinderung der Landflucht und zum Wiederaufbau des Deut-
schen Reiches, 1920.

554

Rep. 16/1 Nr. 3897

(1920–1922)

Eingabe des Vereins „Kriegerheimstätte e. V.“ beim Regierungspräsidenten gegen die
Verweigerung der Ansiedlungsgenehmigung durch die Gemeinde Harsweg wegen der
Weigerung des Vereins, Schullasten zu tragen, November 1920.

2.5 Wohnungswesen

2.5.1 Wohnungsnot und Wohnungsbauförderung

545

Dep. 34 C Nr. 595

(1898–1953)

Statistik über die Baurägtigkeit im Stadtgebiet Aurich, 1930.

546

Dep. 34 C Nr. 596

(1904–1935)

Bilanz des Beamten-Wohnungsverein Aurich, 1931.

547

Rep. 16/1 Nr. 3902

(1918–1920)

Wohnungsnot und schlechte Wohnverhältnisse in Norden, Mai 1919.

- 555** Rep. 16/1 Nr. 3898 (1920–1923) Ansichten, Grundrisse und Lageplan von projektierten vier dreigeschossigen Wohngebäuden des Beamten-Bau- und -Wohnungvereins in der Upstalsboomstraße in Emden, Mai 1920; Reisebericht über die Besprechung zwischen Vertretern von Reichsbehörden, des Magistrats der Stadt Emden und des Beamten-Bau- und -Wohnungsvereins über Modifikationen des Bauplans zur Kostenersenkung und Anträge auf Finanzierungshilfen, 1920.
- 556** Dep. 34 C Nr. 403 Durchsetzung des Gesetzes über die Unterbringung von mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen vom 30. März 1920 in der Stadt Aurich. (1920–1959)
- 557** Dep. 34 B Nr. 1648 Förderung der Neubautätigkeit in der Stadt Aurich mit Hilfe der Hauszinssteuer, 1924. (1921–1929)
- 558** Rep. 44 Nr. 346 Statistische Erhebungen aus den Gemeinden des Kreises Wittmund über Wohnungsbaustand, Unterbringung der Familien, Belegung der Wohnungen und Braupare ohne Wohnung, Juni–August 1922. (1922–1923)
- 559** Rep. 16/1 Nr. 3196 Antrag der Gemeinnützigen Heimstätten-Baugenossenschaft m.b.H. auf ein Landesdarlehen zur Fertigstellung der geplanten Wohnungen an der Cirkelsenastraße in Emden, Februar 1922. (1922–1925)
- 560** Rep. 16/1 Nr. 4454 Bericht der Niedersächsischen Heimstätte über beabsichtigte Mitarbeit bei planmäßigen Ortserweiterungen, Oktober 1925; Anträge der Magistrate der Städte Esens, Leer und Norden auf Förderung des Baus von Siedlungen durch die Niedersächsische Heimstätte, Oktober 1925; Voten der Landräte des Regierungsbezirks gegen Mitwirkung der „Heimstätte“ bei der Siedlungseröffnung wegen Priorität des Wohnungsbaus, Oktober 1925. (1922–1925)
- 561** Dep. 34 C Nr. 894 Zuweisung und Vermietung von städtischen Wohnungen in Aurich: Rentabilitätsrechnung für die städtischen Miethäuser, mit Verlustrausweisung, 1928; Zuweisung von Räumen im Obdachlosenhaus an erwerbslose Arbeiter, 1930; Eingabe des Hausfrauenver eins, 1930. (1922–1953)
- 562** Rep. 16/1 Nr. 4452 Bericht der Niedersächsischen Heimstätte über fehlgeschlagene Zwangsvollstreckung beim Bauverein Esens zur Entreibung rückständiger Zinsen, Notwendigkeit des Einschreitens der Aufsichtsbehörde zur Ordnung der Verhältnisse beim Bauverein Esens, Mai 1925; Bericht des Magistrats der Stadt Esens über schwierige Lage des Bauvereins wegen der von den städtischen Kollegen abgelehnten Bürgschaften, Juni 1926; Schreiben der „Ostfriesischen Sparkasse“ an den Bürgermeister von Esens, Joachim de Vries, über Regresspflicht wegen Nichteinhaltung des Versprechens über Sicherheiten für die Kredite des Bauvereins Esens, August 1925 (siehe auch Rep. 16/1 Nr. 2708; Bürgermeister der Stadt Esens). (1925–1928)
- 563** Dep. 34 B Nr. 708 Reichskredit zur Förderung der Neubautätigkeit in der Stadt Aurich, 1926–1928. (1926–1928)
- 564** Rep. 16/1 Nr. 4464 Bescheid des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt über Bewilligung von Mitteln aus dem Wohnungsfürsorgefonds für den Regierungsbezirk Aurich, u. a. zur Förderung der Umsiedlung von Stadtbewohnern aufs Land, Februar 1927–März 1928. (1926–1930)
- 565** Dep. 34 B Nr. 1655 Wohnungsbaprogramm für Angestellte in Aurich in Zusammenarbeit mit der GAG-FAH (Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimsätten, Berlin), 1927. (1927–1928)
- 566** Dep. 34 C Nr. 849 Pfandbriefdarlehen von 87 000 Goldmark bei der Stadtschafft der Provinz Hannover durch den Magistrat für den Bau der Beamtenwohnhäuser in Aurich, 1927. (1927–1935)
- 567** Rep. 16/1 Nr. 3211 Anträge der Niedersächsischen Heimstätte GmbH auf Gewährung von Abschlagszahlungen für den Bau von Landerbeiterwohnungen im Regierungsbezirk Aurich und Nachweisungen der Bauprojekte, Juni 1927–Februar 1932. (1927–1937)
- 568** Dep. 34 C Nr. 613 Kleinstwohnungsbau im Stadtbezirk Aurich: Beschluss des Magistrats Aurich zum Bau von 75 Kleinstwohnungen für schwerunterbringbare Familien und Familien, die aus der Kaserne der Stadt ausziehen müssen, 1928; Nachfrage der Stadt nach Norwohnungen bei verschiedenen Anbietern, 1929; Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose, 1931. (1928–1935)

- 569** Dep. 34 C Nr. 268
Schreiben des Preuß. Ministers für Volksbildung über die Gewährung von Beihilfen an Schullastenträger zur Errichtung von Wohnungen für Lehrer in Aurich, Jan. 1928. (1928–1936)
- 570** Dep. 34 C Nr. 867
Bauplätze für Beamtenwohnungen in Aurich, 1929. (1929–1935)
- 571** Dep. 34 C Nr. 615
Erwerb des Geländes für den Bau der Kleinstsiedlung in Sandhorst durch die Stadt Aurich, 1929. (1929–1935)
- 572** Dep. 34 C Nr. 616
Öffentliche Ausschreibungen des Magistrats von Emden für die Erwerbslosensiedlung Conrebbersweg, 1932. (1929–1936)
- 573** Dep. 34 C Nr. 851
Verzinsung und Tilgung des Pfandbriefdarlehens von 87 000 RM bei der Stadtschaft der Provinz Hannover zum Bau der Beamtenwohnungen in der Stadt Aurich, 1929. (1929–1961)
- 574** Rep. 36 Nr. 1314
Rundschreiben des Preußischen Landkreistages über Erlass des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Gewährung von Krediten für landwirtschaftliche Siedlung; Bemühung um Verbilligung des Bauens als Kriterium der Kreditförderung von Siedlungsgesellschaften und Ziel der Schaffung von Kleinbauernstellen als krisensichere Betriebe zur Ansiedlung von Landarbeitern und zur Förderung der Rückwanderung von der Stadt auf das Land, Januar 1931. (1930–1934)
- 575** Rep. 16/1 Nr. 4469
Schreiben des Regierungspräsidenten in Osnabrück über Norwendigkeit der bevorzugten Förderung des Wohnungsbaus auf dem Lande zur Verhinderung weiterer Landflucht und Erzeugung gesunden Nachwuchses, Dezember 1930; Antwortsschreiben des Regierungspräsidenten in Aurich über die Norwendigkeit gleichmäßiger Wohnungsbauförderung in Stadt und Land durch Erhöhung der zugewiesenen Steuermittel, Februar 1931; Bericht des Regierungspräsidenten in Lüneburg über Fehler bei der Wohnungsbauförderung, verstärkte Wohnungsbauförderung in den Städten als Ursache der Landflucht; Norwendigkeit des Wohnungshauses in Orten mit gutem Arbeitsmarkt, Ziel: Übersiedlung der überflüssigen Stadtbevölkerung auf das Land, Dezember 1930; Zuweisung von Mitteln aus dem Wohnungsfürsorgefonds für den Regierungsbezirk Aurich, März–Juni 1931; Bericht der Regierungspräsidenten über die Verteilung der Hauszinssteuermittel zur Wohnungsbauförderung, Norwendigkeit weiterer Hilfen wegen Viel-

zahl zu kleiner Wohnungen für Großfamilien, Förderung der Ansiedlung von Emder Stadtbewohnern im Landkreis Emden, April 1931.

- 576** Rep. 16/1 Nr. 4444
Eingabe der Architekten Gebrüder Albers, Aurich, beim Regierungspräsidenten für Förderung geplanter Arbeitnehmerhäuser in Form des „Bummerts“ und gegen den teureren, von der Niedersächsischen Heimstätte geplanten Gebäudetyp, September 1930; Eingabe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuss Nordden, beim Regierungspräsidenten für die Zuweisung von Mitteln zur Förderung des Kleinwohnungsbau in der Stadt Norden wegen schlechter Wohnverhältnisse und hoher Arbeitslosigkeit, September 1930. (1930–1943)
- 577** Dep. 34 C Nr. 904
Ankauf und Umbau des ehemaligen Zollhauses zum Wohnhaus durch die Stadt Aurich, 1931. (1931–1959)
- 578** Rep. 16/1 Nr. 4449
Bericht über die Revision des Beamten-Bau- und Wohnungsvvereins zu Emden GmbH: Mitgliederstatistik, schleppende Einzahlung der Raten auf die Geschäftsantheile der einzelnen Mitglieder, Nachweis der fehlerhaften Geschäfts- und Buchführung, bestehende Liquiditätsprobleme als Ursache für unzureichende Hypothekeninzahlungen, März 1932; Bericht des Regierungspräsidenten über Norwendigkeit der Bauinvestitionen des Vereins nach 1918 zur Bekämpfung der Wohnungsnott infolge Rückwanderung von freigesetzten ostfriesischen Arbeitskräften der rheinisch-westfälischen Industrie und der Demobilisierung; Illiquidität des Vereins durch Mietausfälle und Verarmung der Mitglieder aufgrund der Wirtschaftskrise, Dezember 1932; Bescheid des Preußischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit über Bewilligung einer Anleihe in Form der Haushaltsssteuerhypothek zur Sanierung des Beamten-Bau- und Wohnungsvvereins durch den Magistrat der Stadt Emden, Januar 1933. (1932–1937)
- 579** Dep. 34 C Nr. 602
Reichszuschüsse für Wohnungsinstandsetzung, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen in Aurich, 1932. (1932–1942)

- ### 2.5.2 Regelung des Verhältnisses zwischen Mietern und Vermietern
- 580** Dep. 34 B Nr. 1561
Bitte der Mieter der Nds. Wohnungsbaugenossenschaft an den Magistrat von Aurich, (1932–1934)
die versprochene Mietreduzierung gemäß der preuß. Verordnung über die Mietenenkung

durchzusetzen, insbesondere wegen geminderten Einkommens der Mieter durch die Norverordnungen, 1932.

2.6 Gesundheitsfürsorge, hygienische Verhältnisse

- 581** Rep. 36 Nr. 291 (1907–1958) Bitte eines Bahnarbeiters beim Landrat um Revision eines Bescheides des Gemeindevorstehers Friese über Anhebung seiner Wohnmiete trotz zehnprozentiger Lohnkürzung und Norverordnung über Mietsenkung, September 1932; Bericht des Gemeindevorstehers Friese über Bindung der Miete an die Zinsen der Hauszinssteuerhypothek des Hauses, Oktober 1932.
- 582** Rep. 16/1 Nr. 3198 (1926–1928) Beschwerde der Firma Lehnkering und Co. gegen die Nichtfreimachung ihrer Wohnungen durch die Regierung in Aurich für einen Firmenangestellten und gegen die Praxis der Bevorzugung von Beamten durch die Wohnungsgenossenschaften, März 1926; Beschwerde des Hausbewirtsvereins e. V., Leer, gegen den Abriss des Zollamtsgebäudes trotz „Wohnungsnot und Vorschlag zum Umbau als Wohngebäude, Februar 1926; Letterbrief in der „Emder Zeitung“ zur Auswirkung der Wohnungsnot auf eine Arbeiterfamilie, die wegen einer Kündigung ihre Werkwohnung verloren hat und über unzumutbare Wohnverhältnisse der staatlich untergebrachten Familien sowie über die Unzüchtigkeit der politischen Mandatsträger, April 1926; Leserbriefe im „Allgemeinen Anzeiger“, Leer, über ungезetzliche Beschlagnahme einer Wohnung in Detern, Juli 1926; Artikel der „Rhein-Ems-Zeitung“ über Härten der Wohnungszwangswirtschaft für einen Hauseigentümer, Juli 1926; Statistische Übersicht über den Geschäftsvorkehr der Wohnungsgämter in Norden, Wilhelmshaven, Emden, Leer und Aurich, Januar 1926–September 1927; Beschwerde des D. Biere gegen das Leerstehen eines Hofs in Carolinensieltrotz Wohnungsnot, November 1926; Artikel des „Leerer Anzeigenblatts“ über die Zwangsräumung einer über den freien Markt vermieteten, aber der Zwangswirtschaft unterliegenden Wohnung, Januar 1927; Artikel des „Leerer Anzeigenblatts“ über „Protestkundgebung des organisierten Hausbesitzes“ gegen Versailles und gesellschaftspolitische Experimente „Giffschwaden des russischen Steppenbrandes“ als Ursache der Wohnungsnot sowie gegen die Zwangsgewinnierung und Hauszinsbesteuerung, Mai 1927; Artikel des „Leerer Anzeigenblatts“ und des „Volkssboten“ über schlechte Wohnverhältnisse in Leer, August 1927.
- 583** Rep. 36 Nr. 580 (1920–1931) Bericht des Bürgermeisters auf Norderney über Unfähigkeit der Inselgemeinde, die wachsenden Kosten des Mieteineignungssamtes zu tragen, Mai 1923; Beschwerde des Haus- und Grundbesitzervereins Norderney beim Landrat des Kreises Norden gegen die Ablehnung seines Kandidaten als Beisitzer und Vertreter des Vermietervereins im Mieteineignungssamt durch den Gemeindeausschuss, Mai 1923; Bericht des Gemeindevorstands auf Norderney über nicht vorliegende Verpflichtung zur Wahl eines Kandidaten des Haus- und Grundbesitzervereins zum Beisitzer, Mai 1923.
- 584** Dep. 34 C Nr. 478 (1899–1951) Erlasse zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs, 1920–1932.
- 585** Dep. 34 C Nr. 484 (1907–1965) Erlass des Preuß. Minister für Volkswohlfahrt um einen Bericht über das evtl. Auftreten des „Bundes der Tätigen“ (Verein zur Empfangnisverhütung), Merseburg, in allen Regierungsbezirken, 1926.
- 586** Dep. 34 C Nr. 511 (1908–1944) Vertrag zwischen dem Verein der Kassenärzte des Kreises Aurich und dem Magistrat zur Neuregelung der ärztlichen Versorgung (freie Arztrahl der Ortsärmen), 1925; Anfrage des Magistrats der Stadt Verden über die Verfahrensweise bei der Verwaltung des Krankenhauses Aurich, 1927; Erlass des Preuß. Ministers für Finanzen zur Einschränkung der Kosten der Oberversicherungsämter und Versorgungsgerichte durch Verringerung der Kosten für ärztliche Untersuchungen, 1931.
- 587** Dep. 34 C Nr. 496 (1919–1947) Anforderung einer Meldung an den Preuß. Minister für Volkswohlfahrt, inwieweit ein Abbau an Personen und Sachleistungen infolge der schlechten Wirtschaftslage im Gesundheitswesen stattgefunden hat sowie eines Berichtes, ob sich die wirtschaftliche Notlage auf den Ernährungs- und Gesundheitszustand der Bevölkerung ausgewirkt hat, 1932.
- 588** Dep. 34 C Nr. 182 (1920–1939) Empfehlung des Preuß. Ministers für Volkswohlfahrt und Leitsätze des Reichsgesundheitsrates zur zwangswise Eheberatung und Ausstellung von Gesundheitszeugnissen, Febr. 1920; Antwort des Magistrats von Aurich an den Regierungspräsidenten Ehrebaratstellern vorerst nicht einzurichten, da dies eine Zwangsgeregelung sehr persönlicher Verhältnisse darstelle, 1926.
- 589** Dep. 34 C Nr. 506 (1922–1945) Information zur Verknappung der Bauhilfen seitens des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, 1927.
- 590** Dep. 34 B Nr. 1540 (1924–1938) Wochen- und Jahrmarkte: Protest der Bürger der Stadt Aurich (vor allem der Geschäftsinhaber) wegen der geplanten Verlegung des Kleinvieh-Wochenmarktes vom Marktplatz zum Pferdemarktplatz aus veterinärhygienischen Gründen, 1924–27.

- 591** Dep. 34 C Nr. 361 (1925–1947) Anschaffung von Röntgengeräten für die Tuberkulosefürsorgestellen mit Beihilfen des Hannoverschen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose, 1931.
- 592** Dep. 34 C Nr. 763 (1926–1965) Beachrung der vielseitigen polizeilichen Anordnungen insbesondere auf den Vieh- und Wochenmärkten in Aurich, wegen der ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche, 1926.
- 593** Dep. 34 C Nr. 600 (1928–1941) Wohnungsaufsicht: Meldung des Magistrats Aurich über die Anzahl noch vorhandener Schlafburzen an den Kreisausschuss Aurich des Bezirksfürsorgeverbandes, 1928; Bekanntmachung der Landesversicherungsanstalt Hannover zur finanziellen Unterstützung bei der Besetzung von Schlafburzen, 1928; Aufsatz „Krieg den Bettburzen“, April 1929; Richtlinien der Landesversicherungsanstalt Hannover für die Gewährung einmaliiger Beihilfen zur Sanierung von Wohnungen tuberkulöser Versicherter, 1929.
- 594** Dep. 34 C Nr. 517 (1931–1941) Anfrage des Magistrats Aurich an den Kreisausschuss des Bezirksfürsorgeverbandes ob die Kosten der Aufnahme von hilfsbedürftigen Patienten aus dem Kreisgebiet im städtischen Krankenhaus durch den Kreisausschuss garantiert werden, 1931; Ablehnung des Antrages des Kreises Aurich zur Herabsetzung der Krankenhauspfliegsätze für die III. Klasse durch die Krankenhauskommission, da bereits mit Verlusten gearbeitet wird, 1932.
- 595** Rep. 16/1 Nr. 3360 (1926–1932) Jährliche Sanitätsberichte der Kreisärzte und Generalberichte der Regierungs- und Medizinalräte: Bezirksbericht von 1926: Bevölkerungsbewegung, Verbesserung des Gesundheitszustands und der Kleidung der Schulkinder; Zunahme des Alkoholkonsums, Übersicht über Seuchenausbrüche (Paratyphus), endemische Malaria im Landkreis Emden, 1926; Bezirksbericht von 1927: Bevölkerungsbewegung, veraltete Schulbauten mit ungenügenden hygienischen Einrichtungen, abklängende Wohnungsnot, weniger überfüllte Wohnungen, 1927; Übersichten über die in den Kalenderjahren 1928 und 1929 ausgeführten Schulneu- und Erweiterungsbauten, April 1929/30; Bezirksbericht für 1928: Bevölkerungsbewegung, ungenügender baulicher Zustand der Landschulen, Fehlen von Sport- und Spielplätzen sowie Turnhallen, Maßnahmen gegen Schlafhuszen wegen Infektionsgefahr, Verbreitung des Paratyphus, Bericht über Betrieb der Nordseebäder, 1928.
- 596** Rep. 16/1 Nr. 3293 (1927–1932) Bericht des Leiters der Malariastation Emden über Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung gegenüber der Malariabekämpfung, Oktober 1929; Reisebericht des Professor Lentz
- 597** Rep. 16/1 Nr. 3361 (1929–1930) Jahresbericht des Regierungsmedizinalrats für den Regierungsbezirk Aurich über: Bevölkerungsentwicklung, Sterblichkeit, Tuberkuloseerkrankungen, schlechter Ernährungszustand von Schulkindern, ärmerer Familien, endemischer Paratyphus in Orten mit schlechten Lebensverhältnissen; unhygienische, zu kleine Wohnungen, 1929; Bericht des Regierungs- und Medizinalrats über verbreitete Tuberkulose wegen schlechter Wohnverhältnisse (Schlafen in Butzen) sowie schlechter Unterbringung der landwirtschaftlichen Arbeiter, Februar 1930; Bericht des Kreisarztes des Kreises Norden über hohe Säuglingssterblichkeit besonders der unehelichen Kinder, Februar 1930.
- 598** Rep. 16/1 Nr. 3362 (1930) Jahresbericht des Regierungs- und Medizinalrats des Regierungsbezirks Aurich: Geburts- und Sterblichkeitsstatistik, Statistik der Tuberkuloseerkrankungen, schlechte Wasserqualität auf dem Land und schlechter Bauzustand der Landschulen, 1930; Jahresbericht des Kreisarztes des Kreises Leer: zunehmende Obdachlosigkeit, schlechte Unterbringung der Landarbeiter, baufällige Arbeiterwohnungen, 1930.
- 599** Rep. 16/1 Nr. 3363 (1931) Jahresgesundheitsberichte der Kreisärzte: Berichte über Tuberkulose, 1931; Einstellung der schulärztlichen Betreuung wegen Geldmangels durch Zunahme der Zahl der Wohlfahrtsverbündeten, 1931; Schlechte Gesundheit der Schulkinder, Verschlechterung der Gesundheit der Säuglinge wegen Wirtschaftskrise; Wohnungsmangel und zu kleine Wohnungen mit unhygienischen Butzen, 1931.
- 600** Rep. 16/1 Nr. 3364 (1932) Bericht des Kreisarztes des Landkreises Emden über Hälbierung der Geburtenrate seit 1901, Zunahme der Tuberkulose, zunehmende nervöse Beschwerden aufgrund wachsender Arbeitslosigkeit, „benamungloses Fortpflanzen der Psychopathen“, 1932; Bericht des Kreisarztes des Landkreises Württemberg über Verkauf empfängnisverhindernder Mittel durch Hauseier, 1932; Bericht des Kreisarztes des Landkreises Aurich über Verbesserung der Wohnverhältnisse durch Neu- und Umbauten und Wohnungsnot in der

606 Marsch, 1932; Bericht des Kreisarztes des Landkreises Leer über schlechte Wohnverhältnisse auf dem Land als Ursache der Tuberkulose, 1932; Berichte der Kreisärzte des Regierungsbezirks Aurich über schlechten Bauzustand der Schulen und Unterernährung der Schulkinder, 1932.

607 Dep. 34 C Nr. 191
Jahresberichte der Auswandererberatungsstelle in Bremen, 1929/30 und 1930/31.

608 Rep. 16/1 Nr. 3365
(1933)
Jahresbericht des Regierungs- und Medizinalrates über Abnahme der Geburtenrate im Regierungsbezirk Aurich, Verbesserung der allgemeinen Gesundheit durch Sinken der Arbeitslosenzahl und Unterstützung durch Winterhilfswerk, schlechte Wohnungslage für arme Landbewohner, 1933; Bericht des Kreisarztes des Landkreises Aurich über Sachitis bei unterernährten Schulkindern, Abnahme der Geburtenrate, Kleinwohnungsnot auf dem Land, Überfüllung des Gerichtsgefängnisses Aurich wegen politischer Gefangener, 1933; Berichte der Kreisärzte der Stadt Emden und des Landkreises Leer über Unterernährung von Ehekandidaten und Kindern arbeitsloser Familien, 1933; Bericht des Kreisarztes des Kreises Wittmund über schlechte hygienische Zustände in Lagern des freiwilligen Arbeitsdienstes, 1933.

609 Rep. 16/1 Nr. 898
(1929–1949)
Überwachung der hygienischen Verhältnisse in Wohnanlagen, u. a. Ableitung von Abwasser in Gräben und Kanäle sowie Abfallbeseitigung: Beschwerde des H. Groeneweg, Norden, gegen Norder Bau- und Wohnungsverein und gegen den Magistrat der Stadt Norden wegen Geruchsbelästigung durch Abwasser der Häuser des Vereins, 1929–1934; Votum des Kreisarztes Dr. Fehsenfeld für eine allgemeine Kanalisierung der Stadt Norden, 1933.

610 Rep. 16/1 Nr. 4426
(1931–1932)
Karte: Verteilung des Paratyphus in Ostfriesland, 1925–1930; Bericht über die Verbreitung des Paratyphus, Zusammenhang zwischen Verarmung, schlechten hygienischen Verhältnissen und Verbreitung der Krankheit, Paratyphus als Krankheit der Armen, 1931; Bericht über Paratyphus in Ostfriesland: Krankheitsauftreten wegen kriegbedingter Unterernährung und kranker Heimkehrer, Paratyphus als soziales Problem, 1931.

2.7 Auswanderung

604 Dep. 34 C Nr. 190
Liste der Auswanderer aus dem Regierungsbezirk Aurich, 1930/31.

605 Dep. 34 B Nr. 77
Auswanderungsstatistik, 1928–1929.
(1928–1929)

606 Dep. 34 C Nr. 191
Nachweisung der im Regierungsbezirk Aurich konzessionierten Auswanderungsagenten, März 1921; Statistiken der Landräte über von Auswandereragenten abgeschlossene Transportverträge, 1922–1927.

607 Rep. 16/1 Nr. 3072
(1898–1937)
Statistischer Bericht über die Wanderbewegungen aus dem Kreis Leer in den Monaten Januar–Juli 1925; Berichte verschiedener Gemeindevorsteher des Kreises Leer über Auswanderungen vor allem nach den USA, 1927–1930; Liste von Reisenden aus dem Kreis Leer nach Groningen, Juli 1929.

608 Rep. 32 Nr. 2053
(1925–1942)
Statistischer Bericht über die Wanderbewegungen aus dem Kreis Leer in den Monaten Januar–Juli 1925; Berichte verschiedener Gemeindevorsteher des Kreises Leer über Auswanderungen vor allem nach den USA, 1927–1930; Liste von Reisenden aus dem Kreis Leer nach Groningen, Juli 1929.

609 Rep. 16/1 Nr. 3123
(1927–1937)
Statistische Berichte der Landräte des Regierungsbezirks über Auswanderung, 1928–1933.

610 Rep. 16/1 Nr. 3070
(1897–1937)
Erlass des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe über unkontrollierte Auswanderung von Dienstmädchen nach Holland, deren Gefährdung durch dortiges Überangebot an Hauspersonal, August 1923; Verfügung des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe über Beobachtung von Werbern für Siedlungsprojekte an der Wolga wegen Gefährdung potenzieller Siedler durch Eigentumsverlust, 1923; Erlass des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe über Benachrichtigung der Auswandererberatungsstellen über unerwünschte Anwerbungsaktionen zur Auswanderung von Landarbeitern, Mai 1925.

611 Rep. 16/1 Nr. 3140
(1889–1936)
Unterstützungsgesuch des Evangelischen Hauptrvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer e. V., Mai 1927; Berichte der Landräte über Auswandererberatung und –fürsorge in den Kreisen und Befürwortung des Unterstützungsgeuchs des Evangelischen Hauptrvereins, Mai 1927; Jahresbericht der Auswanderungsstelle Bremen über Beratungstätigkeit, Auswanderungsziele, Alter und Beruf der Auswanderer, Vorgehen gegen „Auswanderungsschwindler“, Juni 1931; Bericht des Regierungspräsidenten in Münster über Missstände bei der Auswanderung weiblichen Hauspersonals nach Holland und Gegenmaßnahmen, Juni 1931; Pressenotiz über „Hollandwanderung“ deutscher Mädchen, Juni 1931; Bericht des deutschen Gesandten in den Niederlanden über großen Zuzug arbeitssuchender deutscher Hausmädchen und die Aussichtslosigkeit ihrer Suche wegen Personalabbaus aufgrund der Wirtschaftskrise, September 1931.

3. Verwaltung und Verwaltungsreform

3.1 Kreisreform

- 612** Rep. 32 Nr. 2054
 Werbeschrift des Gründers der „Honduras Produce Co. LTD.“, Strodthoff, Westerstraße,
 für eine genossenschaftlich organisierte Siedlung in Britisch Honduras als Ausweg aus
 Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Not, 1931; Mitteilung des Kassenführers der
 „Honduras Produce Co. LTD.“, Wattjes, Jübberde, über Bedingungen für den Eintritt
 in die Gesellschaft, 1931.

- 613** Rep. 32 Nr. 1555
 Verfügung des Regierungspräsidenten über die Bildung und die personelle Stärke der
 kommissarischen Kreisausschüsse der erweiterten Kreise Leer und Norden, September
 1932; Vorschlag des Landrats des Kreises Leer zur Ernennung der Deputierten für den
 kommissarischen Kreisausschuss, September 1932.
- 614** Rep. 16/1 Nr. 175
 Denkschrift des Kreisausschusses zur wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Situa-
 tion des Landkreises Weener, 1930; Vorlage des Landrates des Kreises Leer zur finanzi-
 ellen Auswirkung einer Zusammenlegung der Kreise Leer und Weener, 1931; Eingaben
 von Vereinen und Verbänden des Kreises Weener gegen die Kreisauflösung, 1931; Denk-
 schrift des Magistrates der Stadt Emden gegen die Auflösung des Kreises Emden wegen
 zu großer Belastungen der Bevölkerung des Kreises, 1932.
- 615** Rep. 36 Nr. 37
 Denkschrift der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg an den
 Landrat des Kreises Norden für den Erhalt des Regierungsbezirks Aurich wegen ethn-
 ologischer Eigenheiten und Eigenständigkeit der dem Meer zugewandten Wirtschaft des
 Bezirks, Oktober 1932.
- 616** Rep. 36 Nr. 38
 Bericht des Landrats des Kreises Norden: Mehrbedarf für Neueinstellungen infolge der
 Verwaltungsmehrarbeit durch Vergrößerung des Kreisgebietes, erträgliche Entfernung
 der Kreisstadt Norden von der Krummhörn, Emden wegen seiner dezentralen Lage
 ungeeigneter Kreissitz, kein Interesse an Borkum, Oktober 1932.
- 617** Rep.-Nr. 4191 Rep. 22, Jtr., 237
 Forderung des Wirtschaftsbundes Niedersachsen-Kassel nach Mitspracherecht der kom-
 munalen Selbstverwaltungskörperschaften, Kommunalverbände und Wirtschaftsver-
 bände bei der Kreisreform, August 1932; Bericht des Vorsitzenden des Verbandes der
 preußischen Landgemeinden, Dr. Gerické, über die Verordnung über die Neugliederung
 von Landkreisen und der folgenden Aufhebung von 60 Kreisen durch die kommissari-
 sche preußische Staatsregierung ohne Anhörung der Betroffenen und der Durchführung
 der Zusammenlegungen ohne Berücksichtigung der Wirtschafts- und Verkehrsstruktur-
 ren sowie über geplante Maßnahmen gegen die Verordnung auf dem Gesetzeswege,
 August 1932; Bericht der „Rhein-Ems-Zeitung“ über Protestresolution des Kreistages
 des Kreises Emden gegen die Zusammenlegung mit dem Kreis Norden, August 1932;

Bericht des Landrats des Kreises Emden an den Landrat des Kreises Norden über Kündigung von acht jungen Verwaltungskräften und Notwendigkeit des Verbleibs langjährig angestellter Verwaltungskräfte im Kreisdienst, August 1932; Denkschrift des Bürgermeisters Dr. Zisseler, Lehre: „So kann man die Verwaltungsreform aber nicht anfangen“: bessere Einsparungsmöglichkeiten durch Vereinfachung der Finanz- und Arbeitsamtsverwaltung und durch Abbau von Bürokratie, Notwendigkeit der Berücksichtigung des Flächenkriteriums bei der Kreisreform, August 1932; Denkschrift des Magistrats der Stadt Emden zur Auflösung des Kreises Emden: Zusammenlegung unter Nichtberücksichtigung der historischen und wirtschaftlichen Beziehungen, Flächenumfang und Einwohnerzahl als nicht geeignetes Kriterium der Kreisreform, August 1932; Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig über die Verwerfung des Antrags auf einstweilige Verfügung gegen die Kreisreform wegen Nichtzuständigkeit des Gerichts bei Landesverfassungsstreitigkeit, Oktober 1932; Erklärung des in den einstweiligen Ruhestand versetzten Landrats des Kreises Emden, Walter Bubert, als Vorsitzender des Kreisausschusses des ehemaligen Kreises Emden gegen die Klage gegen die preußischen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof: Staatskommissare als nicht verordnungsberichtigte Landesregierung, Dezember 1932.

618 Rep. 36 Nr. 35 (1932–1946) Bericht des Landrats des Kreises Norden über Einsparungen durch Personalabbau und durch mögliche Konzentration von Kreisneinrichtungen (Wohlfahrtsheim) durch die Kreisreform sowie über einheitliche agrarisch geprägte Struktur des vergrößerten Kreises Norden, Oktober 1932; Verfügung des Regierungspräsidenten in Aurich über die Bildung eines kommissarischen Kreisausschusses für die erweiterten Kreise Norden und Leer sowie Zahl der darin vorgesehenen Sitze für die Altkreise Emden und Weener sowie Norden und Leer, September 1932.

3.2 Eingemeindungen

619 Rep. 32 Nr. 599 (1878–1974) Denkschrift für Abspaltung Völlenerkönigsfehns von Völlen und Bildung einer selbstständigen Gemeinde: Begründung durch eigenen Volkscharakter, starker sozialer Gegenstand des Arbeiter- und Kolonistenrechts zum großbäuerlichen Völlen, wirtschaftliche Fähigkeit zur Bildung einer eigenen Gemeinde, Februar 1919; Protokoll der Gemeindeausschusssitzung vom 25. Februar 1919; Unterstützung der Ablösung Völlenerkönigsfehns, Februar 1919; Verfügung des Landrats des Kreises Leer gegen Ablösung Völlenerkönigsfehns als eigenständige Gemeinde wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen und mangelnder Steuerkraft, März 1920.

620 Rep. 26e Nr. 2 Rep. 20 Ur. 805 (1883–1932) Eingemeindung von Auricher Wiesmoor II in Wiesmoor: Eingabe des Gemeindevertreters beim Regierungspräsidenten gegen eine Eingliederung in den Kreis Wittmund

wegen wirtschaftlicher Ausrichtung nach Aurich, Mai 1928; Bericht des Landrates des Kreises Aurich über Ausrichtung Wiesmoors nach Aurich und der Bereitschaft zur Aufnahme in den Kreis Aurich bei Entschädigung durch den Kreis Wittmund wegen entstehender größerer finanzieller Lasten, Juni 1928.

621 Rep. 32 Nr. 283 (1886–1972) Resolution von Bewohnern aus Ihrenfeld gegen Abtrennung von der Gemeinde Ihnen, März 1922.

622 Rep. 28 Nr. 4049 (1900–1954) Bericht des Magistrats der Stadt Emden an den Landrat des Kreises Emden über Notwendigkeit der Eingemeindung der Randgemeinden wegen der Hafenentwicklung, Einschulung der Vorortkinder nach Emden, Verlegung des Hauptbahnhofs in Richtung Laurell, wirtschaftliche Abhängigkeit der Vororte von der Stadt und mögliche finanzielle Erlastung des Kreises durch städtische Übernahme der Wohlfahrtslasten und der Straßenunterhaltung in den Vorortgemeinden, September 1925; Bericht des Landrats des Kreises Emden an den Preußischen Landkreistag über Abschluss von Eingemeindungsverträgen der Stadt Emden mit den Vorortsgemeinden unter Umgehung seiner Behörde, Ablehnung der Eingemeindung durch Larett und Harsweg sowie übertriebene Versprechungen Emdens trotz wirtschaftlicher Sägation und Stilllegung von Industriewerken sowie negative Auswirkungen der städtischen Haushaltsskrieze auf das Umland (Nichtstandsetzung des Entwässerungssystems), September 1925; Bericht des Landrats des Kreises Emden über Einverständnis mit der Eingemeindung von Borsum und Wolfhausen nach Emden und Widerspruch zur Eingemeindung von Larett und Harsweg wegen deren ländlichen Charakters und der Entfernung von der Stadt, September 1926; Schreiben des Landrats a. D. und Geheimen Regierungsrats Backerath an den Landrat des Kreises Emden in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter gegen Eingemeindungen als Gefährdung der kommunalen Selbstständigkeit des Landes, März 1927.

623 Dep. 34 C Nr. 14 (1918–1953) Beschwerde der Gemeinde Sandhorst gegen die geplante Eingemeindung von Teilen der Gemeinde zur Errichtung einer Kleinstsiedlung wegen des Ausfalls von Steuereinnahmen und der ohnehin schlechten Lage der Landgemeinde, Okt. 1929; Weigerung der Einwohner der zu räumenden Kasernen I und II in Aurich am Schlossplatz, ihre gekündigten Wohnungen zu verlassen und nach Sandhorst umzusiedeln, um sich ihre Stadtbürgerechte und besseren Wohlfahrtsfürsorgeplätze zu erhalten sowie die Solidaritätserklärung der nichtgekündigten Bewohner, Nov. 1929.

624 Rep. 16/1 Nr. 3115 (1919–1937) Bericht des Regierungspräsidenten über die wirtschaftliche Notwendigkeit der Vereinigung Wilhelmshavens mit Rüstringen im oldenburgischen Staatsverband, pessimistische Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung Wilhelmshavens zur Handelshafenstadt, Au-

gust 1919; Eingabe des Magistrats der Stadt Wilhelmshaven gegen eine Vereinigung der Jadestädte wegen Nachteilen für Wilhelmshavener Bürger, Juli 1919; Bericht des Preußischen Innenministeriums über Bestrebungen zur Abretung Wilhelmshavens an Oldenburg, Juni 1919; Denkschrift zur wirtschaftlichen Lage der Städte Wilhelmshaven und Rüstringen, über verschärfte Krise der Hafenwirtschaft nach der Inflation, neue Lasten für Wilhelmshaven durch Hafenvertrag mit dem Reich und schwierige wirtschaftliche Lage, Oktober 1928; Bericht des Regierungspräsidenten über die Ablehnung der Vereinigung der Jade-Städte im oldenburgischen Staatsverband wegen wirtschaftlicher Probleme Oldenburgs und mögliche Lösung der Vereinigungsfrage im Zuge einer Vereinigung Preußens mit Oldenburg, Oktober 1928.

625

Rep. 16/3 Nr. 36

Auflösung der domänenfiskalischen Gutsbezirke: Erlass des Preußischen Innenministers über zu treffende Vorbereitungen zur Auflösung der Gutsbezirke nach Inkraftsetzung der vom Landtag beschlossenen Reform der Gemeindeverfassungsgesetze, Dezember 1927; Bericht des Regierungspräsidenten über Behinderung der staatlichen Siedlungs-Politik in Ostfriesland bei rascher Auflösung aller fiskalischen Gutsbezirke, März 1928; Bericht des Regierungsrats Heyne über Rücknahme des Auflösungsantrags für die Gutsbezirke Pfälzendorfer Moor, Klein Heseler Moor und Veenhusener Königsmoor wegen zu geringer Einwohnerzahl und drohender Steuermehrbelastung im Fall der Gemeindebildung (Wohlfahrt, Schullasten) als Hindernis der weiteren Moorbesiedlung, Juni 1928.

626

Rep.-Nr. 4192- Rep. 22, Nr. 238

(1927-1938)
Aufhebung der Zwerggemeinden: Verfügung des Regierungspräsidenten in Aurich über Prüfung auflösungswürdiger Zwerggemeinden und Beginn des Zusammenslegungsverfahrens bis zu den erwarteten Kommunalwahlen im Frühjahr 1928, Dezember 1927; Eingabe von Bewohnern der Gemeinde Widdelswehr beim Landrat des Kreises Emden gegen eine Zusammensetzung mit der Gemeinde Petkum, Juli 1928; Eingabe des Gemeindevorstands von Gandersum gegen die Zusammensetzung mit Petkum wegen Gefahr einer Steuermehrbelastung und verschiedener Interessen der bürgerlichen Bevölkerung Gandersums und der bürgerlichen Petkums, Juli 1928; Eingabe des Gemeindevorstehers in Canum gegen die Zusammensetzung mit den Gemeinden Weyquard und Pewsum wegen der Gefahr der Nichtwahrnehmung der Rechte der links wählenden Mehrheit in Canum, August 1928; Statistische Übersicht über die Verhältnisse der zusammengelagten Zwerggemeinden im Kreis Emden, September 1928; Erlass des Preußischen Staatsministeriums über die Eingliederung der Gemeinde Jarssum nach Widdelswehr, Heiselhusen nach Campen, Marienwehr nach Uphusen und Abbingwehr nach Loppersum, Dezember 1928.

4. Politische Bewegungen

4.1 Politische Lageberichte, Beschwerden und Pressewesen

627

Rep. 16/1 Nr. 1229

Leserbrief des Kreistagsabgeordneten Zaayenga zum sozialen Gegensatz zwischen arm und reich und zu seinem Antrag zur Unterstützung von Kleinrentnern, Dezember 1921.

628

Rep. 16/1 Nr. 2165

Bericht des „Deutschen Schutzbundes“ über Bestrebungen der Niederländer zur Übernahme Ostfrieslands, Januar 1924; Bericht der Landräte des Regierungsbezirks Aurich über nicht bekannte Kooperation zwischen Ostfriesen und Groningen zum Übertritt Ostfrieslands zu den Niederlanden, Februar 1924.

629

Dep. 34 B Nr. 302

Tagebuch über Verbote politischer Versammlungen, Plakate und Flugblätter, 1931; Anzeige einer Versammlung des Monistenbundes, 1923; Polizeiliche Meldung einer ungenehmigten Versammlung des „Stahlhelm“, 1930; Anweisung des Regierungspräsidenten an alle städtischen Polizeiverwaltungen, Störungen von Weihnachtsfeiern durch radikale Gruppen zu verhindern, 1930; Rücknahme der Genehmigung und Beschlagnahme von Flugblättern durch den Regierungspräsidenten, 1931; Redeverbot gegen den nationalsozialistischen Redner Gustav Schnier, Oldenburg, 1931; Meldung des Bürgermeisters von Aurich an den Regierungspräsidenten über gesetzwidrige politische Beratigung der reformierten Kirche, 1931; Bericht über den Verlauf einer öffentlichen politischen Versammlung der KPD in Aurich, März 1932. Meldung an den Regierungspräsidenten über judefeindliche Parolen bei Umzügen der NSDAP, 1932.

630

Rep. 16/1 Nr. 2228

Bericht der Landespolizeielle über kommunistische Kundgebung in Wilhelmshaven zur Verherrlichung der Zustände in Rußland und nachfolgende Diskussion mit Sozialisten, Anarchisten und Flugblatt der Nationalsozialisten, Januar 1923; Versammlung der Arbeitslosen in Wilhelmshaven, März 1923; Boykott der Hotels in Wilhelmshaven gegen Alliierte, März 1923; Flugblatt des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte gegen Wucher und Niedriglöhnne, April 1923; Anweihungsversuch im Kreis Weener zu gewalttamen Aktionen gegen die französische Besatzungsmacht im Ruhrgebiet, Mai 1923; Halbmonatsbericht der Landespolizeielle über Streit zwischen „Deutschdenkende Arbeiter“ und „Freudeutscher Bund“ in Wilhelmshaven, Mai 1923; Bericht der „Ostfriesischen Volkszeitung“ über Veranstaltung der NSDAP in Emden, Juni 1923; Artikel der „Ostfriesischen Volkszeitung“ über Antisemitismus des Pfarrers auf Borkum, L. Mündchmeyer, Juli 1923; Bericht des Regierungspräsidenten über Streiks der Landarbeiter und Generalstreik in Landkreis und Stadt Emden und den Kreisen Norden und Aurich wegen Lohnforderungen angesichts der Inflation, September 1923.

- 631** Rep. 16/1 Nr. 1410 (1923–1924)
Bericht der Landespolizeistelle Wilhelmshaven über die Gründung eines „Vereins deutschdenkender Arbeiter“ in Wilhelmshaven und Satzung des „Vereins gegen Kommunismus und Großkapital“, 1923; Aufruf dcr „Großdeutschen Arbeiterpartei“ für einen antisemitischen, völkischen Staat, 1923; Bericht des Führers des Bundes „Graf York von Wartenburg“, Emden, Herbert Biebert, über eine Versammlung des Bundes und dessen Programm, Februar 1923; Bericht über den „Verein deutschdenkender Arbeiter“ in Wilhelmshaven als Tarnorganisation der verborgenen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und Beobachtung verdächtiger Personen durch die Polizei, März 1923; Überwachung der Infiltration der Polizei durch die NSDAP, März 1923; Verbot der Tätigkeit von Reichswehrhoffizieren in Selbstschutzorganisationen, 1923; Berichte über rechtsradikale Aktionen und Flugblätter in Wilhelmshaven, 1923; Berichte über Versammlung des „Vereins deutschdenkender Arbeiter“ in Norden und Tumulte wegen antisemitischer sowie antisozialistischer Äußerungen des Versammlungsredners, Mai 1923; Bericht über Streikbewegung in Ostfriesland gegen Inflation und Regierung Stresemann, September 1923; Aufruf zur Organisation eines Großdemonstrationstages am 3. Februar 1924 durch den geschäftsführenden Reichsausschuss der KPD, Januar 1924; Richtlinien für Agitation und Parteiarbeit der KPD unter legalen und illegalen Bedingungen, 1924.

- 632** Rep. 16/1 Nr. 4544 (1923–1926)
Ausnutzung der Wirtschaftskrise durch Agitatoren für die Wiederherstellung eines selbstständigen Staates Hannover, Eingabe des Gewerkschaftskartells Leer und des Handelsvereins Leer beim Regierungspräsidenten, September 1923.
- 633** Dep. 34 C Nr. 157 (1923–1935)
Überwachung des Radio- und Funkwesens, 1923–(1935).
- 634** Dep. 34 C Nr. 336 (1924–1959)
Schreiben der Beratungsstelle für das Volksbüchereiwesen, Stettin, über die „Bekämpfung der Schandliteratur“ sowie Stellungnahme der Stadt Aurich, 1925.
- 635** Rep. 16/1 Nr. 2169 (1925–1930)
Bericht über den Boykott eines Zimmermanns wegen seiner demokratischen Gesinnung durch antirepublikanische Bauern in Hamswehrn, August 1925; Verschiedene Broschüren der KPD und der KP-Organisation „Rote Hilfe“, 1927; Bericht der Polizei Emden über antirepublikanische Äußerungen und Beleidigungen gegen den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Gustav Noske, durch Angehörige der Reichswehr, August 1928; Bericht des Regierungspräsidenten über republikanische Artikel in der „Ostfriesischen Zeitung“ Emden, Oktober 1928; Artikel der „Emder Zeitung“ und der

- „Auricher Zeitung“ über das Ende der großen Koalition und den Richtungstreit in der DVP, März 1929; Anonymes Schreiben eines Monarchisten mit Beleidigungen der Träger der Republik, Januar 1930; Antirepublikanisches Pamphlet gegen Beamtenchaft, Februar 1930; Untersuchung gegen die Redakteure Agena und Herlyn wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutz der Republik durch Anbringung eines Schildes mit antirepublikanischem Text im Bürgerpark Aurich, September 1929–Juni 1930; Versammlung der Deutschen Staatspartei in Leer mit Vortrag zum Parteiprogramm für den Erhalt der Republik, August 1930; Versammlung der DNV/P in Leer mit Vortrag über den Kampf der Partei gegen Republik und Reparationspläne, für einen nationalen Block mit der NSDAP, August 1930; Öffentliche Versammlung der DVP in Leer mit Vortrag zur Mittelstandsförderung, August 1930; Öffentliche Versammlung der Deutschen Staatspartei zur Einheit des Mittelstandes, August 1930; Öffentliche Versammlung der Deutschen Reichspartei für gewerblichen Mittelstand mit Vortrag über Einheit des Mittelstandes, Sparpolitik und Forderung nach Rückgabe der Kolonien sowie gegen Großwarenhäuser, August 1930; Versammlung der KPD in Leer mit Vortrag über Rettung Deutschlands durch Diktatur des Proletariats, August 1930.

- 636** Rep. 16/1 Nr. 2359 (1926–1928)
Bericht über den Wikinger-Bund als Nachfolgeorganisation der Marinebrigade Ehrhardt, seine staatsfeindlichen Ziele und Kooperation mit anderen Gruppen, insbesondere dem Sportverein „Olympia“ als Verein von Mitgliedern des am Kapp-Putsch beteiligten Regiments „Groß-Berlin“, 1926; Protokoll der Beschlagnahme einer kommunistischen Zeitschrift bei Arbeitern in Leer, Dezember 1926; Presseartikel zum Streit um die Abschaffungspflicht der republikanischen Reichsfahne für Schulen und öffentliche Erziehungseinrichtungen sowie zum Vorschlag des Regierungspräsidenten Jann Berghaus zur Verteilung kleiner Republikfahnen an Schulkinder bei festlichen Anlässen, 1927; Artikel zu Stahlhelm im Enden gegen Reichshäinner, 1927; Flaggenstreit im Seehospiz Kaiserin Friedrich, Norderney, Februar 1927; Beschwerden gegen militärische Übungen des Stahlhelms Hinte, 1927; Hakenkreuzfahne auf dem Schützenfest in Wittmund, 1927; Flaggenstreit auf den Nordseecineln und Zerstörung sowie Diebstahl der Republikfahne auf Baltrum und Spiekeroog, 1927–1928; Verunglimpfung der Republikfahne in Westrhauderfehn am Verfasstungstag, 1927; Plakat einer Wahlkundgebung der NSDAP auf Borkum mit Ludwig Münclemeyer als Hauptredner, 1928; Störung einer Veranstaltung des Reichsbanners mit dem SPD-Reichstagsabgeordneten Hermann Tempel in Victorbur und spätere Verurteilung des Verantwortungsleiters Friedrich Gerdes wegen Beleidigung des Gemeindevorstehers von Victorbur, 1927–1928.

- 637** Dep. 34 C Nr. 133 (1926–1946)
Zeitung im Bezirk der Stadt Aurich, 1931.
- 638** Rep. 16/1 Nr. 2218 (1927–1929)
Presseartikel über das Vorgehen der republikanischen Beschwerdestelle gegen kaiserliche Symbole bei amtlichen Einrichtungen, April 1927; Artikel der „Rheiderland-Zeitung“

zum Kreisfrontsoldatentag des Stahlhelm in Leer, Juni 1927; Artikel der „Auricher Zeitung“ über Berliner Stahlhelmtag, Mai 1927; Artikel der „Rhein-Ems-Zeitung“ über Beflaggung anlässlich des 80. Geburtstags Hindenburgs, September–Oktober 1927; Tantzen (Oldenburg): Bauern und Demokratie, im: „Berliner Tageblatt“, Dezember 1927; Antisemitisches Herzblatt, „Die Gefäß“, Nr. 1 und Nr. 2, 1927; Pressenotiz der „Rheiderland-Zeitung“ über Kandidatur des ehemaligen Borkumer Pfäfers Münchmeyer für ein Reichstagmandat für die NSDAP, März 1928; Artikel im „Vorwärts“ über Münchmeyer, April 1928; Artikel der „Auricher Zeitung“ über Agitation des Regierungspräsidenten Jann Berghaus als Spitzenkandidat für die DDP, April 1928; Artikel des „Landwirtschaftlichen Wochenblatts“ über die Regierung der großen Koalition, gegen die SPD und für ein Bündnis mit Italien gegen Frankreich, Juli 1928; Artikel in der „Ostfriesischen Zeitung“ und dem „Volksboten“ zum Stahlhelmtag in Emden, September 1928; Artikel des „Volksboten“ über Kundgebung Ludendorffs in Norden, September 1928; Bericht im „Anzeiger für das Harlingerland“ über „Junglandbund“-Treffen in Logabirum und das doritige Votum gegen Versailler Vertrag und Young-Plan, Oktober 1928; Artikel des „Volksboten“ über monarchistischen Geistlichen in Aurich, Februar 1929; Bericht des „Volksboten“ über Streit zwischen Stahlhelm und Kriegerverein in Aurich, Februar 1929; Leserbriefl. Steffens im „Ostfriesischen Kurier“ gegen Parlamentarismus und für „Führerstaat“, März 1929; Artikel im „Volksboten“ über Reichsbannertreffen in Jheringsfehn und dortige Rede des Regierungspräsidenten Jann Berghaus, Mai 1929.

639 Rep. 16/1 Nr. 196 (1928–1932) Publikation einer Rede des Staatsministers Hirscher über die Erfolge der demokratischen Regierung und Weigerung des Abdruks durch Zeitungen im Regierungsbezirk, 1928; Anordnung der Entsendung eines Mitarbeiters des preußischen Pressedienstes nach Ostfriesland zur Benachrichtigung über das Volksbegehen gegen den Young-Plan, 1929; Berichte über staatsfeindliche Aktionen von Extremisten in Ostfriesland, 1929.

640 Dep. 34 B Nr. 284 (1929) Liste der „Schund- und Schnurzschriften“, 1929.

641 Rep. 16/1 Nr. 2163 (1929–1930) Artikel im „Vorwärts“ über eine Rede des Fraktionsvorsitzenden der DVP, Ernst Stendel, im Preußischen Landtag, Januar 1929; Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ über die Unterordnung der Personalpolitik des Preußischen Landwirtschaftsministers Steiger unter parteipolitische Interessen, Juli 1929; Bericht der „Wilhelmshavener Zeitung“ über Parteiversammlung der SPD zur Marinierung, Juli 1929; Artikel im „Volksboden“ über das Emsland als Kultur- und Siedlungsgebiet, Juni 1929; Einfluss der rechtsgerichteten DVP sowie des Stahlhelms auf die Beamenschaft, September 1929–Juli 1930; Presseartikel zum Young-Plan und dem Volksbegehen gegen den Vertrag, Oktober 1929–April 1930; Artikel des „Volksboten“ über den Versuch der Gründung eines Bürgerblocks gegen die SPD in Norden bei der Kommunalwahl am 17. Nov. 1929, Oktober

1929; Verschiedene Artikel des preußischen Pressedienstes über wirtschaftliche und soziale Aufbauleistung in der Provinz Hannover und anderen preußischen Provinzen, November 1929; Artikel im „Ostfriesischen Kurier“ zum 9. November 1918 gegen die Revolution, Kolportierung der Dolchstoßlegende, November 1929; Artikel im „Ostfriesischen Kurier“ über den Rücktritt des Preußischen Innenministers Grzesinski wegen seiner Personalpolitik, März 1930; Verschiedene Artikel über Bildung „Volksnationaler Heilsvereinigung“ und ihre Versammlung in Leer, April 1930; Verschiedene Artikel zur Krise der DDP und den Austritt des oldenburgischen Reichstagsabgeordneten Tantzen aus der DDP, Mai 1930; „Landwirtschaftliches Wochenblatt für Ostfriesland“ zur Agrarkrise, Mai 1930; Artikel der „Emder Zeitung“ über das Verbot der NSDAP (Uniformierungsverbot) und den Ausschluss Gregor Strassers aus der NSDAP, Juli 1930; Lederbriefe in der „Auricher Zeitung“ zum Gehaltsabbau bei Beamten, August 1930.

642 Rep. 16/1 Nr. 199 (1929–1933) Verzeichnis der im Regierungsbezirk Aurich erscheinenden periodischen Zeitungen und deren politische Ausrichtung, 1929–1930.

643 Rep. 16/1 Nr. 95 (1930–1932) Protokoll der Besprechung zur politischen und sozialen Lage am 9./10. Oktober 1930; Besprechung zur politischen Lage am 19. Februar 1931; Protokoll der Besprechung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit am 25. April 1931.

644 Rep. 16/1 Nr. 134 (1930–1932) Beschwerde des Landtagsabgeordneten Ernst Stendel wegen des Vorgehens von Beamten der Domänenverwaltung gegen Pächter aufgrund ihrer direkten Beschwerden bei ihm, 1931; Beschwerde gegen einen Regierungsrat wegen antisemitischer Handlungen, 1931; Beschwerde des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gegen die Polizei der Stadt Emden wegen Duldung verschiedener Gesetzesverstöße der NSDAP, 1931.

645 Rep. 16/1 Nr. 200 (1931–1932) Inserierung öffentlicher Bekanntmachungen in den Zeitungen des Regierungsbezirks Aurich unter Berücksichtigung ihrer politischen Orientierung, 1930–1931; Ausschluß der Emder Zeitung von der Inserierung öffentlicher Bekanntmachungen wegen Agitation gegen den Young-Plan, 1931; Erscheinen der NS-Zeitung „NS-Parole“ im Landkreis Norden, 1932.

4.2 Wahlen und Ämterbesetzungen

4.2.1 Reichs-, Landtags- und Provinzialwahlen

646 = Rep. 22, Ur. 1252 (1919–1932)

Tabellarische Übersicht über bürgerliche und sozialistische Stimmen in den Gemeinden des Kreises Emden, 1919; Beschluss des Kreisausschusses über die Zahl der zu wählenden Kreisgegsageordneten aus den Gemeinden nach Maßgabe der Einwohnerzahl, Februar 1919; Beschwerde des Obermeisters Ennenga gegen die Wahlkreiseinteilung für die Kreiswahl wegen mangelnder Vertretungsmöglichkeit des Handwerkerstandes, Plädierung für kreisweite Wahllisten der einzelnen Stände, März 1919; Protestresolution der Gemeindeversammlung von Canhusen gegen die Zusammensetzung mit Loppersum zu einem Kreiswahlbezirk, April 1919; Einige des Kreisausschussmitgliedes Ludwig Münchmeyer beim Landrat des Kreises Emden über Niederlegung seines Ausschusss und Kreismandats wegen örtlicher Abwesenheit, Erklärung über nationalsozialistische Parteizugehörigkeit, Januar 1929.

647

Rep. 227/8 Nr. 3 (1921–1933) Propaganda- und Wahlschriften, Aufrufe der DNVP zu den Reichs- und Landtagswahlen, 1924.

648

Rep. 227/8 Nr. 5 (1931–1932) Rundschreiben des Landesverbands Ostfriesland der DNVP zur Propaganda für die Partei; Protokolle der Vorstandssitzungen des Landesverbands; Wahlpropaganda, u. a. Rednerpläne des Landesverbandes zur Reichstagswahl, 1932.

649

Rep. 36 Nr. 13 (1921–1923) Ergebnisse der Wahlen zum Provinziallandtag; Verzeichnis der am 20. 2. 1921 gewählten Mitglieder des Kreistages des Kreises Norden.

650

Rep. 28 Nr. 4185 (1925) Verfügung über zugelassene Wahllisten für die Provinziallandtagswahl; Eigene Liste des Pfarrers L. Münnchmeyer, Borkum, Oktober 1925; Übersicht über das Ergebnis der Provinziallandtagswahl im Vergleich zur Kreistagswahl in den einzelnen Gemeinden des Kreises Emden, November 1925; Wahlvorschläge der Parteien zur Provinziallandtagswahl, 1925.

651

Rep. 32 Nr. 648 (1920–1935) Statistik der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 für den Kreis Leer ohne die Stadt Leer; Wahlergebnisse aus den Landgemeinden, Juni 1920; Übersicht über das Ergebnis der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 in den Landgemeinden des Kreises Leer; Übersicht

Reichs-, Landtags- und Provinzialwahlen

über das Ergebnis der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 in der Stadt Leer und dem Landkreis Leer; Übersicht über das Ergebnis der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 in Stadt und Landkreis Leer (Einzelmitteilungen der Wahlvorsteher); Übersicht über das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 in der Stadt und dem Kreis Leer; Übersicht über das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl im Kreis und der Stadt Leer; Mehrheit für Hitler, April 1932; Übersicht über das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932 in den Landgemeinden des Kreises Leer; Wahlbetrug durch Einrechnung mehrerer Wahlvorschläge, August 1932.

652

Rep. 36 Nr. 15 (1924) Reichstagswahlergebnis für die Stadt Norden, Mai 1924; Nach Gemeinden gegliederte Übersicht über das Reichstagswahlergebnis im Kreis Norden, Mai 1924.

653

Rep. 44 Nr. 2 (1928) Ergebnisse der Landtagswahl von 1928 im Kreis Wittmund.

654

Rep. 36 Nr. 16 (1928) Übersicht über das Ergebnis der Landtags- und Reichstagswahl 1928 im Kreis Norden im Vergleich zu 1924.

655

Rep. 32 Nr. 2041 (1897–1937) Eingabe des Gerhard Möhlmann beim Landrat des Kreises Leer wegen ungebührlicher Äußerungen in einem Wahllokal in Detern, Mai 1928; Bericht des Landjägereipostens I in Hesepe über Auszug der Straftagefängen aus Klostermoor mit toten Fahnen zur Arbeit und Unterstützung durch andere Moorarbeiter, Mai 1928.

656

Rep. 36 Nr. 19 (1929–1933) Beschwerde des Bürgerbundes e. V. Norderney gegen das Ergebnis der Kreistagswahl vom 17. November 1929 wegen eigenmächtiger Veränderung seiner Wählliste durch einen seiner Kandidaten der sich an die Spitze der Liste setzte, Dezember 1929; Beschwerde der KPD, Ortsgruppe Norden, gegen das Ergebnis der Kreistagswahl wegen Unregelmäßigkeiten in verschiedenen Wahllokalen (unvollständige Wähllisten, Wahlmanipulation durch Sozialdemokraten), November 1929; Protokoll über die Beschwerde des Tischlers Jacob Janssen, Norderney, gegen die Wahlhandlung wegen Propaganda und Versuch der Wahlbeeinflussung durch Parteien im Wahlraum, November 1929; Bericht des Wahlleiters auf Norderney über Richtigkeit der Angaben Janssens und trotz der Wachsamkeit des Wahlvorstands versuchte Beeinflussung, November 1929.

657

Rep. 36 Nr. 20 (1930–1932) Sonderausgabe des „Ostfriesischen Kuriers“ über das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 im Vergleich mit der Reichstagswahl vom 28. Mai 1928 und der

Provinziallandtagswahl vom 17. November 1929; Bericht des Polizeipräsidenten in Hannover über geplante Aktivitäten der KPD nach ihrem Wahlerfolg; Bildung von Betriebszellen und Agitation auf dem Lande, Oktober 1930.

658

Rep. 32 Nr. 650

Ergebnis der Landtagswahl vom 20. Februar 1921; Ergebnis der Provinziallandtagswahl in den Landgemeinden des Kreises Leer 1921 und Ergebnis der Wahl zum preußischen Landtag vom 24. April 1932 in den Landgemeinden des Kreises Leer; Übersicht über die Beteiligung am Volksentscheid zur Landtagsauflösung, 1931.

659

Rep. 36 Nr. 22

Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31. Juli und 6. November 1932 im Kreis Norden, Juli–November 1932.

660

Rep. 36 Nr. 21

Ergebnis der Landtagswahl vom April 1932 im Kreis Norden.

4.2.2 Volksbegehren

661

Dep. 34 C Nr. 85

Erfassung der Stimmberechtigten für die Saar-Abstimmung, 1926–1932.

662

Rep. 36 Nr. 28

Volksbegehren „Panzerkreuzerverbots“: Berichte verschiedener Gemeindevorsteher im Kreis Norden über Nichteingang von Eintragungslisten für das Volksbegehren, Oktober 1928; Berichte der Gemeindevorsteher in Rechtesupweg und Norderney über den Eingang einer Volksbegehrseintragungsliste, Oktober 1928; Eintragungsliste über das von der KPD und ihren Organisationen erwirkte Volksbegehren „Panzerkreuzerverbots“, 1928; Berichte der Gemeindevorsteher in Menstede-Coldinne, Leezdorf und Baltrum über Eintragungen in die ausgelegte Liste, Oktober 1928.

663

Rep. 36 Nr. 29

Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ im Kreis Norden: Erlass des Preußischen Innenministers über das Verbot des Führers der Bezeichnung „Kreisausschuss für das Volksbegehren“ durch Initiatoren des Begehrens, Oktober 1929; Erlass des Preußischen Innenministers über Berichterstattung über Unregelmäßigkeiten während der Auslegungsfrist und Ausübung von Druck auf Abstimmungsberechtigte zur Erzielung von Eintragungen in die Volksbegehrseinstände, Oktober 1929; Bericht des Gemeindevorstechers Swyter, Upgant-Schott, über ungerechtfertigte Beschwerden wegen nicht gesetzmäßiger Auslegung der Eintragungswahlen und Parteinaahme, November 1929; Verwahrung des Ge-

neindevorstehers in Schwittersum, Jürgen Janssen, gegen den Vorwurf einer von ihm gebilligten Herumreicherung der Eintragungswahlen durch seine Haushälterin zum Erhalt von Eintragungen von Landarbeitern, November 1929; Übersicht über das Ergebnis des Volksbegehrens „Freiheitsgesetz“ im Kreis Norden: Geringe Beteiligung (25–50 Prozent), Oktober 1925.

664

Rep. 28 Nr. 4190

(1929–1930)

Volksbegehren „Freiheitsgesetz“: Übersicht über das Ergebnis des Volksbegehrens in den Gemeinden des Kreises Emden, Dezember 1929; Plakat der Reichszentrale für den Heimdienst, Landesabteilung Hannover, „Stresemanns Vermächtnis“: Erfolge des verstorbenen Reichsaufßenministers bei der Revision des Versailler Vertrages und der Reparationsfrage, Schädlichkeit des Volksbegehrens, Oktober 1929; Verfügung des Landrats des Kreises Emden über die Unvereinbarkeit der Agitation von Beamten für das Volksbegehren mit ihren Pflichten gegenüber dem Staat, Oktober 1929; Erklärung des Preußischen Ministerpräsidenten im Landtag über die Pflichtvergessenheit von für das Volksbegehren eintretenden Beamten gegenüber dem Staat und Abschluss des Young-Plans als Fortsetzung erfolgreicher Außenpolitik, Oktober 1929; Übersicht über Zahl der Eintragungen für das Volksbegehren im Kreis Emden, Oktober 1929; Erzwingung von Unterschriften von Deicharbeitern in die Volksbegehrseiste unter Kündigungsdrohung durch den Deichrichter van Hettlinga; Protokoll über die Aussage des Landarbeiter Ehmke Fritschs über Druck von Seiten seines Arbeitgebers und dessen Familie zur Eintragung in die Volksbegehrseiste und über Kündigung seines Arbeitsverhältnisses und seiner Wohnung wegen seiner Gegnerschaft zum amtierenden Gemeindevorsteher, seiner Kandidatur für den Gemeindeausschuss und seiner Nichteintragung in die Volksbegehrseiste, November 1929; Bericht des Landrats des Kreises Emden über Fälle von Entpresseung von Unterschriften für das Volksbegehren durch wirtschaftlichen Druck der Arbeitgeber oder Auftraggeber der Handwerker, November 1929; Erlass des Preußischen Innenministers über Beobachtung der Teilnahme bisher nicht rechts wählender Personen am Volksbegehren, Dezember 1929; Bericht des Landrats des Kreises Emden über Teilnahme von DVP-Wählern am Volksbegehren und über wirtschaftliche Unzufriedenheit als vermutliches Motiv für die Einzeichnung in die Volksbegehrseiste, Januar 1930; Richtlinien des Preußischen Innenministers über Vorgehen gegen für das Volksbegehren eintretende Beamte: Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Amtsenthebung bei aggressiver und staatsbedeigender Agitation von Beamten für das Volksbegehren, Mai 1930.

665

Dep. 34 C Nr. 135

Flugblatt der SPD gegen den Volksentscheid zur Amtsenthebung der Regierung am 9. August 1931.

666

Rep. 36 Nr. 30

Volksbegehren „Landtagsauflösung“: Telegraphischer Erlass des Preußischen Innenministers über Verbot von Geldsammlungen der Gemeindevorsteher für das Volksbegehren (1931)

„Landtagsauflösung“ des Stahlhelms, April 1931; Zahl der Eintragungen in die Volksbegehnsliste in den Gemeinden des Kreises Norden, April 1931; Aussage des Gemeindedienern in Großheide, Holling, über Beauftragung durch den Gemeindevorsteher zum Besuch verschiedener kranker und älterer Bewohner mit der Eintragungsliste, um ihnen eine Eintragung zu ermöglichen, Juni 1931; Verfügung des Landrats des Kreises Norden über Unzulässigkeit von Eintragungen außerhalb der dafür bekannt gegebenen Räume, Juni 1931; Verfügung des Regierungspräsidenten in Aurich über Alarmbereitschaft der Polizei zum Einsatz gegen Störungen während der Abstimmung zum Volksbegehrten, August 1931.

4.2.3 Kommunalwahlen und Ämterbesetzungen auf kommunaler Ebene, Disziplinarverfahren

667 Dep. 60 Nr. 1382
Erklärung von 10 Bürgervorstehern an den Magistrat der Stadt Norden, ihr Amt wegen politischer Differenzen mit anderen Bürgervorstehern niederzulegen, August 1924; Erklärung der Mandatsnachrücker ebenfalls kein Amt anzunehmen, 1924; Bericht des Magistrats der Stadt an den Regierungspräsidenten in Aurich über eine weitere Verschärfung der Streitigkeiten im Kollegium (auch Pressespiegel Juni/Juli 1924) sowie über die derzeitige partelle Zusammensetzung des Kollegiums, August 1924. Bemühungen um die Auflösung der Kollegiums, Oktober 1925–April 1926.

4.2.3.1 Städte Emden und Wilhelmshaven

668 Rep. 16/1 Nr. 2994
Bürgervorsteher in Emden: Vorlage des Magistrats zur Erweiterung des Bürgervorsteherkollegiums, Juli 1923; Bericht des Magistrats über Verkleinerung des Bürgervorsteherkollegiums wegen Verwaltungssabbau im Zuge der Haushaltskonsolidierung, Januar 1924.

669 Rcp. 16/1 Nr. 2934
Bericht des Magistrats der Stadt Emden über die Niederlegung der Mandate der nationalsozialistischen Bürgervorsteher Hermann Hartung und Dr. Lübben, Januar 1931; Eingabe der KPD beim Regierungspräsidenten gegen die Einführung der Nachrücker für Hartung und Dr. Lübben im Bürgervorsteherkollegium, Februar 1931.

670 Rep. 16/1 Nr. 2991
Senatoren in Wilhelmshaven: Stellungnahme des Senators Daniel Picker über seine NSDAP-Mitgliedschaft und die Absicht der friedlichen Machtaübernahme der NSDAP, Dezember 1930; Beschwerde der NSDAP gegen die Suspendierung des Senators Picker,

Januar 1931; Aufhebung der Suspendierung des Senators Picker wegen Nichtstrafbarkeit der Mitgliedschaft in der NSDAP, Mai 1931; Bericht des Regierungspräsidenten über seinen Antrag beim Bezirksausschuss auf Nichtbestätigung des Carl Renken als Senator der Stadt Wilhelmshaven wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP, November 1931; Gewaltsame Vertreibung des Senators Neue und Focken aus dem Rathaus durch SA und SS, März 1933.

4.2.3.2 Landkreis Aurich

- 671** Rep. 26c Nr. 47
Rep. 26c Nr. 48
672 Rep. 26c Nr. 48
673 Rep. 26c Nr. 56
674 Dep. 34 B Nr. 25
675 Dep. 34 B Nr. 67
- 675** (1843–1933)
Plaggenburg: Beschwerde des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Wittmund, beim Regierungspräsidenten gegen die Beurlaubung ihres Mitglieds Scherf vom Gemeindeausschuss trotz regierungsfreundlicher Haltung; Darstellung des Verbandes als regierungsfreundlich und unpolitisch, April 1933.
Popens: Artikel im „Volkssboten“ über Gemeindevorsteherwahl in Popens; Handeln zweier Mitglieder des Gemeindeausschusses gegen die Interessen ihrer Wähler und für den Eigennutz durch die Wahl des bisherigen Gemeindevorstechers, März 1930.
Sperzefehn: Brief des ehemaligen Gemeindevorsteifers Johann Hinrichs an seinen Nachfolger über nicht vorhandene Bücher wegen Amtsführung aus „dem Kopf“ und Verbitterung über den „Undank“ der Gemeinde als Rücktrittsgrund, Januar 1923; Eingabe des Gemeindevorsteifers von Mittegroßfehn, F. Fokken, beim Preußischen Inneminister wegen notwendiger Verhinderung eines Vortrags des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Heinrich Rau, Februar 1933; Verfügung des Regierungspräsidenten über die Amtsenthebung des Gemeindevorsteifers Zimmermann wegen Ankündigung des Rau-Vortrages in der öffentlichen Bekanntmachungstrafe, März 1933; Bericht des Landrats des Kreises Aurich über die Wiederwahl des abgesetzten Gemeindevorsteifers A. Zimmermann auch mit Stimmen der NSDAP, Eingabe von 121 Gemeindebewohnern für A. Zimmermann, April 1933.
Aufstellung des Magistrats und des Bürgervorsteherkollegiums Aurich, mit Angabe der Parteizugehörigkeit, 1920.
Deputiertenwahl für die Ostfriesische Landschaft, 1925–1932; Entschließung der Delegierten der Stadt Aurich zur Ostfriesischen Ständeversammlung gegen die Erwügungen zur Auflösung der Landstände durch die preußische Staatsregierung, 1929.

676 Wahlaufruf in Form eines plattdeutschen Gedichtes zur Wahl des Arbeiters Jan Huismann als Kandidaten der DNV/P, 1919; Bewerbungen ehemaliger Offiziere des Reiches für den Posten eines Parteisekretärs für den Kreisverein Aurich der DNV/P sowie deren Empfehlungen durch den Reichsarbeitsnachweis für Offiziere e. V. in Berlin, 1919/1920.

677 Rep. 227/8 Nr. 2 Schriftwechsel des Kreisverbands Aurich der DNV/P und Zeitungsausschnitte zum Wahlfälschungsprozess Hermann Siebens, Tannenhausen, 1925/26 (Vorwurf der Wahleinführung zugunsten linksgerichteter, demokratischer Parteien); Schreiben des Landgeschäftsführers S. Koop, Leer, an den Kreisvorsitzenden Otto Schaer über die Mandatsverteilung zur Landtagswahl und große Geldschwäigkeiten innerhalb der Partei, 1927.

678 Dep. 34 B Nr. 122 Wahlen zur Gemeindevertretung in Aurich: Wahlvorschläge der einzelnen Wahlvereine zu den Wahlen für die Gemeindevertretungen, u. a. Bewerber der Liste „Gewerkschaft und Kriegbeschädigte“, 1924.

679 Dep. 34 B Nr. 71 Durchführung der Landtags-, Provinzial- und Kreistagswahlen, 1925.

680 Rep. 16/1 Nr. 2954 Bericht des Landrats des Kreises Aurich über Einleitung eines Ausschlussverfahrens gegen einen Gemeindevorsteher und Kreisdeputierten wegen Wahlfälschung, 1925.

681 Rep. 16/1 Nr. 3010 Bürgermeister in der Stadt Aurich: Eingabe des Generalmajors und Ältesten der Garnison Aurich, Graup, gegen ablehnende Haltung des Bürgermeisters Schwiening gegen Einquartierung von Soldaten wegen drohender Unruhen, Mai 1919; Bericht des Bürgermeisters Schwiening über ungebilliges Verhalten und Schießereien der Angehörigen des 25. und 78. Regiments der Garrison Aurich, April 1919.

682 Rep. 16/1 Nr. 3008 Bürgermeister der Stadt Aurich: Artikel der NSDAP in der „Ostfriesischen Tageszeitung“ über Judenfeindlichkeit des Dr. Carl Anklam, März 1933; Artikel in der „Auricher Zeitung“ für die Absetzung Dr. Anklams wegen seiner Gegenwartschaft zur NSDAP, April 1933; Mitteilung des Bürgermeisters Dr. C. Anklam an den Regierungspräsidenten über Verlegung seines Familienwohnsitzes nach Hildesheim und über sein Beharren

auf dem Bürgermeisteramt in Aurich, Juni 1933; Bescheid des NS-Gauleiters Röver gegen Amtsverbleib des Dr. Anklam, Juli 1933.

683 Rep. 26c Nr. 7 Barstede: Gesuch des Cornelius H. F. Saathoff um Entbindung vom Amt des Gemeindevorstehers wegen gesundheitlicher Probleme als Folge einer Kriegsverwundung, November 1920; Protokoll über die Wahl des bisherigen Beigeordneten, des Landwirts Johann Albers, zum Gemeindevorsteher, Dezember 1920; Gesuch des Gemeindevorsteher Johann Albers um Entbindung von seinem Amt wegen Gesundheitsproblemen, Mai 1921; Wahl des Landwirts Jann Rieken zum Gemeindevorsteher, Mai 1921; Einspruch des Jann Rieken gegen seine Wahl zum Gemeindevorsteher wegen hoher Belastung durch große Familie, Landwirtschaft und gesundheitliche Probleme, Juni 1921; Wahl des Landwirts Johann Habben zum Gemeindevorsteher und die Ablehnung der Wahl, Juli 1921; Verfügung des Landrats des Kreises Aurich über Verpflichtung des Johann Habben zur Annahme der Wahl unter Androhung von Strafsteuern und Verlust politischer Rechte für 3–6 Jahre, September 1921; Protokoll über die Wiederwahl des Gemeindevorstehers Johann Habben mit 500 RM Honorar jährlich, Juni 1924; Wahl des Landwirts Haje Hasbargen zum Gemeindevorsteher, August 1927; Eingabe des Haje Hasbargen beim Landrat des Kreises Aurich wegen Ablehnung seiner Wahl zum Gemeindevorsteher wegen fehlenden Büroräums in seinem Haus, September 1927; Verfügung des Landrats über die Ansetzung einer Neuwahl einer für das Amt des Gemeindevorsteher geeigneten Person, Oktober 1927; Wahl des (1921 zurückgetretenen) Johann Albers zum Gemeindevorsteher, Oktober 1927.

684 Rep. 26c Nr. 8 Barstede: Gesuch des Cornelius H. F. Reiners zum Gemeindevorsteher, November 1919; Protokoll über die Wahl des Landwirts Johann Janssen zum Gemeindevorsteher nach 36-jähriger Amtszeit des H. J. Reiners, März-April 1923; Protokoll über die Wiederwahl des Gemeindevorstehers Johann Janssen mit einem Honorar von 50 RM pro Monat, Juli 1924; Antrag des Gemeindevorstehers Johann Janssen auf Stundung der Kreisssteuererlaubnis der Gemeinde Bedekaspel wegen Steuerrückständen verschiedener Bürger aufgrund der Wirtschaftslage, April 1930; Anfrage des Landrats des Kreises Aurich an den Preußischen Landkreistag über Vorzeichen gegen die Gemeinde Bedekaspel wegen Weigerung der Erhebung eines Zuschlags zur Grundvermögenssteuer zur Deckung des Ersts, April 1930; Verfügung des Landrats des Kreises Aurich über Zahlungspflicht der Kreisabgaben durch die Gemeinde Bedekaspel unter Androhung der Erinnerung eines kommissarischen Gemeindeausschusses- und -vorstehers, Mai 1930; Bericht des Gemeindevorstehers Janssen über Steuerverweigerung von G. Iderhoff und anderen Landwirten, Weiterbestehen des Problems auch bei Auflösung der Gemeindegründen, Mai 1930; Verfügung des Landrats des Kreises Aurich über Hebung der Steuern in Bedekaspel, Zwangsmaßnahmen gegen Iderhoff, Juni 1930; Verfügung des Landrats des Kreises Aurich über die Abgabe der Steuerlisten aus der Gemeinde Bedekaspel zur Steuerzwangseinziehung durch den Landkreis, August 1930; Bericht des Ge-

meindevorstehers über die Ablehnung der Einsendung der Steuerliste an den Kreis durch den Gemeindeausschuss, August 1930; Erlass des Landrats des Kreises Aurich über die Zwangsetatierung der Gemeinde Bedekaspel, September 1930; Berufung des Landrats des Urteils im Disziplinarverfahren gegen Eilt Finkenburg wegen Gefährdung der staatlichen Autorität, August 1931.

685 Rep.-Nr. 20 Rep. 20 Ur. 819 (1852–1933)

688 Rep.-Nr. 20 Rep. 20 Ur. 839 (1852–1933)

Georgsfeld: Protokoll der Gemeindeversammlung über Festlegung eines Modus für die Gemeindevorsteherwahl: geheime Wahl mit Wahlzettel und geschlossener Urne, Bestimmung eines Wahlvorstands, Vorschlag der Gemeindevorsteherkandidaten, März 1919; Eingabe der Teilnehmer der Gemeindeversammlung beim Landrat des Kreises Aurich gegen Bestätigung der Gemeindevorsteherwahl vom 9. März 1919 wegen eigenmächtiger Amtsentscheidung des alten Gemeindevorstehers J. Goldenstein, April 1919; Bescheid des Landrates des Kreises Aurich über Nichtigkeit der Gemeindeversammlung, Antrag vom 9. März wegen nicht ordnungsgemäßer Ladung der Gemeindeversammlung, Anordnung einer Neuwahl, April 1919; Protokoll über die Wahl des Kolonisten Ippe Bohlen zum Gemeindevorsteher auf einer Gemeindeversammlung, Mai 1919; Bericht des Gemeindevorstehers Ippe Bohlen aber die Unfähigkeit der Gemeinde Georgsfeld zur Aufbringung ihres Anteils der Erwerbslosenunterstützung, Februar 1921; Protokoll über die Wahl des Kolonisten Johann Goldenstein zum Gemeindevorsteher, Mai 1925; Eingabe des Ippe Bohlen beim Landrat des Kreises Aurich wegen Nichtbezahlung der bei Unterhaltungsarbeiten auf dem Weg des Kolonisten Bohle Hinrichs eingesetzten Arbeitslosen, Februar 1926; Antrag des Gemeindevorstehers auf Vorgehen gegen Ippe Bohlen wegen Unruhestiftung, Februar 1926; Ablehnung des Antrags auf Honorarerhöhung für den Gemeindevorsteher und dessen Rücktrittankündigung auch wegen Amtsmüdigkeit wegen Streitigkeiten mit dem linksgenieteten Gemeindeausschuss und mit Wohlfahrtsverbandslosen, Juli 1931.

werbung im Wahlraum, Dezember 1929; Einspruch des Rolf S. Reck gegen die Gemeindeausschusswahl am 19. November 1929 wegen Wahlmanipulationen durch Mitglieder der KRD, Dezember 1929.

687 Rep.-Nr. 46 Rep. 20 Ur. 734 (1831–1931)

Pfälzdorf: Beschluss der Gemeindeversammlung, wegen der geringen Zahl der Wahlberechtigten keinen Gemeindeausschuss zu bilden und über das Weiterbestreben der Gemeindeversammlung, April 1924.

688 Rep.-Nr. 54 Rep. 20 Ur. 839 (1822–1931)

Simonswolde: Gesuch des Gemeindevorstehers J. H. de Boer beim Landrat des Kreises Aurich um Amisenthebung aus Alters- und Gesundheitsgründen, Februar 1923; Protokoll der Wahl des Landwirts Klaas Bauer zum Gemeindevorsteher, März 1923; Eingabe des Klaas Bauer über Ablehnung der Wahl zum Gemeindevorsteher wegen schwieriger wirtschaftlicher und häuslicher Lage, April 1923; Beschluss des Gemeindeausschusses über die Verhängung von Strafzetteln gegen Bauer und des Verlustes politischer Rechte auf sechs Jahre wegen unbegründeter Ablehnung der Wahl zum Gemeindevorsteher sowie Wahl des Gastwirts und Krämers Folkert Krull zum Gemeindevorsteher, Mai 1923; Verfügung des Landrats des Kreises Aurich über die Einsetzung des Kreisinspektors Jacobs zum kommissarischen Gemeindevorsteher, Juli 1923; Verfügung des Landrats über Begleitung des kommissarischen Gemeindevorstehers Jacobs durch den Landjäger wegen Gefahr des Widerstands des amtierenden Gemeindevorstehers de Boer bei der Geschäftsausübung, Juli 1923; Protokoll über Wahl des Landwirts Rolf Mudder zum Gemeindevorsteher mit sieben von acht Stimmen des Gemeindeausschusses nach Bekanntmachung seiner geringeren Honorarforderungen im Wert von 60 Zentner Roggen gegenüber seinem Gegenkandidaten, Bäckermeister Johann Bruns, Oktober 1923.

689 Rep.-Nr. 62 Rep. 20 Ur. 846 (1834–1931)

Upende: Anonyme Eingabe beim Landrat des Kreises Aurich gegen die Wahl des Sohnes W. Meints zum Gemeindevorsteher wegen Steuerpfändung, Mittellosigkeit und Unfähigkeit zum Amt, Juni 1922; Bericht des amtierenden Gemeindevorstehers über Unfähigkeit des gewählten Gemeindevorstehers Willem Meints, Juni 1922; Antrag des Gemeindevorstehers W. Meints auf Amtsenthebung wegen Vertrauensverlustes im Gemeindeausschuss wegen der von ihm betriebenen zwangsweisen Steureinziehung, Dezember 1931; Bescheid des Landrats des Kreises Aurich über Ablehnung des Antrags wegen Verpflichtung zur Steureinziehung, Dezember 1931.

690 Rep.-Nr. 74 Rep. 20 Ur. 917 (1825–1931)

Wieboldsbüre: Eingabe des amtierenden Gemeindevorstehers Friesenborg beim Regierungspräsidenten wegen Beschwerden aus der Gemeinde gegen den neu gewählten Gemeindevorsteher Johann Ihnen wegen seiner Beteiligung am Volksbegehr gegen den Young-Plan als Verstoß, obwohl durch einen Erlass des Innenministers die Beteiligung

für Kommunalbeamte verboten war, Februar 1930; Antrag von sechs Gemeindeausschussmitgliedern und acht Ersatzmännern auf Erlass der Mitgliedschaft im Ausschuss wegen der Wahl des Johann Ihnen zum Gemeindevorsteher, Januar 1930.

4.2.3.3 Landkreis Emden

691

Rep. 16/1 Nr. 1229

(1905–1923)
Kreistagsprotokoll vom 22. Dezember 1922: Debatte um die Besetzung des Landratsamtes und Nominierung des Walter Bubert aus Osnabrück von der Kreistagsmehrheit, Dezember 1922.

692

Rep. 32 Nr. 102

(1885–1972)
Burlage: Beschwerde verschiedener Gemeindebewohner beim Oberpräsidenten der Provinz Hannover gegen die Gültigkeitserklärung der Gemeindeausschusswahl vom 2. März 1919 wegen Unregelmäßigkeiten bei der Wahl und des ungesetzlichen Wahlmodus (Mehrheitswahl statt Verhältniswahl), Juli 1921; Einspruch des Kolonisten Reinhard Lüken gegen Benachteiligung bei der Verteilung und dem Verkauf gemeindeeigener Moorflächen durch einen anderen Interessenten, Januar 1922; Protestresolution von Bewohnern aus Burlage an den Landrat des Kreises Leer: Protest gegen den „Beamtentar“, gegen Steuerlast, drohenden Zusammenbruchs der Landwirtschaft, Herrschermentalität und Arroganz der Beamten, gegen Bevorzugung der Stadt Leer gegenüber dem Land bei Infrastrukturaufnahmen und öffentlichen Bauten, Februar 1928; Bericht über einen Rattengriffhändler aus dem Emsland als Verfasser und Verkäufer der Protestresolution, Februar 1928; Durch Auszug von Gemeindeausschussmitgliedern verursachte Be schlussunfähigkeit des Gemeindeausschusses bei „unangenehmen Angelegenheiten“, November 1930.

693

Rep. 28 Nr. 3989

(1865–1932)
Canum: Antrag des Gemeindevorstehers Reinemann auf Amtsentbindung wegen Bedrohung seines Lebens und seiner Familie auf Grund seiner Amtsgeschäfte, besonders der Steuererhebung, Dezember 1931.

694

Rep. 28 Nr. 3810

(1865–1932)
Cirkwehrum: Ernennung des Angestellten der Kreiskommunalkasse, Hindenk Hillers, zum Staatskommissar über die Gemeinde Cirkwehrum zur Einleitung der notwendigen, vom Gemeindeausschuss verweigerten Maßnahmen zum Ausgleich des Gemeindehaushalts, August 1931; Wiedereinsetzung der Gemeindegremien nach Einrichtung eines Einziehungsgamts für rückständige Gemeindesteuern, April 1932.

695

Rep. 36 Nr. 120

(1927–1955)
Eilsum: Rücktrittsgesuch des Gemeindevorstehers Landwirt J. Brouer wegen Unmöglichkeit der Steuererhebung wegen Mittellosigkeit der Steuerpflichtigen und zu hoher Steuerin infolge der Kreis- und Schulstellenumlage, November 1927.

696

Rep. 16/1 Nr. 3001

(1930)
Esklum: Beschwerde zweier Ausschussmitglieder und des ehemaligen Vorstehers der Gemeinde gegen die Wahl des W. Boekhoff zum Gemeindevorsteher wegen Republikfeindlichkeit und Wahlfälschern, März 1930; Bericht des Landrats des Kreises Emden über Annulierung der Gemeindewahl wegen Formfehlern, April 1930.

697

Rep. 36 Nr. 122

(1932–1955)
Greetsiel: Antrag des Fleckenvorstehers Otten beim Landrat des Kreises Norden auf Stellung eines Staatskommissars wegen drohender Zahlungsunfähigkeit aufgrund hoher Wohlfahrtslasten und zögernder Steuerereingänge sowie Überforderung, Dezember 1932; Bescheid des Landrats über Unzulässigkeit der Stellung eines Staatskommissars zur Steuerneinziehung, Dezember 1932.

698

Rep. 28 Nr. 4035

(1931–1932)
Grimersum: Antrag auf Einsetzung eines Staatskommissars für die Gemeinde Grimersum wegen Fehlens einer geeigneten und willigen Persönlichkeit für das Amt des Gemeindevorstehers, Dezember 1931; Verfügung des Landrats des Kreises Emden über Einsetzung des Kreisangestellten Peter Triomp zum kommissarischen Gemeindevorsteher in Grimersum, Februar-April 1931.

699

Rep. 28 Nr. 4011

(1859–1931)
Hanswehntum: Antrag beim Landrat zur Bestimmung eines Gemeindevorstehers wegen des Fehlens einer Bewerbung um das Amt, Oktober 1923; Androhung einer Steuerstrafe und Beschneidung des Wählrechts auf vier Jahre wegen des ungerechtfertigten Rücktritts des Beigeordneten Dirksen bei weiterer Verweigerung des Amtsverbleibs, November 1923.

700

Rep. 28 Nr. 3909

(1864–1932)
Harsweg: Protestresolution von 69 Gemeindebewohnern gegen die Wahl des Gastwirts Hinrich Dirks zum Gemeindevorsteher wegen zu kurzer Wohnzeit in Harsweg, berufsbedingter Gefähr der Parteilichkeit und Mangel an Vermögen, Oktober 1919; Ablehnung der Wahl des H. Dirks zum Gemeindevorsteher durch den Landrat, November 1919; Beschwerde verschiedener Gemeindebewohner gegen zu hohes Gehalt des Gemeindevorstehers wegen Überlastung der Steuerzahler, Februar 1920; Verfügung des Regierungspräsidenten über notwendige Neuwahl des Gemeindevorstehers wegen Formfehlern bei der Bestellung eines Ersatzmannes für ein ausgeschiedenes Gemeinde-

ausschussmitglied, Dezember 1929; Verfügung des Landrats des Kreises Emden über die Nichtbestätigung der Wahl des Maurers Ulfert Herlyn zum Gemeindevorsteher wegen Unvereinbarkeit von Amt und Beruf, Februar 1930; Verfügung des Landrats über Ernennung des Beigeordneten Sanders zum kommissarischen Gemeindevorsteher und Neuwahl des Gemeindevorstands nach Konsolidierung der Gemeindeverhältnisse, März 1930; Amtsenthebung des Gemeindevorstehers Sanders wegen Falschaussage vor Gericht, um einen Kreistagsabgeordneten und einen NS-Reichstagsabgeordneten aus Oldenburg zu diffamierenden Beschuldigungen gegen den Landrat zu veranlassen, April 1932.

701

Rep. 32 Nr. 256

Hollen: Eingabe verschiedener Gemeindebewohner beim Landrat über verzögerte Einberufung des neu gewählten Gemeindeausschusses durch den Gemeindevorsteher, April 1919; Bericht des Gemeindevorstehers an den „kgL Landrat“ über rechtmäßige Einberufung des Gemeindeausschusses nach Bedarf, gegen „sozialistische“ Sitten, Mai 1919.

702

Rep. 32 Nr. 283

Ihren: Eingabe des Gemeindevorstehers beim Landrat über die Möglichkeit der Verhängung einer Geldbuße bei unentschuldigtem Fernbleiben von Gemeindeausschusssitzungen, April 1920; Resolution von Gemeindebewohnern für die Auflösung und Neuwahl des Gemeindeausschusses wegen Nichtwahrnehmung der Gemeindeinteressen und Vertrausverlusts, Juli 1921.

703

Rep. 28 Nr. 3931

Loquard: Beschwerde des Harm Witben und des W. Tuitjer gegen die Wahl des Gemeindevorstehers Müller wegen Beeinflussung der Wählern durch Landwirte aufgrund ihrer Rolle als Arbeitgeber von Gemeindeausschussmitgliedern, Juli 1931; Verfügung des Landrats des Kreises Emden über Einsetzung des Angestellten Klock vom Wohlfahrtsamt zum Staatskommissar in Loquard wegen Unterlassung der Eintreibung rückständiger Steuern durch die Gemeindeverwaltung, Oktober 1931.

704

Rep. 32 Nr. 425

Nordgeorgsfehn: Bericht des Gemeindevorstehers über Wahl der Mitglieder des Gemeindeausschusses, Proteste gegen die Wahl wegen Nichtversetzens des Wahlmodus (Verhältnis- und Listenwahl) sowie der verspäteten Einreichung weiterer Wahlvorschläge, März 1919; Beschwerde von Gemeindebewohnern gegen die Gemeindeausschusswahl wegen formaler Fehler, April 1919; Eingabe des sozialdemokratischen Distriktführers des Distrikts Detern, Johann Schröder, beim Kreisausschuss in Leer wegen Norwendigkeit einer schnellen Entscheidung über den Protest, Mai 1919.

705

Rep. 32 Nr. 432

Nortmoor: Bericht des Gemeindevorstehers über Einberufung des Gemeindeausschus-

ses am Nachmittag zur Verhinderung der von Arbeitern angedrohten Ausschreitungen, Dezember 1931.

706

Rep. 28 Nr. 3849

Osterhusen: Wahl des Arbeiters Seeben Stomberg zum Gemeindevorsteher in Osterhusen, März 1925; Verfügung zur Vollstreckung einer Haftstrafe von sieben Monaten wegen Haftfriedensbruchs gegen den Maurer Seeben Stomberg, April 1924; Antrag des Landrats des Kreises Emden beim Oberstaatsanwalt in Aurich auf Aufschub der Strafvollstreckung gegen Stomberg, wegen entstehender wirtschaftlicher Härte auf Grund vorangegangener Arbeitslosigkeit für seine Familie und gerade erfolgter Arbeitsaufnahme auf Norderney, April 1924; Erlass des Preußischen Justizministers zur Begnadigung von Landarbeitern im Landkreis Emden, über Umwandlung der Haftstrafe des Maurers Stomberg in eine Geldstrafe, Juli 1924; Beschwerde verschiedener Gemeindebewohner gegen die Wahl Stombergs zum Gemeindevorsteher wegen seiner Berufstätigkeit in Emder und seiner Bestrafung wegen Landfriedensbruchs als Folge der Teilnahme an Landarbeiterstreiks, März 1925; Bestätigung der Wahl Stombergs durch den Kreisausschuss, April 1925.

707

Rep. 28 Nr. 3873

Uphusen: Verfügung des Wahlausschusses in Uphusen über Nichtzulassung des Wahlvorschlags „Neuwahl“ wegen nicht fristgerechter Einreichung, April 1924; Einspruch des Rechtsanwalts Tammena im Namen des Landwirts A. Groeneveld, Spinnnermeisters J.A. Brands und des Arbeiters R. Focken gegen das Wahlergebnis der Gemeindeausschusswahl wegen gesetzwidriger Nichtzulassung der Wahlliste „Neuwahl“, Mai 1924.

708

Rep. 28 Nr. 3802

Upleward: Beschwerde verschiedener Bewohner der Gemeinde Upleward gegen die Wahl des Arbeiters Jan Ennenga zum Gemeindevorsteher wegen dessen Mittellosigkeit und Gefahr der Veruntreitung von Steuern sowie Drohung mit Steuerboykott bei Wahlbestätigung, August 1931; Bescheid des Landrats des Kreises Emden über Bestätigung der Wahl Ennengas wegen einwandfreier, demokratischer Wahlprozedur und in Gemeinden des Kreises stattgefunder Veruntreuungen durch gewerbetreibende Vorsteher, August 1931.

709

Rep. 28 Nr. 4067

Utrum: Beschwerde der im Gemeindeausschuss vertretenen Landwirte („Steuerzahler“) gegen die Festsetzung des Gemeindevorsteherhonorars durch die aus Arbeitern bestehende Ausschussmehrheit, Februar 1920; Anklageschrift des Oberstaatsanwalts in Aurich beim Schöffengericht in Emden gegen den Landwirt und abgelösten Gemeindevorsteher in Utrum wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung im Zusammenhang mit der Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung, Juli 1928.

710 Rep. 28 Nr. 4102 (1909–1932)
Woltzeten: Bericht des Landrats des Kreises Emden über Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziel der Amtsenthebung gegen den Gemeindevorsteher Lübberts wegen eipresserischem Druck bei der Arbeitsvergabe, um genügend Eintragungen für den Antrag des Srahelms auf ein Volksbegehr für die Auflösung des Preußischen Landtags zu erreichen, April 1931; Verfügung des Landrats über Neuwahl des Gemeindevorstehers in Woltzeten nach dem Disziplinarurteil des Kreisausschusses auf Amtsenthebung des Lübberts Juni 1931; Bericht der „Emder Zeitung“ über die Wahl des L. Everwien zum ersten nationalsozialistischen Gemeindevorsteher in der Krummhörn, Juli 1931; Eingabe des gewählten Gemeindevorstehers Everwien beim Landrat des Kreises Emden über Ablehnung seiner Wahl wegen Unmöglichkeit der Einziehung von Reststeuern und Unfähigkeit der Zahlung der Wohlfahrtslasten durch die Gemeinde, Juli 1931; Verfügung des Landrats des Kreises Emden über Einsetzung des Kreiswohlfahrtsamtsangestellten Peters zum Staatskommissar über Woltzeten, August 1931.

4.2.3.4 Landkreis Leer

711

Rep. 16/1 Nr. 2744 (1916–1933)
Stadt Leer: Verfügung des kommissarischen Regierungspräsidenten über die Beurlaubung des Bürgermeisters von Leer, Dr. Erich vom Bruch, März 1933; Artikel der „Ostfriesischen Nachrichten“ über Besetzung des Rathauses der Stadt Leer, der Arrestierung des Bürgermeisters in seiner Wohnung und die Festnahme städtischer Beamter durch die SA, März 1933; Artikel in der „Rheiderland-Zeitung“ über die Verteidigung Dr. vom Bruchs gegen die Vorwürfe einer defizitären Finanzpolitik, April 1933; Artikel im „Leerer Anzeigennblatt“ über den Selbstmord des Dr. vom Bruch am 6. Mai 1933; Brief des Dr. vom Bruchs an den Senator Brouer über Unterschlagungen des Buchhalters im Viehmarktkhof sowie über Unregelmäßigkeiten beim Bau der Berufsschule, Mai 1933; Artikel im „Allgemeinen Anzeiger“ über Selbstmord des Dr. vom Bruch, Mai 1933; Bericht des Regierungspräsidenten über den Selbstmord des Dr. vom Bruch als Folge festgestellter Missstände in der Stadtrverwaltung Leer, ohne Schuldvorwürfen an den Bürgermeister, September 1933; Bericht der NS-Gauinspektion für Ostfriesland über die Kooperation Dr. vom Bruchs, DVP, mit demokratischen Parteien und über Repressalien des Ex-Bürgermeisters gegen die NSDAP 1932 sowie über seinen Selbstmord als Schuld eingeständnis, September 1933.

712

Rep. 16/1 Nr. 2972 (1928–1930)
Bericht des Magistrats der Stadt Leer über die Vergnügungssteuerpflicht der Vorträger des Jungdeutschen Ordens und über die Vortragsthemen, September 1928; Leserbrief in einer Zeitung gegen Bevorzugung der Spar- und Konsumgenossenschaft für Ostfriesland beim Grundstückskauf von der Stadt Emden, November 1928; Eingabe der kommunistischen Bürgervorsteherfraktion im Bürgervorsteherkollegium der Stadt Emden

Hollum 304
Büren 304
Norderney 304
Nordwest 304

713 Rep. 22, Nr. 414 (1909–1932)
Woltzeten: Bericht des Landrats des Kreises Emden über Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziel der Amtsenthebung gegen den Gemeindevorsteher Lübberts wegen eipresserischem Druck bei der Arbeitsvergabe, um genügend Eintragungen für den Antrag des Srahelms auf ein Volksbegehr für die Auflösung des Preußischen Landtags zu erreichen, April 1931; Verfügung des Landrats über Neuwahl des Gemeindevorstehers in Woltzeten nach dem Disziplinarurteil des Kreisausschusses auf Amtsenthebung des Lübberts Juni 1931; Bericht der „Emder Zeitung“ über die Wahl des L. Everwien zum ersten nationalsozialistischen Gemeindevorsteher in der Krummhörn, Juli 1931; Eingabe des gewählten Gemeindevorstehers Everwien beim Landrat des Kreises Emden über Ablehnung seiner Wahl wegen Unmöglichkeit der Einziehung von Reststeuern und Unfähigkeit der Zahlung der Wohlfahrtslasten durch die Gemeinde, Juli 1931; Verfügung des Landrats des Kreises Emden über Einsetzung des Kreiswohlfahrtsamtsangestellten Peters zum Staatskommissar über Woltzeten, August 1931.

4.2.3.5 Landkreis Norden

714

Rep. 36 Nr. 96 (1929–1930)
Aufdruf im „Ostfriesischen Kurier“ vom 26. Oktober 1929; „An die Einwohnerschaft des Kreises Norden“: Werbung für das Volksbegehr „Freiheitsgesetz“ gegen den Young-Plan mit Unterschriften von Landwirten, Honorarien und Angehörigen des Mittelstandes und Gemeindevorsteher, Oktober 1929; Bericht des Landrats über zu Gemeindevorstehern und Beigeordneten gewählten Unterzeichnern des Auftrufs zum Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ und Aussetzung ihrer Bestätigung, Dezember 1929; Bestätigung der Wahl aller Unterzeichner des Auftrufs zum Volksbegehr, Februar 1930.

715

Rep. 16/1 Nr. 3001 (1930)
Bericht des Landrats des Kreises Norden über Einsprüche gegen die Wahl eines SPD-Gemeindevorstehers und eines rechten Beigeordneten in Osteel, Mai 1930.
716

Rep. 36 Nr. 282 (1885–1955)
Berumbur: Bitte des Gemeindeausschussmitgliedes Christian Feldmann beim Landrat des Kreises Norden um Einschreiten gegen die aus parteipolitischen Gründen ausgesprochene Kündigung des Gemeindeeldners Wilhelm Schoolmann, Mai 1931.

717

Rep. 36 Nr. 106 (1886–1955)
Berumbur: Bitte des Gemeindeausschussmitgliedes Christian Feldmann beim Landrat des Kreises Norden um Einschreiten gegen die aus parteipolitischen Gründen ausgesprochene Kündigung des Gemeindeeldners Wilhelm Schoolmann, Mai 1931.

Gemeindevorsteher, Januar 1924.

718

Rep. 36 Nr. 128 (1898–1958)
Halbemond: Protokoll der Versammlung des Reichsverbandes der Kriegsopfer und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Berumerfehn, über Nichtauszahlung der den Empfängern zustehenden vollen Höhe der Zusatzzente und Änderung der Quittungen durch den Gemeindevorsteher, Januar 1924.

Greifswald 697

beim Regierungspräsidenten wegen Ausschluss aus dem Kollegium und mangelnder Information durch den Magistrat, Oktober 1929.

713 Rep. 32 Nr. 355 (1884–1954)
Logabirum: Nichtbestätigung der Wiederwahl W. Lichsinns wegen der Kollision seiner Amtspflichten als Gemeindevorsteher und als Lehrer, April 1925.

4.2.3.5 Landkreis Norden

Rep. 36 Nr. 96 (1929–1930)
Aufdruf im „Ostfriesischen Kurier“ vom 26. Oktober 1929; „An die Einwohnerschaft des Kreises Norden“: Werbung für das Volksbegehr „Freiheitsgesetz“ gegen den Young-Plan mit Unterschriften von Landwirten, Honorarien und Angehörigen des Mittelstandes und Gemeindevorsteher, Oktober 1929; Bericht des Landrats über zu Gemeindevorstehern und Beigeordneten gewählten Unterzeichnern des Auftrufs zum Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ und Aussetzung ihrer Bestätigung, Dezember 1929; Bestätigung der Wahl aller Unterzeichner des Auftrufs zum Volksbegehr, Februar 1930.

Rep. 16/1 Nr. 3001 (1930)
Bericht des Landrats des Kreises Norden über Einsprüche gegen die Wahl eines SPD-Gemeindevorstehers und eines rechten Beigeordneten in Osteel, Mai 1930.

Rep. 36 Nr. 282 (1885–1955)
Berumbur: Bitte des Gemeindeausschussmitgliedes Christian Feldmann beim Landrat des Kreises Norden um Einschreiten gegen die aus parteipolitischen Gründen ausgesprochene Kündigung des Gemeindeeldners Wilhelm Schoolmann, Mai 1931.

Rep. 36 Nr. 106 (1886–1955)
Berumbur: Bitte des Gemeindeausschussmitgliedes Christian Feldmann beim Landrat des Kreises Norden um Einschreiten gegen die aus parteipolitischen Gründen ausgesprochene Kündigung des Gemeindeeldners Wilhelm Schoolmann, Mai 1931.

Rep. 36 Nr. 128 (1898–1958)
Halbemond: Protokoll über die Wahl des Gemeindevorstehers in Halbemond nach dem Klassenwahlrecht, Wahl des Händlers und Landgebräuchers Rolf Ubben, Juni 1919; Eingabe der Bezirkssstelle Bunde des Deutschen Landarbeiterverbandes beim Kreisausschuss in Norden wegen Beleidigung eines Verbandsmitglieds durch den Gemeindevorsteher Ubben, Januar 1931; Bescheid des Landrats, dass die Vereinsfreiheit durch die

Äußerungen Ubbens nicht beeinträchtigt wurde, März 1931; Erklärung des Gemeindestehers Ubben über künftige restlose Ablieferung der Staatssteuereingänge und Unterlassung des unzulässigen Gebrauchs für Gemeindezwecke, September 1932.

719 Rep. 36 Nr. 137
Junkersrott: Antrag des Fürsten zu Knyphausen auf Bestätigung der Ernennung des Landwirts Peter Bogenau zum Gemeindevorsteher und des Ökonomieverwalters Karl Bogenau zum Beigeordneten, Dezember 1918; Bestätigung der vom Fürsten zu Knyphausen ernannten Gemeindebeamten durch den Landrat, Dezember 1918.

720 Rep. 16/1 Nr. 3004
Stadt Norden: Bericht des Magistrats der Stadt Norden über Misstrauensvotum der rechten und völkischen Mehrheit des Bürgervorsteherkollegiums gegen den Kollegiumssprecher Dirks und den Auszug der demokratischen Opposition, August 1924; Artikel im „Ostfriesischen Kurier“ zum Streit zwischen der Bürgervorsteherfraktion „Wirtschaftliche Vereinigung“ und der völkischen Bürgervorsteherfraktion wegen der Kollegiumssprecherwahl, Mai 1924; Artikel im „Ostfriesischen Kurier“ über Boykottierung des Kollegiumssprechers Dirks und Lähmung der Sacharbeit des Bürgervorsteherkollegiums durch die rechte Bürgervorstehermehrheit, Mai 1924; Antrag des Sprechers der deutsch-völkischen Fraktion des Bürgervorsteherkollegiums Norden, Dr. Heuer, auf Auflösung des Kollegiums wegen Austritts von vier Mitgliedern seiner Fraktion und der Ignorierung des Kollegiums durch den Magistrat, August 1925; Bericht des Magistrats über Aufälle des Bürgervorstechers S. Siebolds („Völkischer Bund“) gegen Regierungspräsidenten und Magistrat, 1925; Verschiedene Presseartikel zum Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin über die Rechtmäßigkeit des Kollegiums in Norden, November 1925.

721 Rep. 16/1 Nr. 3117
Stadt Norden: Artikel der „Rhein-Ems-Zeitung“ über Streitigkeiten innerhalb der städtischen Kollegien NORDEN: Demokratisch-linke Minderheit gegen rechte völkische Mehrheit, September 1926; Einsetzung des Rentners Heddens als Ersatz des durch Selbstmord gestorbenen Bürgervorstechers und Führers der völkischen Bv.-Fraktion Dr. Heuer, Oktober 1926; Eingabe der rechten Mehrheit des Bv.-Kollegiums beim Preußischen Innenminister gegen die Einsetzung Heddens als Bürgervorsteher, Oktober 1926; Auflösung des Bv.-Kollegiums der Stadt Norden, Oktober 1926; Bericht des „Ostfriesischen Kuriers“ zur Auflösung des Bv.-Kollegiums und die Rolle des Regierungspräsidenten, Oktober 1926.

722 Rep. 16/1 Nr. 3001
Eingabe der „Republikanischen Beschwerdestelle“ beim Regierungspräsidenten gegen die nationalsozialistische Agitation des Gemeindesekretärs Poppen, Norderney, Oktober–November 1930.

723 Rep. 36 Nr. 95
Ostsee: Beschwerde des Hajje Peters, Wiant Saathoff, Theodor Janssen und Haye Beewen gegen die Gemeindewahlen in Ostsee wegen Manipulationen an der Wahlliste Agena und Nicht einschreitens des Wahlvorstandes, Mai 1924; Abweisung der Wahlbeschwerde, Mai 1924; Eingabe des nicht bestätigten Gemeindevorstehers H. Bonjies und der Mitglieder der SPD-Gemeindeausschussfraktion beim Preußischen Innenminister wegen Erzwingung der Auflösung des Gemeindeausschusses durch die Rechtsparteien durch Rückzug ihrer acht Ausschussmitglieder, Mai 1930; Bericht des „Volksbörten“ über Sieg der rechten Liste bei den Gemeindewahlen in Ostsee, schwache Wahlbeteiligung, unzulässige Gestaltung der Stimmzettel und Gefahr der Annulierung der Wahl, Mai 1930.

724 Rep. 36 Nr. 161
Rechtsupweg: Wiederwahl des Gemeindevorstehers und Versagung der Bestätigung wegen mangelhafter Amtsführung und Alkoholismus, November 1919; Wahl des Landgebräuchers Gerd Meyer zum Gemeindevorsteher und des Landgebräuchers Jacob Rindberghen zum Beigeordneten, November 1919; Rücktrittsgesuch des Gerd Meyer wegen Amtsüberforderung aufgrund fehlender Bildung und Krankheit, Dezember 1919; Beschwerde des E. Steinken beim Landrat des Kreises Norden gegen die Wahl Jann Christians wegen fehlender Bildung und USPD-Mitgliedschaft, Februar 1920.

725 Rep. 44 Nr. 139
Westerholt: Antrag des Gemeindevorstehers Kleen beim Landrat des Kreises Wittmund auf Entbindung vom Amt wegen der schweren Finanzkrise als Ergebnis der hohen Wohlfahrtaufwendungen infolge der Anmut des Ortsteils Willmsfeld (Moorgebiet), Januar 1932.

726 Rep. 36 Nr. 180
Westermarsch II: Artikel der „Rhein-Ems-Zeitung“ über Rücktritt des Gemeindevorstehers und NSDAP-Ortsführers G. Georgs wegen Fehlberträgen in der Gemeindekasse, Januar 1933; Bericht des Justizrats Dinkgräve, Rechtsanwalt, an den Vorsitzenden der Großen Strafkammer in Aurich über Verwendung von Kreissätern durch Georgs zur Finanzierung gemeindlicher Aufgaben während des Steuerstreits 1930/31, Abdeckung nur teilweise durch einkommende Nachzahlungen, Zwang zur Manipulation der Buchführung, Januar 1934.

4.2.3.6 Landkreis Wittmund

727 Rep. 16/1 Nr. 3001
Artikel der „Auricher Zeitung“ über eine Verfügung des Regierungspräsidenten zur Suspension, 1930

pendierung zweier Kreisausschusmitglieder des Kreises Wittmund wegen NSDAP-Mitgliedschaft, Dezember 1930.

728

Rep. 44 Nr. 86

Berdum: Protokoll der Gemeindeausschusssitzung über Stimmgleichheit zwischen den beiden Gemeindevorsteherkandidaten, Domänenpächter Carl Begemann und Kaufmann und Gastwirt Heinrich Rocker sowie Beschluss des Ausschusses, dass der Landrat über den künftigen Gemeindevorsteher entscheiden soll, März 1923; Antrag des Kaufmanns und Gastwirts Heinrich Rocker beim Landrat des Kreises Wittmund auf Ernennung zum Gemeindevorsteher wegen Abhängigkeit vom angebotenen Honorar aufgrund der schlechten Erratslage seines Geschäftes, März 1923; Verfügung des Landrats über die Ernennung des Carl Begemann zum Gemeindevorsteher, März 1923.

729

Rep. 44 Nr. 87

Blersum: Protokoll der Gemeindeausschusssitzung über die Wahl des Landwirts Peter Siebels nach dem beruflich bedingten Rücktritt seines Vorgängers, Landwirt Peter Siemers, zum Gemeindevorsteher, September 1921; Antrag des Peter Siebels auf Nichtbestätigung seiner Wahl zum Gemeindevorsteher wegen vordringlichen Einsatzes seiner Arbeitskraft zum Wiederaufbau des durch seinen Kriegseinsatz vernachlässigten Hofes, September 1921; Protokoll der Gemeindeausschusssitzung über die Wahl des Lehrers Heinrich Backmeister zum Gemeindevorsteher, Oktober 1921; Protokoll der Gemeindeausschusssitzung über die Wiederwahl des Gemeindevorsteher H. Backmeister, Mai 1924.

730

Rep. 16/1 Nr. 2972

Carolinensiel: Bericht des D. Biere über Amtsführung des Gemeindevorsteher in Carolinensiel: Deckung illegaler Waffenlager der Deutsch-Völkischen Partei, September 1929.

731

Rep. 44 Nr. 100

Friedeburg: Verfügung des Landrats des Kreises Wittmund an Gemeindevorsteher Heinrich Bohnens über Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der NSDAP mit dem Amt eines Gemeindevorsteifers nach dem Beschluss des Preußischen Staatsministeriums Juli 1930; Bericht des Gemeindevorsteifers Bohnens über Beibehaltung der Mitgliedschaft in der NSDAP trotz Verbots durch die Staatsregierung, unter Berufung auf das in der Verfassung verankerte Recht auf Koalitionsfreiheit und das Gleichheitsprinzip vor dem Gesetz, Juli 1930; Bericht des Landrats des Kreises Wittmund über Gefahr des weiteren Aufschwungs der ohnehin starken NSDAP in Friedeburg im Falle eines Disziplinarverfahrens gegen den sonst ruhigen und zurückhaltenden Bohnens, August 1930.

732

Rep. 44 Nr. 109

Langeoog: Schreiben des Gemeindevorsteifers Dr. Willrath Dreesen an den Gemeinde-

ausschuss über Unrichtigkeit des Vorwurfs der Betreibung einer Machtpolitik gegen den Gemeindeausschuss, April 1928; Schreiben des zurückgetretenen Gemeindevorsteifers Dr. Dreesen an den Gemeindeausschuss über Verlassen der Sirzung am 27. März 1928 aus Protest gegen ungerechtfertigte Vorwürfe und Starrköpfigkeit des Ausschusses als Grund seines Amtsenthebung sowie Auffassung seines Amtes als „neutraler Beamter“ aufgrund der Beinflussung durch Wahlkämpfe, April 1928; Bericht des Dr. Dreesen an den Landrat des Kreises Wittmund über seine öffentliche Rede und Aufdeckung der isolierten Position des Gemeindeausschusses innerhalb der Inselbevölkerung, Juni 1928; Schreiben des Direktors der Landesbank der Provinz Hannover an Dr. Dreesen über Bedauern seines Rücktritts und Absehen von weiteren „Kreditaktionen“ bis zur Klärung der Lage auf Langeoog, Mai 1928; Beschwerde Dr. Dreesens beim Regierungspräsidenten in Aurich gegen die Beigeordneten Dr. Bunse und Voß wegen Beleidigung und Verantwortung für Tumultszene auf einer öffentlichen Gemeindeversammlung, November 1928; Antrag des Mittelschulldirektors i. R. H. Vogel beim Landrat des Kreises Wittmund auf Auflösung des Gemeindeausschusses wegen Vertrauensverlusts bei der Inselbevölkerung und auf Wiedereinsetzung Dr. Dreesens als Gemeindevorsteher, Oktober 1928.

733

Rep. 36 Nr. 139

Leezdorf: Bericht des Landrats des Kreises Norden über Kasenrevision in Leezdorf, unautorisierte Vergütung des früheren Gemeindevorsteifers J. Dirks und geschlossener Rücktritt des Gemeindeausschusses, Januar 1932; Anzeige gegen den Gemeindevorsteifer Saathoff wegen Ansetzung eines Steuerboykotts, Beleidigung des Kreisausschussoberinspektors und Wahlmanipulation, Mai 1932; Schreiben des Johann Dirks an die NSDAP über Vorwürfe gegen den Gemeindevorsteher wegen der Eintreibung der rückständigen Moorsezten, Verschwinden von Akten, Wahlmanipulation des Gemeindevorstandes zum Erhalt eines genehmigten Gemeindeausschusses, Juni 1932.

734

Rep. 44 Nr. 114

Moorweg: Beschwerde verschiedener Gemeindebewohner beim Landrat des Kreises Wittmund wegen nicht fristgemäßer Bekanntmachung der Vorsteherwahl und Zugrundelegung der falschen Steuerliste zur Feststellung der Stimmwertigkeit der einzelnen Wähler (Klassenwahlrecht) sowie zu großer Einfluss der „Capitalisten“, Juni 1919; Protokoll der Gemeindeversammlung über die Wahl des Kaufmanns Johann Reimers zum Gemeindevorsteher gegen den Rechnungsteller Christophers nach dem Klassenwahlrecht, Juni 1919; Bericht des Gemeindevorsteifers Schlüter über Wahl seines Nachfolgers nach dem Klassenwahlrecht und Zugrundelegung der Steuerliste von 1917/18 zur Feststellung der Wichtigkeit der Wählerstimmen, Juni 1919; Bescheid des Landrats über Ungültigkeit der Gemeindevorsteherwahl und Aussetzung der Wahl bis zum Inkrafttreten eines neuen Gemeindewahlgesetzes mit verändertem Stimmrecht, Juli 1919.

735

Rep. 44 Nr. 118

(1890–1932)

Neuschoo: Festlegung des Gemeindevorsteherhonorars nach der Roggenpreisnotierung

der Emder Börse, Juni 1923; Forderung von sechs Gemeindeausschussmitgliedern und Anhängern des abgelösten Gemeindevorstechers Djuren beim Landrat des Kreises Wittmund nach Stellung einer Bürgschaft durch den zum Gemeindevorsteher gewählten Kolonisten und Landarbeiter Harn Freimuth im Falle seiner landrätlichen Bestätigung angesichts der Partisierung im Gemeindeausschuss, November 1919; Beschwerde von 250 Einwohnern Neuschloos gegen eine Bestätigung des Gemeindevorstechers Freimuth wegen Parteilichkeit, Hitzköpfigkeit und Unfähigkeit zum Amt, November 1919; Bestätigung der Wahl Freimuths mit Zustimmung des Kreisausschusses, Dezember 1919; Ausschluss von zwei Gemeindeausschussmitgliedern wegen Schiebereien mit Butter und Roggen, April 1921; Eingabe des Gemeindevorstechers Djuren beim Landrat des Kreises Wittmund über Niederlegung seines Amtes nach Drohungen eines kommunistischen Ausschussmitglieds mit einem „Überfall“, Juli 1932.

736

Rep. 44 Nr. 45

(1896–1933)

Neuschoo: Berichte des Gemeindevorstechers Harn Freimuth über teilweise handgreifliche Auseinandersetzungen mit dem Gemeindeausschuss wegen seines Honorars und Ladung von Ausschussmitgliedern, Juni 1923; Eingabe des ehemaligen Gemeindevorstechers H. Freimuth beim Landrat des Kreises Wittmund über Erschleichung von Staatsunterstützung durch die dominierenden Landwirte im Gemeindeausschuss durch Vortäuschung armer Verhältnisse und ungünstige Steuereintreibung durch den Gemeindevorsteher, April 1930.

737

Rep. 44 Nr. 136

(1890–1924)

Westeracum: Antrag des Gemeindevorstechers Cremer beim Landrat des Kreises Wittmund auf Amtsenthebung wegen kriegsbedingten Nervenleidens angesichts von der Regierung verordneter und von der Arbeiterschaft gewünschter Neuwahlen, Februar 1919; Bericht des Gemeindevorstechers Cremer über geplante Wegzug nach Verschiebung der allgemeinen Gemeindevorsteherwahlen wegen Amtsmündigkeit und der „neuen Verhältnisse“, Februar 1919.

738

Rep. 44 Nr. 138

(1885–1924)

Westerbur: Verfügung des Landrats des Kreises Wittmund über Neuwahl des Gemeindevorstechers nach der Hannoverschen Landgemeindeordnung von 1859, Zuordnung der Frauen und Nichtsteuerzahler in die unterste Stimmklasse, Juni 1919; Wahlboykott der Arbeiterschaft wegen der Abhaltung der Gemeindevorsteherwahl nach dem Klassenzwanzigjahr, Juli 1919; Ablehnung einer Beschwerde gegen die Gemeindevorsteherwahl nach dem Klassenwahlrecht, weil keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen vorliegen, Juli 1919.

739

Rep. 44 Nr. 70

(1892–1929)

Wiesederfehn: Antrag des Arbeiter- und Bauernrats Wiesederfehn beim Landrat in

Wittmund auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Gemeindevorsteher wegen Vorteilnahme und Lebensmittelkartenschließung, Juni 1919.

740

Rep. 44 Nr. 144

(1921–1931)

Wiesmoor-Mullberg: Protokoll der Aussage des Gemeindevorsteherkandidaten Erich Bargmann über unüberwindliche Parteidifferenzen zwischen Landwirten (Kolonisten) und Arbeitern in Wiesmoor, Oktober 1922; Eingabe des sozialdemokratischen Wahlvereins Wiesmoor beim Regierungspräsidenten in Aurich über Protest gegen die Gemeindewahl wegen Zulassung der Stimme einer Nichtwahlberechtigten und gegen den Auszählungsmodus, Mai 1924.

4.2.4 Regierungspräsidenten und Landräte im Regierungsbezirk Aurich

741

Rep. 16/1 Nr. 69

(1884–1926)

Besetzung, kommissarische Verwaltung und Vertretung der Landratsstelle zu Emden: Votum des Kreistages für Walter Bubert und Würdigung des abgelösten Landrates Carl von Freese, 1922.

742

Rep. 16/1 Nr. 476

(1922–1963)

Niederschrift der Rede des Regierungspräsidenten J. Berghaus anlässlich seiner Amtseinführung: Handeln auf dem Boden der Verfassung und der Gesetze als Leitfaden seines Dienstes, Oktober 1922; Strafantrag des Regierungspräsidenten wegen Verleumdung gegen die Witwe Adomeit, November 1925; Antrag des Regierungspräsidenten J. Berghaus auf Beurlaubung wegen seiner Teilnahme am Landtagswahlkampf als Kandidat der DDP, Mai 1928; Untersuchung gegen den Emdener Stahlhelmführer Dr. H. Jasper wegen Bekleidigung des Regierungspräsidenten, Februar 1932; Antrag des Regierungspräsidenten J. Berghaus auf Beurlaubung wegen Teilnahme am Landtagswahlkampf als Kandidat der Deutschen Staatspartei, April 1932; Presseberichte über Amtsenthebung des Regierungspräsidenten, Oktober 1932; Bericht der „Auricher Zeitung“ über „Systemwechsel“ in Richtung Berufsbauzentrum wegen der Ernenntung des aus dem Ministerialverwaltungsdienst stammenden Dr. Bausi zum Regierungspräsidenten, November 1932.

743

Rep. 16/1 Nr. 70

(1927–1930)

Polemik des nationalsozialistischen Kreisobersekretärs Reith in Weener gegen den kommunistischen Landrat Dr. Wehrriede, 1928; Vertretung des kommissarischen Landrats Dr. Wehrriede und Amtübernahme durch Regierungsrat Dr. Siebs, 1928.

744

Rep. 16/1 Nr. 67

(1884–1931)

Beschwerde von Republikanern gegen Missachtung der republikanischen Reichsfahne

durch den Landrat Max Schramm bei der Eröffnung des Schützenfestes in Wittmund und gegen seine Amtsführung, 1929; Bericht des Regierungspräsidenten über Probleme des Landkreises Wittmund und Votum für demokratischen Landrat, 1930.

745

Rep. 32 Nr. 1242

(1927–1930)
Debatte um die Amtsenthebung des Landrats des Kreises Leer, Geheimer Regierungsrat Kleine, und Beschluss der bürgerlichen Mehrheit über Unterzeichnung der Protestresolution der Gemeindevorsteher gegen die Amtsenthebung des Landrats, der die Staatsregierung bei der Abstimmung eines nationalsozialistischen Antrags im Provinziallandtag nicht unterstützt hatte, April 1930; Resolution des Kreistages in Leer an die preußische Staatsregierung für Überprüfung der Amtsenthebung des Landrats, April 1930.

746

Rep. 16/1 Nr. 54

(1932–1943)
Versetzung des Landrates des Kreises Emden, Walter Bubert, in den einstweiligen Ruhestand, 20.8.1932.

4.3 Staatliches präventives Handeln zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung

4.3.1 Einwohnerwehren, Hilfspolizei

747

Rep. 16/1 Nr. 1409

(1914–1920)
Bericht des Gemeindeausschusses über Wahl des Arbeiterrates auf Borkum und seine Stellung zum alten Gemeindeausschuss sowie die Funktion des Soldatenrates als Sicherheitsorgan, Dezember 1918; Mitgliederliste der Volkswehr Norden, 1919; Gründung einer Feldschutzwehr im Kreis Norden, April 1919; Bericht des Magistrats über die Annahme der bisherigen Ordnungsaufgaben des aufgelösten Arbeiter- und Soldatenrates der Stadt Emden durch die Volkswehr als Truppe gegen kommunistische Umsturzversuche, April 1919; Anträge auf Waffen durch die Volkswehren, Mai 1919; Stellungnahme des Magistrats von Norden gegen Bewaffnung der Bürgerwehr wegen Gefahr der Unruhe der Arbeiterschaft, 1919; Votum des Landrats des Kreises Norden für einheitliche Satzung der Bürgerwehren im Kreis Norden, Juni 1919; Bericht des Magistrats über Schutztruppe Wilhelmshaven, bestehend aus Freikorps „Schwarze Jäger“ und „Eiserne Flottille“ sowie Stadtwehr Wilhelmshaven-Rüstungen, Mai 1919; Entwicklung der Einwohnerwehren im Regierungsbezirk und Bemühungen der Stadt Emden zur Integration organisierter Arbeiter in die Wehr, Juli 1919; Erlass des Reichsministers des Innern gegen Bewaffnung und Aufnahme von USPD- und KPD-Mitgliedern in die Bürgerwehren und Empfehlung einer Überprüfung der Bürgerwehrmitglieder, Juli 1919;

den, 1919; Nominierung der Vertrauensleute des Magistrates für die Einwohnerwehr Norden, Dezember 1919.

748

Rep. 16/1 Nr. 1368

(1914–1921)
Sitzung für Einwohnerwehren im Bereich des VIII. Armeekorps Osnabrück, 1919; Negative Beurteilung der Einwohnerwehren durch den Regierungspräsidenten in Aurich, 1919; Werbeschrift und Plakate der Zentralstelle für Einwohnerwehren in Berlin, 1919; Denkschrift „Einwohnerwehren“ zur sozialen Funktion der Einwohnerwehren im Sinne der Festigung einer sozialistisch-demokratischen Republik, 1919; Aufruf zum Sporttreiben und Schaffung einer Central-Sport-Stelle durch die Zentralstelle für Einwohnerwehren, 1920; Erlass über die Einsetzung von Kreisräten in der Provinz Hannover als Leiter der Einwohnerwehren, 1920; Erlass der Auflösung der Bürgerwehren auf Verlangen der interalliierten militärischen Kontrollkommission, 1920; Mietteilung der Zentralstelle für Einwohnerwehren über Werbung von antikommunistischen Propagandisten unter Flüchtlingen aus dem Kurland, 1920; Aufruf des Oberpräsidenten von Hannover, Gustav Noske, zur Entwaffnung und Auflösung der Bürgerwehren, 1920.

749

Rep. 16/1 Nr. 1792

(1919)
Erlass des Oberpräsidenten der Provinz Hannover zur Sicherung der Munitions- und Waffendepots aufgrund einer Benachrichtigung von der Reichswehrbrigade über einen bevorstehenden Angriff der Spartakisten, Oktober 1919; Anordnung des Landrates des Kreises Emden gegen die Lagerung der Gewehre der Einwohnerwehr Hinte in einem Zentraldepot wegen Gefahr kommunistischen Angriffs, Juni 1919; Eingabe Rysumer Bürger zur Bildung einer bewaffneten Volkswehr gegen Lebensmittelverpressungen Förderer Arbeiters und Protest gegen die Untätigkeit der Regierung zum Schutz der Bevölkerung, April 1919.

750

Rep. 16/1 Nr. 1407

(1919)
Listen der Bürgerwehren, ihrer Führer und Bewaffnung in den Landkreisen und Städten des Regierungsbezirks Aurich, 1919.

751

Rep. 16/1 Nr. 1805

(1919)
Verordnung des Regierungspräsidenten an die Landräte des Regierungsbezirks Aurich zur beschleunigten Bildung von Einwohnerwehren gegen Landarbeiteraufstände und andere Unruhen, April–Juni 1919; Verordnung des Landrates des Kreises Aurich über Mitgliedschaft und Ausrichtung der Einwohnerwehren auf die Republik, Mai 1919; Bericht des Regierungspräsidenten über KPD-Kuriere im Regierungsbezirk, November 1919.

752

Rep. 16/1 Nr. 1789

(1919–1920)
Anordnung des Oberkreisrats beim Oberpräsidenten der Provinz Hannover zum Wi-derstand gegen Entwaffnung der Einwohnerwehren durch umstürzlerische Kräfte, März

1920; Antrag der Einwohnerwehr Emden auf Lieferung von 20 Maschinengewehren an die Wehr, Dezember 1919.

753

Rep. 16/1 Nr. 1791

Bericht der Zentralstelle für Einwohnerwehren in Berlin über die Verwertung des SPD-Auftrags zum Eintritt in die Einwohnerwehren, Dezember 1919.

754

Rep. 16/1 Nr. 1815

(1919–1920)
Bericht des sozialdemokratischen Vereins für den 17. hannoverschen Reichstagwahlkreis über Bewaffnung der Kriegervereine als Einwohnerwehren und die daraus entstehende Gefahr für die Republik sowie Verstoß gegen Bestimmungen des Versailler Vertrages, Dezember 1919.

755

Rep. 16/1 Nr. 1811

(1919–1920)
Einwohnerwehren und Reichswehr: Befehl des VIII. Generalkommandos zum Vorgehen gegen plündernde Landarbeiter und Arbeiter durch Truppen mit einem Stab beim Regierungspräsidenten in Aurich und Aufforderung zur Bildung von Einwohnerwehren, April 1919; Garnisonsbefehl des Oberleutnants Hennings über Entsendung von Soldaten der Garnison Aurich nach Riepe zur Unterbindung von Plünderungen, 23. Mai 1919; Anordnungen des Militärbefehlshabers zu Osnabrück wegen eines bevorstehenden kommunistischen Putschversuches, gefährdete Einrichtungen und Maßnahmen bei Ausbruch der Unruhen, Einwohnerwehren als Teil der Abwehrfront, Oktober 1919; Anordnung der Reichswehrbrigade 31 wegen Abgabe von Waffen der „nicht verfassungsmäßigen“ Einwohnerwehren, April 1920; Aufruf des Oberkreisrates der Provinz Hannover zum Ende des Kapp-Putsches und Aufforderung von Nichtangehörigen der Einwohnerwehren zur Abgabe von Waffen, März 1920; Besondere Anordnung der Reichswehrbrigade 10 über den Aufbau kleiner, beweglicher und motorisierter Einheiten („fliegende Kolonnen“) gegen innere Unruhen, März 1920.

756

Rep. 16/1 Nr. 1812

(1919–1920)
Erlaß des Preußischen Innenministeriums zur Schaffung der Einwohnerwehren, Dienst in den Wehren, Bewaffnung, Versicherung der Mitglieder gegen Unfall und Verwundung, Inspektion der Einwohnerwehren durch Oberkreis- und Kreisräte als Landesschutzbeamte, September 1919; Anordnung des Reichswehrministers G. Noske zur Überführung von Zeitfreiwilligen der Reichswehr in die Einwohnerwehren, Anwerbung von Zeitfreiwilligen und Aufbau von Wehrberatungsausschüssen sowie Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Einwohnerwehren im Einsatzfall, November 1919; Verordnung des Preußischen Innenministers über Beschäftigung der Kreisräte, Gehalt, soziale Absicherung und Beschäftigungsduauer, 1919; Anordnung der Zentralstelle für Einwohnerwehren über Be seitigung militärischer Dienstverhältnisse von Landesschutzbeamten, 1920.

757

Rep. 16/1 Nr. 1796

(1919–1920)
Erlassen des Preußischen Innenministers zu den Aufgaben der Landesschutzbeamten und Kreisräte als Leiter der Einwohnerwehren gegen innere Unruhen, Oktober 1919; Tätigkeit der Kreisräte als Inspektoren der Einwohnerwehren, ihre Verbindung zu Kommunal-, Militär und Polizeibehörden sowie Vertrauenswerbung für Einwohnerwehren als Hilfspolizei, November 1919; Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über die Verteilung von Waffen und Munition an Einwohnerwehren, November 1919; Dienstanweisung für Nachrichtendienst in den Einwohnerwehren und über den Einsatz von Vertrauensleuten der Kreisräte zur Ermittlung der Stimmung in den Einwohnerwehren, Februar 1920; Verordnung des Oberkreisrats der Provinz Hannover über die rasche Verteilung von Waffen zur Vermeidung der Erfassung durch eine alliierte Kommission nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages, Februar 1920; Verordnung des Oberkreisrates der Provinz Hannover über Bewaffnung der Einwohnerwehren, die Verwendung der Maschinengewehre sowie Anzahl und Verteilung der Waffen auf Landkreise und Städte des Regierungsbezirks Aurich, März 1920; Befehl der Reichswehrbrigade 10 über Anwerbung von Zeitfreiwilligen als Ergänzung für die regulären Reichswehrtruppen zur Bekämpfung innerer Unruhen, September 1919; Anordnung des Preußischen Innenministers über die Kontrolle der Nachfolgeorganisationen der Einwohnerwehren und Verbot der Zusammenarbeit zwischen ihnen und den Kreisräten, Juni 1920; Eingabe des Deutschen Offiziersbundes zur sozialen Absicherung der ausscheidenden Kreisräte (Landesschutzbeamte), Mai 1920.

758

Rep. 16/1 Nr. 1780

(1919–1920)
Verzeichnis der Kreisräte für Landesschutz der Provinz Hannover, 1919; Vorschläge des Leiters der Einwohnerwehr Eilsum, Jan Brouet, für eine zu bildende Kreiswehr Emden, April 1920; Verfügung des Regierungspräsidenten über die Beibehaltung der Einwohnerwehren unter anderer Bezeichnung wegen der Auflösungsverfügung des Preußischen Innenministers, Mai 1920; Anordnung des Reichsinnenministers zur Auflösung der Einwohnerwehren aufgrund der alliierten Note vom 12. März 1920, April 1920; Bericht des Führers des „Friesenbundes“, Anton Iderhoff, Greetsiel, über den Verbleib fehlender Gewehre der Einwohnerwehr Greetsiel in der Hand von Spartakisten, April 1920; Eingabe des 1. Vorsitzenden des „Bürgerbundes Ostfriesland“, Emden, an den Kreisrat Freyer über Angebot der Übernahme von Ordnungsfunktionen des aufgelösten Arbeiter- und Soldatenrates Emden, April 1920.

759

Rep. 16/1 Nr. 1781

(1919–1920)
Werbeschriften zum Eintritt in die Einwohnerwehr, 1919; Merkblatt der Zentralstelle für Einwohnerwehren Deutschlands über Aufstellung einer Einwohnerwehr, 1919; Pass der Einwohnerwehr Emden für Kreisrat Albrecht Freyer, 1920; Dienstvorschriften für den nächtlichen Sicherheitsdienst der Städte Wilhelmshaven-Rüstringen, 1920; Flugschrift der „Liga zum Schutz der deutschen Kultur“: Was will die USPD?, 1920; Mitgliedskarte des „Bürgerbundes Ostfriesland“ für den Kreisrat Albrecht Freyer, 1920.

760 Rep. 16/1 Nr. 1374 (1919–1921)
Protokoll der Besprechungen des Regierungspräsidenten mit Vertretern der Marinestaffel und des Marinestaffelschutzes für Ostfriesland, Wilhelmshaven, über die Organisation des militärischen Schutzes für den Nordsee, Wilhelmshaven, neu aufgestellter Sicherheitspolizeikräfte aus den Mannschaften der Marinestation der Nordsee, Wilhelmshaven, in Orten von Ostfriesland und Oldenburg, September 1919; Erklärung der Staatspolizeistelle Wilhelmshaven über die Dringlichkeit einer personellen Verstärkung der Polizei, Oktober 1919.

gegen geplante Kündigungen infolge Mittelstreichung des Finanzministeriums, April 1921; Eingaben verschiedener Notschutzverbände gegen ihre Auflösung, Juni 1920.

764 Rep. 16/1 Nr. 1809 (1920–1921)
Verbot des Oberpräsidenten von Geldsammlungen durch Kreisräte für politische Zwecke, 1920; Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über Verteilung und Abfassung nicht politischer Flugschriften durch die Kreisräte, Oktober 1920; Monatsbericht des Kreisrates Briefgeld über schleppende Waffenableferung im Kreis Wittmund, November 1920; Mitteilung des Oberkretsrates der Provinz Hannover über Einführung eines allgemeinen Arbeitsdienstjahrs und das Verbot der Weitergabe von Informationen über Bewaffnung der Einwohnerwehren an alliierte Kommissionen oder deutsche Verbündungsoffiziere, November 1920; Verbot des Zusammenschlusses der Einwohnerwehren mehrerer Kreise durch den Oberpräsidenten, November 1920; Monatsbericht des Kreisrates Briefgeld über Hilfspolizeifunktion der Einwohnerwehren nach ihrer teilweisen Entwaffnung und Vorum Brüggleß für das Weiterbestehen des Landesschutzes durch die Einwohnerwehren, Januar 1921.

761 Rep. 16/1 Nr. 1408 (1919–1923)
Einsetzung des Kommandeurs der Reichswehrbrigade 31, Generalmajor von Camp, und des Befehlshabers der Marinestation der Nordsee, Michelsen, als Verantwortliche für die Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung im Regierungsbezirk Aurich, Januar 1920; Nachweis der Personalstärke, Gliederung und Bewaffnung der Einwohnerwehr Emden, Februar 1920; Bericht des Magistrats über Agitation des Kommunistenführers Buchholz in Emden für eine Rätediktatur und Be- mühungen des Kreisrats für Landesschutz in Emden zum Aufbau weiterer Einwohnerwehren, Februar 1920; Bericht des Kreisrats über Bemühungen um den Aufbau weiterer Einwohnerwehren in den Kreisen Aurich und Emden sowie Aufforderungen an Beamte zum Eintritt in eine Wehr, April 1920; Bericht über die Stimmung in den Einwohnerwehren und die Einsatzung von „Vertrauensleuten“, Juni 1920; Broschüre von Friedrich Berthel: „Die Notwendigkeit einer Sicherheitspolizei gegen politische Umsturzversuche und Chaos am Beispiel Berlins“, 1920; Auswahl der Vertrauensleute für die Einwohnerwehren, 1919; Bericht des Kreisrates über Opposition der Bürgerwehren gegen die Waffenabgabe und wachsende antifranzösische Stimmung, September–Oktober 1920; Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Gustav Noske, gegen Bildung einer überregionalen Einwohnerwehr in Ostfriesland wegen drohender außenpolitischer Verwicklungen und innerer Unruhen, November 1920; Stellungnahme des Regierungspräsidenten in Aurich zum Vorschlag des Regierungspräsidenten in Stade zur Einsetzung von Feldhütern auf dem Land, 1921; Stellungnahme der Landräte des Regierungsbezirks zur Einsetzung von Feldhütern; Chancenlosigkeit gegen Bandenüberfälle, 1920; Monatsbericht des Kreisrats des Landesschutzbzirks über die Stimmung innerhalb der Ortsschutzbünde und zur Funktion als Hilfspolizei, Januar 1921.

765 Rep. 16/1 Nr. 1797 (1920–1921)
Waren- und Preisverzeichnis der Vertriebsabteilung für Orts- und Grenzwelt, Selbstschurzorganisation, über Bekleidung, Ausrüstung, Waffen, Übungs- und Sportgeräte sowie Geschenkkartikel für Mitglieder von Ortsschutzverbänden, Februar–März 1921; Beschluss einer Versammlung des Landesschutzbzirkes Ostfriesland in Emden gegen seine Auflösung, Dezember 1920; Satzung des Landesschutzbzirkes Ostfriesland über seine Ziele (gestrichen: Schutz der Verfassung), über Aufnahmen von „auf dem Boden der Ordnung“ stehenden Personen, 1920; Schreiben des Führers der Ortswehr Funnix, E. Peters, an den Kreisrat wegen Bestellung von Pistolen als Ersatz für die abzugebenden Gewehre und die Werbung von Mitgliedern für die Wehr, Januar 1921; Schreiben des Kreisrats über die Bestellung von Herrn Eggers als Kreisleiter der Ortsschutzbünde des Kreises Wittmund, Februar 1921.

766 Rep. 16/1 Nr. 1396/1920–1925 (1920–1944)
Durchführung des Entwaffnungsgesetzes; Bericht der städtischen Polizeiverwaltung über Beschlagnahme von Waffen aus einer Mädchenschule in Wilhelmshaven, August 1920; Liste der Notschutzverbände aus den Landkreisen Aurich, Norden und Wittmund, 1920; Listen der abgelieferten Waffen im Regierungsbezirk Aurich, 1920; Ergebnis der Entwaffnungsaktion im Regierungsbezirk Aurich, November 1920.

767 Dep. 34 C Nr. 227 (1920–1944)
Errichtung und Organisation der technischen Nothilfe; Aktennotiz des Mitarbeiters der Stadt Aurich, Wumkes, über die Bildung von Abteilungen, die nur aus Beamten und Bürgern bestehen, um im Falle von Unruhen einsatzbereit zu sein, 1926; Gliederung der Technischen Nothilfe des Landbezirkes Bremen, 1920.

768 Rep. 16/1 Nr. 1798 (1920–1921)
Schreiben des Oberkreisrats der Provinz Hannover an die Kreisräte wegen Vorgehens

- 768** Rep. 16/1 Nr. 1801
Protokoll der Sitzung des Landesschutzbundes Ostfriesland über Werbung für Einwohnerwehren und Suche nach Förderern, März 1921; Monatsbericht über die Bildung von Notschutzwehren in Dornum, Hagermarsch und Westeraccum, April 1921; Entwicklungstand des Notschutzverbandes im Kreis Emden, April 1921; Anordnung des 1. Vorsitzenden des Bürgerbundes Ostfriesland, K. de Boer, über die Integration der Selbstschutzverbände in den Bürgerbund zur Bildung einer Bürgerfront, 1921.
- 769** Dep. 34 C Nr. 228
Wiedereinrichtung der Stadt Aurich als Garrisonstadt: Schreiben des Reichswehrministeriums, dass Aurich als Garrisonstadt nicht in Frage kommt, 1927.
- 4.3.1.2 Einwohnerwehren, einzelne Landkreise und Städte**
- 770** Dep. 34 B Nr. 860
Errichtung und Organisation der Einwohnerwehr in der Stadt Aurich, 1919–1921:
Mitgliederliste der Einwohnerwehr in Aurich, 1919.
- 771** Rep. 16/1 Nr. 1814
Genehmigung der Bestimmungen für die Einwohnerwehr der Stadt Aurich durch den Arbeiter- und Soldatenrat und den Magistrat, Juni 1919; Bericht des Landrats über eine Besprechung mit den Gemeindevorstehern des Kreises Aurich über Aufstellung von Einwohnerwehren, 14. April 1919; Mitgliedslisten verschiedener Einwohnerwehren des Kreises Aurich, April–November 1919; Anordnung des Landrates des Kreises Aurich zur Bildung von Volkswehren zum Selbstschutz gegen gewaltsame Eingriffe in die Lebensmittelproduktion und –verteilung, 26. März 1919; Bericht des Gemeindevorstehers zu Haxtum über die Gründung einer Ortswehr und Antrag auf Waffen zum Einsatz gegen spartakistische Putsche, März 1919; Protokoll der Gründung der Einwohnerwehr Hatshausen zum Selbstschutz gegen Aufruhr, Plünderung und Bandendehsrah, Mai 1919; Eingabe des SPD-Parteizirkussekretariats für Oldenburg und Ostfriesland gegen Zurückweisung Eintrittswilliger in die Einwohnerwehr Simonswole wegen geringer Geldstrafen, Januar 1920.
- 772** Rep. 28 Nr. 1179
Bericht des Hilfsgendarmen Bertram über Lebensmittel- „Hamster“-Aktion von Mitgliedern der Volkswehr Emden mit Requirierungscharakter, April 1919; Bericht eines Volkswehrangehörigen über Erwerb der Lebensmittel gegen Bezahlung, Mai 1919; Anfrage der Volkswehr Emden nach Beitritt von Mitarbeitern des Landratsamts zur notwendigen personellen Verstärkung der Wehr, Mai 1919; Verfügung des Regierungspräsidenten über Verhalten der Einwohnerwehren im Fall einer feindlichen Besetzung, Juni 1919;

Bericht des Gemeindevorstehers in Wirdum über Bildung einer Einwohnerwehr aus Landwirten nach Ablehnung der Forderungen der Arbeiter zur Bildung einer gemeinsamen Wehr, Juni 1919; Bericht des Gemeindevorstehers in Woltzen über Errichtung der Einwohnerwehr für Eintreten für die Republik, die gewählte Regierung und die öffentliche Ordnung, Mai 1919; Bericht des Gemeindevorstehers in Greetsiel über Bechluss der Auflösung der Einwohnerwehr in Greetsiel, November 1919; Vermerk des Landrats des Kreises Emden über Widersetzlichkeiten der Rysumer Einwohnerwehr gegen Abransport von Schnürgeseggt und Prüfung der Einziehung der Waffen der Wehr wegen Radikalität der Arbeiterschaft in Rysum, Juni 1919.

773 Rep. 16/1 Nr. 1783
Bericht des Führers der Larrelter Einwohnerwehr, L. Nanninga, an den Kreisrat in Emde wegen Verteilung von Waffen der Einwohnerwehr Wybelsum an Bürger, nicht an Arbeiter, März 1920; Satzungen des „Eriesenbundes“: Kampf gegen Kommunismus, 1919; Vermerk der Einwohnerwehr Emden über Besetzung von Anlagen des Emder Bahnhofs im Alarmfall, Dezember 1919.

774 Rep. 16/1 Nr. 1793
Bericht des Kreisrates Emden über kommunistische Umsturzgerüchte, Gefahr eines Landarbeiterstreiks und seine Wirkung auf die Gründung von Einwohnerwehren, März 1920; Vortrag des Kreisrates Emden über die Notwendigkeit des Eintritts von Arbeitern in Einwohnerwehren, gegen die Räterepublik, für einen Ausgleich zwischen Bauern und Arbeitern, 1919; Vortrag des Kreisrats Briegleb gegen den Vertrag von Versailles, über den Zusammenbruch des Wirtschaftsverkehrs wegen Kohlemangels, über politisches Chaos und die Rolle der Einwohnerwehren zur Lösung entstandener Probleme, 1919; Bericht des Kreisrates zur Sicherheitslage der Stadt Emden und Probleme beim Aufbau der Einwohnerwehren, Januar 1920; Erwerb eines Werbefilms für Einwohnerwehren, Februar 1920.

775 Rep. 28 Nr. 1178
Bericht des Landrats des Kreises Emden über Besprechung in Pewsum über den Zusammenschluss der Einwohnerwehren zu einem Kreiswehrverband, März 1920; Verfügung des Regierungspräsidenten über Veröffentlichung der Ministerialerlaße und Verfügungen des Oberpolizei und Instrument gegen Rätediktatur, März 1920; Verfügung des Regierungspräsidenten über offizielle Auflösung der Einwohnerwehren bei Beibehaltung ihrer Einsatzbereitschaft und Bewaffnung, Mai 1920; Bericht des Kreisrats des Landesschutzbereichs Emden über Umorganisation der Einwohnerwehren und Funktion des Kreisrats als Koordinator der Wehren und Verhinderung des Eintritts von Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten in die Wehren, Mai 1920; Verfügung des Regierungspräsidenten über Aktivierung der Ortschutzverbände zur Verhinderung der durch die linken Presse angekündigten Störungen der Reichstagswahlen, Mai 1920; Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über Maßnahmen zur

Verhinderung der Bildung eines Landesschutzverbandes Ostfriesland in Emden zur Vermeidung außen- und innenpolitischer Schwierigkeiten, November 1919; Listen der Mitglieder der Ortschutzverbände verschiedener Landgemeinden des Kreises Emden, 1921; Bericht des Führers des Ortschutzverbandes Wirdum über Notwendigkeit des Verbleibs einiger Gewehre beim Ortschutzverband zum Schutz der Landbewohner vor „umherstreichendem Gesinde“, März 1921.

776 Rep. 16/1 Nr. 1229 (1921) Resolution des Kreistages des Kreises Emden gegen reaktionäre und monarchistische Bestrebungen der Einwohnerwehr auf Borkum, 9. August 1921.

777 Rep. 32 Nr. 1036 (1919–1920) Bericht des Gemeindevorsteigers Lubinus, Stapel, über die Ablehnung der Einwohnerwehr durch die Gemeindeversammlung, Juni 1919; Antrag auf Zusendung von sieben Gewehren und Munition für die Einwohnerwehr Brinkum, Februar 1920; Bericht des Vorsteigers des Kriegervereins Burlage, Heinrich Bohlen, über Bildung einer Einwohnerwehr, Wahl ihrer Führung und Antrag auf Zustellung von Waffen und Waffenschäften, Januar 1920; Bestimmungen für die Einwohnerwehr der Gemeinde Burlage: „Verteidigung der republikanischen Staatsform und der vom Volk gewählten Regierung“, unterschrieben vom Gemeindevorsteiger und dem Arbeiter- und Bauernrat, Januar 1920; Bericht des Kreisrats des Landesschutzbereichs Emden, Freyer, an den Landrat des Kreises Leer über Verweigerung der Gründung einer Einwohnerwehr durch den Gemeindevorstand in Ihlowe. Bitte um Namensnennung einer dortigen Persönlichkeit zur Durchführung der Wehrbildung, Bildung von Einwohnerwehren in Holterfehn sowie West- und Ostrhauderfehn, Januar 1920; Bericht des Kreisrats des Landesschutzbereichs Emden über kommunistische Versammlung in Emden, Gefahr eines Landarbeitsstreiks, erfolglose Werbungsversuche zur Bildung von Einwohnerwehren im Kreis Leer, Februar 1920; Einladungsschreiben der Stadtwehr Bremen an den Landrat des Kreises Leer zur Teilnahme an einer Sitzung norddeutscher Einwohnerwehren zum Erfahrungsaustausch, Tätigkeitsbericht und Diskussion über Bildung einer überregionalen Vermittlungsstelle in Bremen, Dezember 1919; Antrag des Gemeindevorsteigers in Lügabirum, Lichtsinn, auf Erwerb der zur Verfüigung gestellten Waffen zum Verbleib bei der Einwohnerwehr, April 1920; Protokoll über die Bildung einer Einwohnerwehr in Großoldendorf, unterschrieben vom Gemeindevorsteher und vom Bauern- und Arbeiterrat, Februar 1920; Anträge der Einwohnerwehren Brinkum, Büren, Folmhusen, Holte, Kleinoldendorf, Nüttermoor, Schwerinsdorf und Großwolde auf Belieferung mit Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen, Januar–März 1920; Mitgliedsliste der Sicherheitswehr Stapel-Meinersfehn, Februar 1920; Bericht des Gemeindevorsteigers von Eirrel über Bildung einer Einwohnerwehr und Antrag auf Belieferung mit Gewehren, Januar 1920; Bericht des Gemeindevorsteigers Heinrich und der Gemeindebauern und Landarbeiterkräfte H. Brauer und H. Fischer über Bildung einer Einwohnerwehr in Südgeorgsfähn, Februar 1920; Bericht des Gemeindevorsteigers in Porshausen über Bildung einer Einwohnerwehr, Dezember 1919; Bericht des Gemeindevorsteigers in Völk-

len, Janssen, über Bildung einer als „selbständige behandelt und anerkannt wünschenden“ Einwohnerwehr in Völlenerfehn, Februar 1920; Protokoll über die Neuwahl eines Führers bei der Einwohnerwehr Velde, April 1920; Bericht des Gemeindevorsteigers von Remels, Wenke, über die Bildung einer Einwohnerwehr, März 1920; Statuten für die Einwohnerwehren der Gemeinden Remels und Rhaude, März 1920; Antrag des Gemeindevorsteigers von Selverde, Harms, auf Zusendung der Bestimmungen für Einwohnerwehren und Formulare wegen geplanter Gründung einer Einwohnerwehr, Februar 1920; Antrag der Einwohnerwehr Großwolde auf Erwerb eines Maschinengewehrs mit Zubehör zum dortigen Verbleib, März 1920; Antrag der Einwohnerwehr Collinghorst auf Lieferung von 30 Infanteriegewehren und 2400 Schuss Munition gegen Bezahlung, Februar 1920; Antrag der Einwohnerwehr Backemoor auf Lieferung von 30 Gewehren, zwei Maschinengewehren und Munition gegen Bezahlung, Februar 1920.

778 Rep. 16/1 Nr. 1784 (1919–1920) Nachweisung über Einwohnerwehren, Personalstärken und Führer der Wehren im Kreis Leer, 1919; Empfangsbescheinigungen über Waffenlieferungen an die Einwohnerwehren des Kreises Weener, Dezember 1919–Januar 1920; Antrag des Landrats des Kreises Weener über Gewehre für Einwohnerwehren, Dezember 1919; Nachweisung der Einwohnerwehren und ihrer Führer im Kreis Weener, 1919.

779 Rep. 32 Nr. 1035 (1919–1920) Verfügung des Regierungspräsidenten über die Bildung von Einwohnerwehren gegen Landarbeiterunruhen, Ermordung der Notwendigkeit der Bildung von Einwohnerwehren im Kreis Leer, Zusammenarbeit mit der Reichswehr, Information der Bevölkerung über drohende Hungerkrisen wegen der Landarbeiterstreiks und Vorgehen gegen Lebensmittelhandelsfahnen, April 1919; Veröffentlichung eines Rundschreibens des Schutzbundes deutscher Landwirtschaft wegen des Versicherungsschutzes für die Mitglieder der Einwohnerwehren, Mai 1919; Flugblatt des Schutzverbandes der deutschen Landwirtschaft für die Bildung von Einwohnerwehren auf dem Lande, Mai 1919; Proklamation des Generalkommandos des VII. Armeekorps für die Bildung von Einwohnerwehren zum Selbstschutz der Bevölkerung, Mai 1919; Verfügung des Regierungspräsidenten über das Verhalten der Einwohnerwehren im Falle der Besetzung durch alliierte Truppen, Juni 1919; Verfügung des Regierungspräsidenten über Prüfung der Einwohnerwehr, amtliche Mitteilungen der Zentralstelle für Einwohnerwehren: Wehren als Hilfspolizei, Juli 1919; Verzeichnis über die Stärke der einzelnen Einwohnerwehren und deren Waffen im Kreis Leer, August 1919; Antrag des Führers der Einwohnerwehr Neemoor, Heinrich-Wilhelm Heykes, auf Zuteilung von Waffen für die Einwohnerwehr wegen Gefährdung Nērmoors durch plündrende Arbeiter aus Emden, Oktober 1919; Verzeichnis der Einwohnerwehren im Kreis Leer und vorhandene Gewehre, Januar 1920.

- 780** Rep. 16/1 Nr. 1786 (1919–1920)
Anforderungen von Gewehren, Munition und Verbandsmaterial durch Einwohnerwehren des Kreises Norden, September 1919–Januar 1920.
- 781** Rep. 16/1 Nr. 1785 (1920)
Verschiedene Berichte an den Kreisrat über Bildung von Einwohnerwehren im Kreis Norden, 1920; Bericht des Leiters der Einwohnerwehr Norddeich über Streit zwischen Arbeitern und Landwirten der Wehr und die entstandene Führunglosigkeit der Einwohnerwehr, Oktober 1920; Antrag auf Auflösung der Einwohnerwehr Junkersrott durch Gemeindevorsteher H. Bogaña wegen Konflikten zwischen Bauern und Landarbeitern der Wehr, Juli 1920; Bericht des Führers der Einwohnerwehr Werdorf über die Verschiebung eines Übungsschießens wegen Spannungen zwischen Landarbeitern und Bauern der Wehr als Folge eines Landarbeiterstreiks, Juli 1920.
- 782** Rep. 41 Nr. 195 (1918–1924)
Bericht des Landrats des Kreises Weener über seine Verfügung an gefährdete Gemeinden, die Aufstellung von Bürgerwehren vorzubereiten, 8. November 1918; Antrag des Gemeindevorstechers in Bunderneuland, Dreesmann, beim Landrat des Kreises Weener auf Erlaubnis zum Waffenträger der Mitglieder der Schutzwehr auf Patrouillengängen und zur Festnahme verdächtiger Personen, November 1918; Anträge der Gemeindevorsteher in Landschaftspolder und Bunderhee auf Bewaffnung ihrer Bürgerwehren zur Abwehr von Plünderern und Dieben, Januar 1919; Flugblatt des Schutzwerverbandes Deutscher Landwirtschaft; genossenschaftliche Organisation der Landwirtschaft, autonome Entscheidungen der Regionen über Landwirtschaftsreformen, 1919; Artikel der „Freiheit“, Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands, über „Mobilisierung der Agrarier“ für die Gegenrevolution durch den Schutzwerverband Deutscher Landwirtschaft, März 1919; Verfügung des Regierungspräsidenten in Aurich über beschleunige Aufstellung von Bürgerwehren durch energischere Maßnahmen der Landräte wegen mangelnder Anzahl von Regierungstruppen zur Bekämpfung von Landarbeiterunruhen und Meldung von Unruhen oder verdächtigem Beobachtungen direkt an die militärischen Stellen, April 1919; Berichte aus verschiedenen Gemeinden des Kreises Weener über Gründung von Einwohnerwehren, Juli 1919; Artikel der „Einwohnerwehr“, amtliche Mitteilungen der Zentralstelle für Einwohnerwehren, über „Einwohnerwehr und Sozialdemokratie“: Werbung für den Eintritt von Sozialdemokraten in die Einwohnerwehren zur Sammlung der ordnungsliebenden Kräfte, Dezember 1919; Bericht des Gemeindevorstechers in Midlum über Austritte eines Teils der Mitglieder der Einwohnerwehr wegen Unzufriedenheit mit der Lebensmittelversorgung, Dezember 1919; Verfügung des Regierungspräsidenten in Aurich über weiteres Bereithalten der offiziell aufgelösten Einwohnerwehren für den Notfall, Mai 1920.
- 783** Rep. 16/1 Nr. 1788 (1919–1920)
Liste der Einwohnerwehren im Kreis Wittmund; ihre Bewaffnung sowie Munitionsbestand, 1919.
- 784** Rep. 16/1 Nr. 1787 (1920–1921)
Bericht über die Gründung eines Norschutzverbandes in Eggelingen nach einem Raubnord und Diebstählen, Februar 1921.
- 4.3.2 Überwachung und Maßnahmen**
- 4.3.2.1 Allgemeines**
- 785** Dep. 34 C Nr. 351 (1904–1937)
Aufforderung des Staatskommisars für das Wohnungswesen der zunehmenden Naturverunstaltung durch Plakate und Bretterreklame Einhalt zu gebieten, 1919; Verfügung der Provinzialstelle für Naturdenkmalpflege zum Schutz der Landschaft vor Abfall, 1928.
- 786** Dep. 34 C Nr. 154 (1911–1946)
Information des Regierungspräsidenten in Aurich, dass zur Bekämpfung des politischen Terrors im Regierungsbezirk eine Hilfs-Mordkommission bei der Polizedirektion in Wilhelmshaven gegründet wurde, 1932.
- 787** Dep. 34 B Nr. 304/2 (1919–1933)
Propagandamaterial des „Stahlhelm“; Werbeabend der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, Ortsgruppe Aurich, Sept. 1924; Polizeibericht über eine Versammlung der NSDAP mit Pastor Münnchmeyer (Beamtennörigung und Übertretung des Reichsviereingesetztes), Dez. 1929; Strafantrag gegen Münnchmeyer und den Kaufmann Wemken aus Aurich wegen öffentlicher Beleidigung des Bürgermeisters, Dez. 1929; Anzeige gegen den Landwirt Walther D. Schirum, wegen Tragens der NSDAP-Unifrom, Aug. 1930; Bericht über eine Landvolksversammlung in Aurich gegen den Vorwurf des Steuerstreiks der ländlichen Bevölkerung, Febr. 1931.
- 788** Dep. 34 C Nr. 304/3 (1919–1933)
Übersicht über Versammlungen radikaler Parteien in Aurich, Dez. 1930.
- 789** Dep. 34 B Nr. 281 (1920–1929)
Auflösung und Wiederaufbau der Schutzpolizei in Aurich, 1920–29.

790 Dep. 34 C Nr. 119 (1922–1945) Angelegenheiten der Schutzpolizei; Merkblatt für den Eintritt in die staatliche Schutzpolizei und ihre Verbreitung im Regierungsbezirk, 1923.

791 Dep. 34 C Nr. 352 (1925–1975) Bekanntmachung des Magistrats Aurich zum Schutze des Kriegerdenkmals vor Vandalsmus, 1926.

792 Dep. 34 B Nr. 307 (1926–1933) Verfügung des Regierungspräsidenten, der Einhaltung von Dienstgeheimnissen größte Aufmerksamkeit zu schenken, 1930; Anordnung des Regierungspräsidenten ihn über die NSDAP und anderer radikale Parteien umfassend zu informieren, 1931; Informationen über den Aufbau eines eigenen Schurzdienstes des Stahlhelms und auch des Reichsbanners; Bericht des Bürgermeisters von Aurich über die Politische Lage, Aug. 1931; Verfügung des Regierungspräsidenten über Beobachtung und Bekämpfung staatsfeindlicher Zersetzungstätigkeit in Reichswehr und Polizei, Okt. 1932.

793 Dep. 34 B Nr. 283 (1927–1931) Erneuerung der Polizeiverordnungen für die Stadt Aurich, 1930–1931.

794 Dep. 34 B Nr. 285 (1929–1932) Ersuchen des Oberpräsidenten die Anzahl der Polizeibeamtenstellen in Aurich zu erhöhen, Juli 1929; Bericht des Bürgermeisters an den Regierungspräsidenten, dass die Zahl der Polizeikräfte mit 3 Polizeibeamten und 4 nicht beamter Nachtpolizisten, auch aus finanziellen Gründen, ausreichend ist, Aug. 1929; Ersuchen des Regierungspräsidenten, statt der Nachtpolizisten Beamtenstellen zu besetzen, Okt. 1929.

795 Dep. 34 C Nr. 86 (1931–1933) Anmeldung von Veranstaltungen von Parteien und politischen Verbänden auf Grund der Notverordnung vom März 1931; Ankündigung eines Bezirkskongresses der Erwerbslosen in Emden, 1931.

4.3.2.2 Sicherung von Bahn, Wasserstraßen und Überlandleitungen

796 Rep. 16/1 Nr. 1799 (1919–1920) Anordnung der Reichswehrbrigade 10 über den Schutz von Bahnstrecken und -einrichtungen durch örtliche Schutzverbände (Einwohnerwehren), November 1919; Bericht des Landrats des Kreises Aurich über die Ablehnung des Schutzes der Schleuse Rähe durch die Ortswehr Wiesens und den Bürgermeister in Aurich sowie Anordnung des

Schutzes durch Reichswehrgarnison Aurich, Januar 1920; Bericht des Oberleutnants a. D. J. Habbinga über den Schutz der Eisenbahnstrecke Georgsheil–Emden durch Einwohnerwehren, April 1920; Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über Bestimmungen für die Eisenbahn- und Kanalschutz durch nichtmilitärische Personen, Mai–Juni 1920; Denkschrift des Kreisrats Briegel über die von Notschuzverbänden gesicherten Kanal- und Eisenbahnstrecken, Juli 1920.

797 Rep. 16/1 Nr. 1804 (1919–1920) Anordnung der Reichswehrbrigade 31, Münster, über Verhaltensrichtlinien für Streikenkommandanten, Kreisräte und Einwohnerwehren, März 1920; Anordnung des Militärbefehlshabers zu Osnabrück zur Bewaffnung von Bahnbeamten in Dornum und Württmund, Dezember 1919.

798 Rep. 16/1 Nr. 1810 (1919–1920) Anordnung des Wehrkreiskommandos VI über Inspekteursfunktion der Streckenkommandanten im Bahnschutz und der Wahrnehmung des aktiven Schutzes durch die Einwohnerwehren, Februar 1920; Nachweis der Streckenkommandanten in den Regierungsbezirken Aurich und Osnabrück, November 1919.

799 Rep. 16/1 Nr. 1800 (1919–1920) Verfügung des Reichswehrkommandos 2, Kassel, über Aufgaben des Bahnschutzes; u. a. Niederschlagung bewaffneter Eisenbahnstreiks, Januar 1920; Protokoll über die Bildung eines „Friesenbundes“ zeitfreiwilliger Soldaten mit „moderster Bewaffnung“ und Integration in die Reichswehr; Festlegung eines Stichwortes zum Einsatz gegen „plündernde Arbeiter“ im Landkreis Emden, Januar 1919; Antrag der Technischen Nothilfe Emden auf Überlassung von Pistolen, Bekleidung, Lebensmitteln und Transportmitteln durch die Reichswehr, Februar 1920; Geheime Anweisung an den Leiter der Ortswehr Hinte, Lehrer Meyer, zur Aktivierung des Bahnschutzes im Falle eines kommunistischen Putschversuches, Dezember 1919.

800 Rep. 16/1 Nr. 1803 (1919–1921) Kurzmitteilung der Überlandzentrale Wiesmoor, Firma Siemens AG., über benötigtes Personal zur Überwachung und Sicherung des Betriebs, März 1919; Bericht des Regierungspräsidenten über Bildung einer Ortsgruppe der Technischen Nothilfe in der Stadt Aurich zum Schutz des Gas- und Wasserwerks, Februar 1920; Allgemeine Richtlinien für den Schutz von elektrischen Leitungen gegen Sabotage und Störungen, ca. 1921; Anweisung des Kreisrats Briegel an die Ortschutzverbände zum Schutz der Kräfte der Technischen Nothilfe bei deren Einsatz, März 1921; Nachweisung der zu schützenden technischen Einrichtungen durch Notschutzverbände im Regierungsbezirk Aurich, November 1920–März 1921.

801 Rep. 32 Nr. 1691
 Verfügungsprotokoll der Überlandzentrale Wiesmoor und deren Leitungsnetz durch Soldaten der Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven, Dezember 1922/Januar 1923; Bericht des Landrats des Kreises Leer über die Durchführung einer lückenhosen Überwachung des Überlandleitungsnetzes durch Ortsgruppen und Bewaffnung der Ortsgruppen als Wiederaufleben der Einwohnerwehren mit der Gefahr der Entstehung eines Sammelbeckens radikaler Elemente, Januar 1923; Verfügung des Regierungspräsidenten über Schutz der Überlandleitungen durch Technische Nothilfe und ehrenamtliche Beobachtungsgruppen, April 1923; Verfügung des Landrats des Kreises Leer über Bildung von Beobachtungsgruppen in den Anrainergemeinden der Überlandleitung durch die Gemeindevorsteher, Mai 1923; Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über die Bildung von Beobachtungsgruppen von 9–15 Mitgliedern zum dauerhaften Schutz der elektrischen Überlandleitungen, Juli 1923.

802 Rep. 32 Nr. 1509
 Bericht des Gemeindevorstehers in Backemoor über Bewachung der Anlagen des Überlandkraftwerks Wiesmoor durch Mitglieder des Gemeindeausschusses, Juni 1923; Berichte verschiedener Gemeindevorsteher im Kreis Leer über getroffene Maßnahmen zum Schutz der Leitungen der Überlandzentrale Wiesmoor in ihrem Gemeindegebiet, Mai–Juni 1923.

4.3.2.3 Überwachung von Versammlungen politischer Parteien durch die Landespolizeistelle Wilhelmshaven

803 Dep. 60 Nr. 882
 Polizeibericht über eine Versammlung der DNVP und anschließende Ausschreitungen von Anhängern der KPD und der USPD, 1921.

804 Rep. 16/1 Nr. 2177
 Entsendung von Vertretern des Stahlhelms Wilhelmshaven zum Frontsoldatentag nach Magdeburg, Dezember 1924; Auflösung des „Freideutschen Bundes“ in Wilhelmshaven, Juni 1925; Veranstaltung der Völkischen Freiheitspartei in Wilhelmshaven mit Pastor Mürrichmeyer als Redner, November 1926; Versammlung der KPD Emden und dortiger Beschluss der Anwerbung von Schutzhelfern, Juli 1925; Agitation der Emden KPD, Verfallserscheinungen der Wilhelmshavener KPD, August 1925.

805 Rep. 16/1 Nr. 2195
 Feindschaft zwischen Stahlhelm und Reichsbanner in Victorbur, Geheimbündelei von Landwirten und einem Lehrer sowie Verdacht der Anlage eines geheimen Waffenlagers

durch den Stahlhelm in Victorbur, 1925; Agitation der Linksparteien in Wilhelmshaven für das Volksbegehren gegen den „Panzerkreuzer A“, 1926; Teilnahme von Marinesoldaten am Stiftungsfest des RFB Wilhelmshaven, Schriften und Veranstaltungen der KPD sowie Veranstaltungen der Kriegervereine zum Volkstrauertag, März 1926.

806 Rep. 16/1 Nr. 4089
 Funktionärsstreit in der KPD Wilhelmshaven (Schmidt, Eisenhauer, Grethe), Absenz des kommunistischen Führers des Erwerbslosenkomitees in Wilhelmshaven, Scheuss, sowie seine Ersetzung durch W. Schmidt und geplante Vereinigung des Stahlhelm mit anderen nationalen Verbänden in Wilhelmshaven, Januar 1927; KPD-Agitation in Emden, Veranstaltung des ADGB über Missstände bei Notstandsarbeiten, Bildung eines Erwerbslosenkomitees in Emden, Streit zwischen seinem SPD-Vorsitzenden (Johann Stubig) und dem kommunistischen Vorstand (Bruno Visser, Gustav Wendt) und Streit innerhalb des Ender Stahlhelms, Februar 1927; Rede des Bremer Kommunisten Koschnick in Wilhelmshaven zur Stellung der Frau im Bürgerkrieg und über Bezirkstag des Roten Frontkämpfer-Bundes in Wilhelmshaven, März 1927; Veranstaltung der Völkischen Freiheitspartei, April 1927; Maifeier in Wilhelmshaven und Rede des Landrats Walter Bubert bei einer Reichshannovertagung in Emden, Mai 1927; Ausschluss der RFB-Mitglieder W. Schmidt und Cassens, Wilhelmshaven, Juni 1927; Integration des Königin-Luise-Bundes Wilhelmshaven in den Stahlhelm, September 1927; Austritt des Bruno Visser aus der KPD in Emden, September 1927; NSDAP-Veranstaltung in Wilhelmshaven, November 1927; NSDAP-Veranstaltung mit Münchmeyer und Röver, Mai 1928; Beteiligung von ostfriesischen Kommunisten an Straßenschlacht mit der Polizei in Berlin, Streit zwischen RFB und KPD Wilhelmshaven, Juni 1928; Demonstration der KPD in Emden gegen Krieg und Panzerkreuzerbau sowie Umzug des Stahlhelms mit Prinz August Willkür, September 1928; Führungswechsel im RFB Wilhelmshaven (Mechau, Herrlein), September 1928; Streit innerhalb der KPD Wilhelmshaven und Ablösung des Hauptkassiers Franz durch Eduard Gerdes, Dezember 1928; Schlägercaren von Kommunisten und Nationalsozialisten in Wilhelmshaven, Februar 1929; Planungen der KPD Wilhelmshaven im Fall des Verbots des RFB, Mai 1929; Polizeiliche Auflösung einer Münchmeyer-Kundgebung in Emden, Oktober 1929; Gründung einer Arbeiterwehr der KPD Wilhelmshaven, August 1929; Spaltung der NSDAP Wilhelmshaven, Dezember 1929; Verschlechterung der Beziehung KPD Wilhelmshaven und KPD-Bezirk Nordwest, Bremen, Mai 1930.

807 Dep. 34 C Nr. 134
 Ersuchen des Minister des Innern, Versammlungen des Pastors Münchmeyers zu beobachten und gegebenenfalls zu verbieten, April 1929; Anforderung eines Berichtes über eine Versammlung der NSDAP mit den Rednern Spannenmacher und Pastor Heinrich Meyer durch den Polizeipräsidenten in Hannover, Juni 1929; Empfehlung des Verbotes der Versammlungen des Pastors Münchmeyer durch den Regierungspräsidenten in Au-

rich, Dez. 1929; Bericht des Polizeimeisters Krämer über eine Anzeige gegen den stellungslosen Schreiber Karl W. wegen eines geplanten Sprengstoffattentats gegen das Amtsamt in Aurich oder das Regierungsgebäude, weil er sich wegen seiner Gesinnung als Nationalsozialist benachteiligt fühlt, 1929; Meldung des Magistrats Aurich im Sinne der Polizeiverordnung gegen ordnungswidrige Plakatierung, da die NSDAP mit Plakaten gegen den Kauf in jüdischen Geschäften auftief, 1930; Anklage gegen den Bürgermeister Carl Anklam wegen tätlicher Beleidigung und Ammissbrauchs durch einen Angehörigen der NSDAP, 1931.

808

Dep. 60 Nr. 1836

Anmeldung politischer Parteien: Störung des Zweiten Ostfriesischen Gewerkschaftsfestes in Norden durch Kommunisten, 1930; Protest des kommunistischen Bürgervorstands Schwickerst, Norden, weil auf der Bürgervorsteher sitzung kein Erwerbslosenausschuss gebildet wurde, 1930; Adressenliste von Rednern des Kreises Nordwest des Stahlhelms, 1931; Flugblatt zur Auflösung des Landtages, 1931; Beschwerde der NSDAP über Behinderung eines Aufmarsches der SA durch die Polizeibehörden, 1932; Bericht der Polizeibehörden der Stadt Norden über Beschwerden von Anwohnern, die sich durch das nächtliche Ankleben von Plakaten gestört fühlten, da sich daraus Täglichkeiten zwischen den einzelnen politischen Gruppierungen entwickelten, 1932; Bericht des Bürgermeisters von Norden an den Regierungspräsidenten über Tumulte bei einem Aufzug der SA und Entsendung von Landrägerbeamten zur Sicherung des Aufzuges, 1932; Beschwerden des Herausgebers der „Norder Nachrichten“, Julius Hinrichs, als Nachbar der Geschäftsstelle der NSDAP wegen ruhestörenden Lärmes in der Nacht und Veröffentlichung dieser Beschwerde in seiner Zeitung, 1932.

812

Rep. 16/1 Nr. 1408
Bericht des Magistrats über Agitation des Kommunistenführers Buchholz in Emden für eine Rätediktatur, Februar 1920.

813

Rep. 16/3 Nr. 207
Bericht des Generalstaatsanwalts in Hamm über Massenflucht von Gefangenen in Wiesmoor in Zusammenhang mit kommunistischen Aufständen, Mai 1921.

814

Rep. 109 Nr. A 236
Anordnung des Leiters des KPD-Bezirks Nordwest, Wilhelm Seitz, an die Unterbezirksführer über Kurierdienst zwischen den Unterbezirken und Schaffung autonom handelnder Strukturen für den Verborsfall sowie Organisation der Verteilung von Flugblättern, März 1921; KPD-Flugblatt mit Aufruf zum Beginn proletarischer Aufstände, März 1921; Verhaftung des Arbeiters Weers und des Schmieds Doeblisch wegen Zersetzung von Telegrafenanlagen bei Sandhorst zur Unterstützung des KPD-Aufstands in Mitteldeutschland, Juni 1921.

815

Rep. 16/1 Nr. 2228
Kommunistische Kundgebung in Wilhelmshaven zur Verherrlichung der Zustände in Rußland und nachfolgende Diskussion mit Sozialisten, Januar 1923.

816

Rep. 16/1 Nr. 2177
Säuberungen in der KPD Wilhelmshaven, Dezember 1924; Misserfolge der Agitation der KPD und Aktivitäten der Anarchisten in Wilhelmshaven, Januar 1925; Unterwerfung des Betriebsrates bei Karsadt durch die KPD Wilhelmshaven, Februar 1925; Waffenfund bei Kommunisten in Wilhelmshaven, Versammlung der KPD Emden und dortiger Beschluss der Anwerbung von Schurzpolizisten, Juli 1925; Agitation der Emden KPD, Verfallserscheinungen der Wilhelmshavener KPD, August 1925; Plan der KPD Wilhelmshaven zur Gründung illegaler Betriebszellen, Wahl eines provisorischen Vorstands der KPD Wilhelmshaven, Oktober 1925; Agitation der KPD Wilhelmshaven unter Arbeitslosen, November 1925; Rücktritt und Neuwahl des politischen Leiters der KPD Wilhelmshaven, Februar 1926; Parteiausschlüsse u. a. des im Februar 1926 zurückgetretenen politischen Leiters der KPD Wilhelmshaven, Eisenhauer, Rücktritt von sieben Führungsmitgliedern der Erwerbslosenkommission Wilhelmshaven wegen Zentralisierung der Erwerbslosenverbände, April 1926; Demonstration der KPD Wilhelmshaven gegen Fürstenabfindung, Juni 1926; Kommunistische Werbung in Wilhelmshaven für eine bolschewistische Freiendemokratie in Rußland, Juli 1926; Antikriegsdemonstration in Wilhelmshaven und Streitigkeiten innerhalb der KPD wegen Finanzen, August – Oktober 1926; Versammlung der KPD Wilhelmshaven mit dem Beschluss der Unterwanderung der Erwerbslosenkommission und der Organisation von Demon-

4.3.2.4 Überwachung der KPD

809

Dep. 34 C Nr. 135
Ankündigung der KPD von Versammlungen und Umzügen in Aurich, 1931/32.

810

Rep. 16/1 Nr. 1388
Bericht des Magistrats Emden über die Gründung der kommunistischen „freien sozialistischen Jugendvereinigung“ in Emden und ihre Forderungen zur Reform des Berufsschulwesens, August–November 1919.

811

Rep. 16/1 Nr. 1805
Bericht des Regierungspräsidenten über KPD-Kurier im Regierungsbezirk, November 1919.

strationen zur Vorbereitung des Bürgerkrieges und Querelen innerhalb der KPD Wilhelmshaven, Dezember 1926; Kommunistische Aktivitäten in Emden, August 1926.

817 Rep. 16/1 Nr. 2359
Protokoll der Beschlagnahme einer kommunistischen Zeitschrift bei Arbeitern in Leer,
Dezember 1926.

818 Rep. 109 Nr. A 237
Antrag des Oberbürgermeisters der Stadt Emden als Ortspolizeibehörde bei der Staats-
anwaltschaft auf rasche Aufforderung der kommunistischen Arbeiter Kahl, Winkler und
Marre zum Strafantritt, nachdem sie wegen Beteiligung an Unruhen bei der Räumung
des besetzten Küstenbahndamms und aufgrund ihrer führenden Rolle in der KPD Em-
dens wegen Landfriedensbruch verurteilt wurden, Oktober 1932.

819 Rep. 16/1 Nr. 117
Schriftwechsel über erfolglose Durchsuchungsaktion wegen angeblichen Verrats bei
Kommunisten in Aurich, 1932.

820 Rep. 16/1 Nr. 256
Einzahlung der Schreibmaschine des Hinrich Harms, Spitzerfehn, wegen dessen Funk-
tionärsätigkeit im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der KPD-Mitgliedschaft seines
Bruders, 1933; Nachweisung und Verwendungsgesuche für beschlagnahmte Schreibma-
schinen aus einzelnen Polizeibehörden, 1933.

4.3.2.5 Überwachung politischer Vereine u. Versammlungen

821 Dep. 34 C Nr. 306
Bildung eines Ausschusses zur Feststellung von Aufruhschäden, 1920; Aufruf der
Reichsregierung anlässlich des Mordes an Walter Rathenau, 1922; Bildung der Orts-
gruppe des Stahlhelm in Aurich, 1923.

822 Dep. 34 C Nr. 331
Erlass des Oberpräsidenten an den Regierungspräsidenten in Aurich über die Konzes-
sionspflicht einer laienhaften, gewerblichen Theatertruppe der NSDAP aus Herford,
welche bei NSDAP-Veranstaltungen auftritt; Aufführungen, für die keine Konzession
besteht, sind zu verhindern, 1931; Verbot des Tragens von Uniformen bei einer Thea-
teraufführung der SA und SS durch den Reichsminister des Innern, da dies eine politi-
sche Demonstration eines uniformierten Verbandes und keine Theatervorstellung ist,
1932.

823 Dep. 34 C Nr. 357
Streitigkeiten bei der Teilung des Sportplatzes Ellernfeld zwischen der Sportvereinigung
Aurich und dem Arbeiter-Sport-Verein, 1932.

824 Rep. 32 Nr. 1032
Verzeichnis der im Kreis Leer vorhandenen Kriegervereine und deren Vorsitzende, Mai
1919; Bericht des Landrats des Kreises Leer über das vom Kriegerverein Ihnen ange-
brachte Verbotschild für das Ehrenmal der Weltkriegsgefallenen aufgrund des Eigen-
tumsanspruchs des Vereins auf das Gelände, November–Dezember 1930; Artikel im
„Volksboten“ über unrechtmäßigen Eigenumsanspruch des Kriegervereins Ihnen auf
das Ehrenmalgelände, um das Reichsbanner von Gefallenenehrungen auszuschließen,
Januar 1931; Eingabe der SPD, Ortsgruppe Ihnenfeld, gegen Bestrebung des Krieger-
vereins nach Ausschluss des Reichsbanners von der Gefallenenehrung, Januar 1931.

825 Rep. 26b Nr. 1179
Verbot einer kommunistischen Versammlung in der Gaststätte des Albert Aden in Ost-
großfehn, Februar 1920; Verfügung des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos VI
über Verbot kommunistischer und anarchistischer Versammlungen, Anmeldepflicht für
Versammlungen der USPD und der Gewerkschaften sowie deren Überwachung, auf
staatsfeindliche Bestrebungen oder Streikaufrufe gegen lebenswichtige Betriebe, Januar
1920; Erlass des Preußischen Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten über
Schutz der Vorräte des Admirals Scheer über Marine und Auslandsdeutsche, 1921;
Bericht des Regierungspräsidenten in Aurich über Aktivitäten des Reichsbundes für
Siedlung und Pachtung im Regierungsbezirk Aurich, Oktober 1923; Bericht des Ma-
gistrats der Stadt Esens über Versammlung des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung
in Esens mit kommunistisch-nationalistischen Ansichten des Redners Moll hinsichtlich
Kollektivierung und Neuverteilung von Land, Oktober 1923; Antrag des Heinrich A.
Kruse, Großfehn, auf Genehmigung und polizeilichen Schutz einer Vortragsveranstal-
tung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, Februar 1926.

826 Rep. 32 Nr. 1031
Versammlung des Reichsiedlerbundes in Großwolderfeld unter der Leitung des Wan-
derredners Moll und Gründung eines gemeinnützigen Siedlungvereins für die Gemein-
de Ihnen mit 400 Mitgliedern mit dem Ziel des Erwerbs von Domanial-Moorflächen,
August 1923; Bericht des Landrats des Kreises Leer über die Organisation und Mitglied-
schaft (aus Landwirtschaft und dem gewerblichen Mittelstand) des Stahlhelms, Februar
1925; Antrag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Leer, auf Genehmi-
gung eines Ausmarsches durch Leer über Nüttermoor nach Kielhusen, April 1926.

827 Rep. 32 Nr. 2047
Verhandlungen mit der KPD in Leer über Festlegung der Route eines Ausmarsches der

(1932–1957)

(1928–1937)

(1885–1948)

(1887–1931)

(1848–1927)

KPD: offenes Zeigen der Transparente nur in geschlossenen Ortschaft, Stärke der Marschkolonne und Zeit des Umzugs, September 1931; Bericht des Landrats des Kreises Leer über Auflösung einer nationalsozialistischen Versammlung in Wirsingsteln als vor- eilige Maßnahme des zuständigen Landräters zum Schaden der Staatsautorität, Oktober 1931; Schreiben des Landrats des Kreises Leer an den „Volkshoer“ wegen irrtümlicher Berichterstattung über das Verbot einer SPD-Erwerbslosenversammlung in Uplengen: Verbot der Versammlung wegen zeitgleicher Meldezettel der Arbeitslosen, Februar 1932; Bescheid des Landrats des Kreises Leer über das Verbot politischer Versammlungen auch des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vom 19. Dezember 1931.

828 Rep. 44 Nr. 727
Antrag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Wirtmund, beim Landrat des Kreises Wirtmund auf Erlaubnis der Errichtung eines Kleinkaliberschießstandes nach dem Vorbild der Anlage des Stahlhelms, Juli 1931.

829 Rep. 32 Nr. 2048
Anzeige im „Generalanzeiger“ über Filmvorführung der „Antifaschistischen Aktion“ Westrhauderfehn, Januar 1933; Bericht im „Generalanzeiger“ über Filmvortrag des Marxisten Dr. Schwichow über „Sowjetrußland“ und „Selbsthilfemaßnahmen der Bauern und Arbeiter in Schleswig-Holstein“ im Kompaniehaus Westrauderfehn, Januar 1933.

4.3.3 Straftaten infolge der Wirtschaftskrise

830 Dep. 34 C Nr. 148
Verfolgung straffbarer Handlungen: Anordnung des Oberstaatsanwaltes in Aurich auch Vergehen gegen die Wirtschaftsgesetze der Staatsanwaltschaft zuzuleiten, 1924; Anordnung des Regierungspräsidenten wichtige Strafsachen, u. a. Spionage- und Landesver- ratsachen der Staatsanwaltschaft sofort zuzuleiten, Juni 1931.

831 Dep. 34 C Nr. 701
Jagdangelegenheiten: Verfügung des Regierungspräsidenten, gegen den Missbrauch der freien Wasserjagd konsequent vorzugehen, besonders auf den Inseln, 1928; Anweisung des Polizeipräsidenten über die strikte Meldung von Wilderern an die Landeskriminalpolizeistelle, 1929.

4.4 Politische Unruhen und politisch motivierte täliche Auseinandersetzungen

4.4.1 Novemberrevolution

- 832** Dep. 34 B Nr. 303
Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates vom 15. November 1918 in den „Ostfriesischen Nachrichten“; Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates Aurich, Dez. 1918; Forde- rung des Beamten- und Lehrervereins für den Kreis Aurich an den Magistrat auf Redu- zierung der vom örtlichen Soldatenrat angestellten Sicherheitsoldaten, Jan. 1919.
(1918–1920)
- 833** Rep. 16/1 Nr. 4090
Bericht des landrätlichen Hilfsbeamten in Wilhelmshaven über Meuterei der Besatzung der „Thüringen“, November 1918; Kommission der revolutionären Marineangehörigen in Wilhelmshaven zur Wahrung von Ruhe, Ordnung und Disziplin sowie der Erfolg der gestellten Forderungen, November 1918; Bericht des landrätlichen Hilfsbeamten über die Ereignisse in Wilhelmshaven vom 29. Oktober–3. November 1918 und über die Demonstration der Marineangehörigen und der Werftarbeiter am 6. November 1918; Aufruf des Inselkommandanten, Nordenney, zur Wahrung von Ruhe und Ord- nung, November 1918; Weigerung des Arbeiter- und Soldatenrates Leer zur Teilnahme am Rätekongress der „Republik Oldenburg“ des Bernhard Kuhnt wegen Zughörigkeit Ostfrieslands zu Preußen, November 1918; Bildung eines Landes Hannover, Dezember 1918; Fehlende Resonanz des Hannoverschen Freiheitsbundes in Ostfriesland, Dezem- ber 1918–April 1919; Bekanntmachung der preußischen Regierung über Bekämpfung der Abspaltung von Gebietsteilen, Dezember 1918; Kommunardenputsch in Wilhelmshaven, Januar 1919; Bericht des landrätlichen Hilfsbeamten über Besetzung Wilhelms- havens durch Regierungstruppen und Auflösung des Arbeiter- und Soldatenrats sowie Distanzierung der Arbeiterschaft von den kommunistischen Putschisten, Februar 1919; Aufruf des Chefs der Marinestation Wilhelmshaven zur Wahrung von Ruhe und Ord- nung sowie zur Erwaffnung der Bevölkerung, Februar 1919; Zunehmende Verschlech- terung der Stimmung unter den Arbeitern Wilhelmshavens und Emdens und die Bil- dung von Einwohnerwehren, März 1919; Bericht des Emder Magistrats über Demon- stration gegen Einordnung Luxemburgs und Liebknechts, gegen Regierungstruppen, über Festnahme des Senators Ballhuis-Smeders durch Demonstranten und Ende des Arbeiters- und Soldatenrats Emden, 1919; Bericht an den Regierungspräsidenten über Gründung einer antikommunistischen „baltischen Liga zum Schutz der Heimat“ in Oldenburg, April 1919; Bericht des Landrates des Kreises Norden über Auflerzung der Arbeiter durch den Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates Molle und des Ver- prügelns eines Redakteurs des „Ostfriesischen Kuriers“ während eines Protests vor dem Verlagshaus, April 1919; Bericht des landrätlichen Hilfsbeamten über Bildung eines „Einwohnerausschusses“ in Wilhelmshaven gegen kommunistische Putschversuche, Mai 1919; Flugblatt des Einwohnerausschusses Wilhelmshaven über die Frau als sexu- elles Gemeinobjekt im bolschewistischen Rußland, April 1919; Bericht des Landrats des

Kreises Emden über Finanzgebahren des Arbeiter- und Soldatenrates, über dessen Nichtanerkennung der legalen Verwaltung und die Persönlichkeit des Arbeiterräfflers Wand, April 1919; Bericht des Magistrats über Gründung eines Bürgerausschusses gegen den Bolschewismus, Juni 1919; Forderung des Bezirksvorstands der SPD Oldenburg-Ostfriesland beim Preußischen Innenminister nach Absetzung reaktionärer Landräte und Regierungspräsidenten, Juni 1919; Forderung des Arbeiterrats Emden an Zentralrat in Berlin nach Absetzung des Regierungspräsidenten von Hepp in Aurich und des Landrats des Kreises Emden, Mai 1919.

834

Rep. 109 Nr. A 211

Verfügung des Oberbefehlshabers des Generalkommandos X Armeekorps über Verleihung des Charakters eines Polizeibeamten oder Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft an Offiziere und Beamte der Abwehrstellen der Marine-Festungs-Gouvernements und der Kommandanturen, November 1918.

835

Rep. 44 Nr. 176

Bericht des Gemeindevorstehers Osten, Carolinensiel, über Aufforderung durch den Soldatenrat zur Vorlage und Gegenzeichnung aller Gemeindeeschriftpiece durch den Rat, November 1918.

836

Rep. 16/1 Nr. 3561

Telegraphischer Bericht über Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten in den Städten des Regierungsbezirks Aurich und auf den Inseln Borkum und Norderney, 13. November 1918; Auseinandersetzung zwischen Regierung in Aurich und den Landräten sowie den Kommunen und Städten des Regierungsbezirks wegen der Übernahme der Kosten der Arbeiter- und Soldatenräte, Dezember 1918-Mai 1919; Bericht der 27. Infanteriebrigade über Überfall des Matrosen des Arbeiter- und Soldatenrates Emden auf Kompanien der Brigade in Aurich wegen Verhaftung eines Unteroffiziers, Dezember 1918; Bericht über gemeinsame Sitzung der städtischen Kollegen Emdens mit dem Arbeiter- und Soldatenrat wegen Klagé des Rates gegen Bürgervorsitzender Dr. Zorn sowie Verhaftung des Senators von Ballhuis-Smeders wegen Menschenverachtender Äußerungen während des Krieges, Januar 1919; Beschwerde der Oberpostdirektion Oldenburg gegen Beschlagnahme von Paketen durch den Arbeiter- und Soldatenrat Emden, Januar 1919; Bericht des Arbeiter- und Soldatenrats Borkum über Ausschluss eines Mitglieds, Januar 1919; Entsendung dreier Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates Emden zur Kontrolle der Verwaltung, Februar 1919; Auseinandersetzung zwischen Arbeiter- und Soldatenrat und Gemeindevorstand Borkum wegen Absetzung des Lebensmittelvertreters und des Verbots des direkten Eingriffs in die Verwaltung, 1919; „Der Kern des Rätesystems“, „Durch Not zur Einheit“: Broschüren der Geschäftsstelle des Reichsbauern- und Landarbeiterrates, Mai 1919; Aufruf zur Entsendung von drei Delegierten pro Regierungsbezirk zum Reichsbauern- und Landarbeitertag des Reichsbauern- und Landarbeiterates nach Goslar, Mai 1919; Protokoll der Sitzung des Bezirksbauern- und Landarbeiterats für Ostfriesland über Lebensmittelversorgung, Abbau der Zwangswirtschaft

schaft, Regelung der Ferkel- und Rinderpreise, Ersatz des Viehgroßhandels durch Verhandlung durch Bauernräte und Wahl zum provisorischen Reichsbauern- und Landarbeiterat, Mai 1919.

837

Rep. 28 Nr. 1183

(1918-1919) Bericht des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Ostfriesland über Notwendigkeit der Integration der Bauernräte in die landwirtschaftlichen Vereine und Vorschlag der Bildung einer hierarchischen Bauernratsorganisation nach dem Vorbild des Freistaats Oldenburg, November 1918; Aufruf der Landwirtschaftsorganisationen in Preußen zur Bildung von Bauernräten unter Einschluß der Landarbeiter zur Sicherung der Nahrungsmittelersorgung, Dezember 1918; Arbeitsplan für die Kreis- und Gemeindebauern-, Handwerker- und Landarbeiterräte vom vorläufigen Vorstand des ostfriesischen Bezirksbauern-, Handwerker- und Landarbeiterates: Unterbringung arbeitsloser Demobilisierter, Schutz der Landbevölkerung vor Uhrmännern, Auflösung über Funktion des Rates beim Wiederaufbau der Landwirtschaft, Dezember 1918; Erlass des Staatssekretärs im Reichsernährungsamt über die Mitwirkung der Bauern- und Landarbeiteräte bei der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und der Bekämpfung des Schleichhandels sowie über den Verbleib der Exekutivrechte bei den Kommunal- und Staatsbehörden, November 1918; Protokoll der Versammlungen der Wahlberechtigten in den Gemeinden des Kreises Emden zwecks Bildung von Räten, Dezember 1918; Eingabe des Arbeiter- und Soldatenrates in Oldersum beim Landrat des Kreises Emden gegen die verordnete Wahl des Bauernrates nach einem Gruppenwahlrecht wegen Unvereinbarkeit mit demokratischen Grundsätzen und Drohung mit der Verhinderung der Wahl, Dezember 1918; Verfügung des Staatssekretärs im Reichsernährungsamt über Bildung der Bauernräte durch allgemeine und geheime Wahlen, Januar 1919; Bericht des Mitglieds des Vorstands des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Ostfriesland und provisorischen Geschäftsführers des Bezirksbauern- und Landarbeiterates, Groß, über geplante Konstituierung des Bezirksbauern- und Landarbeiterates und geplante Festlegung eines einheitlichen Landarbeiterlohnes mit seiner Hilfe, Februar 1919; Wahl des Kreisbauern- und Landarbeiterates in Emden und Annahme einer Resolution des Obmanns der Arbeiter, Bolts, Wolthusen, über Loyalitätsklärung für die Regierung Ebert-Scheidemann und die Nationalversammlung, Januar 1919; Verfügung des Landrats des Kreises Emden über gesetzliche Möglichkeit der Gemeindevorsteher zur Enteignung von Land zur Übergabe als Gemüseanbauland an Arbeiter und Einwirkung der Gemeindevorsteher auf die Bauern zur freiwilligen Abgabe von Land zur Verbesserung der Ernährungslage der Arbeiter, Februar 1919.

838

Rep. 16/1 Nr. 3920

(1919-1920) Bericht des Garnisonskommandos Norderney über Demonstration und feindelige Hallung der Bevölkerung gegen die Freiwilligenkompanie der Reichswehr auf Norderney, Juni 1919; Bericht des Arbeiterrats Norderney an den Landrat des Kreises Norden über Ausschreitungen der Freiwilligenkompanie, Juli 1919; Bericht des Landrats des Kreises

Aurich über Auflösung des Arbeiter- und Soldatenrates Aurich am 10. März 1919; Berichte aus Landkreisen und Städten des Regierungsbezirks Aurich über Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte und Erstattung der entstandenen Kosten, Mai 1919–Juni 1919; Angriffe gegen den Arbeiterrat durch Spartakisten auf einer Versammlung in Esens, September 1919; Verordnung über Tätigkeit der Arbeiterräte als Mittler zwischen Volk und Behörde, März 1920.

841

Rep. 28 Nr. 3865

Bericht des Gendarmerie-Wachtmeisters Israel, Rysum, über das Verbot des vom Landesrat genehmigten Verkaufs von Milch an bedürftige Personen durch den Arbeiterrat wenigen umstrittener Bedürftigkeit, Februar 1919.

839

Rep. 28 Nr. 1167

(1918–1919)
Arbeiter- und Soldatenräte in Stadt und Kreis Emden: Bericht des Sicherheitskommandos des Arbeiter- und Soldatenrats Emden über vom Kreis Emden zu entlohnende Hilfsgendarmen, Februar 1919; Verfügung des Landrats des Kreises Emden über Bedingungen für eine Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Emden: Herausgabe sämtlicher durch den Rat beschlagnahmten Lebensmittel, Verminderung der Zahl der Hilfsgendarmen, Anzeigepflicht von Beschlägahnahmen durch Hilfsgendarmen, Februar 1919; Protokoll einer Besprechung von Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats Emden mit dem Landrat des Kreises Emden über Beschluss der Gehaltszahlung für Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates durch Stadt und Kreis Emden nach Einstellung der Zahlungen durch die Militärrendantur Hannover zur Verhinderung von Ausschreitungen der Betroffenen, Auflösung des Soldatenrates und Anschluss des Arbeiterrates an das Landratsamt und den Magistrat der Stadt Emden, Februar 1919; Verfügung des Zentralkomitees der deutschen sozialistischen Republik gegen gewaltsame Erzwingung von Vorschusszahlungen der Nordseewerke an ihre Arbeiter, gegen Absetzung von regierungstreuen Beamten und gegen einseitige Beschlagnahmungen von Lebensmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat Emden, Februar 1919; Denkschrift über die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats Emden: Gewährleistung von Ruhe und Ordnung durch den Rat, Schlichtung von Streit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, Unterbindung des Schleichhandels, Finanzprobleme durch Einstellung der Gehaltszahlungen auf Veranlassung des Zentralkomitees in Hannover und Verhinderung einer geordneten Geschäftsbwicklung durch Auflösung des Arbeiterrates durch Regierungstruppen, Februar 1919; Erlass des Preußischen Innenministers über Entscheidungsbefugnis der frei gewählten Kommunalräte über Beibehaltung von Arbeiterräten als Kontrollinstanz, Juni 1919.

842

Rep. 109 Nr. A 33

(1906–1923)
Verzeichnis der Strafsachen vor dem Schwurgericht Aurich vom 19. Juli 1919; gegen 3 Arbeiter wegen Meuterei; gegen Lehrer Karl Jörs, Torpedosteuermann Willy Bock, Parteisekretär Ernst Schneider etc. wegen Hochverrats in Zusammenhang mit dem Spartakus-Putsch in Wilhelmshaven im Januar 1919, Juli 1919; Verzeichnis der Strafsachen vor dem Schwurgericht Aurich vom 27. Februar 1920; Verfahren gegen 10 Arbeiter (Konrad Goemann etc.) aus Ditzumverlaat wegen Landfriedensbruchs (Landarbeiterstreik), Februar 1920; Strafsachen vom 23. April 1920; Verfahren gegen 10 Arbeiter aus Bunde wegen Landfriedensbruchs (Landarbeiterstreik), April 1920; Strafsachen vor dem Schwurgericht Wilhelmshaven vom 7. Februar 1921; Verfahren gegen 5 Handwerker aus Wilhelmshaven und Rüstringen wegen schweren Landfriedensbruchs (Lebensmittelunruhen Sommer 1920), Februar 1921; Strafsachen vor dem Schwurgericht Aurich vom 27. Oktober 1923; Verfahren gegen 10 Arbeiter aus Greetsiel wegen Landfriedensbruchs, Oktober 1923.

843

Rep. 109 Nr. A 304

(1913–1923)
Bericht über Gnadenantrag des kommunistischen Lehrers a. D. Karl Jörs, Sturmmanns Willi Brett, Partrisekretärs Ernst Schneider, Seesoldaten Friedrich Weiland, verurteilt zu Festungshaft wegen Landfriedensbruchs: Teilnahme an Revolution und Spartakusputsch in Wilhelmshaven im November 1918–Januar 1919, negative Stellungnahme des Oberstaatsanwalts, Oktober 1919.

4.4.2 Politische Unruhen in den 20er Jahren

844

Dep. 34 B Nr. 304/1

(1919–1933)
Zusage des Garnisonskommandos in Aurich zur Zuteilung von militärischen Sicherheitsbesatzungen für wichtige Gebäude im Falle spartakistischer Unruhen, März 1919; Aufruf der Ortsgruppe der KPD Aurich zu einer Versammlung über das Thema „Drittes Reich oder Swijerdeutschland“, mit Redereien für alle Parteien, [1919]; Korpsbefehl des Generalkommandos in Osnabrück zur Bildung von Sicherheitsabteilungen, wegen befürchteter Unruhen in Emden, Mai 1919; Meldung des Regierungspräsidenten in Aurich an die Landräte über rege Agitationstätigkeit der Kommunisten, 1919; Agitationsblätter der KPD, [1920]; Meldungen des Staatskommissars für öffentliche Ordnung in Berlin über politisch-motivierte Brandstiftungen, besonders in ländlichen Gebieten des Reiches, 1922; Information über Verbote verschiedener kommunistischer

840

Rep. 109 Nr. A 280

(1918–1928)
Eingriffe der Arbeiter- und Soldatenräte in die Justiz: Erlass des Preußischen Justizministers über Unzulässigkeit von Eingriffen der Arbeiter- und Soldatenräte in die Justiz und Meldung solcher Fälle von den Staatsanwaltschaften an die dienstvorgesetzte Behörde sowie dortige Entscheidung über Verhandlung mit den Räten, November 1918; Bericht des Amtsgerichts in Wilhelmshaven über Unzulässigkeit der Abwicklung einer Strafsache (Vernichtung einer roten Fahne durch Schüler) durch den Arbeiter- und Soldatenrat und Protest gegen den Eingriff in amtsanwältliche Dienstgeschäfte, Januar 1919.

und völkischer Druckschriften, 1926–29; Verbot der so genannten „Hungerdemonstrationen“, Dez. 1930; Auflösung einer Versammlung der NSDAP nach Schlägereien zwischen Anhängern der KPD und der SA, Jan. 1931; Polizeibericht über einen „Hungermarsch“ von Erwerbslosen, Febr. 1931.

845 Dep. 34 B Nr. 305
Aufrufe im Zusammenhang mit den politischen Unruhen, 1920.

846 Dep. 34 B Nr. 10
Öffentliche Kundgebung gegen den Versailler Vertrag in Aurich, 1929.

847 Rep. 16/1 Nr. 1378
Bericht über Agitation der KPD und ihr nahestehender Organisationen unter den demobilisierten Soldaten und entlassenen Kriegsgefangenen, August 1919; Resolution der Arbeiterschaft der Stadt Emden vom 4. September 1919 gegen Verureilung von Hamburgern und gegen Ausschreitungen der Bürgerwehr; Berichte aus den Landkreisen des Regierungsbezirks zur Kriminalität, August 1919; „Der Pfug“, Sonntagsblatt für Landarbeiter und Kleinbauern, über das kommunistische Programm, August 1919; Bericht des Landrats über Betriebsstilllegungen wegen Kohlemangels im Landkreis Norden, September 1919; Lagebericht der Reichswehrbrigade 10 über Aktivitäten der radikalen Parteien, insbesondere der KPD, November 1919; Flugblatt der KPD für die Errichtung einer Rätediktatur, Februar 1920.

848 Rep. 16/1 Nr. 1782
Lagerung der Waffen und Munition der Volkswehr Emden, 1919; Organisation des Freiwilligenkorps des Arbeiter- und Soldatenrates Emden; innere Struktur, Einstellungsbedingungen für neue Mitglieder, Disziplinarrecht und Lohnnung, 1918–1919; Bericht der Abwicklungsstelle des Feldartillerie-Regiments 83 über Verhaftung des Stadtkommandanten von Emden, März 1920; Lageberichte des Garnisonskommandos Emden über Streiks, Stimmung der Arbeitslosen, Ausschreitungen und kommunistische Propaganda, Mai–September 1919; Mitteilung der Organisation der „aktiven Volkswehr“ Emden über Aufgabe, Verhältnis zur Reichswehr und Einstellung neuer Mitglieder, Juli 1919; Bericht des Magistrats der Stadt Emden über Bedrohung von Polizisten durch Arbeiter wegen der Beschlagnahme von unterschlagener Kohle und Zucker und das wirkungsvolle Auftreten der Bürgerwehr, Juli 1919; Antrag der Westfälischen Transport Aktien Gesellschaft (WTAG) auf Schutz ihrer Kohlenschiffe durch die Volkswehr Emden, Juli 1919; Plan: Auflösung der „aktiven Volkswehr“ Emden im Falle der feindlichen Besetzung, Juni 1919.

849 Rep. 16/1 Nr. 1379
Auflösung der revolutionären Unruhen seit 1918 in Wilhelmshaven, April 1920; Sachschäden durch revolutionäre Unruhen seit 1918 in Emden, April 1920; Personen- und Sachschäden durch revolutionäre Unruhen seit 1918 in Emden, April 1920.

1920; Flugblatt der KPD zur Solidarisierung mit den kommunistischen Revolutionskämpfern im Ruhrgebiet, 1920; Polizeibericht über Wahlkampfveranstaltung der KPD in Emden, Mai 1920; Bericht des Magistrats über Plünderungen wegen hoher Warenpreise in Wilhelmshaven und Agitation der KPD, Flugblatt der KPD zur Einberufung einer Volksversammlung wegen der Preisentwicklung, Juni 1920.

850 Dep. 34 B Nr. 42
(1920)

847 Rep. 109 Nr. A 42
Bericht des Oberstaatsanwalts in Aurich über schnelle Verfahrenseröffnung gegen Landfriedensbruch-Angeklagte, vorliegende 270 Gnadengesuche von wegen Landfriedensbruchs Verurteilter und über schnelle Aburreilung von Plünderern aus Rüstringen vor den oldenburgischen Gerichten, Januar 1921.

851 Rep. 16/1 Nr. 2320
(1919–1920)

Anordnung der Bildung eines Ausschusses für die Entscheidung über Schadensforderungen in den Kreisen des Regierungsbezirks Aurich, 1920; Nachweisungen über anerkannte Schadenssummen, 1920; Schadensersatzforderungen der Filiale des „Kaiser's Kaffeegeschäftes“ in Wilhelmshaven, aufgrund der Schuld der Polizeiverwaltung am Ausmaß der Unruhen vom 27. Juni 1920, März 1921.

852 Rep. 109 Nr. A 254
(1907–1940)

Vorführung des Regierungskommissars Leinert über die Verhängung des Ausnahmezustands über die Provinz Hannover: Bekämpfung des Schleichhandels und Schieberei durch verschärfte polizeiliche Überwachung durch besonders beauftragte Beamte der Polizei und Staatsanwaltschaft, April 1920.

853 Rep. 109 Nr. A 155
(1913–1936)

Erlaß des Preußischen Justizministers vom 10. Juli 1924 über die Möglichkeit des Straferlasses für Teilnehmer an Demonstrationen und Unruhen gegen Preisstreitigungen im Sommer 1923; Liste der Betroffenen, 1924.

854 Rep. 32 Nr. 2045
(1887–1939)

Befehl des Reichswehrministeriums über Verbot der Berichte über Unruhen im nicht besetzten deutschen Gebiet, Oktober 1923; Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover über Überwachung der Presse hinsichtlich der Berichterstattung über die Ankündigung einer Kreisreform durch den Preußischen Innenminister, Missbilligung der Unterstützung der Reformproteste durch die Landräte wegen der Gefährdung der staatlichen Autorität, Februar 1926; Verfügung des Regierungspräsidenten über Abschluss des „Allgemeinen Anzeigers für Ostfriesland und für die Kreise Leer und Weener“, Leer, von der Veröffentlichung der Bekanntmachungen der Regierungsbehörden, November 1927.

855 Rep. 109 Nr. A 161 (1913–1944) Schurzhaftbefehl gegen den Schlosser Bettrig aus Wittmund aufgrund der Nonverordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wegen seiner führenden Rolle beim Streik im Elektrizitätswerk Wiesmoor, November 1923.

856 Rep. 109 Nr. A 66 (1869–1937) Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamts Nordmark an den Generalstaatsanwalt in Celle über Notwendigkeit der Verhüllung von Kurzstrafen für Arbeiter im Winter zur Ermöglichung einer Arbeit im Sommer (Landarbeiter), Juli 1929.

4.4.3 Verhinderung von Zwangsräumungen und Zwangsversteigerungen

857 Rep. 36 Nr. 657 (1929–1933) Bericht des Oberlandjägers de Wall über Verhinderung einer Getreidezwangsräumung durch Kommunisten unter Beizein von Nationalsozialisten aus Großsande, Juli 1932; Bericht des Landrats des Kreises Norden über Zusammenarbeit des Gerd Iderhoff mit der KPD zur Verhinderung von Zwangsräumungen, Juli 1932; Bericht des Landjägermeisters Hoppe über Treffen der KPD-Funktionäre Radeck, Frieden und Döpke aus Emden mit den Landwirten Gerd Iderhoff, Groß-Sande, Ohling, Suurhusen, Heinrich Iderhoff, Pewsum, Carl Vissering, Gut Lintel, Ohling, Reithamm, L. Janssen, Hogenlecht sowie Friesenborg, Abbingworth, zur Bildung einer Norgemeinschaft zur Verhinderung von Zwangsräumungen, Juli 1932; Anzeige des Direktoriats der Kreis- und Stadtparkasse Norden bei der Staatsanwaltschaft in Aurich gegen die Landwirte Gerd Iderhoff, Heinrich Iderhoff, Antoni Iderhoff sowie gegen den Landschaftsrat Carl Vissering und Carl Vissering jun. wegen Nötigung, Beleidigung und Bedrohung bei der Zwangsräumung, des im Besitz des Landschaftsrates Vissering befindlichen Guts Lintel, Juli 1932; Kommunistisches Flugblatt „Kampfpruf Nr. 1 der Arbeiter und Bauern Ostfrieslands“: Aufruf an das „erwerbstätige Landvolk von Marienhafen, Osterel und Umgebung“ zur Verhinderung der Zwangsräumung und Räumung des Hofes der Witwe Poppings, September 1932; Bericht des Landjägermeisters Hoffmann über ruhig verlaufenen Termin der Zwangsräumung des Hofes der Witwe Poppinga ohne Abgabe von Kaufgeboten infolge Zurufe der anwesenden Kommunisten und Nationalsozialisten, September 1932.

858 Rep. 36 Nr. 321 (1931) Untersuchung der Drohung eines Hotelbesitzers auf Norderney, im Falle einer Zwangsräumung sein Hotel anzuzünden, September 1931.

859 Rep. 109 Nr. A 81 (1931–1938) Erlass des Preußischen Justizministers über Berichtserstattung bei Sabotage von Zwangsräumungen nach Erscheinen eines diesbezüglichen Artikels in der Zeitung „Der Landvolkkampf“, Irzehoe, Oktober 1931; Bericht der Reichsbankstelle Eutin über Schürfung von Inflationsangst in der Landwirtschaft durch Vorräte des ehemaligen Landwirtschaftslehrers Dr. Reeder und drohender Massenabzug von Spareinlagen, Dezember 1931; Bericht des Oberstaatsanwalts in Aurich über bisheriges Nichtauftreten des Dr. Reeder in Ostfriesland, Januar 1932; Artikel des „Landvolkkampfes“ über Auflösterung zum Steuerstreit, Dezember 1931.

860 Rep. 36 Nr. 593 (1932–1950) Urteilschrift des Landgerichts Aurich gegen fünf Landwirte wegen Bedrohung und Beleidigung während einer Zwangsräumung auf Betreiben der Kreis- und Stadtparkasse Norden, Oktober 1932.

4.4.4 Politische Beleidigungen und Prozesse

861 Dep. 34 C Nr. 681 (1896–1952) Beschwerde des Juden Jakob A. Cohen, Aurich, über Belästigungen durch den Benutzer des Freibades Wilhelm W., Juni, 1931.

862 Rep. 16/1 Nr. 1504 (1920) Schadensersatzantrag des Verlegers des „Wilhelmshavener Tageblatts“, Th. Süß, wegen Erscheinungsverbots und erzwungenen Zeitungsdrucks durch den Präsidenten Kuhnt, März 1920.

863 Rep. 109 Nr. A 217 (1880–1933) Bericht des Oberstaatsanwalts in Aurich über Anwendbarkeit des Pressgesetzes zur Beleidigung von Münchmeyer-Plakaten bei deren Aushang an öffentlichen Plätzen und mögliche Beschlagnahme aus polizeilichen Gründen auf Veranlassung des Landrats des Kreises Emden, Oktober 1925; Bericht des Pressedezernenten der Staatsanwaltschaft in Aurich über Freispruch Münchmeyers in einem Prozess vor dem Schöffengericht Emden wegen Verstoßes gegen das Republiksschutzgesetz, weil seine Äußerung über Republik als „Sausystem“ und Reichstag als „Sauastal“ nicht bewiesen wurde, Januar 1929; Bericht des Pressedezernenten der Staatsanwaltschaft über Freispruch des Majors a. D. Karl Vogler, Borkum, wegen Beschimpfung der Reichsfähne und antisemitischer Beleidigung gegen das Ehepaar Dr. v. Frankenbergs, Januar 1929; Bericht des Pressedezernenten der Staatsanwaltschaft über Einberaumung einer Hauprverhandlung gegen einen Arbeiter auf Norderney vor dem Amtsgericht Norden wegen Ausrufs kommunistischer Parolen, Juni 1929.

864 Rep. 109 Nr. A 69
Liste der Berichte in Gnadenachsen: u. a. über Dr. Albrecht Völklein, Dr. Julius Charig und Lazarus Peltzer wegen Beleidigung Münchmeyers mit Stellungnahme für Strafversetzung, 1927.

Münchmeyers aus dem Kirchendienst wegen seiner Hetze gegen Juden und Katholiken, August 1925; Anti-Borkumied gegen Münchmeyer in der „Borkumer Zeitung“, 1925; Ablehnender Bescheid des Oberpräsidenten der Provinz Hannover gegen die Beschwerde des Rechtsanwalts Dr. Charig gegen das Verbot der Schrift „Der falsche Priester oder der Kannibalenhäuptling der Nordsee-Insulaner“, Januar 1926.

865

Rep. 28 Nr. 3742
(1912–1929)
Bescheid des Regierungspräsidenten an den Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens über fehlende gesetzliche Handhabe zum Verbot des „Borkumiedes“ wegen Erlaubnis des Liedes durch die Gemeindevertretung auf Borkum angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs, Oktober 1919; Beschwerde des Vertreters des SPD-Wahlvereins auf Borkum, Paul Novak, gegen den landräthlichen Hilfsbeamten Bannier wegen Ablehnung des Einschreitens gegen das Borkumied, selbst nachdem ein Kurgast anschließend zu antisemitischen Ausschreitungen auffiel, August 1922; Bericht des Bürgermeisters auf Borkum, Kiewiet, über Unmöglichkeit des Schutzes der „anders gesinnten“ Minderheit gegen die „national gesinnte“ Mehrheit der Kurgiäste wegen Gefährdung des wirtschaftlichen Interesses der Insel, Juli 1922; Bericht des Oberlandgerichtsbeamten Lucht auf Borkum über Hetze eines Mannheimer Kurgastes zur Vertreibung von ihm als jüdisch bezeichneten Gästen der Insel, August 1922; Protokoll über die Aussage des Dirigenten der Kurkapelle Borkum über Nötigung durch das Publikum zum Abspielen des Borkumiedes entgegen der Verfügung des stellvertretenden Landrats, Juni 1923; Verfügung des stellvertretenden Landrats des Kreises Emden über Abspielen des „Borkumiedes“, Juni 1923; Antisemitische Schrift des Pfarrers Ludwig Münchmeyer: „Borkum, die deutsche Insel“, 1923; Bericht des Polizeihauptwachtmasters Wellnitz über Protestversammlung gegen das Verbot des Borkumiedes und Hetzerrede des Ludwig Münchmeyer gegen Oberpräsident Noske, Regierungspräsident Bergmann und Landrat Bubert, Juni 1924; Bericht des Polizeihauptmeisters Wellnitz über Auftritt der Kurkapelle Borkum trotz Verbots durch Ermunterung von Pastor L. Münchmeyer und des Badedirektors Karl Hempelmann, Juni 1924; Bericht des Kreisrats über einen von Münchmeyer veranstalteten „Deutschen Abend“ mit Beleidigungen gegen Juden und Katholiken, August 1925; Anmeldung einer Demonstration des SPD-Wahlvereins Borkum gegen Münchmeyer, August 1928; Bericht des Polizeioboberwachtmasters Alfred Geißler über Hetze gegen die Republik durch Ludwig Münchmeyer und Joseph Goebbels während einer Totenfeier für die Weltkriegsgefallenen, August 1928; Vertrag des Druckereibesitzers Specht mit dem Redakteur Wolfram und Pastor Münchmeyer über Abrietung des politischen Teils der „Borkumer Zeitung“ an Münchmeyer und Wolfram, September 1925.

866 Rep. 109 Nr. A 176
(1925–1936)
Dementi des Landrats des Kreises Emden, Walter Bubert, an der Rolle des Schöffengerichts in den Prozessen gegen Ludwig Münchmeyer Kritik getilgt zu haben (Schreiben an den Landegerichtspräsidenten), Februar 1925.

868

Rep. 109 Nr. A 150
(1886–1932)
Anklageschrift gegen den Redakteur Friedrich Burger, Emden, wegen Beleidigung des Reichskanzlers Dr. Wirth in einem Artikel in der „Emder Zeitung“, gegen die Erfüllungspolitik und gegen „Parteienstaat“, Dezember 1922.

869

Rep. 109 Nr. A 315
(1922)
Bitte des Polizeipräsidenten in Kassel an den Leiter des Amtsgerichtsgefängnisses in Aurich um Informationen über den Briefverkehr des dort 1921 inhaftiert gewesenen KPD-Funktionärs Wilhelm Seitz wegen beleidigender Artikel gegen Schutzpolizei und Reichswehrangehörige in der von ihm geleiteten „Arbeiterzeitung“ in Halle, März 1922.

870

Rep. 109 Nr. A 605
(1885–1930)
Bekanntmachung eines Schreibens des Bürgermeisters auf Juist an eine englische Firma in der „Niederdeutsche Zeitung“, Hannover, über Ablehnung der Stellung eines englisch sprechenden Reiseführers sowie der generellen Ablehnung ausländischer Gäste im „deutschen Bad“ Juist und verschiedene Schreiben mit Beifalkundgebungen für die Maßnahme des Bürgermeisters, Juni 1925; Abschrift der Eingabe eines Redakteurs der „Frankfurter Zeitung“ unter dem Pseudonym „Practus“ beim Landrat des Kreises Nordhorn über Veröffentlichung und Kritik des Briefes des Bürgermeisters auf Juist in der „Frankfurter Zeitung“, Juni 1925.

871

Rep. 109 Nr. A 103
(1905–1936)
Beschwerde des Rechtsanwalts Dr. iur. Bruns für den jüdischen Schlachter Joseph Pinto, Wiener, gegen die Verfahrenseinstellung gegen einen studierenden Bauernsohn aus Stapelmoor wegen antisemitischer Beleidigung und Bedrohung mit einem Jagdgewehr aufgrund „mangelnden öffentlichen Interesses“, Oktober 1921; Anzeige eines Hotelbesitzers auf Norderney bei der Staatsanwaltschaft in Aurich gegen den Gewerkschaftssekretär Ox, Wilhelmshaven, wegen Beleidigung und Aufwiegelung des Personals und Ursache der Hetze gegen ihn wegen seiner nationalistischen, antijüdischen und antisozialistischen Einstellung, Oktober 1925; Anonymer Leserbrief im „Ostfriesischen Kuriert“

865

Rep. 16/1 Nr. 2486
(1925–1926)
Artikel des Chefredakteurs des „Deutschen Herolds“, Otto Dubro, über Münchmeyer: „Borkum im Kampf gegen seinen völkischen Diktator, der Krieg des Pfarrers Münchmeyer“, Aufruf der Hetze gegen ihn wegen seiner nationalistischen, antijüdischen und antisozialistischen Einstellung, Oktober 1925; Anonymer Leserbrief im „Ostfriesischen Kuriert“

rier“ über Aufruft zum Boykott der Verfasstagsfeier auf Norderney und gegen Diskriminierung der Republikegner, August 1925.

872

Rep. 28 Nr. 3991

Antrag des Gemeindevorsteigers beim Landrat des Kreises Emden auf Einleitung eines Strafverfahrens wegen Beleidigung gegen den in Halle Jura studierenden Sohn eines steuerverweigenden Landwirts in Canum, Oktober 1925.

873

Rep. 109 A Nr. 203

(1887–1933)
Bericht des Staatsanwalts Overhues über unwahre Behauptung des „Vorwärts“ über das Nichteinschreiten der Justiz gegen einen Überfall auf einen Demonstrationszug auf Borkum, in dem die Republikfahne mitgeführt wurde, September 1921; Artikel der „Roten Fahne“ über Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen demonstrierende Arbeiter und gestreikende Landarbeiter im Rheidland, Oktober 1921; Artikel in der „Roten Fahne“ über lange Untersuchungshaft ohne Prozess gegen den Kommunisten Wilhelm Seitz in Aurich, Verschonung rechter Gegner der Republik durch die Justiz, Oktober 1921; Artikel der „Ostfriesischen Volkszeitung“ (SPD) über Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen ihren Redakteur wegen kritischer Berichterstattung über eine Stahlhelmkundgebung, Juli 1922; Bericht des Oberstaatsanwalts in Aurich an den Vorsitzenden des preußischen Richterbundes, Ortsgruppe Aurich, Amtsgerichtsrat v. Richnow, über Vorwürfe Münnchmeyers gegen die Justiz: Charakterisierung der Justiz als republik- und jüdenfreundlich, Juni 1926.

874

Rep. 28 Nr. 4012

(1895–1927)
Eingabe verschiedener Einwohner der Gemeinde Hanswehrum, beim Landrat des Kreises Emden über Lähmung des Gemeindeausschusses durch die landwirtschaftlichen Vertreter im Ausschuss, die angeblich den Gemeindevorsteher verunglimpfen, Januar 1927 (s. a. Rep. 28, 4011).

875

Rep. 16/1 Nr. 2629

(1918–1933)
Beleidigung des Bürgermeisters in Norden durch den Bürgervorsteher, Buchdruckereibesitzer Siebold Stiebolds, Oktober 1925; Antrag der völkischen Fraktion des Bürgervorsteherkollegiums auf Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen Bürgermeister Buksch wegen seiner demokratischen Politik („Sympathie mit der Strafe“), Dezember 1925; Artikel des „Ostfriesischen Kuriers“ über den Rücktritt des Bürgermeisters Buksch wegen seiner Ernennung zum Magistratsrat in Magdeburg, Dezember 1928.

876

Rep. 16/1 Nr. 2169

(1925–1930)
Bericht der Polizei Emden über antirepublikanische Äußerungen gegen den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Gustav Noske, durch Angehörige der Reichswehr, August 1928; Anonymes Schreiben eines Monarchisten mit Beleidigungen der Träger der Republik, Januar 1930; Antirepublikanisches Pamphlet gegen Beamenschaft, Februar

1930; Verfahren gegen die Redakteure Peter Agena und Heinrich Herlyn wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutz der Republik durch Anbringung eines Schildes mit antirepublikanischem Text im Bürgerpark Aurich, September 1929–Juni 1930.

877

Rep. 109 Nr. A 235

(1885–1936)
Bericht des Oberstaatsanwalts in Aurich über Verfahren gegen die sozialistische Arbeitjugend wegen geschlossenen Umzugs auf Borkum und gegen den Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbund Solidarität Emden wegen eines Umzugs, August 1931.

878

Rep. 32 Nr. 243

(1887–1970)
Bericht des Vorstechers der Gemeinde Hohegaste, A. Baumann, über Schikanen und Verleumdungen gegen ihn wegen seiner Herkunft aus einer Arbeiterfamilie, Mai 1931.

4.4.5 Auseinandersetzungen um politische Symbole,

Loyalität zur Republik

879

Dep. 34 B Nr. 17

(1852–1927)
Beschwerde der DDP, Ortsverein Leer, an den Regierungspräsidenten, endlich die ehemaligen Hohheitszeichen an öffentlichen Gebäuden, wie Seefahrtsschule Leer, Kreiskasse u. a. zu beseitigen, 1922; Ersuchen des Regierungspräsidenten an die Magistrate, das Hissen der schwarz-weiß-roten Flagge zu unterlassen, 1922.

880

Dep. 34 B Nr. 804

(1890–1923)
Erlass des Oberpräsidenten, Hannover, dass in Zukunft Kundgebungen von Angehörigen des früheren Heeres gegen die Republik zu verbieten sind, 1921.

881

Dep. 34 B Nr. 9

(1900–1932)
Anordnung zur Beflaggung mit Reichs- und Landesflagge anlässlich des 11. August als Nationalfeiertag, 1922; Fesrakt zum 11. August im Sitzungssaal der Ostresischen Landschaft, 1922; Erlass des Preuß. Ministers für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung die Feierlichkeiten zum 11. August mit „Rhein- und Ruhrtagen“ zu verbinden (auch Sammlung für die Rhein- und Ruhrhilfe), 1923; Entscheidung des Reichsbankers, sich nicht an der öffentlichen Feier zum 80. Geburtstag Hindenburgs zu beteiligen, da der Magistrat von Aurich anlässlich des Ablebens des 1. Reichspräsidenten keine Feier veranstaltet hat, 1927; Liste von Vereinen, die sich an der Hindenburgfeier beteiligen, 1927.

882

Rep. 32 Nr. 1568

(1922–1933)
Verfassungsfeier: Erlass des Preußischen Innenministers über den 11. August als Ge-

denstag der neuen Reichsregierung: Beflaggung, Abhaltung einer Feier durch Staats- und Kommunalbehörden, Aug. 1922–Juli 1932; Pressebericht über die Reie des Landrates des Kreises Leer, Geheimer Regierungsrat Kleine, anlässlich der Verfassungsfeier gegen Parteienhader und Zwietracht, Aug. 1928; Verfügung des Regierungspräsidenten über Nachprüfung der ausgewählten Räume für die Abhaltung der Verfassungsfeier auf ihre Eignung und auf störende Bilder für die Sicherstellung einer würdigen Feier, Februar 1929; Erlass des Preußischen Innenministers gegen kostspielige Ausgestaltung der Verfassungsfeier, Juli 1931; Miteilung des amtlichen preußischen Pressedienstes über Urteil des Kammergerichts Berlin über Pflicht von Schülern zur Teilnahme an Verfassungsfeiern in Schulen, auch bei gegnerischer Haltung der Eltern zur Reichsverfassung, April 1932.

883 Dep. 34 C Nr. 103
 Anordnung des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers für Finanzen, dass die Wohngebäuden für Reichsbeamte, die mit Hilfe von Reichsmitteln errichtet wurden, an Feiertagen beflaggt werden, Aug. 1929.

884 Dep. 34 C Nr. 347
 Schützenfest in Aurich: Umlauf des Bürgermeisters Dr. Anklam über den Versuch der NSDAP, politische Motive in die lokale Schützengilde hineinzutragen (der Wirt des Schützenvereins trug am Schützenntag das Stahlhelmsymbol, als Beflaggung wird nur die Reichsflagge erlaubt), 1930.

885 Rep. 32 Nr. 293
 Verfügung des Landrats des Kreises Leer gegen die Weiterverwendung des kaiserlichen Wappens und Siegels durch die Gemeinde Ihrhove, September 1919.

886 Rep. 109 Nr. A 203
 Beschwerde des Joseph Balog beim Oberstaatsanwalt in Aurich gegen den amtierenden Staatsanwalt im Verfahren gegen Peter Freese, Juist, wegen Landfriedensbruchs wegen der Provokation durch Tragen der Schwarz-Rot-Goldenen Fahne am Strand, Juni 1926; Erlass des Preußischen Innenministers über Schutz der sich durch Hissen der Republikfahne zur Republik bekennenden Badegäste, März 1926.

887 Rep. 266 Nr. 69
Rep. 20 Nr. 852
 Eingabe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, BUND der republikanischen Kriegsteilnehmer, beim Regierungspräsidenten wegen Vorhandenseins monarchistischer Hoheitszeichen im Gemeindeschild von Westerende-Kirchloog, Februar 1927; Verfügung des Landrats des Kreises Aurich über Entfernung dieser Hoheitszeichen aus dem Gemeindeschild, Februar 1927.

888 Rep. 36 Nr. 164
 Eingabe der Republikanischen Beschwerdestelle e. V., Berlin, beim Landrat des Kreises Norden über monarchistisches Wappen am Haus des Gemeindevorsteigers in Siegelsum, Mai 1927; Bescheid des Landrats über Entfernung des Wappenschirms, Juni 1927.

889 Rep. 161 Nr. 2359
 Presseartikel zum Streit um die Anschaffungspflicht der republikanischen Reichsflagge für Schulen und öffentliche Erziehungseinrichtungen sowie zum Vorschlag des Regierungspräsidenten Jann Berghaus zur Verteilung kleiner Republikfahnen an Schulkinder bei festlichen Anlässen, 1927; Flaggenstreit im Seehospiz „Kaiserin Friedrich“, Norderney, Februar 1927; Hakenkreuzfahne auf dem Schützenfest in Wittmund, 1927; Flaggenstreit auf den Nordseeseln und Zersörung sowie Stehlen der Republikfahne auf Baltrum und Spiekeroog, 1927–1928; Verunglimpfung der Republikfahne in Westhuderfehn am Verfassungstag, 1927.

890 Rep. 161 Nr. 2176
 Erlasse des Preußischen Staatsministeriums über Feier des Verfassungstages am 11. August, 1923–1925; Berichte der Landräte des Regierungsbezirks über abgehaltene Verfassungsfeiern und Bericht des Landrates des Kreises Norden über schwachen Besuch der Feiern in Norden wegen Generalstreiks und mangelhafter Bekanntmachung in den Zeitungen, August 1923; Antrag des Landrates des Kreises Norden auf Befreiung von der Teilnahme an der Verfassungsfeier wegen Urlaubs auf Juist, Juli 1924; Text der Ansprache des Regierungspräsidenten auf der Verfassungsfeier: Verfassung als Garant der Rechtssicherheit, gegen gewaltsame Änderungen im Hinblick auf die Inflation, Ruhrbesetzung und Abwehr des Separatismus im Rheinland, Streikbewegung in Ostfriesland, August 1924; Leserbrief im „Ostfriesischen Kurier“ für Boykott der Verfassungsfeier auf Norderney wegen „parteipolitischer Agitation“, Republikfahne als Partefahne, August 1925; Abdruk der Rede des Studienrats Dr. Fust auf der Verfassungsfeier der Stadt Wilhelmshaven über „Bedeutung der Reichsverfassung für die Freiheit“ in der „Ostfriesischen Zeitung“, August 1926; Artikel im „Ostfriesischen Kurier“ über die Rede des Jann Feger anlässlich der Verfassungsfeier für ein demokratisches Deutschland und für europäische Einheit, August 1926; Bericht des Regierungspräsidenten über mangelnde Beflaggung durch Gemeinden des Regierungsbezirks anlässlich des Verfassungstages, September 1928.

891 Rep. 16/3 Nr. 90
 Zeitungsartikel über die republikanische Kokarde an der Dienstmütze und die daraus entstehenden rechtlichen Probleme für Beamte, 1928.

892 Rep. 16/1 Nr. 2163
 Artikel im „Volksboten“ über die Missachtung der Republikfahne auf dem Schützenfest in Aurich, 1929.

(1873–1955)
 (1926–1928)
 (1923–1929)
 (1929–1961)

(1929–1930)
 (1922–1929)

893 Rep. 16/1 Nr. 4543
Erlaß des Preußischen Ministers für Handel und Gewerbe über das Hissen der republikanischen Reichsfahne auf Kleinbahnanlagen bei gegebenen Anlässen, April 1929; Bericht des Landrats des Kreises Wittmund über Bereitschaft der „Schiffahrt der Inselgemeinde Langeoog“ zum Hissen der Reichsfahne, Mai 1929.

894 Rep. 16/1 Nr. 67
(1884–1931)
Beschwerde von Republikanern gegen Missachtung der republikanischen Reichsfahne durch den Landrat Max Schramm bei der Eröffnung des Schützenfestes in Wittmund und gegen seine Amtsführung, 1929; Bericht des Regierungspräsidenten über Probleme des Landkreises Wittmund und Votum für demokratischen Landrat, 1930.

895 Rep. 28 Nr. 3763
Beschwerde des Mitglieds des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Eilert T. Voss, beim Landrat des Kreises Emden wegen der Nichthisfung der Reichsflagge und der preußischen Staatsflagge anlässlich der Rheinlandräumung durch die Franzosen durch den Gemeindevorsteher in Hinte, Juli 1930.

896 Rep. 28 Nr. 4008
(1847–1932)
Eingabe des Kreisagsmitglieds Abraham Peters beim Landrat des Kreises Emden über Beleidigung der Reichsflagge auf einer Schulvorsitzsitzung in Grimersum während der Debatte über die Anschaffung einer Fahnenstange, April 1930.

897 Rep. 44 Nr. 100
(1930–1933)
Suspendierung und Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Gemeindevorsteher Bohnens (Friedeburg) wegen Hissens einer Hakenkreuzfahne entgegen der Anordnung zum Hissen der Landes- und Republikfahne, Oktober 1930; Resolution des Gemeinausschusses gegen die Suspendierung Bohnens, Januar 1931; Bericht des Landrats des Kreises Wittmund über negative Auswirkungen einer Begnadigung Bohnens durch Tilgung des Verweises, Präjudiz für andere Gemeindevorsteher zum Hissen von Parteifahnen, Dezember 1932.

4.4.6 Politisch motivierte Schlägereien und Attentate

898 Dep. 34 C Nr. 164
(1930–1935)
Aussage des Leonhard K. zur Beschuldigung, auf dem Marktplatz von Aurich randaliert zu haben. U. a. Beschuldigungen gegen den Zeugen Albers, falsch ausgesagt zu haben, da dieser dachte, K. sei Kommunist, 1930.

899 Rep. 16/1 Nr. 985
(1933–1934)
Bericht über Repressalien gegen den stellvertretenden Bürgermeister in Aurich, Henrychowski, von Seiten der SA wegen dessen Einschreien für einen Diplom-Landwirt, der zwei Arbeiter entlassen hatte, 1933; Briefwechsel zwischen Henrychowski und dem Landgerichtsdirektor Wilhelm Kröner, Berlin, zum Verhältnis der Justiz zum republikanischen Staat, 1925; Materialsammlung Henrychowskis, enthaltend das Programm des Republikanischen Richterbundes mit dem Ziel der Demokratisierung des Rechtswesens, 1925–1931.

900 Rep. 16/1 Nr. 4089
(1927–1930)
Beteiligung von ostfriesischen Kommunisten an einer Straßenschlacht mit der Polizei in Berlin, Streit zwischen RFB und KPD Wilhelmshaven, Juni 1928; Vortragsveranstaltung der „Völkischen Freileitspartner“ Wilhelmshaven und Streit mit NSDAP-Mitgliedern, November 1928; Schlägereien von Kommunisten und Nationalsozialisten, Wilhelmshaven, Februar 1929; Veranstaltung der NSDAP und des Stahlhelms in Wilhelmshaven, polizeiliche Auflösung einer Münchmeyer-Kundgebung in Emden, Oktober 1929.

901 Rep. 28 Nr. 3777
(1841–1932)
Verfügung des Landrats des Kreises Emden zur Pflicht des Gemeindevorsteifers in Lohquard zum Schutz der Wohlfahrtsverbiosen vor Belästigungen durch junge Mitglieder der NSDAP bei der Abstempelung ihrer Kontrollkarten, März 1932.

902 Rep. 16/1 Nr. 3899
(1931–1933)
Artikel in der „Ostfriesischen Tageszeitung“ über „kommunistische Meuterei“ im Arbeitsdienstlager auf Spiekeroog, Januar 1933.

4.4.7 Politische Rechtsbewegung des Bürgertums

903 Rep. 227/1 Nr. 39
(1923–1933)
Rundschreiben des Großmeisters der Kreisbruderschaft Ostfriesland an alle Einheiten über mangelnden Besuch des Jahreskapitels, Dezember 1924; Liste der Mitglieder der Jungdo-Bruderschaft Rheiderland mit Markierung der zur NSDAP übergetretenen Mitglieder, Dezember 1931; Artikel des Leerer Anzeigers über fünfjähriges Bestehen des Jungdeutschen Ordens in Leer und Verfasstung des Ordens als Vorbild für die künftige Gesellschaft, Dezember 1928; Rundschreiben von Josephermann Höcker an die Jungdeutschen im Rheiderland über Wahlhilfe des Jungdeutschen Ordens für die Deutsche Staatspartei und Nichtidentifizierung mit dem parlamentarischen System, September 1930; Vorschläge von Josephermann Höcker an Weert Meyer, Midum, für einen Frei-

willigen Arbeitsdienst, September 1931, und zur Gründung eines Hindenburgerausschusses in Leer zur Förderung der Wiederwahl des Reichspräsidenten, März 1932.

904

Rep. 227/1 Nr. 45

Schreiben Wilhelm Höckers an Dr. W. Rosenberger vom Ringverlag in Berlin und die Gesellschaft der Freunde des Ringverlags in Berlin über Notwendigkeit des Aufzugs neuer Wege für die in die Krise geratene „nationale Bewegung“ in Deutschland, September 1924; Manifest des „Ring“: Sammlung von Persönlichkeiten der nationalen und völkischen Bewegung seit 1919, Kampf gegen den Versailler Vertrag, Kampf für einen Nationalstaat Deutschland unter aristokratischer Führung, Dezember 1924; Austritt von Wilhelm Höcker aus dem „Ring“ wegen dessen Kritik am Jungdeutschen Orden, Januar 1927.

905

Rep. 227/1 Nr. 46

Rundschreiben der Mittelstelle des „Rings“, über Notwendigkeit einer einheitlichen nationalen Front gegen Linke und Demokraten und Kritik an der Erfüllungspolitik der DNVP und ihrer Akzeptierung des demokratischen Systems, November 1924; Manifest des „Rings“ als Sammlungsbewegung einer Elite zur Überwindung von Parlamentarismus und Schaffung einer das Volk führenden elitären Oberschicht, April 1925.

906

Rep. 227/1 Nr. 40

Austrittsschreiben an den Großmeister Josephermann Höcker wegen Nachlassens der Aktivitäten der Ordensmitglieder und beruflicher Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Ordensmitgliedschaft, Februar 1932.

907

Rep. 227/1 Nr. 41

Rundschreiben der Jungdo-Kreisbruderschaft Ostfriesland über Zusammenfassung und Neugliederung aller Jungdo-Einheiten sowie bevorstehende Auflösung der Kreisbruderschaft und Erzwingung der Beitragsdisziplin durch Ausschluss sämiger Mitglieder, Juni 1925; Bericht von Josephermann Höcker an die Kreisbruderschaft Leer über befriedigenden Besuch des Maria-Kahle-Abends in Leer und geringen Besuch des Kahle-Abends durch Jungdo-Mitglieder aus dem Riederland, September 1925; Schreiben des Jungdo-Großmeisters M. Frerichs an den Leiter des Stahlhelms in Leer über Schädlichkeit der Gründung eines Königin-Luise-Bundes in Konkurrenz zur Jungdeutschen Schwesternschaft, Oktober 1925; Bitte des Kuratoriums des Jungdeutschen Ordens (Geusengemeinschaft), Oldenburg, um Spenden zur Einrichtung einer „Geusenkirche“ in Oldenburg zur Speisung mitteloser Rentner und zur Verwirklichung der jungdeutschen Sozialidee, Juli 1927.

908

Rep. 227/1 Nr. 47

Brief von Wilhelm Höcker an Pfarrer Ludwig Münnchmeyer: Kritik seines Antikatholi-

zismus und notwendige Neuordnung Deutschlands auf überkonfessioneller Basis, konfessionelle Hetze Münnchmeyers als Schädigung der nationalen Bewegung, März 1926.

909

Rep. 227/1 Nr. 46

(1924–1927)
Kreisagsprotokoll des Kreises Leer vom 6. Mai 1933; Bericht des Landrats Coning für die „nationale Erhebung“ und gegen Demokratie und Parlamentarismus, Mai 1933.
910
Rep. 227/1 Nr. 48

(1926–1933)
Rundschreiben des Komturs Alfred Ritter der Jungdo-Ballei Oldenburg-Ostfriesland, Ederwechternamm, über notwendige Mitgliederwerbung des Jungdeutschen Ordens und Geldsammlung bei den Ordensmitgliedern sowie Erhebung eines Sonderbeitrags zur Ermöglichung der Verbandsarbeit, Juli 1932; Rundschreiben des Komturs Herbert Reckemeyer, Oldenburg, über Erfolg der Wahlhilfe des Jungdo für Hindenburg, Januar 1933.

(1924–1928)
Rundschreiben der Mittelstelle des „Rings“, über Notwendigkeit einer einheitlichen nationalen Front gegen Linke und Demokraten und Kritik an der Erfüllungspolitik der DNVP und ihrer Akzeptierung des demokratischen Systems, November 1924; Manifest des „Rings“ als Sammlungsbewegung einer Elite zur Überwindung von Parlamentarismus und Schaffung einer das Volk führenden elitären Oberschicht, April 1925.

(1924–1933)
Austrittsschreiben an den Großmeister Josefermann Höcker wegen Nachlassens der Aktivitäten der Ordensmitglieder und beruflicher Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Ordensmitgliedschaft, Februar 1932.

(1924–1934)
Rundschreiben der Jungdo-Kreisbruderschaft Ostfriesland über Zusammenfassung und Neugliederung aller Jungdo-Einheiten sowie bevorstehende Auflösung der Kreisbruderschaft und Erzwingung der Beitragsdisziplin durch Ausschluss sämiger Mitglieder, Juni 1925; Bericht von Josephermann Höcker an die Kreisbruderschaft Leer über befriedigenden Besuch des Maria-Kahle-Abends in Leer und geringen Besuch des Kahle-Abends durch Jungdo-Mitglieder aus dem Riederland, September 1925; Schreiben des Jungdo-Großmeisters M. Frerichs an den Leiter des Stahlhelms in Leer über Schädlichkeit der Gründung eines Königin-Luise-Bundes in Konkurrenz zur Jungdeutschen Schwesternschaft, Oktober 1925; Bitte des Kuratoriums des Jungdeutschen Ordens (Geusengemeinschaft), Oldenburg, um Spenden zur Einrichtung einer „Geusenkirche“ in Oldenburg zur Speisung mitteloser Rentner und zur Verwirklichung der jungdeutschen Sozialidee, Juli 1927.

Bibliografie

1. Amtsdrucksachen, Geschäftsberichte, Jubiläumsschriften

- Achtzigjähriges Jubiläum, 1872–1952, hrsg. von der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg, Aurich 1952.
- Amtliches Schulblatt für den Regierungsbezirk Aurich.
- Amtliches Kreisblatt für den Kreis Leer.
- Amtliches Kreisblatt für den Kreis Norden.
- Amtsblatt der Regierung in Aurich, Aurich.
- Bericht über die Verwaltung des Kreises Wittmund.
- Bericht über die Verwaltung und den Stand der Kommunal-Angelegenheiten des Kreises Aurich.
- Bericht über die Verwaltung und den Stand der kommunalen Angelegenheiten des Kreises Leer.
- Bestimmungen für die Einwohnerwehr Aurich, hrsg. von der Einwohnerwehr Aurich, Aurich 1919.
- Dem Gemeinwohl verpflichtet: 1920–1970, hrsg. von der Kreissparkasse Wittmund, Wittmund 1970.
- Der Stahlhelm, Festchrift zum 8. Landesverbandstag Oldenburg-Ostfriesland 8.–9. September 1928 in Emden, hrsg. von Dr. Jasper für den Stahlhelm, Kreisgruppe Emden, Emden 1928.
- 75 Jahre SPD in Emden, hrsg. vom Ortsverein der SPD, Emden 1977.
- 25 Jahre Handwerkskammer zu Aurich: Jubiläumschrift und Tätigkeitsbericht für die Jahre 1931 und 1932, hrsg. von der Handwerkskammer Aurich.
- 15 Jahre Elektrizitätsgenossenschaft Aurich: 1922–1936, hrsg. von der Elektrizitäts-Genossenschaft Aurich, Aurich 1937.
- Geschäftsbericht der Kaufmännischen Deputation 1931, hrsg. von der Emdener Kaufmannschaft, Emden 1931.
- Jahresberichte der Ostfriesischen Landschaft, früher: Verhandlungen und Relationen der Ostfriesischen Landschaft.
- Jubiläumschrift anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Stadtsparkasse Emden 1833–1933, hrsg. von der Stadtsparkasse Emden, Emden 1933.
- Jugendpflege im Regierungsbezirk Aurich, Aurich 1923–1933.
- 1919–1959: 40 Jahre Emdener Schiffsaurüstung GmbH, hrsg. von der Emder Schiffs-ausrüstung GmbH, Emden 1959.
- Tätigkeitsbericht der Handwerkskammer zu Aurich, 1928/29–1932/33, hrsg. von der Handwerkskammer Aurich.
- Vergleichende Wirtschaftszahlen 1919–1923; hrsg. von der Girozentrale Ostfriesland, Emden 1923.
- Verhandlungsberichte über die Versammlungen der Bezirkssynoden der ev.-ref. Kirche der Provinz Hannover.

- Verhandlungsberichte über die Versammlungen der Bezirkssynoden der ev.-luth. Kirche der Provinz Hannover.
- Verwaltungsbericht und Haushaltspolitik für den Landkreis Emden.
- Verwaltungsbericht der Stadt Aurich.
- Verwaltungsbericht der Stadt Emden.
- Verwaltungsberichte für den Kreis Norden.
- Verwaltungsberichte für den Kreis Weener.
- Verwaltungsberichte für den Regierungsbezirk Aurich, Aurich.
- Vorwärts zu den Wahlen 1921: [Wahlaufruf], hrsg. vom Reichsboten, Berlin 1921.
- 2. Zeitungen**
- Allgemeiner Anzeiger für Ostfriesland, Leer.
- Anzeiger für Harlingerland, Wittmund
- Anzeiger für Oberledingerland, Westrhauderfehn.
- Auricher Zeitung, Aurich.
- Borkumer Beobachter, Borkum.
- Borkumer Zeitung und Badezeitung, Borkum.
- Emder Zeitung, Emden.
- Generalanzeiger, Westrhauderfehn.
- Harlinger Blatt, Esens.
- Kampfblatt, Emden.
- Landwirtschaftliches Wochenblatt für Ostfriesland, Esens.
- Leerer Anzeigeblaat, Leer.
- Norder Nachrichten, Norden.
- Norderneyer Badzeitung, Norderney.
- Ostfriesische Nachrichten, Aurich.
- Ostfriesische Tageszeitung, Aurich.
- Ostfriesische Volkszeitung, Emden.
- Ostfriesische Zeitung, Emden.
- Ostfriesischer Kurier, Norden.
- Rheiderland, Weener.
- Rhein-Ems-Zeitung, Emden.
- Volksbote, Wochenblatt für Ostfriesland und Papenburg, Emden/Leer.
- Wilhelmshavener Zeitung, Wilhelmshaven.
- 3. Darstellungen**
- Abendroth, Harm; Schomann, Stephan, NSDAP in Emden, in: Frierichs, Beiträge zur Geschichte Emdens, S. 64–71.
- Akkermann, Annelene, Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten im Rheiderland 1929 bis 1936, in: Reyer, Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur, S. 239–298.
- Alberts, Ihno; Wiemann, Harm, Geschichte der Ostfriesischen Landschaft 1932–1980. Darstellung und Dokumentation, (Quellen zur Geschichte Ostfrieslands, Bd. 14) Aurich 1981.
- Andersson, Nils; Cirkensa, Reiner, Maßnahmen gegen den Kapp-Putsch, in: Frierichs, Beiträge zur Geschichte Emdens während der Weimarer Republik, S. 22–29.
- Backhaus, Edith, Die Reichstagswahlen in den Kreisen Leer und Weener von 1919–1933, masch. Examensarbeit, Oldenburg 1977.
- Barton, Walter, Die Zeitungsbestände Ostfrieslands: Ergebnisse und Lehren einer Umfrage, in: Neues Archiv für Niedersachsen 14, 1965, S. 38–61.
- Bäjte, Manfred, Hoch lebe die Republik! Die Sozialdemokratie und die Anfänge der Arbeiterbewegung auf Norderney, Anhang: Ausstellung „Hoch lebe die Republik!“ 75 Jahre SPD – Ortsverein Norderney, hrsg. vom SPD-Ortsverein Norderney, 1988.
- Beer, Regina; Ihmels, Insa; Wiese, Eleanore, Jugendgruppen in Emden, in: Frierichs, Beiträge zur Geschichte Emdens, S. 72–77.
- Beer, Udo, Die Juden, das Recht und die Republik: Verbandswesen und Rechts-schutz 1919–1933, Frankfurt/Main 1986.
- Beer, Udo, Die falsche Priester. Eine Borkumer Kampfschrift aus der Zeit der Weimarer Republik, in: Emder Jahrbuch 66, 1986.
- Benz, Wolfgang (Hg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.
- Bernstein, Eduard, Die deutsche Revolution von 1918/19, Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsphase der deutschen Republik, hrsg. von Heinrich August Winkler, Bonn 1988.
- Jann Berghaus erzählt. Lebenseindrückungen von Jann Berghaus, hrsg. von Johanna Siever Meyer-Abich, Aurich 1967.
- Buhr, Jürgen de, Widerstand gegen den Faschismus in Emden von 1930–1945, Oldenburg 1980.
- Büsing, Hartmut; Cramer, Johann, Das Volk zum Elend zu erretten: (Arbeitermar-sseilasse). Revolution in Rüstungen und Wilhelmshaven, Oldenburg 1998.
- Cramer, Johann, Schicksalsweg der Sozialdemokratischen Presse und der Großdruckerei Paul Hug & Co. in Wilhelmshaven, Wilhelmshaven 1980.
- Credé, Norbert, Die Revolution von 1918/19: 70 Jahre danach. Vortragsveranstal-tung der Stadt Wilhelmshaven am 28. und 29. Oktober 1988, Wilhelmshaven 1991.
- Dede, Klaus; Vahlenkamp, Werner, Hermann Tempel, hrsg. von der Staatsbürger-lichen Bildungsgemeinschaft Weser-Ems e. V. in Oldenburg, Leer 1979.
- Deeters, Walter, Geschichte der Stadt Emden von 1890–1945, in: Ernst Siebert/ Walter Deeters/Bernard Schröter, Geschichte der Stadt Emden 1750 bis zur Ge-genwart (Ostfriesland im Schutze des Deiches, Bd. 7), Leer 1980.
- Delbanco, Werner (Hg.), Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation wäh-rend der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen. Ein analytisches Inventar, Bd. 4: Die preußische Provinz Hannover, Teil 3: Akten staatl. u. kommunaler Dienststellen sowie privater Herkunft im Regierungsbezirk Osnabrück (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archiverwaltung, Bd. 48), Göttingen 1991.
- Diekhoff, Johannes, Beispielhafter Kampf für die Demokratie: Dr. Karl Anklam, Aurichs Bürgermeister in wirrer Zeit, in: Heimatkunde und Heimatgeschichte, Beilage der Ostfriesischen Nachrichten, 1982, Nr. 11–12 und 1983, Nr. 1.

- Dyckerhoff, Dirk, Die deutschen Moore, ihre Nutzung und Bedeutung für die Volkswirtschaft, Dissertation, Universität Köln 1927.
- Eimers, Enno, Leer unter dem Arbeiter- und Soldatenrat, 1918–1919, in: „Ostfriesland“, Zeitschrift für Kultur, Wirtschaft und Verkehr, 1973, Heft 3, S. 15–19.
- Fiene, Gerald, Die Stadt, die Parteien und ihre Wähler. Die politische Entwicklung in Aurich von 1929 bis 1933, in: Heimatkunde und Heimatgeschichte, Beilage der Ostfriesischen Nachrichten, 1988, Nr. 7–9.
- Fischer, Marion, Hindenburg-Wahl 1932 in Emden, in: Frerichs, Beiträge zur Geschichte Emdens, S. 88–107.
- Folkerts, Onno Mensen, Die Entwicklung der liberalen Parteien der Weimarer Republik in Ostfriesland, masch. Examensarbeit, Oldenburg 1975.
- Forster, Hans, 90 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschland in Norden, hrsg. vom SPD-Ortsverein Norden, Norden 1994.
- Franz, Günther, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867–1949 (Schriften der wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens: Neue Folge, 33), Bremen 1953.
- Frerichs, Klaus (Hg.), Beiträge zur Geschichte Emdens während der Weimarer Republik, Emden 1982.
- Fricke-Finkelburg, Renate, Bürgervorsteherkollogium und Bürgermeister in Norden. Kommunalpolitischer Parteienstreit von der Weimarer Zeit bis zum Beginn des Dritten Reiches, in: Reyer, Ostfriesland zwischen Monarchie und Diktatur, S. 157–200.
- Gerdies, Ilona; Reuter, Saskia de, Inflation 1923 und Unruhen in und um Emden. Exkurs: „Ostfriesische Volkszeitung“, in: Frerichs, Beiträge zur Geschichte Emdens, S. 30–49.
- Gessner, Dieter, Agrarverbände in der Weimarer Republik: wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976.
- Graahmann, Theus, „Mit offenem Blick und warmen Herzen“: 75 Jahre Sozialdemokratie in Bunde 1919–1994, Weener 1994.
- Günther, Wolfgang, Parteien und Wahlen während der Weimarer Republik, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 54, 1982, S. 19–43.
- Hein, Remmer, Der Reichstagsabgeordnete Hermann Tempel, Leer 1988.
- Heinrichs, Ute (Bearb.), Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen. Ein analytisches Inventar, Bd. 4: Die preußische Provinz Hannover, Teil 2: Akten der staatlichen Dienststellen im Regierungsbezirk Stade (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, 46), Hannover 1988.
- Henkelmann, Wolfgang, Die November-Revolution in Emden, Teil 1 und 2, Emden, 1999.
- Hesse, Albert, Freie Wirtschaft und Zwangswirtschaft im Kriege (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 39) Berlin 1918.
- Hinrichs, Hellmut, Zweite Stadtwerdung Wittmunds vor 70 Jahren, in: Harlinger Heimatkalender auf das Jahr 2001, S. 47–49.
- Hinrichs, Julius, Über staatsbürgerliche Bildung, in: Ostfriesisches Schulblatt 1919, Nr. 10
- Hoopstraat, Jürgen, Von Amerika nach Ostfriesland (Bibliothek Ostfriesland), Norden 1990.

- Iben, Remmer; Janssen, Alerk, Landarbeiterleben in der Marsch von 1900–1950, Emden 1996.
- Janssen, Elfriede, Schule in der Weimarer Republik, in: Frerichs, Beiträge zur Geschichte Emdens, S. 78–87.
- Janssen, Albert, Der Landkreis Leer 1930 bis 1934 und die Rolle des Landrats Dr. Conring im Übergang von der Demokratie zur NS-Diktatur, in: Reyer, Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur, S. 299–378.
- Janssen, Ilse-Marie, Der Ruhrkampf 1923. Seine Auswirkungen auf die Politik und öffentliche Meinung in Emden, masch. Examensarbeit, Oldenburg 1979.
- Janssen, Lenhard, Revolutionäre Bewegungen in Ostfriesland am Anfang der Weimarer Republik, masch. Examensarbeit, Münster 1974.
- Kerkau, Ingo, Werbung, Auseinandersetzung und Ergebnisse bei den Reichstagswahlen im Landkreis Wittmund während der Weimarer Republik (1920–1933), masch. Examensarbeit, O.O. 1977.
- Kraft, Emil, Achtzig Jahre Arbeiterbewegung zwischen Meer und Moor, Wilhelmshaven 1952.
- Kuhl, Horst, Die soziale Situation der Landarbeiter im westlichen Rheiderland nach dem Ersten Weltkrieg, masch. Examensarbeit, Oldenburg 1975.
- Kurtz, Hermann, Soziale und politische Unruhen im nordwestdeutschen Raum 1919–1932, masch. Examensarbeit, O.O. 1969.
- Lange, F., Die Grundlagen für die Preisbemessung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Jahr 1919 (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 61/62/63), Berlin 1919.
- Lüpke-Müller, Inge, Der Landkreis Wittmund zwischen Monarchie und Diktatur. Politische Strukturen und Wahlergebnisse von 1918 bis 1933, in: Reyer, Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur, S. 11–84.
- Mauns, Hergen, Das Scheitern der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Machtaufnahme in Wilhelmshaven-Rüstingen: Zwei Städte im Schatten der Reichsmarine, (Oldenburger Studien, 42), Oldenburg 1998.
- Mecklenburg, Sigrid, Aufstieg, Machtgreifung und Konsolidierung der NSDAP in Emden, masch. Examensarbeit, Oldenburg 1975.
- Meine, Karsten, Emder Arbeiter- und Soldatenrat, in: Frerichs, Beiträge zur Geschichte Emdens während der Weimarer Republik, S. 7–21.
- Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Disseldorf 1985.
- Müller, Ernst, Notgeld von Leer, ein Blick zurück in vergangene Tage, in: Ostfriesland-Journal, 1995, Nr. 6, S. 57–58.
- Mützelburg, Wilhelm, Emden 1929, in: Norderneyer Jahrbuch 1929, S. 19–21.
- Nassua, Rudolf, „... zum Nutzen der Gesamtheit in Gemeinsamem Dienst freiwillig ernsthafte Arbeit zu leisten“. Der Freiwillige Arbeitsdienst in Ostfriesland – Eine Chance für Jugendliche, in: Unser Ostfriesland, Beilage zur Ostfriesen Zeitung, 2001, Nr. 17–19.
- ders., November 1918–März 1919. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte: Wilhelmshaven, Emden, Aurich – Beispiele aus Ostfriesland, in: Unser Ostfriesland, Beilage der Ostfriesen Zeitung, 1998, Nr. 22.
- Neumann, Klaus, Politischer Regionalismus und staatliche Neugliederung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in Nordwestdeutschland, Münster 1988.
- Noakes, Jeremy, The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933, London 1971.
- Nordbeck, Arnold Wilhelm, Die Geschichte einer Landerbeiersiedlung, Göttingen 1928.

- Petzina, Dietmar, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977.
- Philaetes, das ist Nordbeck, Gesine, Erlebnisse eines Pfarrers aus 36jähriger Dienstzeit oder die Aufhebung der Pfarrstelle in Landschaftspolder: ein Stück Kirchengeschichte Ostfrieslands aus der Revolutionszeit, Göttingen 1926.
- Pladies, Sigrid, Funktion und Bedeutung des Emder Arbeiter- und Soldatenrates: von November 1918 bis Februar 1919, masch. Examensarbeit, Oldenburg 1967.
- Poestges, Dieter; Meyer-Rahe, Sabine; Rogge, Friedrich Wilhelm (Bearb.), Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen. Ein analytisches Inventar, Bd. 1: Akten des Oberpräsidenten, der Provinzialselfverwaltung und des Heimatbundes Niedersachsen (Veröffentlichungen der niedersächsischen Archivverwaltung, Bd. 51), Göttingen 1997.
- Poppinga, Onno; Barth, Hans Martin; Roth, Hiltraut, Ostfriesland: Biographien aus dem Widerstand, Frankfurt/Main 1986.
- Pötzsch, Stefan, Anklage gegen die Verteidiger der Demokratie. Justiz und demokratische Parteien und der Kapp-Putsch 1920 in Wilhelmshaven, in: Unser Ostfriesland, Beilage der Ostfriesen Zeitung, 2001, Nr. 12.
- ders., Der Auricher Regierungspräsident Jann Berghaus 1922 bis 1932. Leistung und Legende, in: Reyer, Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur, S. 123–156.
- Prahm, Theodor, Schüler im Weimar-Staat, in: 400 Jahre Ubbo-Eminius-Gymnasium Leer. Festschrift 1984, Leer 1984, S. 35–41.
- Reeken, Dietmar von, National oder nationalistisch? Eine Fallstudie zum Verhältnis von Stahlhelm und NSDAP in Emden 1932 bis 1935, in: Reyer, Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur, S. 201–238.
- ders., Ostfriesland zwischen Weimar und Bonn. Eine Fallstudie zum Problem der historischen Kontinuität am Beispiel der Städte Aurich und Emden, Hildesheim 1991.
- ders., Heimatbewegung, Kulturpolitik und Nationalsozialismus: die Geschichte der „Ostfriesischen Landschaft“ 1918–1949 (Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands, Bd. 75), Aurich 1995.
- Der Reichstagsabgeordnete Hermann Tempel, geboren am 29. November 1889 in Ditzum, gestorben am 27. November 1944 in Oldenburg: Ein Leben für Demokratie, Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich, in: Ostfriesland-Journal, 1988, Nr. 11, S. 9–11 und Nr. 12, S. 11–12.
- Reimers, Heinrich, Wohin mit dem Regierungsbezirk Aurich? in: Hannoversche Landeszeitung, Nr. 15332 vom 6. März 1924.
- Reus, Otto, Politische Bestrebungen in Emden in den Jahren 1930–1934 im Spiegel der Presse, Emden, 1976.
- Reyer, Herbert (Hrsg.), Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur (Abhandlungen und Vorträge zur Geschichte Ostfrieslands, Bd. 76), Aurich 1998.
- ders., Revolution und demokratischer Neubeginn. Stadt und Landkreis Aurich in den Jahren 1918 bis 1920, in: Reyer, Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur, S. 85–122.
- ders., Aurichs Weg ins „Dritte Reich“, in: Herbert Reyer (Hg.), Aurich im Nationalsozialismus, Aurich 1989, hier S. 19–90.
- Rogge, Wilhelm (Bearb.), Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Nieder-

- sachsen. Ein analytisches Inventar, Bd. 1: Freistaat Braunschweig (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Bd. 41), Göttingen 1984.
- ders., Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen. Ein analytisches Inventar, Bd. 2: Freistaat Schaumburg-Lippe (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Bd. 44), Göttingen 1984.
- ders., Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen. Ein analytisches Inventar, Bd. 3: Freistaat Oldenburg (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Bd. 45), Göttingen 1986.
- Rudolfson, Heinrich; Siedler Wolf-Jobst, Kleinbahn Leer-Aurich-Wittmund, Nordhorn 1997.
- Salewski, Christian R., Erlitt Clio Schiffbruch? Bewertung der Matrosenaufstände und der Admiralsneuterei in den Jahren 1917–18 durch die Teilnehmer und durch die Öffentlichkeit in der Weimarer Republik, masch. Magisterarbeit, Oldenburg 2000.
- Schaer, Friedrich-Wilhelm, Ein preußischer Beamter bekämpft seinen Staat. Aus der politischen Biographie des deutschen Geschichtslehrers Dr. Otto Schaer in Aurich 1923–1933, in: Emder Jahrbuch für historische Landeskunde Ostfrieslands 79, 1999, S. 200–210.
- Schmidt, Heinrich, Politische Geschichte Ostfrieslands (Ostfriesland im Schutze des Deiches, Bd. 5), Leer 1975.
- Schmiechen-Ackermann, Detlev, Kooperation und Abgrenzung: Bürgerliche Gruppen, evangelische Kirchengemeinden und katholisches Sozialmilieu in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Hannover, Hannover 1999.
- Schneider, Michael, Zwischen Machtanspruch und Integrationsbereitschaft. Geowissenschaften und Politik 1918–1923, in: Karl Dietrich Bracher/Marifred Funcke/Hans Adolf Jacobssen (Hg.), Die Weimarer Republik, Ulm 1987, S. 179–196.
- Schumacher, Martin, Land und Politik: eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 65), Düsseldorf 1978.
- Siebelts, E., Die Einheitsschule, in: Ostfriesisches Schulblatt 1919, Nr. 11.
- Thierbach, Hans, Welt im Wandel, Eindrücke von einer Reise durch die Vereinigten Staaten, Japan und Sowjetrussland, Berlin 1932.
- Tielke, Martin (Hg.), Biographisches Lexikon zur Geschichte Ostfrieslands, Bd. 1–3, Aurich 1993–2001.
- Tilly, Gerd-Eberhard, Schule und Kirche in Niedersachsen (1918–1933): die Auseinandersetzung um das Elternrecht und das Reichsschulgesetz in der Schulpolitik der niedersächsischen Kirchen im Weimarer Staat (Beiträge zur Historischen Bildungsforschung, Bd. 4), Hildesheim 1987.
- Uphoff, Rolf, Nur ein kurzes Intermezzo. Arbeiter- und Soldatenräte. Novemberrevolution in Ostfriesland 1918/19 in: Heim und Herd, 1999, Nr. 6.
- Wagenaar, Marianne/Steffens, Reinhard, KPD in Emden. Exkurs, „Kampfruf“, in: Frerichs, Beiträge zur Geschichte Emdens, S. 50–59.
- Werner, Reinhard, Viehhofanlagen und Verwaltungsbau des VOST Leer sind 60 Jahre alt, in: Ostfriesland-Journal, 1987, Nr. 10, S. 42–43.

Index*

- Abbingewehr, Gemeindereform 626
Abelitz, Kanalbau 407
Abelitzmoor, Kultivierung 293, 481
Abfindung, weibliche Beamte 349
Abwässer, Geruchsbelästigung 602
Abwrackwerft Wilhelmshaven 406
Ackerbau-Gesellschaft, Aurich 504
Ackerbaugesellschaft, Berlin 313, 297, 397
ADAC, München 268
Aden, Albert, Gastwirt 825
Adomeit, Witwe, Norden 742
Agena, Peter, Aurich, Redakteur, 635, 876
Agrarier, Gegenrevolution 782
Agrarkrise 641
Ahrens, Wohlfahrtsempfänger 476
Ahrens, Auktionsator, Norden 103, 104
Akelsbäger Torfwerke Siebens AG 296
Aktive Volkswehr, Emden 848
Albers, Gebrüder, Architekten, Aurich 576
Albers, Johann, Gemeindevorsteher, Barstede 683
Alberts, B., Louquard 153
Alkoholmissbrauch 584, 595
»Allgemeiner Anzeiger für Ostfriesland«, Leer 62, 434, 582, 711, 854
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Aurich 409
-, Emden 806
-, Norden 72, 576
Alliierte, Besatzung 779
Altng. Ulfert, Bautechniker 1942 507
Amtsenthebung, Gemeindevorsteher 700, 731, 737
-, Landrat Kleine, Leer 745
Amtsmissbrauch, Anklage 807
-, Gemeindevorsteher 733, 718
Amtsniederlegung, Gemeindevorsteher 732
Amtsverzicht, Gemeindevorsteher 729
- Anarchisten 816
Anarchisten, Nihilisten, Sozialisten, Revolutionäre (Observierung) 299
Angestellte 343
-, Besoldung 360
-, Entlassung 401, 406, 407, 108, 365
-, Kleinbahn, Verbeamtung 279
-, Kündigung 358, 392, 617, 862
-, Statistik 384
Angestellten-Ausschüsse 384
Anklam, Carl, Dr., Bürgermeister, Aurich 270, 682, 807
Ansiedlung, Landfreunde 318
Antifaschistische Aktion, Westhuderfehn 829
Antikatholizismus 865, 866, 908
Antikommunismus 748
Antiepublikanismus 865
Antisemitismus 863, 871, 630, 644
Antwerpen, Hafen 178
„Anzeiger für das Harlingerland“, Wirtmund 553, 638
Apkes, Gemeindevorsteher, Moordorf 686
Arbeiter- und Bauernrat, Burlage 777
-, Renels 777
-, Rhaude 777
Arbeiter- und Bauernrat, Wiesederfehn 739
Arbeiter- und Bauernräte 245
Arbeiter- und Soldatenrat, Aurich 771, 832, 838
Borkum 836
Borkum 836
-, Emden 747, 758, 833, 836, 839, 848
-, Leer 121, 423, 833
-, Norden 424, 833
-, Norderney 405
-, Oldersum 837
-, Weener 236, 782
-, Wilhelmshaven 833, 840

* Die Zahlangaben beziehen sich auf die laufende Nummerierung der angegebenen Akten.

- Arbeiter- und Soldatenräte 421, 836, 840
 Arbeiter, Ausgleich mit Bauern 774
 → Ausschreitungsdrohung 705
 → auswärtige, Marinewert 406
 → Bedrohung von Polizisten, Emden 848
 → Beteiligung an Einwohnerwehren 772
 → Einstellung 422
 → Einstellungswettbewerb 388
 → Emden, Lebensmittelverpressungen 749
 → Entlassung 279, 320, 397
 → Entlassung, Firma Halbach, Leer 377
 → Entlassung, Nordseewerke 374
 → Gesundheitszustand 185
 → jugendliche, Kriegsindustrie 243
 → Konflikt mit Landwirten 166, 740, 878
 → Kündigung, Wilhelmshaven 407, 488
 → Löhne 397
 → Lohnfordertungen 387
 → Lohnarbeitsvertrag, Emden 374
 → Loyalität 837
 → Moordorf 686
 → Nordseewerke, Vorschusszahlung 839
 → Plünderungen 755
 → Radikalismus in Rysum 772
 → Torfarbeiten 294, 338, 409
 → Unterstützung 311
 → Wahlboykott 738
 → Arbeiterausschuss, Moorverwaltung 387
 → Arbeiterdemonstration, Norderney 340
 → Arbeitnehmerhäuser, Bummert 576
 → Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbund Solidarität, Emden 877
 → Arbeiterrat, Aurich 194
 → Borkum, Wahl 747
 → Emden 839
 → Esens 838
 → Norderney 838
 → Rysum 841
 → Weener 228
 → Arbeiteräste 317, 839
 → Arbeiter-Sport-Verein, Aurich 823
 → Arbeiterwohnungen 598
 → Arbeiterzeitung, Halle 869
 → Arbeitgeberorganisationen 401
 → Arbeitnehmerorganisationen 401
 → Arbeitsamt Emden 410
 → Arbeitsbeschaffung 249, 72, 423, 278, 427, 421, 241, 245, 247, 425, 253, 430, 432
 → Bahnbau 270
 → Bäckerlehrlinge 203
 → Hochspannungsnetz, Bau 426
 → Kanalbau 407
 → Kleinbahnbau 277
 → Mooraktivierung 407
 → Warsingfehnkanal 282
 → Arbeitsbücher, Missbrauch 398
 → Arbeitsdienst 902
 → Arbeitsdienst, Freiwilliger 425, 903, 433, 434, 435, 418, 475, 601
 → Arbeitsdienstjahr, Einführung 764
 → Arbeitsdienstlager, mangelnde Hygiene 601
 → Arbeitsgenehmigung, ausländische Arbeiter 304
 → Arbeitsgericht Emden 397
 → Arbeitskräfte, Unterbringung 403
 → Arbeitskräftenanfang, Saisonbetriebe 377
 → Arbeitskräfteüberschuss, Kreis Weener 402
 → Arbeitslose 436, 438, 244, 496, 497,
 → Beschäftigung 685
 → Demonstrationen 243, 406
 → Jugendliche, Betreuung 411
 → Schutz vor Übergriffen 901
 → Unterstützung 241
 → Vermittlung Schwerverbehinderter 401, 483
 → Vermittlung 246, 247
 → Versammlungen 827
 → Arbeitslosenhilfe 373, 410
 → Arbeitslosenkomitee 806
 → Arbeitslosenuntuhren 245
 → Arbeitslosenversicherung 410
 → Arbeitslosigkeit 5, 7, 179, 278, 185, 290, 515, 186, 415, 430
 → Bekämpfung, 108, 383, 411, 424
 → Fluss Schiffbau 282
 → Inseln 450
 → Kreis Leer 20, 21, 22
 → Kreis Norden 406
 → Norderney, Vermeidung 338, 409
 → Statistik 404, 408
 → Arbeitsmarktlage, Berichte 187, 375
 → Arbeitsnachweis, Norderney 405
 → Vermittlung 185
 → Arbeitsplatzfreimachungsverordnung 403
 → Arbeitsschutz 185
 → Arbeitsvermittlung, Misstrände 185
 → Arbeitsverwegerung 317
 → Arbeitszeit 397
 → Achtstundentag 192, 387

- Streiks 335
 → Streiks 335
 → Bäcker, Stadt, Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund 409
 → Amtsgerichtsgefängnis 869
 → Angestellte 352
 → Angestellte, Besoldung 353
 → Anstellung von Versorgungsanwältern 412
 → Arbeiter- und Soldatenrat 771, 832, 838
 → Arbeiterrat 194
 → Arbeitsamt 444, 807
 → Arbeitsbeschaffung 416, 419
 → Armenanstalt 458
 → Mühlen 395
 → Schmiede u. Stellmacher 396
 → Überschreitung 382
 → Verlängerungsantrag 247
 → Ziegeleien 380
 → Arbeitszeitregelung 381, 386
 → Arle, Schullauhaußt 29
 → Steuererhöhung 28
 → Armenvorstand, Aurich 461
 → Armenvorstand, Aurich 725
 → Arztwahl, freie, für Ortsarme 586
 → Aufbauleistungen, Provinz Hannover 641
 → Aufstände, kommunistische 813, 814
 → August Wilhelm, Prinz von Preußen 806
 → Auktionen, Aurich 239
 → Auktionshalle 238
 → Autrich, Kreis, Arbeitsdienst 433
 → Auflandsmehlzuteilung 228
 → Beschäftigte 244
 → Einwohnerwehr 751, 761, 771
 → Erwerbsloose 455
 → Feldbahnen 243
 → Gemeinden, Steuerkonten 131
 → Haushalt 3
 → Herabsetzung der Krankenhaussätze 594
 → Jugendamt 467
 → Kommunalverband 211
 → Notschutzverbände 766
 → Notstandsarbeiten 401
 → Preiskontrolle 214
 → Preisprüfungsstelle 211
 → Sennern 119
 → Straßenbau 30
 → Streiks 345, 630
 → Umlagen 4
 → Unruhen 231
 → Wahlfälschung 680
 → Zigeuner 302
 → Aurich, Regierungsbezirk, Auswanderungen 604
 → Kriegsbeschädigte 485
 → Hebammen 350
 → Hebammen 350

- , Heeresabwicklungsstelle 407
- , Innungsausschuss 181
- , iüd. Gemeinde 542
- , Jugendpflege 4/2
- , Kleinstiedlung 571
- , KPD 819
- , Krankenhaus 586
 - , Krankenhaus, Aufnahme von Patienten 594
 - , Krankenhaus, Finanzen 445
 - , Kriegbeschädigtenverband 296, 486
 - , Kulturbauamt 108, 296, 421
 - , Lebensmittelverteilung 230
 - , Lehrer 520
 - , Marktausschuss 218
 - , Melderegister 301
 - , Milchfrühstück in der Schule 474
 - , Missachtung der Republikfahne 892
 - , monarchistischer Geistlicher 638
 - , Neuregelung der ärztlichen Versorgung 586
 - , Nogemeinschaft 296, 486
 - , Norstandarbeiten 502, 506
 - , Norstandshilfen 364
 - , Oberstaatsanwalt 850
 - , Oberstaatsanwaltschaft 259
 - , Ostfriesische Sparkasse 41, 90, 261
 - , Polizei 789, 794
 - , Polizeiordnungen 793
 - , Preiswucherstelle 213
 - , radikale Parteien 788
 - , Rathausbau 37
 - , Reichswehrgarison 796
 - , Republikschutzgesetz 635, 876
 - , Rückübertragung der Steuererhebung 127
 - , Schießereien 681
 - , Schuhmacherzwangszinnung 194
 - , Schulen 523
 - , Schulen, Lehrer 521
 - , Schulen, Reparaturen 535
 - , Schwarzarbeit 217
 - , Schwungreicht 842
 - , Sparkasse 255
 - , Staatsanwaltschaft 857
 - , Steuern 125, 129, 130
 - , Tarifverträge 369
 - , Technische Not hilfe 767, 800
 - , Torf lieferanten 209
 - , Überfall eines Erwerblosen 339
 - , Überfall von Matrosen auf Soldaten 836
 - , Übernachtungssteuer 128
 - , Versorgungsanwärter 348, 367, 492
 - , Viehmärkte 590, 592
 - , Wählen, Gemeindevorstellung 678
 - , Wasserbaumt 108
 - , Wasserwerk 219
 - , Wineverein 126
 - , Wohlfahrtsamt 454
 - , Wohnungen 546, 550, 556, 565, 568, 569, 570, 573, 577, 579
 - , Wohnungen, Hygiene 593
 - , Wohnungsamt 582
 - , Zeitungen 637
 - , Zentralisierung 257
 - , Banken, Zentralisierung 257
 - , Bankhaus Jaffa und Levin, Enden 9, 11
 - , Bannier, landrätslicher Hilfsbeamter, Borkum 865
 - , Bausi. Dr., Regierungspräsident 742
 - , Barbierzwangszinnung, Wilhelmshaven 205
 - , Bargmann, Erich, Gemeindevorsteher, Wiesmoor 740
 - , Barmen, Milchversorgungsgenossenschaft 236
 - , Bärmter Bankverein 66
 - , Barschede, Gemeindevorsteher 683
 - , Bauer, Klaas, Gemeindevorsteher, Simonswolde 688
 - , Bauern- und Arbeiterrat, Großoldendorf 777
 - , Bauern- und Landarbeiterrat, Südgeorgsfchin 777
 - , Bauern, Ausgleich mit Arbeitern 774
 - , Bauernräte 859
 - , Freistaat Oldenburg 837
 - , Baumann, A., Gemeindevorsteher, Hohegaste 878
 - , Bauverein für Wittmund und Umgebung 549
 - , Beamte, Agitation 664
 - , Amtsentscheidung 839
 - , antirepublikanisches Verhalten 421
 - , Besoldung 360
 - , Bevorzugung 582
 - , Fliegerschlächt 806, 900
 - , Zentralelle für Einwohnerwehren 753
 - , Berliner Tageblatt“ Berlin 638
 - , Berthium, Friedrich 761
 - , Berufsschule, Aurich 534
 - , Berufsschulpflucht 463
 - , Berufsschulwesen 810
 - , Berumbur, Bürgersteuer 133
 - , Finanzlage 134
 - , Gemeindevorsteher 716
 - , Betumerfehn, Finanzlage 42, 439
 - , Gemeindevorsteher 717
 - , Krieg beschädigtenverband 717
 - , Schulunterhaltung 42

- Bahnschutz 796, 797, 798, 799
- Bahnverbindungen, Ausbau 278
- Balkker, Drogist, Borkum 252
- Ballhuis-Smeders, von, Senator, Enden 833, 836
- Balog, Joseph, Fahnenangelegenheiten 886
- Baltikumtruppen, Ansiedlung 318
- Baltische Liga zum Schutz der Heimat 833
- Baltrum, Finanzlage 40
- , Republikfahne 636
- , Volksbegehrten Panzerkreuzerverbot 662
- Bangstede, Finanzlage 41
- Banken, Zentralisierung 257
- Bankhaus Jaffa und Levin, Enden 9, 11
- Bannier, landrätslicher Hilfsbeamter, Borkum 865
- Banski, Dr., Regierungspräsident 742
- , Reichskanzler 868
- , Reichswehr u. Schutzpolizei 869
- Bengen, R., Einwohner, Norden 221
- Bensersiel, Kanalbau 407
- Berdum, Gemeindevorsteher 728
- Berghausen, Jann, Norderney, Bürgermeister 383
- Berghaus, Jann, Regierungspräsident 75, 76, 278, 636, 638, 742, 865, 889
- Bergmann, R., Denkschrift 256
- Berlin, Ackerbaugesellschaft 297
- , Landgerichtsdirektor Wilhelm Krone 899
- , Rat der Volksbeauftragten 839
- , Republikanische Beschwerdestelle 888
- , Robert-Koch-Institut 596
- , Stahlhelmtag 638
- , Strafanstalt 806
- , Zentralelle für Einwohnerwehren 753
- , Berliner Tageblatt“ Berlin 638
- Berthium, Friedrich 761
- Berufsschule, Aurich 534
- Berufsschulpflucht 463
- Berufsschulwesen 810
- Berumbur, Bürgersteuer 133
- , Finanzlage 134
- , Gemeindevorsteher 716
- , Betumerfehn, Finanzlage 42, 439
- , Gemeindevorsteher 717
- , Krieg beschädigtenverband 717
- , Schulunterhaltung 42

- Besatzungsmacht, Arbeit für französische 409
 - französische, Aktionen gegen 630
 Beschlagnahmungen von Paketen 836
 Besoldung, Bürgermeister 110
 Besoldungsordnung, Beamte 360
 - Durchsetzung 361
 Betriebe, ausländische 184
 Betriebsrat, Aurich 354
 - Karstadt 816
 - Moorverwaltung 397
 - Maschinenbauamt, Emden, Ausschuss 359
 - Mitglieder, Kündigung 397
 - Betriebstilllegungen, Kohlemangel 847
 Bering, Schlosser, Wiesmoor 855
 Beteileit 302
 Bezahlung von Saisonarbeitern 320
 Bezirksbauern- und Landarbeiterrat, Ostfriesland 836
 Bezirkshäusern, Handwerker- und Landarbeiterrat für Ostfriesland 837
 Bezirkstagskongress der Erwerbslosen, Emden 593
 - Leer 496
 - Norden 451
 Bezirkstagskongress der Erwerbslosen, Emden 795
 Bezirksvorstand ostfriesischen Volksschulchlehrinnen 531, 540
 Bieber, Herbert, Bund Graf York von Warthenburg 631
 Biere, D., Carolinensiell 582, 730
 Bingum, Wohnungsbeschaffnahme 513
 Blandorf-Wichte, Besteuerung 43
 Blöckler, Paul, Gemeindevorsteher, Juist 61, 145
 Bode, Christoph, Berriebsratsmitglied 397
 Bodenreform 825
 Boekhoff, Eitma, Leer 6
 Boekhoff, W., Gemeindevorsteher, Esklum 696
 Boen, Wohlfahrtsverlosenbeschäftigung 497
 Boer de, J. H., Gemeindevorsteher, Simonswolde 688
- Boerde, J., Geschäftsführer, Landbund Em- den 249
 Boen, de, K., Bürgerbund Ostfriesland 768
 Bogena, H., Gemeindevorsteher, Junkersrott 781
 Bogena, Karl, Beigeordneter, Junkersrott 719
 Bogena, Peter, Gemeindevorsteher, Junkersrott 719
 Bohlen, Heinrich, Kriegervereins-Vors., Burla- ge 777
 Bohlen, Ippe H., Gemeindevorsteher, Georgs- feld 685
 Bohlen, Rohlfs, Beigeordneter, Georgsfeld 685
 Bohmann, Ingenieur, Oldenburg 417
 Bohmens, Heinrich, Gemeindevorsteher, Frie- deburg 731, 897
 Boldt, A., Händler 236
 Bolivia, Ansiedlung deutscher Arbeitsloser 434
 Bolhuis, B., Landwirt, Wirdum 174
 Bollmeyer, Gewerberat 203, 376, 380
 Bolschewistische Fremdenlegion 816
 Bolts, Arbeiterobmann, Wolthausen 837
 Bonjies, Gemeindeausschussmitglied, Logu- mer Vorwerk 148
 Bonjies, H., Gemeindeausschussmitglied, Osterel 723
 Borkum, Antisemitismus 630
 -, Arbeiter- und Soldatenräte 836
 -, Arbeiterrat 747
 -, Arbeitsdienstleger 433
 -, Ausverkäufe 251
 -, Drogist Bakker 252
 -, Einwohnerwehr 776
 -, Erwerbslosenunterstützung 244
 -, Ferdinand, Valentijn, Großhandelskonzen- sion 226
 -, Hafenarbeiterstreik 340
 -, Juden 865
 -, Kreisreform 616
 -, Münchmeyer, Pastor 816, 865, 866
 -, Norgemeinschaft deutscher Nordseeselns 518
 -, NSDAP, Wahlkundgebung 636
 -, Schulausschuss 531
 -, SPD-Wahlverein 865
 -, Seeraufälle 450
 -, Versorgung 516

- Bunderthee, Bürgerwehr 782
 Bunte, Dr., Beigeordneter, Langeoog 732
 Burger, Friedrich, Redakteur, Emden 868
 Bürgerausschuss, Emden 833
 Bürgerblock, Norden 641
 Bürgerbund Ostfriesland 758, 759, 768
 Bürgerkrieg, vorbereitende Aktionen der KPDD 816
 Bürgerverein Aurich 215, 264
 Bürgervorsteher, Norden 667
 Bürgervorsteherkollegium Aurich, Sitzungen 498
 Bürgerwehren 750, 782
 - Emden, Beteiligung von Arbeitern 747
 - Norden, Bewaffnung 747
 -, Opposition gegen Waffenabgabe 761
 Burlage, Arbeiter- u. Bauernrat 777
 - Einwohnerwehr 777
 - Freiwilliger Arbeitsdienst 435
 -, Gemeindeausschuss 692
 - Kriegerverein 777
 - Protestresolution 692
 - Steuerschulden 124
 Burs, Hermann, Beigeordneter, Simonswolde 688
 Brieggeb, Kreisrat 764, 774, 796, 800
 Brinkum, Einwohnerwehr 777
 Brons, Ysaak, Landwirt, Gretsiel 249
 Brouer, G., Gemeindevorsteher, Eißen 695
 Brouer, Jan, Eißen, Leiter Einwohnerwehr 843
 Brieggeb, Kreisrat 764, 774, 796, 800
 Brinkum, Einwohnerwehr 777
 Brons, Ysaak, Landwirt, Gretsiel 249
 Brouer, G., Gemeindevorsteher, Eißen 695
 Brouer, Jan, Eißen, Leiter Einwohnerwehr 758
 Bruns, Johann, Gem.-vorst.-kandidat, Simons- wolle 688
 Bubeck, Otto, Aurich 353
 Bubert, Walten, Emden 741
 Bultena, Antoni, Landarbeiterverband 397
 Bunde, Dr., Landarbeiterverband 718
 Bunde, Landarbeiterstreik 842
 Bunde, Molkerei 237
 Bunde, Ostfriesische Konservenfabrik 247,
 377
- „Borkumer Zeitung“, Borkum 865, 866
 Borkumled, Verbot 865
 Börseverein, Emden 250
 Borsum, Gemeinde 552
 - Umgemeindung 622
 Bouvena, E., Gemeindeausschussmitglied, Logumer Vorwerk 148
 Boykott, jüdische Geschäfte 807
 Brand, Amsthaupmann, Cloppenburg 289
 Brands, J. A., Spinnemeister, Uphusen 707
 Brandstiftungen, Politisch-motiviert 844
 Brandt, Heinrich, Händler, Ihthove 143
 Brasilien, Ansiedlung deutscher Arbeitsloser 434
 Brauer, H., Bauernratsmitglied 777
 Braun, Preuß. Landwirtschaftsminister 297
 Bremen, Auswandererberatungsstelle 606
 - Hafen 288
 - Kohlenwirtschaftsstelle 223
 - Stadtwehr 777
 - Vermittlungsstelle norddt. Einwohnerweh- ren 777
 Brennstoffhilfe 55, 436
 Brett, Wilhelm, Sturmann, Wilhelmshaven 843
 Brieggeb, Kreisrat 764, 774, 796, 800
 Brinkum, Einwohnerwehr 777
 Brons, Ysaak, Landwirt, Gretsiel 249
 Brouer, G., Gemeindevorsteher, Eißen 695
 Brouer, Jan, Eißen, Leiter Einwohnerwehr 758
 Bruns, Johann, Gem.-vorst.-kandidat, Simons- wolle 688
 Bubeck, Otto, Aurich 353
 Bubert, Walten, Emden 741
 Bultena, Antoni, Landarbeiterverband 397
 Bunde, Dr., Landarbeiterverband 718
 Bunde, Landarbeiterstreik 842
 Bunde, Molkerei 237
 Bunde, Ostfriesische Konservenfabrik 247,
 377
- Bunde, Dr., Beigeordneter, Langeoog 732
 Burger, Friedrich, Redakteur, Emden 868
 Bürgerausschuss, Emden 833
 Bürgerblock, Norden 641
 Bürgerbund Ostfriesland 758, 759, 768
 Bürgerkrieg, vorbereitende Aktionen der KPDD 816
 Bürgerverein Aurich 215, 264
 Bürgervorsteher, Norden 667
 Bürgervorsteherkollegium Aurich, Sitzungen 498
 Bürgerwehren 750, 782
 - Emden, Beteiligung von Arbeitern 747
 - Norden, Bewaffnung 747
 -, Opposition gegen Waffenabgabe 761
 Burlage, Arbeiter- u. Bauernrat 777
 - Einwohnerwehr 777
 - Freiwilliger Arbeitsdienst 435
 -, Gemeindeausschuss 692
 - Kriegerverein 777
 - Protestresolution 692
 - Steuerschulden 124
 Burs, Hermann, Beigeordneter, Simonswolde 688
 Bujadungen, Fahre 1/7
 Buttergeschäftsstelle der ostfriesischen Kreise 236
 Buumann, G., Gemeindevorsteher, Twixlum 96
 Buumann, Landwirt, Cirkwehrum 46
 Buumann, Landwirt, Cirkwehrum 46
 Camp, von, Generalmajor 761
 Campen, Gemeinde reform 626
 Campen, Johann 102
 Campen, Sardine, geb. Franshen 102
 Canhusen, Gemeinderversammlung 646
 Canum, Beleidigung des Gemeindevorstehers 872
 Bihren, Einwohnerwehr 777
 Boksch, Bürgermeister, Norden 875
 Bultena, Antoni, Landarbeiterverband 397
 Bunde, Dr. Tätigen, Mersburg 585
 Bunde, Dr. Landarbeiterverband 718
 Bunde, Landarbeiterstreik 842
 Bunde, Molkerei 237
 Bunde, Ostfriesische Konservenfabrik 247,
 377
- Carolinensiell, Deutsches-Völkische Partei 730
 - Gewerbesteuer 45
 -, Lehrschein eines Hofes 582
 -, Soldatenrat 835
 Cassens, Kassentührer RFB, Wilhelmshaven 806

- Centralverband Deutscher Photographenvereine 190
 Centralverein deutscher Staatsbürgер jüdischen Glaubens 865
 Charig, Julius, Dr., Redakteur, Berlin 864, 866
 Christians, Jann, Gemeindenvorsteher, Rechtsupweg 724
 Christophers, Gemeindenvorsteher, Moorweg 69
 Christophers, Rechnungsteller, Moorweg 734
 Cirkwehrum, Staatskommisar 46, 694
 Cohen, Jakob, Aurich 861
 Collinghorst, Einwohnerwehr 777
 Conring, Hermann, Dr., Landrat 909
 Cremer, Gemeindeausschussmitglied, Neuschoo 735
 Cremer, Gemeindenvorsteher, Westeraccum 737
 Dammbau, Norderney 266
 Dammeyer, M., Landwirt 235
 DDR Austritt Tantzen 641
 → Emden, Stadt 262
 → Kandidatur Jann Berghaus 638
 → Landtagswahlkampf 74/2
 → Ortsverein Leer 879
 Debets, Ehmke, Gemeindenvorsteher, Moordorf 686
 Delena, Auktionator, Aurich 239
 Demobilisierungsausschuss 488
 Demobilisierungsausschüsse 241, 242,
 Demobilisierungskommissar 243
 Demobilmachung 243
 Demobilmachung, Arbeitsmarktauswirkung 403
 Demokraten 262
 Demokraten, Emden 721
 → Norden 720
 Demonstration, Anti-Münchmeyer, Borkum 865
 → Stragefangene, Klostermoor 655
 Denkschrift gegen die Auflösung des Kreises Emden 614
 → gegen die Auflösung des Kreises Weener 614
 → über den Film in der Jugendpflege 464
 → über die Reichszentrale für Heimatkundst 430
 → zu 25 Jahre Emdener Großschiffahrts Hafen 288
 → zu Arbeitslosigkeit im Flusschiffbau 282
 → zu Elektrizitätsversorgung im Weser-Ems- Gebiet 289
 → zu Erweiterung der Kreissparkasse in Leer 256
 → zur Verwaltungsreform 617
 → zu von Notschutzbünden gesicherten Kanal- und Eisenbahnstrecken 796
 → zu Wilhelmshaven und Rüstringen 624
 → zum landwirtschaftlichen Notprogramm 331
 → zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 411
 → zur Jugendpflege 464
 → zur Not an der Nordsee 248
 → zur Notlage in der Moorkolonisten 224
 → zur Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates Emden 839
 → Der Freiheitskämpfer, NS-Zeitung 262
 → Der Landvolkkampf, Izehoe 859
 → Der Phlug, KPD-Zeitung 847
 Detern, Lebensmittelbeschleihungen 232
 → Mechanikerinnung 201
 → SPD-Distrikt 704
 → Verkehrsanbindung 277
 → Wahlstörung 655
 → Wohnungsbeschlagnahme 582
 Deutsches Landeskennen Arbeitnehmer, Wilhelmshaven 630
 Deutsche Reichspartei 635
 Deutsche Rentenbank 259
 Deutsche Staatspartei 903
 → Kandidatur J. Berghaus 742
 → Leer 635
 → Deutsche Tageszeitung“ 434
 Deutsche Volkspartei 664
 Deutscher Baugewerbeverbund, Baugewerkschafft Emden 249
 Deutscher Beamtenbund, Ortsgruppe Neermoor 355
 → Deutscher Herold“, Zeitung 866
 Deutscher Landarbeiterverband 376, 377, 387, 395, 397, 718
 → Landerbeiterverband 385
 → Bewaffnung, Bahnbeamte 797
 → Finanzlage 48, 439
 Domum, Landarbeiterskriit 392, 862
 → Landerbeiterverband 385
 → Bewaffnung, Bahnbeamte 797
 → Finanzlage 48, 439
 Domum, Landarbeiterskriit 392, 862
 → Landerbeiterverband 385

- Deutscher Landkreis 430, 475
 Deutscher Metallarbeiterverband 379
 Deutscher Offiziersbund 757
 Deutscher Schutzbund 628
 Deutscher Städteg 109
 Deutscher Transportarbeiterverband 387
 Deutscher Volkshausbund 553
 Deutsches Volkspfeif, Norgeld 482
 Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose 389
 Deutsch-Hannoversche Partei 270, 632
 Deutschnationaler Handlungsgesellenverband 203
 Deutsch-Niederländische Transportgesellschaft 409
 Deutsch-Völkische Partei, Carolinensiell 730
 „Die Geißel“, Hertzblatt 638
 „Die Justiz“, Schrift Republikanischer Richterbund 899
 Dienstboten, Landwirtschaft 390, 374, 393
 Dienstmädchen, Auswanderung 610
 Dingkräfte, Justizrat 726
 Dirks, Bürgerkollegiumssprecher, Norden 720
 Dirks, Gemeindenvorsteher, Leezdorf 64
 Dirks, Hinrich, Gastwirt, Hansweg 700
 Dirks, Johann, Gemeindeausschussmitglied, Leezdorf 733
 Dirksen, Beigeordneter, Amtsverweigerung 699
 Disziplinarverfahren, Missachtung der Republikfahne 897
 Ditzumerverlat, Landarbeiter, Unruhen 392
 → Landarbeiterstreik 842
 Düren, Gemeindenvorsteher, Neuschoo 735
 DNVP 635, 803, 905
 → Kreisverein Aurich 676, 677
 → Propaganda 647
 → Wahlaufkuf 676
 → Wahiprogramm 648
 Dobisch, KPD, Aurich 814
 Dolchstoßlegende 641
 Domänenpächterverband für den Bezirk Aurich 326
 Doornkaat, Firna, Norden 72
 Domum, Arbeitgeberverband 385
 → Bewaffnung, Bahnbeamte 797
 → Finanzlage 48, 439
 Domum, Landarbeiterskriit 392, 862
 → Landerbeiterverband 385
 → Schlichtungsspruch, Landarbeiter 392, 862
 → Schmiede- und Schlosserzwangsimmung 195
 → Streiks 345,
 → Tarifvertrag 374
 → Tuberkulose 600
 → Volksbeghren Freiheitsgesetz 664

- Wahl, Bezirksbauernrat 837
- Wohlfahrtsamt 710
- Zunahme von Psychopathen 600
- Emden, Landrat 741
- Emden, Stadt, Arbeiter- und Soldatenrat 833, 839, 848
- , Arbeiter 847
- , Arbeiter, Lebensmittelrepressions 749
- , Arbeiterfahrvier Verein Solidarität 877
- , Arbeiterrat 839
- , Arbeitsamt 410
- , Arbeitsgericht 397
- , Arbeitsmarktlage 187
- , Bahnhof, Besetzung im Alarmfall 773
- , Beamten-Bau- und Wohnungsvverein 555, 578
- , Börse 250
- , Bund Graf York von Wartenburg 631
- , Bürgerausschuss 833
- , Bürgerbund Ostfriesland 758
- , Bürgervorsteherkollgium 668, 669, 712
- , Bürgerwehr 747, 848
- , Damenschneiderinnen 196
- , DDP 262
- , Deutscher Baugewerbe bund, Baugewerkschafft 249
- , Ei thändler 232
- , Eingemeindungen 622
- , Einwohnerwehr 747, 752, 761, 773,
- , Emdener Molkereigesellschaft 226
- , Entlassungen 409
- , Erwerbslosenkomitee 806
- , Erat 12
- , Finanzamt 324, 325
- , Finanzlage 8, 11, 14, 15, 456
- , Fischindustrie August Jasper 225
- , Fleischzerrangsinning 203, 206
- , Flughafen 11
- , Freie Sozialistische Jugendvereinigung 810
- , Garnisonkommando 848
- , Gewerbeinspektion 185
- , Hafensuchtlaggesellschaft 11
- , Handelsverein 288
- , Hauptbahnhof 622
- , Haushalt 7, 13, 116
- , Heringssloggerbau 288
- , Hochseefischereigesellschaft 11
- , Junghandwerkerbund 204
- , Kirchenaustritte 519
- , Kommunistenführer Buchholz 761
- , Konsumentverein 191
- , KPD 262, 804, 806, 812, 816, 848
- Emden - Georgsheil, Bahnstrecke 796
- Emden - Osnabrück, Bahnstrecke 278
- Emden - Pewsum - Greetsiel, Kleinbahn 276
- Emdener Börse 100, 250
- Emdener Molkereigesellschaft 226
- Emdener Verkehrsgeellschaft AG, Emden 382
- „Emder Zeitung“, Emden 204, 249, 262, 582, 635, 641, 645, 710, 868
- Empfängnisverhütung 585, 600
- Ems, Deichbau 427
- Emsland, Erschließung 253, 278, 641
- Emsland, Rattengifthändler, Verfasser einer Protestresolution 692
- Ennenga, Jan, Gemeindevorsteher, Upleward 708
- Ennenga, Obermeister 646
- Enteignung 314
- Entlassungen, Emden 409
- , Rechtsblock 116
- , Reichsbanner 533, 636, 806
- , Revolution 849
- , Rohstoffbeschaffung 1918 242
- , Schifferstreik 186
- , Schlüchtungsausschuss 371, 372, 374, 376
- , Schöffengericht 867
- , Schul funk 536
- , Sicherheitslage 774
- , Soldatenrat 839
- , Sozialistische Arbeiterjugend 877
- , Spar- und Konsumgenossenschaft 120, 712
- , Sparkasse 262
- , Stadtkommandant 848
- , Stadtwehr 762
- , Stahlhelm 636, 638, 742, 806
- , Steuern 113, 114
- , Streiks 340, 345, 630, 848
- , Tarifvertrag 1921 374
- , technische Not hilfe 799
- , Torfversorgung 297
- , Unterernährung 601
- , Volkswehr 747, 772, 848
- , Werft Schulte und Bruns 379
- , Werftarbeiterbühne 188, 242
- , Werftbetrieb 186
- , Wertzuwachssteuer 115
- , Wohnungen Cirk senstraße 559
- , Wohnungsgamt 582
- , Wohnungsbau 555
- , Wohnungsnorm 552
- , Siedlungsbau 560
- , Zwangseratisierung 10
- , Zwangseratisierung 10
- , Synagogengemeinde 544
- , Versammlung des Reichsbundes für Siedlung und Pachtung 825
- Esens - Ogenbargen - Bensersiel, Kleinbahnlinie 273
- Esklum, Gemeindevorsteher 696
- Essen, Milchversorgungs genossenschaft 236
- Erzel, Kriegsanleihe 50
- Eutin, Reichsbankstelle 859
- Ev. Hauptverein dt. Ansiedler u. Auswanderer 611
- Evers, Evert, Auktionator, Norden 104
- Everwin, Lenard, Gemeindevorsteher, Woltzen 710
- Facharbeiter, Nachfrage 180, 377
- Falschaussagen, politisch-motiviert 898
- Falschgeld 259
- Fegerter, A., Gemeindevorsteher, Uphusen 168
- Fegerter, Georg, Norden 266
- Fegerter, Jan, Senator, Norden 297, 390
- Fegerter, Pople, Senator, Norden 224
- Fehsenfeld, Dr., Norden, Kreisratz 602
- Feldbahnen 243
- Feldhütte 761
- Feldmann, Christian, Berumbur 716
- Feldschutze wehr, Gründung im Kreis Norden 747
- Ferdinand, Hermann, Kolonist, Oltmannsfehn 321
- Ferdinand, Valentin, Rentner, Borkum 226
- Fickert, Dr., Regierungsassessor 450
- Filsum, Weg reparatur 423
- Filsum - Remels, Kleinbahn 277
- Finkenburg, Eilt, Gemeindevorsteher, Bedekaspel 684
- Finnland, Unternehmen der Stadt Emden 9
- Firrel, Einwohnerwehr 777
- Firrel - Hesel - Neudorf, Kleinbahn 277
- Eisch, Verteilungsstelle 225
- Fischer, H., Bauernratsmitglied 777
- Fischeri 249, 381
- Fischerei, Besteuerung 135
- Fischindustrie August Jasper, Emden 225
- Flachsmeer, Wohlfahrtsunterstützung 497
- Flagge, schwarz-weiß-rot 879

- Flaggen- u. Fahnenangelegenheiten 636, 744, 886, 889, 890, 892, 893, 894, 895, 896, 897
 Flüchtlings-, Kurland 748
 ↗ Ruhgebiet 532
 Flugblatt der KPD, Kampfaufl Nr. 1 857
 Focken, R., Arbeiter, Uphusen 707
 Folkken, E., Gemeindevorsteher, Mittegrößenfehn 673
 Fohmhusen, Einwohnerwehr 777
 Fooken, Johann, Entlohnung 507
 Förster, Senator, Wilhelmshaven 670
 Forstarbeiter, Wochenlohn 394
 Fortbildungsschulpflicht 465
 Francke-Werke AG, Bremen 420
 „Frankfurter Zeitung“ 870
 Frankreich, antifranzösische Stimmung 761
 ↗ Bündnis 638
 Franz, Hauptkassierer, KPD, Wilhelmshaven 806
 Frauen, Abbau von Stellen für Lehrerinnen 531, 540
 ↗ Arbeitslosigkeit 180, 377
 ↗ Entlastung 242, 247, 349, 401, 406
 Frauenarbeitshauptstelle Hannover 243
 Freerksen, J., Landwirt, Manslagt 329
 Freerksen, Johann, Landwirt 696
 Freese, Peter, Juist 886
 Freie sozialistische Jugendvereinigung 810
 „Freiheit“, USPD-Zeitung 782
 Freikorps, Eiserner Flottille, Wilhelmshaven 747
 ↗ Nachfolgeorganisationen 636
 ↗ Schwarzer Jäger, Wilhelmshaven 747
 Freimuth, Harm, Gemeindevorsteher, Neuschoo 735, 736
 Fremdenverkehr 17, 77, 122, 268
 Fricke, Elmar, Arbeiter 664
 Freirichs, M., Jungdeutscher Orden 907
 Frese, Carl von, Emden, Landrat 741
 Frese, Occo v., Gutsbesitzer, Loppersum 149
 Freyer, Albrecht, Kreisrat 738, 759, 777
 Frickestein, Georg, Senator 262
 Friedeburg, Gemeindevorstand 731
 Friedeburg, NSDAP 731
 Frieden, KPD-Funktionär, Emden 857
 Friese, Gemeindevorsteher, Dornumergrode 581
- Friesenborg, Jacob, Gemeindevorsteher, Wiegboldsbüro 690
 Friesenborg, Landwirt, Abbingewehr 857
 Friesenborg, 758, 773
 Friesenbund, zeitfreiwillige Soldaten 799
 Friesenkamp, Gemeindevorsteher, Wiegboldsbüro 173
 Fuhrwerksunternehmer, Wirtschaftliche Lage 208
 Funniks, Ortswehr 765
 Fürsorge, Blinde und Taubstumme 441
 ↗ Geisteskranke 437
 ↗ Richthsätze 495
 ↗ Spiseanstrahl 442
 Fürsorgeausschuss, Wahlen 447
 Fürsorgeerziehung wegen Schulversäumnis 476
 Fürsorgeerziehung, Anordnung 473
 Fürsorgeheim, Haxtrum 493
 Fürsorgeheime, Einrichtung für wandernde Familien 448
 Fust, Dr., Studienrat, Wilhelmshaven 890
 Gandersum, Gemeindeform 626
 Frauenonomie, Krie 248
 Geburtenrente 600, 601
 Gefangene, Moorarbeit 317
 Gefangenenerbeiter, Ersatz 313
 Gegenrevolution 782
 Gehaltsskürzungen, Aurich 368
 Gehaltsstreit, Aurich 377
 Gehaltszulage, Aurich 346
 Gehimbündelei, Landwirte 805
 Gemeindereform 619, 622, 626
 Gemeindeschwestern, Entlohnung 347
 Gemeindevorsteher, Honorar 735
 Gemeinnützige AG für Angestellten-Heimstätten, Berlin 565
 Generalanzeiger, Westrhauderfehn 253
 Generalkommando, X. Armeekorps 834
 Generalkommando, VIII. Armeekorps 755
 Generalstaatsanwalt, Celle 856
 Generalstreich 345, 630, 890
 Genossenschaftsbank, Oldersum 92
 Genossenschaftsverband des Reichslandbundes 232
 Genossenschaftswesen 232
 Georges, Georg, Gemeindevorsteher, Westermarsch II 726

- Georgsfeld, Arbeitslose 685
 ↗ Gemeindevorsteher 685
 ↗ Kommunalwahl 685
 ↗ Schulbuchversorgung 505
 ↗ Schulneubau 685
 ↗ Wegebau 685
 Georgsheil – Emden, Bahnstrecke 796
 Gerdens, Eduard, KPD, Wilhelmshaven 806
 Gerdens, Friedrich 526, 636
 Gerické v., Verbandsvorsitzender 617
 Gerson, David, Geschäftsinhaber, Norden 303
 Gesamtverband der Arbeitnehmer, Bremen 369
 Gesellschaft für Klimaforschung 17
 Gesundheitswesen 595, 598, 603
 ↗ Jahresberichte 597, 599
 ↗ Personalablauf 587
 Gesundheitszeugnisse 588
 Getreide, Ablieferung 229, 235
 Getreide, Umlage 235
 Geusenküche, Armenspeisung 907
 Gewerbeaufsichtsamt, Aurich 203, 460
 ↗ Emden 384
 Gewerbeinspektion, Emden 185
 Gewerberat für Regierungsbezirk Aurich 401,
 483
 Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 279,
 356
 Gewerkschafter, Versetzung 374
 Gewerkschaftsbund der Angestellten 365
 Gewerkschaftskartell 444
 ↗ Leer 214, 632
 ↗ Aurich 374
 Gindler, Dr., Kreisschulinspektor, Wittmund 465
 Girozentrale Hannover 14, 27, 256, 257
 Gleichberechtigung 406
 Göldens, Landwirtschaftlicher Zweigverein
 512
 Goebbels, Joseph, NS-Propagandaleiter 865
 Goemann, Konrad, Landarbeiter, Ditzumer-
 verhaft 842
 Goerdeler, Carl, Dr., Preissenkungskommissar 292
 Goldenstein, Johann, Gemeindevorsteher,
 Georgsfeld 685
 Goslar, Tagung Reichshauen- und Landarbei-
 terrat 836
- Grasschnitt, Verpachung 311
 Graup, Standortältester, Aurich 681
 Greisel, Arbeiter 842
 ↗ Einwohnerwehr 772
 ↗ Finanzlage 135
 ↗ Friesenbund 758
 ↗ Granattrocknerei 249
 ↗ Häfenbau 249
 ↗ Schiffser 249
 ↗ Staatskommissar 697
 ↗ Zwangsvermietung 249
 Grenzgänger, illegale 179
 Grethe, KPD, Wilhelmshaven 806
 Grinnerup, Reichsflagge 896
 ↗ Schulvorstand 896
 ↗ Staatskommissar 698
 Groenewald, A., Landwirt, Uphusen 707
 Groneweg, H., Norden 602
 Groningen, Auswanderung 608
 Groothusen, Brennstoffhilfe 436
 ↗ Finanzlage 51
 Groß, Geschäftsführer, Bezirksbauernrat 837
 Großdeutsche Arbeiterpartei 631
 Großfehn, Nationalsozialistische Freiheits-
 partei 825
 Großhandel 237
 Großheldendorf, Arbeiter- u. Bauernrat 777
 ↗ Einwohnerwehr 777
 Großwoldefeld, Einwohnerwehr 777
 Großwoldfeld, Reichsstiedlerbund 826
 Grundbesitzvereine 328
 Grundsteuerausschuss, Kreis Leer 123
 Grundstücke, landwirtschaftliche, Bestim-
 mungen 322
 Grzesinski, Preußischer Innenminister 641
 Gütertransport 281
 Gutsbezirke, Auflösung 625
 Gutscheine, Verteilung 494
 Habben, Johann, Gemeindevorsteher, Barste-
 de 683
 Habben, Pächter, Twixlum 330
 Habbings, J., Oberleutnant a. D. 796
 Hage, Arbeitsamtsbehörde 72
 ↗ Gewerbesteuerveranlagung 137

- Grundsteuer 53
- Lufschiffplatz 243
- Hagena, S., Landwirt, Domum 48
- Hagermarsch, Notschutzwehr 768
- Hakenkreuzfahne 889, 897
- Halbach, Leer. Strohpapierfabrikant 377
- Halbmond, Biersteuer 138, 139
- Bürgersteuer 54, 139
- Gemeindevorsteher 718
- Handwerkskammerbeiträge, Verweigerung 191
- Staatssteuern 718
- Hamm, Generalstaatsanwalt 813
- Hamm, Oberstaatsanwalt 317
- Hamsterfahrer, Verurteilung 847
- Hamsterläufe, Preissteigerung 355
- Hanswehrum, antirepublikanische Bauern 635
- Brennstoffhilfe 55
- Gemeindeausschuss 874
- Gemeindevorsteher 699
- kommunistische Opposition 55
- Lehrmittelfreiheit 141
- Linke Liste 55
- Steuerboykottdrohung 141
- Steuerstundung 140
- Weihnachtsbeihilfe 141
- Handel 220, 226, 236, 251
- Beiinträchtigung durch Auktionen 239
- Brannitwein 252
- Förderung 238
- Märkte 177
- Handelsfore, Abbau von Seeleuten 351
- Abgabe an die Entente 351
- Handelsverein, Leer 632
- Handwerk 192, 204
- Zwangsinningar 193
- Handwerksbünde 328
- Handwerkerstand 646
- Handwerkstammer Aurich 62, 117, 192, 194, 196, 197, 200, 202, 270, 271
- Handwerkstammer 80, 190, 191, 381, 496
- Hanneger, Wilhelm, Zentrumspartei 265
- Hannover, Frauenarbeitsaufstelle 243
- Getränkesteuer 157
- Girozentrale 256, 257
- Kleinbahndarlehensausschuss 276
- Landwirtschaftskammer 513
- Militärintendantur 839
- Hannover, Provinz, Anstralspflegebeiträge 6
- Aufbauleistung 641
- Ausnahmestand 1852
- Einwohnerwehren 764
- Flugschriften 764
- Provinz, Kohlezuuteilung 247
- Hochseefischereigesellschaft, Emden 9
- Höcker, Josefhermann, Jungdeutscher Orden 903, 906, 907
- Höcker, Wilhelm, Jungdeutscher Orden 904, 908
- Höfe, van, Gemeindevorsteher, Baltrum 40
- Hoffmann, Landjägermeister 857
- Hogelücht, Landwirt, Abbingwehr 857
- Hohegäste, Gemeindevorsteher 878
- Hohheitszeichen, Entfernung 879
- monarchistische 885, 887, 888
- Hohmann, Eilert, Landwirt 237
- Holland, Dienstmädchen 610
- Kartoffelverschiebung 226
- Hollen, Gemeindeausschuss 701
- Kommunalwahl 701
- Holling, Gemeindedienner, Großheide 666
- Holte, Einwohnerwehr 777
- Seinergerechtigkeit 58
- Höderfehn, Einwohnerwehr 777
- Elektroleitungssystem 292
- Holtemoor, Anlehe 59
- Holtland, Gemeindesteuer 60
- Höcker, Arthur, Gastwirt, Halbmond 138
- Honduras Produce Co. LTD. 612
- Hoppe, Landjäger 857
- Horst, Untenehmer, Greetsiel 249
- Hürding, Pastor, Bedekaspel 132
- Hungerdemonstrationen, Verbot 844
- Inderhoff, Antoni, Greetsiel 135, 249, 758, 857
- Inderhoff, G., Landwirt, Bedekaspel 684
- Inderhoff, Gerd, Großsandie 857
- Inderhoff, Heinrich, Landwirt, Greetsiel 249
- Inderhoff, Heinrich, Pewsom 857
- Ihnen, Johann, Gemeindevorsteher, Wiegeboldsbur 690
- Ihnen, Abtrennung von Ihnenerfeld 621
- Auflösung des Gemeindeausschusses 702
- Gefallenenehrung 824
- Gründung eines Siedlungsvereins 826
- Kriegerverein 824
- Hannover, Kriegerverein 824
- Ihrhove, Einwohnerwehr 777
- Falschgeld 259
- Steuerklassen 143
- Ihrhove – Westrauhuderfehn, Kleinbahn 281
- Industrie- u. Handelskammer f. Ostfriesland/Papenburg 45, 62, 116, 147, 177, 211, 218, 282, 288, 615
- Industrieamt, Wilhelmshaven 17
- Industriearbeiter, Ansiedlung von 421
- Industriebüro, Wilhelmshaven 406
- Inflation 365, 859
- Innungsausschuss, Lehrlingsstreitigkeiten 181
- Inselhilfe 76, 514, 515, 516, 518
- Inseln, ostfriesische, Arbeitnehmer 384
- Interalliierte militärische Kontrollkommission 748
- Ippen, Andreas, Gemeindevorsteher, Osteel 64, 628
- Israel, Gendarmeriewachtmeister 841
- Jacobs, Gemeindevorsteher, Simonswolde 688
- Jagd, Missbrauch 831
- Janssen, Gemeindevorsteher; Völlen 777
- Janssen, H. D., Möllerrebeisitzer, Urtum 170
- Janssen, Jacob, Tischler, Norderney 656
- Janssen, Johann, Gemeindevorsteher, Bedekaspel 132, 684
- Janssen, Jürgen, Gemeindevorsteher, Schwittersum 663
- Janssen, L., Landwirt, Abbingwehr 857
- Janssen, Peter, Gewerkschaftssekretär 386
- Janssen, Theodor, Osteel 723
- Jasper, August, Fischverwertungsbetrieb 225
- Jennett, Bier- und Bürgersteuer 742
- Jheringsfehn, Reichsbannerentreffen 638
- Jögensen, Gemeindevorsteher, Westerholt 725
- Kleinbahn, Reichsbannerentreffen 638
- Kleinbahn Emden – Pewsom – Greetsiel 279
- Kleinbahn Ihrhove – Westrauhuderfehn 281
- Kleinbahn, Reichsbannerentreffen 638
- Kleinbahn Ihrhove – Aurich – Wittmund 119, 265, 272, 273, 274, 277
- Kleinbahn, Ausbau 273
- Beförderungstarife 276
- Geschäftsboykott, Norden 303
- Leer 62
- Sanierung 269
- Jüdische Gemeinde, Aurich 542
- Jüdische Schule, Leer 543
- Jüdische Schulen, Auflösung 531, 538
- Jüdische Volksschule, Esens 544
- Jüdische Volksschule, Esens 544
- Jugendarbeitslosigkeit 469, 471
- Jugendliche, Erwerbslose, Berufsschulpflicht 247
- Jugendnotwerk 475
- Jugendpflege 464, 469, 470, 475
- Justiz, Ablehnung von Ausländern 870
- Arbeitsdienstlager 433
- Flaggent-/Fahnenangelegenheiten 886
- Gemeindestellen 61
- Krisenfürsorge, Erwerbslose 411
- Jungdeutsche Schwesternschaft, Leer 907
- Jungdeutscher Orden 120, 434, 903, 904, 906, 910
- Kreisbruderschaft Ostfriesland 907
- Junglandwerkerbund, Emden 204
- Junglandbund 638
- Jungrahnhelm, Ortsgruppe Wittmund 470
- Junkersrott, Einwohnerwehr 781
- Gemeindevorsteher 719
- Kahl, Arbeiter, Emden 818
- Kahle, Maria, Jungdeutsche Dichterin 907
- Kampen, Gemeindevorsteher, Großheide 52
- Kanalisation, Arbeitsbeschaffung 420
- Kapp-Putsch 755
- Karsadt, Rudolph, Kaufhausbesitzer 203
- Kassel, Polizeipresident 869
- Reichswehrkommando 799
- Kaufmännischer Verein, Bezirk Emden 384
- Kettenhandel 232
- Kinderarbeit, gewerbliche 460
- Kirchen, Austrite 519
- Klassenwahlrecht 734, 738
- Kleen, Gemeindevorsteher, Westerholt 725
- Kleinbahn, Reichsbannerentreffen 638
- Kleinbahn Ihrhove – Westrauhuderfehn 281
- Kleinbahn, Reichsbannerentreffen 638
- Kleinbahn Ihrhove – Aurich – Wittmund 119, 265, 272, 273, 274, 277
- Kleinbahn, Ausbau 273
- Beförderungstarife 276
- Lohnsturz 337
- Sanierung 269
- Kleinbahnamt, Hannover 277
- Kleinbahndarlehensausschuss 276, 279
- Kleine, Geheimer Regierungsrat, Landrat, Leer 745, 882

- Kleingärten, Erwerblose 548, 568
 Kleingartenbau, Förderung 307, 308
 Kleingarterverein, Förderung 306
 Kleinheseler Moor, Gutsbezirk 625
 Kleinoldendorf, Einwohnerwehr 777
 Kleinschiffahrt, Kritisenbewältigung 285
 Kleinschiffers, Schiffer 283
 Kleinsiedlung 548
 Kleinsiedlung, Sandhorst 571
 Kleinstwohnungsbau 568, 574
 Klock, Staatskommissat, Lequard 152, 703
 Klostermoor, Strafgefangene, Demonstration 655
 -, Torfgewinnung 298
 Kliver, Gemeindevorsteher, Moordorf 636
 Knigge, Landjäger 237
 Knoop, Pastor, Aurich 416
 Knyphausen, Forstverwaltung 394
 Kohle, Diebstähle 178
 Kohlenwirtschaftsstelle, Bremen 223
 Kokarde, republikanische 891
 Kollrunger Moor, Arbeitseinsatz 421
 -, Stedler 319
 Kolonialwandererausstellung, Werbung 183
 Kolonisten, Besteuerung 64
 Kolschen, Hermann, Gewerkschaftsfunktionär 387
 Kommission der Arbeitslosen, Aurich 502
 Kommunalbank, Leer 256
 Kommunalen Arbeitgeberverband 369
 Kommunalverband, Aurich 211
 Kommunalverband, Kreis Weener 236
 Kommunalwahl 722, 727
 Kommunisten, ungarische 299
 König-Luise-Bund 806, 907
 Königshoek, Kriegsbeschädigtenvereinigung 487
 Königsmoor, Forderungen von Torfarbeitern 386
 Konsumverein, Emden 191
 Koolman, G. F., Kornbrennerei, Weener 263
 Koop, S., Leer 677
 Korruption 739
 Koschnick, KPD, Bremen 806
 KPD 434, 631, 636, 657, 747, 751, 761, 803, 805, 806, 833, 900, 902
 -, Agitation 847
- , Antikriegsdemonstration 804, 816
 -, Anwerbung von Schutzpolizisten 804, 816
 -, Arbeitserwehr 806
 -, Arbeitsdienstlager 433
 -, Arbeitslose 816
 -, Aufstand in Mitteleutschland 814
 -, Aufstände 813
 -, Aurich 819
 -, Beschlagnahme, Zeitschrift 817
 -, Betriebszellen 816
 -, bevorstehender Putschversuch 755
 -, Bezirk Nordwest 814
 -, Brochüren 635
 -, Bürgervorsteherkollegiumsfaktion, Emden 712
 -, Einwohnerwehrmitglieder 775, 779
 -, Emden 262, 669, 777, 804, 812, 816
 -, Fürstenabfindung 816
 -, Kultur 811
 -, Leer 827
 -, Moordorf 686
 -, Norderney 863
 -, Ortsgruppe Norden 656
 -, Spitzerfehn 820
 -, Umsurzgerüchte 774
 -, Unterwanderung d. Erwerbslosenverbände 816
 -, Unterwanderung, Betriebsrat 816
 -, Versammlung 629, 809, 844
 -, Versammlungsverbot 825
 -, Wilhelmshaven 630, 804, 815, 849
 -, Zusammenarbeit mit NSDAP 857
 Krämer, Beigeordneter 686
 Krämer, Polizeimeister, Aurich 807
 Krankenhaus, Finanzen 445
 Kredite, Auslandsdarlehen 261
 Kredite, Tilgungsboykott, Landwirte 257
 Kreditgemeinsch., gemeinnütziger Selbsthilfeger. 410
 Kreis- und Stadtparkasse, Norden 27, 49, 800
 Kreis-Altenheim, Mittegrossfehn 489
 Kreisausschüsse für Jugendpflege 469
 Kreisausschüsse, kommunale 618
 Kreisbank, Leer 236
 Kreisbanken 256
 Kreisbauernrat, Norden 244
 Kreisbauern- und Landarbeiterrat Emden 837

- „Kreisblatt Rheiderland“ 278
 Kreise, Neuordnung 615
 Kreiselternschaften 531
 Kreisfrontsoldatentag, Leer 638
 Kreisforschungschwestern 443
 Kreisjugendpfleger 472
 -, Aufgaben 465
 Kreiskommunalkasse, Norden 52
 Kreiskriegerbund, Leer 824
 Kreislandbund, Emden 170, 696
 -, Norden 290
 -, Weener, Milchpreiskommission, 237
 Kreislandbünde 328
 Kreiskriegererrat, Emden 540
 Kreisrat 758
 -, Landesschutzbereich Emden 775, 777
 Kreisrate 756, 757, 763, 764
 Kreisreform 613, 614, 616, 617, 618, 620, 854
 Kreissparkasse, Emden 106
 Kreissparkasse, Leer 256
 Kreiswirtschaftsamt, Leer 236
 Kreiswirtschaftsverband Marienburg e. V. 257
 Kreiswohlfahrtsamt, Leer 410
 Kriegdenkmal, Schutz vor Vandalismus 791
 Kriegsdenkmale 824
 Kriegerheimsräte e. V. 554
 Kriegerverein, Aurich 638
 -, Burlage 777
 -, Ihnen-Großwolde 824
 Kriegervereine 433, 754, 805
 Kriegerwaisenfürsorge, Erhalt 463
 Kriegsanleihen 93, 102
 Kriegsbeschädigte 244, 293, 481
 -, Berufserziehung 485
 -, Statistik 479
 Kriegsbeschädigtenvereinigung, Königshoek 487
 Kriegsgefangene, Einsatz für 421
 Kriegsheimkehrer, Begrüßung 477
 Kriegshinterbliebene, Versorgung 489
 Kriegsindustrie, Umstellung 244
 Krieg invaliden, Unterstützung 311
 Kriegsneuerungszuschlag 346
 Kriminalität 178, 179, 784, 847
 Kroner, Wilhelm, Berlin, Landgerichtsdirektor 899
 Krull, Folkert, Beigeordneter, Simonswolde 688
 „Kreisblatt Rheiderland“ 278
 Krummhörn, Landarbeiterlöhne 393
 -, Landarbeiterstech 342
 -, Tarifvertrag, Landarbeiter 395
 Kruse, Christoph, Matrose, Aurich 414
 Kruse, Heinrich A., Großfehn 825
 Kruse, Jacob, Gemeindeausschussmitglied, Neuschoo 735
 Kuhnt, Bernhard, Präsident, Freistaat Oldb.
 Ostfild. 392, 833, 862
 Kulturbauamt, Aurich 421
 Kundgebung, Versailler Vertrag 846
 Kungebungen, gegen die Republik 880
 Kündigungen, Bekleidungsamt Wilhelmshaven 375
 Kurland, Flüchtlinge 748
 Kurz, Dr., Geheimer Regierungsrat 424
 Kurzarbeit, Emden 409
 Kyffhäuserjügend 433
 Lammert, Heinrich, Handwerkmeister 195
 Lammertsfehn, Bahngeländeerwerb 277
 Landarbeit, Ablehnung durch Jugendliche 429
 Landarbeiter, Arbeitszeittarif 374
 Landarbeiter, Arbeitszeittarif 610
 -, Auswanderungswerbung 610
 -, Begradigung 706
 -, Dienstverpflichtung 389
 -, drohende Entlassungen, Kreis Emden 374
 -, Freiersetzung 406
 -, Kriensenunterstützung 413
 -, Löhne 374, 385, 393, 837
 -, Plündern 755
 Prozess 842
 -, Siedlung 574
 -, Straferhöhung 856
 -, Streik in Westdorf 781
 -, Streik, Riederland 873
 -, Streiks 774, 779, 84
 -, Tarifvertrag 395
 -, Urnen 236, 392, 751, 782, 862
 -, Unterbezahlung 391
 -, Unterbringung 398
 -, Wohnung 567
 Landarbeiterverband 391
 Landbund, Kreis Emden 120, 329, 330,
 -, Kreis Norden 155, 327, 333, 334
 -, Wirdum 174
 Landesarbeitsamt Hannover 370, 475
 Landesarbeitsamt Nordmark 856

- Landesbank der Provinz Hannover 41, 49,
78, 99, 101, 732
Landesdirektorium, Provinz Hannover 6
Landesfestscheine 236
Landesfinanzamt, Hannover 69
Landeskirche Hannover 866
Landeskleinbahnamt 274
Landeskreditanstalt 19
Landespolizeistelle, Wilhelmshaven 214
Landesrabbinat, Emden 531
Landesschulkasse 520
Landesschutz, Weiterbesuch 764
Landesschutzbüro 756, 757, 758
Landesschutzbund Ostfriesland 765, 768,
775
Landesverband ostfriesischer Einzelhändler
226
Landflucht 553, 575
Landfriedensbruch 818, 873,
–, Gnaden gesuche 850
Landkreise, Personalabbau 366
Ländl. Hauptarbeitsnachweis für Ostfriesland
425
Landschaftspolder, Bürgerwehr 782
Landstände, Auflösung 675
Landvolk, Versammlung 787
Landwirte, Gurachter in Steuerstrafsachen
324
Landwirte, Steuerstundung 333
Landwirtschaft 233, 874
–, Aufbau, Langeoog 511
–, Belastung 326
–, Besteuerung 327, 329
–, Flächentarifvertrag 391
–, Krise 331
–, Krise, Protestversammlung 328
–, Kuhhalterregister 236
–, Löhne 391, 392, 862
–, Mindestlöhne 245
–, Notlage 140, 155
–, Reformen 782
–, Steuerbefreiung 696
–, Steuerbelastung 170, 325
–, Steuerentlastung 175, 329
–, Steuerstundung 97
–, Verschuldung 80, 95, 261
Landwirtschaftliche Arbeitgeberverbände
392, 862
- Landwirtschaftliche Vertriebsstelle GmbH.,
Leer 226, 256
Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ost-
friesland 210, 211, 212, 223, 232, 244,
396, 513, 837
„Landwirtschaftliches Wochenblatt für Ost-
friesland“ 290, 638, 641
Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Hanno-
ver 513
Langeroog, Badebetrieb 511
–, Gemeindevorsteher 732
–, Landwirtschaft 511
–, Reichsbahn 274
–, Reichsfahne 893
Langholt, Gemeindeausschuss 260
–, Molkereigenossenschaft 260
–, Larret, Einwohnerwehr 773
–, Umgemeindung 622
Lebensmittel, Ausfahrerverbote 226
–, Beschaffnahmungsverbot 839
–, Requirierung 772
–, Verteilung 230
Lebensmittelhamster 779
Lebensmittelkarten 228
Lebensmittelunruhen 842
Lebensmittelversorgung 310, 836
Lebensmittelversorgung, Borkum 226
Lebensmittelverteilung 228
Lebensmittelvorräte, Schutz 226
Leer, Kreis, Amtesleitung Landrat 745
–, Arbeitslose 244
–, Arbeitslosenvermittlung 246, 247
–, Arbeitslosigkeit 20, 22
–, Arbeitsuchende 401
–, Auslandsmehlzulieferung 228
–, Auswanderung 608
–, Beihilfe, Schiffer 284
–, Einwohnerwehren 777, 778, 779
–, Elektroleitungsnetz 802
–, Erwerbslosenfürsorge 242
–, Finanzlage 21, 22
–, Grundsteuerausschuss 123
–, Handwerkskammerbeiträge 190
–, Jugendarbeitslosigkeit 471
–, Jugendl. Statistik 475
–, Kleinbahn 277
–, Grundsteuerausschuss 613
–, Handwerkskammerbeiträge 190
–, Hausbesitzerverein 146, 582
–, Haushalt 63
–, Hindenburgausschuss 903
–, Jüdische Schule 531, 543
–, Jungdeutsche Schwesternschaft 907
–, Jungdeutscher Orden 120, 905, 906, 908
- Landwirtschaftliche Vertriebsstelle GmbH.,
Leer 226, 256
Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ost-
friesland 210, 211, 212, 223, 232, 244,
396, 513, 837
„Landwirtschaftliches Wochenblatt für Ost-
friesland“ 290, 638, 641
Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Hanno-
ver 513
Langeroog, Badebetrieb 511
–, Gemeindevorsteher 732
–, Landwirtschaft 511
–, Reichsbahn 274
–, Reichsfahne 893
Langholt, Gemeindeausschuss 260
–, Molkereigenossenschaft 260
–, Larret, Einwohnerwehr 773
–, Umgemeindung 622
Lebensmittel, Ausfahrerverbote 226
–, Beschaffnahmungsverbot 839
–, Requirierung 772
–, Verteilung 230
Lebensmittelhamster 779
Lebensmittelkarten 228
Lebensmittelunruhen 842
Lebensmittelversorgung 310, 836
Lebensmittelversorgung, Borkum 226
Lebensmittelverteilung 228
Lebensmittelvorräte, Schutz 226
Leer, Kreis, Amtesleitung Landrat 745
–, Arbeitslose 244
–, Arbeitslosenvermittlung 246, 247
–, Arbeitslosigkeit 20, 22
–, Arbeitsuchende 401
–, Auslandsmehlzulieferung 228
–, Auswanderung 608
–, Beihilfe, Schiffer 284
–, Einwohnerwehren 777, 778, 779
–, Elektroleitungsnetz 802
–, Erwerbslosenfürsorge 242
–, Finanzlage 21, 22
–, Grundsteuerausschuss 123
–, Handwerkskammerbeiträge 190
–, Jugendarbeitslosigkeit 471
–, Jugendl. Statistik 475
–, Kleinbahn 277
–, Grundsteuerausschuss 613
–, Handwerkskammerbeiträge 190
–, Hausbesitzerverein 146, 582
–, Haushalt 63
–, Hindenburgausschuss 903
–, Jüdische Schule 531, 543
–, Jungdeutsche Schwesternschaft 907
–, Jungdeutscher Orden 120, 905, 906, 908

- , Lustbarkeitssteuer 121
–, Milchprodukte 236
–, Moorwerbspreis 315
–, Notsandarbeiten 243
–, Provinziallandtagswahl von 1921 658
–, Reichspräsidentenwahl 651
–, Reichstagwahlen 651
–, Schutz der Elektroleitungen 801
–, Schwerbeschädigte 490
–, Sparkasse 256
–, Stahlhelm 826
–, Torgewinnungsgesellschaft 298
–, Unterernährung 601
–, Volkentscheid „Landtagsauflösung“ 658
–, Wohlfahrtsamt 410
–, Wucher 214
–, Zusammensetzung mit Weener 614
Leer, Stadt, Arbeiter- und Soldatenrat 423,
833
–, Arbeitsamtsbezirk, Arbeitsdienstprojekte
435
–, Arbeitsamtsverwaltungsausschuss 413
–, Ausschuss der Steuerzahler 62
–, Bezirksfürsorgeverband 496
–, Biersteuer 121
–, Damenschneiderinnen 196
–, Deutsche Staatspartei 635
–, Eisenbahndock 278
–, Elektrizitätswerk 292
–, Erwerbslosenausschuss 338, 409
–, Firma Halbach 377
–, Gemeindevorsteherversammlung 496
–, Getränkesteuer 15/–
–, Gewerkschaftskarrell 214, 632
–, Hafenanlagen 278
–, Hafendock 632
–, Handelsverein 632
–, Hausbesitzerverein 146, 582
–, Haushalt 63
–, Hindenburgausschuss 903
–, Jüdische Schule 531, 543
–, Jungdeutsche Schwesternschaft 907
–, Jungdeutscher Orden 120, 905, 906, 908
- , Kommunalsteuererhöhung 146
–, Kreisbank 256
–, Kreistag 909
–, Kreiswirtschaftsamt 236
–, Kriegerveine 824
–, Landrat 882
–, Landtagswahlen 658
–, Lustbarkeitssteuer 121
–, Lebensmittelbelieferung 228
–, Norausschuss 214
–, Postamt 259
–, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 826
–, Reichspräsidentenwahl 651
–, Siedlungsbau 560
–, Sparkasse 257
–, Stahlhelm 907
–, Steuerlasten 147
–, Steuerprotest 62, 112
–, Streik 338, 409
–, Synagogengemeinde 543
–, US-Mehlverteilung 228
–, Vergnügungssteuerpflicht 712
–, Volkshochschulplan 527
–, Volks nationale Heilsvereinigung 641
–, Wirtverein 122
–, Zollamtsgebäude 582
Leer – Aurich – Wittmund, Kleinbahn 272,
273, 274, 277
„Leerer Anzeigentblatt“, Leerer 195, 435, 496,
582, 711, 903
Leezdorf, Gemeindesiever 644
–, Kassenrevision 733
–, Volksbegleiter Panzerkreuzer verbot 662
Lehnkerking und Co, Firma, Aurich 582
Lehrer, Ausbildung 226
Lehrlinge, Arbeitszeiten 382
Lehrstellen, Meldung 468
Lehrverhältnisse für Insassen der Armenan-
stalt 458
Leinert, Regierungskommissar 852
Leipzig, Staatsgerichtshof 617
Leitwährung, US-Dollar 214
Lengen, Gemeindedorsteher, Uthwerdum 169
Lenz, Prof., Mediziner 596

- Leybucht, Deichbau 247, 249, 374, 391, 424, 425, 428
Lichsinn, Gemeindevorsteher, Logabirum 713, 777
Liebknecht, Karl 833
Liga zum Schutz der deutschen Kultur 759
Linke Liste, Hansweshrum 55
Lintermarsch, Finanzlage 65
Loga, Einwohnerwehr 777
Logabirum, Einwohnerwehr 777
→ Gemeindevorsteher W. Lichtsinn 713
→ Junglandbundtreffen 638
Logumer Vorwerk, Steuererhebung 148
Lohne, Landwirtschaft 388, 390
Lohne, Leybuchtbiedichung 374
Lohne, Neuschoo 374
→ Reichswerft 246
Lohnstreit, Licher- und Kraftwerk Emden 373, 391
→ Landwirtschaft 391
→ Verhandlungsgrundsätze 313
→ Tortarbeiten; Wiesmoor 371, 372
Loppersum, Gemeindereform 626
→ Kreistagswahlbezirk 646
→ Steuerschuldner 150
→ Steuerstundung 149
Loguard, Bier- und Bürgersteuer 152
→ NSDAP 901
→ Staatskommisar 153, 703,
→ Steuerverzeichnisse 151
→ Veruntreitung von Steuern 151
→ Wohlfahrtswerblose 901
Lübbens, Dr., Bürgervorsteher, Stadt Emden 669
Lühbers, Gemeindevorsteher, Woltzerten 710
Lubinus, Gemeindevorsteher, Stapel 777
Lucht, Oberlandjägerbeamter, Borkum 865
Ludendorff, Erich, General a. D. 638
Luftfahrtsgesellschaft „Jade“ 17
Luftverkehrsgesellschaft Wilhelmshaven-Rüstringen 17
Lührs, Bürgemeister, Norderney 78
Lütken, Reinhard, Kolonist, Burloge 692
Lüneburg, Regierungspräsident 204
Lüpkes, Helene, Kreisjugendpflegerin 470
- Luxemburg, Rosa 833
Magdeburg, Frontsoldatentag 804
→ Magistratsrat 875
Malariaepidemie, Kreis Emden 596
Marcardsmoor, Siedlung 240, 296
Marienburg, Kreiswirtschaftsverband e. V. 257
Marienhafen, Bürgerssteuer 154
→ Gesamtarmenverband 66
→ Spar- und Darlehenskasse 85
Marienwehr, Gemeindereform 626
Marinesoldaten, Roffrontkämpferbund 805
Marinestation der Nordsee, Wilhelmshaven 760, 761, 801, 833
Marinewerft, Wilhelmshaven 185, 296, 401
Marktpreise 323
Marre, Arbeiter, Emden 818
Marx, Moorbrand 312
Marxismus 341, 379
→ Flugblatt 630
Maschinenbauamt, Emden 336
Maschinendreschcharbeiter, Tarifverhandlungen 374
Matrose, Arbeitslosigkeit 414
Maul- und Klausensuche 592
Medau, Bernhard, RFB, Wilhelmshaven 806
Mehltau, Anna, Angestellte 406
Meinecke, Dr., Schulrat 470
Meints, Willm., Gemeindevorsteher, Upende 689
Memmen, Johann, Kolonist 315
Menstede-Coldinne, Grundsteuer 67
→ Kriegsanleihen 68
→ Volksbegehren 662
Mersburg, BUND der TÄTIGEN 585
Meuterei, Arbeitsdienstlager, Spiekerog 434
Meyer, Gerd, Gemeindevorsteher, Rechtsupweg 724
Meyer, Heinrich, Pfarrer, Aurich 807
Meyer, Lehrer, Leiter Ortswehr Hinte 799
Meyer, Leutnant d. R., Stapel 777
Meyer, Weert, Jungdeutscher Orden, Midum 903
Michelsen, Befehlshaber, Marinestation der Nordsee 761
Midum, Einwohnerwehr 782
Mieteinigungsgesamt, Norderney 583
Miethäuser, Verlustausweisung 561
Mietpreise 581
- Mietreduzierung 580
Milchkontrollurstellen, Vergabe 236
Milchprodukte, Verarbeitung 236
→ Verteilung 236
Milchverkauf 841
Milchversorgungsgenossenschaft, Barmen 236
Milchversorgungs-GmbH, Essen 236
Mitbestimmung 185
Mittegrossfehn, Altenheim 489
Mitteldeutschland, KPD-Aufstand 814
Mittelstand 153, 288, 714
Möhlmann, Gerhard, Detern 655
Molkereigenossenschaft, Pewsum 82
Molkereiverein für Ostfriesland 236
Moll, Reichsbund für Siedlung und Pachtung 825, 826
Molle, Arbeiter- und Soldatenratsvorsitzender 833
Monarchismus 776, 840, 876
Monistenbund 629
Moorbesiedlung 692
Moordorf 312
Moordorf, Arbeiter 686
→ drohende Unruhen 228
→ Frühljahrsbeihilfe 119
→ Kommunalwahl 686
→ KPD 686
→ Schulverband 296
Moorflächen, Erwerb 826
→ staatliche Bewirtschaftung 320
→ Verpachtung 297
Moorkultivierung 293, 320, 481
Moerland, Vereilung 315
Moorweg, Gemeindevorsteher 69, 734
→ Gewerbetreibende 69
→ Wählerliste 734
Mudder, Rolf, Gemeindevorsteher, Simonswolde 688
Mulder, Otto, Landwirt, Hamswehrum 140
Mullberg, Siedlerstellen 319
Müller, Erich, Landwirt, Hagermarsch 334
Müller, Friedrich, SPD-Parteisekretär 421
Müller, G., Kreistagsabgeordneter, Fürel 277
Müller, Heiko, Gemeindevorsteher, Loquard 703
→ „Niederdeutsche Zeitung“, Hannover 870
Niederlande, Malariabekämpfung, Vergleich 596
Neuschoo, Arbeitslöhne 374
Neustadt-Gödens, Ernährungsausschuss 228
→ Finanzlage 71
→ „Niederdeutsche Zeitung“, Hannover 870
Niederlande, Malariabekämpfung, Vergleich 596
Neustadt-Gödens, Ernährungsausschuss 228
→ Gemeindevorsteherwahl 735
→ Steuerstundung 155
Neudorfer Meer, Siedler 319
Neue, Senator, Wilhelmshaven 670
Neuhaus, Oberlandjäger 237
Neuschoo, Arbeitslöhne 374
Neusee, Grundsteuer 70
Neßmersiel, Deicharbeiter 425
→ Pächtervereinigung 296
→ Steuerstundung 155
Neudorfer Meer, Siedler 319
Neue, Senator, Wilhelmshaven 670
Neuhaus, Oberlandjäger 237
Neuschoo, Arbeitslöhne 374
Neusee, Grundsteuer 70
Neßmersiel, Deicharbeiter 425
→ Pächtervereinigung 296
→ Steuerstundung 155
Neustadt-Gödens, Ernährungsausschuss 228
→ Gemeindevorsteher 736
→ Gemeindevorsteherwahl 735
→ Steuerstundung 155
Neustadt-Gödens, Ernährungsausschuss 228
→ Finanzlage 71
→ „Niederdeutsche Zeitung“, Hannover 870
Niederlande, Malariabekämpfung, Vergleich 596
Niedersachsen, Arbeitslosigkeit 415
Niedersachsen, Arbeitsmarktpolitik 421
→ Schlüchternbezirk 379
Niedersächsische Heimstätte 560, 562, 567,
576

- Niedersächsische Wohnungsbaugenossenschaft 580
Niedersächsischer Handwerkerbund, Landesgruppe Ostfriesland 192
Nihilisten, Anarchisten, Sozialisten, Revolutionäre (Observierung) 299
Nolda, Gehainer Oberbaurat 313
Norden, Dr., Pastor 392, 862
Norddeich, Einwohnerwehr 781
Norddeutscher Handwerkerbund 203
Norddeutscher Lloyd 248
Norden, Kreis- und Stadtparkasse 857, 860
Norden, Kreis, Arbeiter- und Soldatenrat 424
→ Arbeitsbeschaffung 247
→ Arbeitslosenunterstützung 244
→ Arbeitslosigkeit 406
→ Arbeitsnachweis 243
→ Betriebsstilllegungen 847
→ Bürgerwehren 747
→ Drescharbeiter 393
→ Einwohnerwehren 747
→ Einwohnerwehren 780, 781
→ Erwerbslosenfürsorgeausschuss 244
→ Erwerbslosigkeit 409
→ Feldschurzwehr 747
→ Finanzlage 23, 25, 26, 27
→ Instandsetzungskredite 574
→ kommissarischer Kreisausschuss 613
→ Kreisbauerrat 244
→ Kreissitz 616
→ Landtagswahl 654, 660
→ Mieteinigungsamt 583
→ Kommunalauswahl 641
→ Notschutzeinheiten 766
→ Norstandsaabteilung 243, 244, 245, 400
→ NS-Zeitung 645
→ Preiskontrolle 214
→ Reichstagswahl 654, 657, 659
→ Sonderzuteilung 228
→ Städtische Kreiskasse 86
→ Steuererleichterungen 189
→ Streiks 340, 345, 630
→ Tarifverhandlungen 390
→ Tarifvertrag 340, 374
→ Volksbeghren Freiheitsgesetz 663
→ Volksbegehrten Landtagsauflösung 666
→ Volksbegehrten Panzerkreuzverbote 662
→ Ziegeleien 246
→ Zivilarbeiter 247, 40
- Norden, Kreislandbund 155, 334, 327
Norden, Kreisgrasmannate 649
Norden, Stadt, Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund 576
→ Anwerbung zum Bergbau 400
→ Arbeiter- und Soldatenrat 833
→ Arbeitsamtsneubau 72
→ Bahnmeisterei 425
→ Bau- und Wohnungsvverein 602
→ Beamtenbesoldung 360
→ Bier- und Getränkesteuier 157
→ Bürgervorsteher 721
→ Bürgervorsteherkollegium 667
→ Bürgervorwehr 747
→ Damenschneidernnen 196
→ demokratische Opposition 720
→ Deutschnahende Arbeiter 631
→ Einwohnerwehr 747
→ Elternversammlung 331
→ Ersatzung weiblicher Angestellter 247
→ Eisenbahndamm 280
→ Erwerbslosenfürsorge 338, 409
→ Erwerbslosenfürsorgeausschuss 244
→ Erwerbslosigkeit 409
→ Firma Doornkaat 72
→ Fremdensteuer 158
→ Generalstreik 890
→ Haushalt 74
→ Heddern, Bürgervorsteher 721
→ Heer, Bürgervorsteher 720, 721
→ jüdische Schule 531
→ Kommunalauswahl 641
→ KPD-Ortsgruppe 656
→ Kundgebung mit Ludendorff 638
→ Norder Bank 68
→ Ostfriesische Bank 90
→ Reichstagswahl 652
→ Schlagfertinnung 158
→ Schuhfabrik T. G. Heddinga 403
→ Schuhhaus Rheinwest 251
→ Siedlungsbau 560
→ Städtische Sparkasse 90
→ Steuererhöhung 74
→ Sternen 156
→ Streik, Firma Onno Behrends 344
→ Tagesheim für Kinder 73
→ Tarifverträge 369
→ Verfassungsfreier 890
→ Volkswehr 747
→ Wohnungsaamt 582
→ Wohnungsnat 547
→ Norden – Aurich, Bahlinie 280
→ Norden – Emden, Landkreise, Zusammenfassung 614
→ Norder Bank 66, 68, 85, 90
Norder Fehngesellschaft 221, 224, 314
„Norder Nachrichten“, Zeitung 808
Norderney, Arbeiter- und Soldatenrat 405, 836
→ Arbeitserdemonstration 340
→ Arbeiterrat 838
→ Arbeitsnachweis 405
→ Arbeitszeitverkürzung 383
→ Ausschreitungen 838
→ Ausverkäufe 251
→ Badbetrieb 78, 79, 248, 254
→ Bau einer Autosstraße 267
→ Beamtenkartell 357
→ Bürgerbund 656, 858
→ Dammbau 266
→ Deicharbeit 409
→ Demonstration, Arbeitslose 406
→ Eisenbahndamm 280
→ Erwerbslosenfürsorge 338, 409
→ Finanzlage 76, 78
→ Fremdenbehördebergungsssteuer 77
→ Garnisonkommando 838
→ Gastronomie 186
→ Gemeindesekretär Poppen 722, 727
→ Gewerbericht 378
→ Gewerkschaftskartell 378
→ Haus- und Grundbesitzerverein 583
→ Inselkommandant 833
→ Konsumverein 515
→ Kredit für Lebensmittel 75
→ Kreislehrenkonferenz 525
→ Lustbarkeitsreuer 160
→ Mieteinigungsamt 583
→ Mietensabbau 111
→ Schiedsgericht 378
→ Seehospiz Kaiserin Friedrich 636
→ Seehospiz, Werbung 474
→ Steuerprotest 858
→ Verfassungsfreier 871, 890
→ Volksschule 515
→ Wintervorrate 516
→ Wirtschaftskrise 357
→ Zwangsvesteigerung 858
- Norddeutsche Kraftwerkse 289
Nordwestdeutscher Elektrizitätsverband 289
Nordwestdeutscher Handwerkerbund 192, 204
Normoor, Gemeindeausschuss 705
→ Gemeindeversammlung 705
Noske, Gustav, Oberpräsident 635, 748, 756, 761, 865, 876
Norgeld 185, 258, 482
Norgemeinschaft Deutscher Nordseeineeln 515, 518
Norgemeinschaft Oberledingenland 1932–1935 253
Norschutzverband, Kreis Emden 768
Nortschutzverbände 763, 766, 796
Nortsandarbeiten 241, 243, 244, 245, 249, 294, 342, 400, 421, 422, 431, 444, 496, 806
→ Förderung 508
→ Freistaat Oldenburg 409
→ Kreis Auriach 401
→ Kreis Norden 189
→ Resolution 515
→ Unterbezahlung 433
→ Verfluchtigung 389
→ Vorschläge 509
→ Nortsandarbeiten 364
Nortsandmaastramen 369
NSDAP 631, 646, 745, 806, 807, 808, 884
→ Abfall G. Strasser 641
→ Agitation, Norderney 722, 727
→ Arbeitsdienst 433
→ Bürgermeister vom Bruch 711
→ Bürgervorsteher, Emden 669
→ Enden 533
→ Friedeburg 731
→ Gesetzesverstöße 644
→ jüdenfeindliche Parolen 629

- > Freistaat, Notstandserklärung 722
- > Leer 62
- > Loquard 901
- > Nationaler Block 635
- > Oldenburg 292
- > Reichstagskandidatur Münchmeyers 638
- > Sperzefehn 673
- > Stadt Aurich 682
- > Theatergruppe 822
- > Trägerschaft Arbeitsdienst 434
- > Übertritte vom Jungdeutschen Orden 903
- > Uniformverbot 641
- > Veranstaltung, Emden 630, 900
- > Versammlung 787
- > Versammlung, Auflösung 844
- > Versammlungsverbot in Warendorf 827
- > Wahlkundgebung, Borkum 636
- > Wilhelmshaven 670
- > Zeitung 645
- NS-Freiheitspartei 825
- Nübel, Wilhelm, Kaufmann 288
- Nürthermoor, Einwohnerwehr 777
- > Reichsbanner 826
- Obdachlosigkeit 561
- Obdachlosigkeit 82, 448, 598
- Obendiek, Pastor, Hinte 142
- Oberledingerland, Elektrizitätsversorgung 292
- > Nogemeinschaft 431
- > Strompreise 253
- > Verein zur wirtschaftl. Hebung 253
- > Wirtschaftsförderung 253
- Oberpostdirektion, Oldenburg 836
- Oberstaatsanwalt, Aurich 178, 259, 709, 830, 859, 863, 877, 886,
- Oberverwaltungsgericht, Berlin 10, 720
- Odlandbesiedlung 314
- Ohling, Landwirt, Reithamm 857
- Ohling, Landwirt, Stuhrhusen 857
- Ohling, W., Landwirt, Rysum 325
- Oldenburg – Ostfriesland, Elektrizitätsverband 289
- Oldenburg, Baltische Liga zum Schutz der Heimat 833
- > Freistaat 850
- > Freistaat, Bauernräteorganisation 837
- > Freistaat, Demobilisierungskommissar 243
- > Freistaat, Notstandserklärung 409
- > Kuratorium Jungdeutscher Orden 907
- > Oberpostdirektion 836
- > Reckemeyer, Herbert 910
- > Vereinigung mit Preußen 624
- Oldenburger Moorökologengesellschaft 332
- Oldenburger, J., Arbeiter, Nennendorf 387
- Oldersum, Arbeiter- und Soldatenrat 837
- > Molkerei 237
- Öffliflüchte, Ernteeinfassung 227
- Onken, Gemeindenvorsteher, Carolinensiell 45
- Onken, Onno, Kolonist 297
- Onnen, Gemeindenvorsteher, Schwittersum 86, 164
- Osterhans, Staatskommissar, Cirkwehrum 47
- Ordnungsblock, Bürgervorsteherfraktion, Emden 12
- Ortsklasse, Neueinstufung 363
- Ortspolizeibehörden, Befugnisse 437
- Ortschutzbünde 761, 765, 771, 775
- Osnabrück – Emden, Bahnstrecke 278
- Osnabrück, Bubert, Walter 691
- > Militärbefehlshaber 755, 797
- > VIII. Armeekorps 748
- Ostarbeiter 242
- Ostiel, Erwerbslose 428
- Gemeindeausschuss 723
- > Gemeindenvorsteher 723
- > Handwerkstammerbeiträge 80
- > Kommunalwahl 723
- > SPD, Gemeindenvorstandswahl 715
- > Zahlungsunfähigkeit 80
- Osten, Gemeindenvorsteher, Carolinensiell 835
- Osterhusen, Bürgersteuer 162
- > Gemeindesteuer 81
- > Gemeindenvorsteher 706
- > Kirchenkasse 142
- > Übernahme der Kirchenlasten 163
- Ostfriesische Bank, Norden 90
- Ostfriesische Konservenfabrik, Bunde 247
- Ostfriesische Landschaft, Deputiertenwahl 675
- Ohling, Landwirt, Reithamm 857
- Ohling, Landwirt, Stuhrhusen 857
- Ohling, W., Landwirt, Rysum 325
- Oldenburg – Ostfriesland, Elektrizitätsverband 289
- Oldenburg, Baltische Liga zum Schutz der Heimat 833
- > Freistaat 850
- > Freistaat, Bauernräteorganisation 837
- > Freistaat, Demobilisierungskommissar 243
- > Freistaat, Notstandserklärung 409
- > Kuratorium Jungdeutscher Orden 907
- > Oberpostdirektion 836
- > Reckemeyer, Herbert 910
- > Vereinigung mit Preußen 624
- Oldenburger Moorökologengesellschaft 332
- Oldenburger, J., Arbeiter, Nennendorf 387
- Oldersum, Arbeiter- und Soldatenrat 837
- > Molkerei 237
- Öffliflüchte, Ernteeinfassung 227
- Onken, Gemeindenvorsteher, Carolinensiell 45
- Onken, Onno, Kolonist 297
- Onnen, Gemeindenvorsteher, Schwittersum 86, 164
- Osterhans, Staatskommissar, Cirkwehrum 47
- Ordnungsblock, Bürgervorsteherfraktion, Emden 12
- Ortsklasse, Neueinstufung 363
- Ortspolizeibehörden, Befugnisse 437
- Ortschutzbünde 761, 765, 771, 775
- Osnabrück – Emden, Bahnstrecke 278
- Osnabrück, Bubert, Walter 691
- > Militärbefehlshaber 755, 797
- > VIII. Armeekorps 748
- Ostarbeiter 242
- Ostiel, Erwerbslose 428
- Gemeindeausschuss 723
- > Gemeindenvorsteher 723
- > Handwerkstammerbeiträge 80
- > Kommunalwahl 723
- > SPD, Gemeindenvorstandswahl 715
- > Zahlungsunfähigkeit 80
- Osten, Gemeindenvorsteher, Carolinensiell 835
- Osterhusen, Bürgersteuer 162
- > Gemeindesteuer 81
- > Gemeindenvorsteher 706
- > Kirchenkasse 142
- > Übernahme der Kirchenlasten 163
- Ostfriesische Bank, Norden 90
- Ostfriesische Konservenfabrik, Bunde 247
- Ostfriesische Landschaft, Deputiertenwahl 675
- Ohling, Landwirt, Reithamm 857
- Ohling, Landwirt, Stuhrhusen 857
- Ohling, W., Landwirt, Rysum 325
- Oldenburg – Ostfriesland, Elektrizitätsverband 289
- Oldenburg, Baltische Liga zum Schutz der Heimat 833
- > Freistaat 850
- > Freistaat, Bauernräteorganisation 837
- > Freistaat, Demobilisierungskommissar 243

- Phillips, Jan, Gemeindeausschussmitglied, Neuschoo 735
- Picker, Daniel, Senator, Wilhelmshaven 670
- Pinto, Joseph, Schlachter, Weener 871
- Plage, Lütje, Landwirt, Weener 237
- Plaggenburg, Gemeindeausschuss 671
- > Steuern 83
- Planwirtschaft 257
- Plenner, Auktionator, Aurich 239
- Plündерungen 762, 850
- > Riepe 755
- Polen, Arbeiter aus 387
- Politische Gefangene, Gerichtsgefängnis Aurich 601
- Polizei, Emden, Stadt 644
- Polizei, Erhöhung der Stellenzahl 794
- > Hilfsbeamte 834
- > Infanterie durch NSDAP 631
- Polizeiverordnung, Aurich 793
- Popcken, B., Ihrhove 292
- Popens, Gemeindenvorsteher 672
- Poppens, Gemeindeskretär, Norderney 722, 727
- Poppinga, Gemeindenvorsteher, Twixium 96
- Poppinga, Wwe., Hofbesitzerin, Osteel 857
- Postamt, Leer 259
- Potthausen, Einwohnerwehr 777
- Preissabbauverordnung 143
- Preisberechnung, Dollarkurs 214
- Preise, Agitation der KPD 849
- > Fleisch 836
- > Lebensmittel 228
- > Milchprodukte 215, 236, 237
- > Reduzierung 219
- > Richtpreise 194
- > Sturm 253
- > Tof 100, 221
- > Waren in Wilhelmshaven 849
- Preisprüfungsstelle, Bezirk 211
- Preisruinen, Prozess gegen Teilnehmer 842
- Preiswucher, drohende Unruhen 214
- Preiswucherstelle 213
- Pfälzdorf, Wahlen, Gemeindeausschuss 687
- Pfälzdorfer Moor, Gutsbezirk 625
- Pflegegelder, Vorschüsse 437
- PfeulRen, Berichterstattung 639

- > Innenminister 256, 756, 825, 839, 854, 882, 886
 - Reck, Rolf S., Moordorf 686
 - Reckeneyer, Herbert, Jungdeutscher Orden 910
- > Justizminister 840, 853, 859
 - Kultusminister 641
 - > Landwirtschaftsorganisationen 837
 - > Minister für Finanzen 319
 - > Minister für Handel und Gewerbe 184, 274, 284, 610, 893
 - > Minister für Landwirtschaft 295, 296, 321, 421
 - > Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten 315, 318
 - > Minister für Volkswohlfahrt 278
 - > Staatsregierung 745
 - > Vereinigung mit Oldenburg 624
 - > Preußische Elektrizitätsgesellschaft 290, 292
 - > Preußischer Landkreistag 430, 574, 622, 684
 - Preußischer Landtag 522
 - Preußischer Pressedienst 641
 - Preußischer Richterbund 873
 - Propagandadurchsetzung 748
 - Protektionismus 328
 - Provinziallandtag 745
 - Provinzialstelle für Naturdenkmalflege 785
 - Psychopathen, Anstieg 600
 - Pupckes, Jan, Kolonist 296, 486
 - Pupkes, Ehrenpatenschaft des Reichspräsidenten 499
 - Pupkes, Johann, Volljährigkeit 466
 - Quarkablieferungsstelle für Ostfriesland 236
 - Rachitis 601
 - Radeck, KPD, Emden 857
 - Radio- und Funkwesen, Überwachung 633
 - Rahe, Schleuse 796
 - Rat der Volksauftragten, Berlin 839
 - Räte 775, 833, 837, 840
 - Rationalisierung, Banken 261
 - Rau, Heinrich, KPD 673
 - Reichsgesundheitsrat 588
 - Reichsgesetzestelle 234
 - Reichsminister der Finanzen 171
 - Reichsminister des Innern 258
 - Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft 331
 - Reichspräsident 855
 - Reichspräsident, Ehrenpatenschaft 499
 - Reichssiedlerbund 826
 - > Greersiel 1249
 - Rechtsparteien 723
 - Rechtsradikale 469, 630
 - Rechtsupweg, Anleihen 84
 - > Gemeindevorsteherwahl 724

- Reichsverband der Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen 717
 - Reichswehr 757, 779, 838, 876
 - Reichswehr, Antirepublikanismus 635
 - Reichswehr, Zusammensetzung mit Einwohnerwehren 756
 - Reichswehrbrigade 10 755, 757, 847
 - Reichswehrbrigade 31 755, 797
 - Reichswehrhauptoffiziere, Tätigkeit, Einwohnerwehren 631
 - Reichszentrale für den Heimatdienst 430, 435, 513, 664
 - Reimers, H. J., Gemeindevorsteher, Bedekaspel 684
 - Reimers, Johann, Gemeindevorstand, Moorweg 734
 - Reimers, U. I., Landwirt, Bedekaspel 132
 - Reinemann, Auktionator 94
 - Reinemann, Gemeindevorsteher, Canum 693
 - Reith, Kreisobersekretär in Weener 743
 - Remels – Heseel, Kleinbahn 277
 - > Einwohnerwehr 777
 - > Remmers, G., Gemeindeausschussmitglied, Twiskum 95, 166
 - > Remmers, G., Landwirt, Twiskum 96
 - > Renken, Carl, Wilhelmshaven 670
 - > Rentenmark 513
 - > „Republik“, Sozialdemokratische Zeitung 200
 - > Republikanische Beschwerdeschule 638, 722, 727, 888
 - > Republikanischer Jugendbund Schwarz-Rot-Gold 469
 - > Republikanischer Richterbund 899
 - > Republikschutz 635, 696, 714, 754, 772,
 - > Revolutionäre, Anarchisten, Nihilisten, Sozialisten (Oberservierung) 299
 - > Rhaude, Arbeiter- und Bauernrat 777
 - > Bahngelandezerwerb 277
 - > Einwohnerwehr 777
 - > Ruhrländische Besatzung 409
 - > Revolution, Fliegerblatt 849
 - > Rückwanderung aus dem 578
 - > Streiks 340
 - > Ruhrhafen 513
 - > Rundfunkempfänger 449
 - > Rüstungen, Erwerbslosendemonstration 409
 - > Kinderzulage 409
 - > Plünderer 850
 - > Städtevereinigung 624
 - > Stadtwehr 759
 - > US-Dollar 214
 - > Verkehrsbetrieb 379
 - > Rysum, Arbeiterrat 841
 - > Arbeitschaft 772
 - > Einwohnerwehr 772
 - > Milchverkauf 841
 - > Steuereinschätzung 325

- Riemann, Heinrich, Handelsvertreter, Pewsum 226
- Riepe, Plünderungen 755
 - Riesling, Wilhelm, Molkereibesitzer, Pewsum 226
 - Rindshagen, Jacob, Beigeordneter, Rechisupweg 724
 - Ring, rechte Sammlungsbewegung 904, 905
 - Ringen, Jan E., Renier, Hintz 47
 - Ritter, Alfred, Jungdeutscher Orden 910
 - Röhren, Wilhelm, Kolonist 314
 - Röchler, Moorvoogt 386
 - Röcker, Heinrich, Kaufmann u. Gastwirt, Bedum 728
 - Rohstoffmangel 207
 - Rötinggeräte, TBC-Bekämpfung 591
 - Rose, von, Dr., Celleiner Regierungsrat 387, 421
 - Rosenberg, Christoph, Landwirt, Leezdorf 644
 - Rosenberger, Wilhelm, Dr., Berlin 904
 - > Rote Fahne, Zeitung 873
 - > Rote Hilfe, KP-Organisation 655
 - > Roter Front-Kämpfer-Bund 806
 - > Wilhelmshaven 305
 - > Rotterdam, Hafen 178, 288
 - > Röver, Carl, Gauleiter 682, 806
 - > Rücktritt, Gemeindevorsteher 695, 726
 - > Preußischer Innenminister Grzesinski 641
 - > Ruhrgebiet, Aktionen gegen Besatzungsmacht 630
 - > Flüchtlinge 532
 - > französische Besatzung 409
 - > Revolution, Fliegerblatt 849
 - > Rückwanderung aus dem 578
 - > Streiks 340
 - > Ruhrländische Besatzung 409
 - > Revolution, Erwerbslosendemonstration 409
 - > Kinderzulage 409
 - > Plünderer 850
 - > Städtevereinigung 624
 - > Stadtwehr 759
 - > US-Dollar 214
 - > Verkehrsbetrieb 379
 - > Rysum, Arbeiterrat 841
 - > Arbeitschaft 772
 - > Einwohnerwehr 772
 - > Milchverkauf 841
 - > Steuereinschätzung 325

- > Volkswehr 749
- > Zweigwerk Emder Molkereigesellschaft 226
- SA, Ausschreitungen 899
 - > Leer, Rathausbesetzung 711
 - > Wilhelmshaven, Vertreibung von SPD-Senatoren 670
- Saathoff, Cornelius, Gemeindevorsteher, Barstede 683
 - Saathoff, Ehepaar, Gnädengeschenk 501
 - Saathoff, Gemeindevorsteher, Leezdorf 733
 - Sachsen, Streiks 340
 - Saisonarbeitslose 416
 - Sanders, Gemeindevorsteher, Harsweg 700
 - Sandhorst, Firma Vocke 293, 481
 - Sandhorst, Gemeinde, Eingemeindung 623
 - Scandia-Linie, Wechsel zu niederländ. Schiffen 286
 - Schaer, Otto, Aurich 677
 - Scheer, Reinhard, Admiral 825
 - Scherf, Gemeindeausschussmitglied, Plaggenburg 671
 - Scheuss, KPD, Wilhelmshaven 806
 - Schiedsgericht 378
 - Schiffahrt 287
 - Schiffer, Granatrocknerei 249
 - Schiffer, Unterstützung 282, 283, 284, 285, 286
 - Schiffsbank, Gründung 283
 - Schilling, Claus, Prof. Dr., Berlin 596
 - Schlachter, jüdische 300
 - Schlafbutzen 595, 599
 - Schlaftafzzen, Statistik 593
 - Schlägerei, KPD-NSDAP 900
 - Schleichhandel 852
 - Schleswig-Holstein, Moore 318
 - Schlichtung 342, 371, 372, 376
 - Schlichtungsausschuss, Emden 374
 - Schlichtungsausschüsse 185
 - Schlichtungswesen, Reform 374
 - Schlüter, Gemeindevorsteher, Moorweg 734
 - Schmidt, Willi, KPD-Bürgervorsteher, Wilhelmshaven 806
 - Schneider, Ernst, Parteisekretär, Wilhelmshaven 842, 843
 - Schnier, Gustav, Oldenburg, Redeverbot 629
 - Schönenberg, Dr., Bürgermeister, Norden 425
 - Schöning, Landwirt, Grimersum 234
 - Schoneboom, Landwirt, Visquard 172
 - Schoomann, Peter, Gemeindevorsteher 716
 - Schramm, Max, Landrat, Wittmund 744, 894
 - Schröder, Fleckenvorsteher, Wittmund 440
 - Schröder, Johann, SPD-Distriktsführer 704
 - Schröder, Landjägermeister 226
 - Schröder, Reginungs- und Gewerberat 185
 - Schrötmühlen, Betrieb 229
 - Schuldentilgung, Yaak Brons, Greetsiel 249
 - Schuldeputationen, Gefährdung von Bekennnisschulen 522
 - Schulen, Bauzustand 600
 - > Besuch 476
 - > Gehaltskürzungen für Lehrer 524
 - > Geschichtsunterricht 525
 - > Hilfsschule 540
 - > katholische, Auflösung 538
 - > Klassenfrequenzen 531
 - > Reparaturen 535
 - > Schulfunk 536
 - Schulkinder, Unterernährung 600
 - Schule und Bruns, Emden, Betriebsrat 382
 - Schulwesen 537
 - > Schulwesen, Anschaffung von Radiogeräten 528
 - > Bekenntnisschulen 521, 526
 - > Haushaltungsschule 529
 - > Schulsport 539
 - > Volksschule 541
 - Schund- und Schmarzliteratur 634, 640
 - Schützenverein, Aurich, Politisierung 884
 - Schurzhaft, Streikende 855
 - Schurpolizei, Aurich 789
 - Schutzpolizei, Regierungsbezirk 790
 - Schutzzruppe Wilhelmshaven 747
 - Schurzverband der deutschen Landwirtschaft 779, 782
 - Schützerverband, Handel, Gewerbe, Industrie, Emden 262
 - Schwarzarbeit 217
 - Schwerden, Erzarterstreik 186
 - Schweine- und Schafzählung, Statistik 309
 - Schweizer, Ökonominrat u. Moordamministrator 317, 318, 320, 321, 387, 397, 422
 - Schwerbehinderte, Arbeitsmöglichkeiten 374, 484, 490, 491
 - Schwerinsdorf, Einwohnerwehr 777
- Schwichow, Walter, Dr. 829
- Schwickerdt, Bürgervorstand, kommunistischer 808
- Schwiening, Friedrich, Bürgermeister, Aurich 681
 - > Steuererhebung 164
 - > Zwangsevacuation 86
- Schwittersum, Grundvermögenssteuer 86
- Schizophrene Arbeitserfüllung, Emden 877
- Sozialrentner 438
- Spar, Abkommen 185
- Spar- und Darlehenskasse Marienhafen 85
- > Dornum 48
- Sparwagenfahr 232
- Spar- und Konsumgenossenschaft für Ostfriesland 120, 712
- Sparkasse, Kreis Wittmund 261
- Sparkasse, Leer 257
- Sparkassen, Provinz Hannover 873
- Selbstmord, finanzielle Probleme 303
- Selbstschutzverbände 768, 771, 779, 784, 800
- Selverde, Einwohnerwehr 777
- Separatismus, Provinz Hannover 839
- Seriens, Finanzlage 87
- Siebelts, Peter, Landwirt, Bliersum 729
- Siebens, Hermann, Tannenhause 677
- Siebolds, Siebold, Bürgervorsteher, Norden 720, 875
- Siebs, Dr., Landrat in Weener 743
- Siedlung, Umsiedlung, von der Stadt aufs Land 564
 - Siedlungsbau 560
 - Siedlungsbeirat, Regierungsbezirk Aurich 240
 - Siedlungsförderung 319, 625
 - Siedlungsprojekte 296
 - Siedlungsvereine 826
 - Sieffen, Jan, Kolonist 297
 - Siegelsum, monarchistisches Hoheitszeichen 888
 - Siemens AG, Wiesmoor 800
 - Siemens Elektrische Betriebe 290, 294, 295, 313, 397
 - Siemens, Pastor 527
 - Simonswolde, Einwohnerwehr 771
 - Simonswolde, kommissarischer Gemeindevorsteher 688
 - Smeds, Johann, Landwirt 696
 - Smeede, J., Landwirt, Manslagt 329
 - Soldatenrat, Carolinensiell 835
 - > Emden 839
 - Sozialdemokraten, Einwohnerwehrmitglieder 782
 - Sportverein Olympia 636

- Sportvereinigung, Aurich 823
 Sprungstoffförderung, Arbeitsamt 807
 SS, Wilhelmshaven 670
 Staatliche Mooradministration 295, 296, 316
 Staatsanwaltschaft, Aurich 857
 Staatsgerichtshof, Leipzig 617
 Staatskommisar für das Wohnungswesen 785
 Staatskommisar für Volksernährung 228
 694, 698, 703, 710,
 Staatsmittel, Bauvorhaben 240
 Staatspolizeistelle Wilhelmshaven 760
 Staatssozialismus 257
 Staatssteuern 718
 Städte, Elektrizitätsverband 289
 Stade, Regierungspräsident 761
 Städtische Sparkasse, Aurich 255
 Städtisches Wasserwerk, Aurich 219
 Stadtschaft der Provinz Hannover 566, 573
 Stadtwehr Emden, Wahrung der öffentlichen
 Ordnung 762
 Strahlhelm 433, 638, 666, 742, 805, 808, 826
 „Aurich 821“
 „Emden 636, 806
 „Hinte 636
 „Kundgebung 873
 „Leer 907
 „Propaganda 787
 „unangemeldete Versammlung 629
 „Wilhelmshaven 804, 806
 „Wittmund 828
 Stahlhelmtag, Berlin 638
 Stahlhelmtag, Emden 638
 Stapel, Einwohnerwehr 777
 „Gemeinderversammlung 777
 Stapelmoor, Arbeitseinsatz 421
 „Moorkultivierung 422
 Steffens, L., Leserbrief 638
 Steffens, Wilhelm, Landwirt, Hage 53
 Streicher, preußischer Landwirtschaftsminister
 641
 Stein, A. G., Viehgroßhändler 166
 Steiniken, E., Rechtsupweg 774
 Stendel, Ernst, Landtagsabgeordneter 641,
 644
 Stendel, Ludwig, Landtagsabgeordneter 232
 Stenzel, Gerda, Unterstützung 461
 Steuer, Bier und Branntweinsteuer 126
- Steuerboykott 141, 142, 163, 168, 174, 328,
 733
 Steuererhebung 689, 693, 694, 695, 697, 736
 Steuern, Bier- und Bürgersteuer 152, 153,
 165, 167, 176
 „, Bier- und Getränkesteuer 157
 „, Biersteuer 138
 „, Biersteuer, Wilhelmshaven 118
 „, Bürgesteuer 54, 81, 95, 130, 133, 139,
 136, 154, 162
 „, Einkommenssteuer 158
 „, Feszerzung in Goldmark 119
 „, Fremdensteuer 114
 „, Gemeindesteuer 61, 64, 93, 98, 102, 168,
 172, 175, 332
 „, Getränkesteuer 159
 „, Grundsteuer 45, 89, 135, 137, 147,
 170, 172
 „, Grunderwerbs- und Gewerbesteuer 159
 „, Grundsteuer 53, 67, 70, 71, 86
 „, Grundsteuer 129
 „, Grundsteuer, Bodenbewertung 64
 „, Grundvermögenssteuer 124, 132, 153,
 164, 168.
 „, Grundvermögenssteuer, Wilhelmshaven
 117
 „, Hinte 124
 „, Kirchenausgaben 107
 „, Kommunalsteuererhöhung 146
 „, Konzessionssteuer 122
 „, Kreis 151
 „, Lustbarkeitssteuer 121, 156, 160
 „, Rechts 158
 „, Roggensteuer 98
 „, Rückübertragung der Erhebung 127
 „, Schafenster- und Mietwagenssteuer 114
 „, Statutsteuern 124, 164, 439, 703
 „, Steuerstreik 132, 726, 859
 „, Sundung 123, 140, 329, 330
 „, Übernachtungssteuer 128, 146
 „, Vergnügungssteuer 125, 712
 „, Wertzuwachssteuer 115
 Steuerprotest 62, 112, 858
 Steuerrückstände, Landwirte 106, 438
 Steuersenkungen, Resolution 88
 Stickhausen, Anschlussgleis 275
 Stipendien, Studenten 503
 Stomburg, Seeben, Gemeindevorsteher, Oster-
 husen 706
- Tagesheim, für Kinder arbeitender Mütter 73
 Tammena, Rechtsanwalt 707
 Tannenhäuser, Arbeitslosigkeit 417
 „, Erdölförderung 417
 Tantzen, Theodor, Reichstagsabgeordneter,
 DDP 638, 641
 Tarifkonflikte 379
 Tarifverhandlungen, Landwirtschaft Kreis
 Norden 390
 Tarifverträge 186, 354, 369
 Streiks 245, 335
 Streiks, Arbeiter des Kraftwerks Emden 340
 „, Bäckergesellen in Wilhelmshaven 340
 „, Bauarbeiter im Kreis Norden 340
 „, Beinträchtigung der Kohlenversorgung
 340
 „, deutsch-niederl.-Transportgesellschaft 338,
 409
 „, Drohung 387
 „, Elektrizitätswerk Wiesmoor 855
 „, Emden 336
 „, Firma Onno Behrends, Norden 344
 „, Generalstreik 185
 „, Hafenarbeiter auf Borkum 340
 „, Hafenarbeiter Emden 343
 „, Landarbeiter im Rheyderland 873
 „, Landarbeiter 342, 345, 630
 „, Landarbeiter, Domum 32, 862
 „, Leer 338
 „, Stresemann, Dr., Gustav, Außenminister 631,
 664
 Strodthoff, Emil, Westerstede 612
 Stromann, D. J., Landwirt, Cirkwehrum 46
 Stromversorgungsgesellschaft Oldenburg-Ost-
 friesland 292
 Stübig, Johann, SPD, Emden 806
 Süderneuland, Getränkestreuer 157
 Süderneuland I, Gewerbesteuer 89
 „, Kriegsanleihen 90
 „, Schulerweiterung 90
 Süderneuland II, Kriegsanleihen 91
 Südeorgsfachn., Bauern- und Landarbeiterrat
 777
 „, Einwohnerwehr 777
 Süppenküchen, Einrichtung 214
 Süß, Theodor, Verleger 392, 862
 Swyter, Gemeindevorsteher Uppgant-Schott,
 97, 429, 663
 Systemwechsel, Forderung 328

- Truppen, demobilisierte 242
 Truppen, Rückführung 245
 Tuberkulose, Bekämpfung 589, 591, 593, 595, 599, 600
 Tuberkulosefürsorgestellen, Beihilfen 591
 Tuitjer, W., Landwirt, Loquard 703
 Tuitjer, W., Loquard 153
 Twixium, Bier- und Bürgersteuer 167
 → Finanzlage 94, 95, 96
 Uthwerdum, Finanzlage 99, 169
 Urtum, Finanzlage 170
 → Gegensatz zwischen Landwirten und Arbeitern 709
 Ubben, Rolf, Gemeindevorsteher; Halbmond 718
 Ukena, Hinrich, Moordorf, Wahleinspruch 686
 Ulferts, Djure, Gutsbesitzer, Upgant-Schott 97, 98
 Ungarn, Kommunisten 299
 Unruhen 681, 833
 → Aurich 836
 Berichterstattung 854
 → Berlin 806
 → Emden 849
 Gefangene 317
 Kohlenversorgung 222
 kommunistische 814
 → KPD, Emden 818
 Kreis Aurich 231
 → Norderney 838
 Preiserhöhungen 853
 Schadensersatz 851
 Schlägerei KPD-NSDAP 806
 Stadt Emden 848
 Wilhelmshaven 849, 851
 → Wolthusen 552
 Unterernährung 601
 Unterschlagung, Gemeindevorsteher 717, 726
 Unterstützungen, bedürftige Personen 478
 Upende, Gemeindevorsteher 689
 Steuererziehung 689
 → Steuerboykotte 168
 Upflegen, Erwerbslosenversammlung 827
 Upward, Gemeindevorsteher 708
 Urkundenfälschung, Gemeindevorsteher, Ursum 709
 USA, Auswanderung 608
 USPD 724, 747, 759, 779, 803, 825
 USPD, Einwohnerwehrmitglieder 775
 Urhoff, Baurat 245
 Uthwerdum, Finanzlage 99, 169
 Urtum, Finanzlage 170
 → Gegensatz zwischen Landwirten und Arbeitern 709
 Veenhusen, Arbeitslose 410
 → Sozialdemokratischer Wahlverein 295
 Veenhusener Königsmoor, Gutsbezirk 625
 Velde, Einwohnerwehr 777
 Vellage, Kultivierungsarbeiten 433
 Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands 671
 Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter 369
 Verband der Maler etc. Deutschlands 204
 Verband der preußischen Landkreise 256
 Verband der sozialist. u. gewerkschaftl. Jugendvereine 464
 Verband deutscher Binnenschiffer 282
 Verband deutscher Nordseebäder 278, 517
 Verband für das Deutschland im Ausland 825
 Verband Handel, Gewerbe, Industrie, Wilhelmshaven 117
 Verband Hannover, Landwirtschaftl. Genossenschaften 232
 Verband preußischer Landgemeinden 430
 Verein der Ärzte, Norden 451
 Verein der Kassenärzt. des Kreises Aurich 586
 Verein Deutschesdenkender Arbeiter 631
 Verein Dt. Straßenbahn- und Kleinbahnhverwaltung 277
 Verein f. Handel, Gewerbe u. Industrie, Wilhelmshaven 270
 Verein gegen Kommunismus und Großkapital 631
 Verein Ortsfriesischer Stammviehzüchter 331
 Verein z. wirtschaftl. Hebung d. Oberledingerlandes 253
 Verein zur Förderung der Blindenbildung e. V. 441
 Verfassungsfreiter 882, 890
 → Kommunalwahl 707

- Boykottaufruf 871
 Vergütungssneuer 145
 Verkehr, Anbindung Zentralostfrieslands 280
 Verkehrsverein, Wilhelmshaven 270
 Vermittlungsstelle norddt. Einwohnerwehren 777
 Versailler Vertrag 582, 638, 754, 774, 846
 Versammlungen, Verbore 629, 825, 827, 865, 877
 Verschmutzung, Landschaft durch Plakate 785
 Versorgung, Brennstoff 297
 Versorgung, Fleisch 510
 Versorgung, Getreide, Ablieferung 234, 235
 Versorgung, Kohle 222, 247
 Versorgung, Lebensmittel 512, 75, 225, 226, 237, 782, 228, 244, 231, 232
 Versorgung, Milch 236
 Versorgungsauswärter 348, 492
 Versorgungsauswärter, Stellen 367, 370
 Verstaatlichung 292
 Vertrauenskommission, revolut. Marineangehörigen 833
 Verwaltung, Kontrolle durch Räte 836
 Victorbut, Bedeckung des Gemeindevorstehers 636
 → Reichsbanner 805
 → Waffenlager, Stahlhelm 805
 Viehexport, Förderung 331
 Viehhandel 232, 836
 Visquard, Finanzlage 172
 → Schatzanweisungen 171
 Visser, Arnold, jüdischer Schlachter 206
 Visser, Bruno, KPD, Emden 806
 Vissering, Carl, Landeschafrat, Norden 212, 266, 857
 Vogel, Mittelschulrektor, Langeoog 732
 Vogel, Polizeiobерwachtmeister, Borkum 865
 Vogler, Karl, Major, Borkum 863
 Völkerbund 525
 Völkische Bewegung 875, 904
 Völkische Freiheitspartei 806, 900
 → Rede Münchmeyer 816
 → Wilhelmshaven 804
 Völkischer Bund, Stadt Norden 720, 721
 Völklein, Albrecht, Dr., Rechtsanwalt, Berlin 864
 Volksbeghiten Freiheitsgesetz 663, 664, 714
 → Landtagsauflösung 666
 → Beschwerde 656, 723

- > Betrug 651
 - > Bezirkstauenrat 837
 - > Bürgermeister in Leer 711
 - > Bürgervorsteher, Norden 721
 - > Fälschung 680
 - > Fälschungsprozess 677
 - > Gemeindeausschuss, Pfalzdorf 687
 - > Gemeindenvorstandswahl, Osteel 715
 - > Gemeindenvorsteher 723, 725, 740
 - > Gemeindenvorsteher in Halbenond 718
 - > Gemeindenvorsteher in Harsweg 700
 - > Gemeindenvorsteher in Junktorsrott 719
 - > Gemeindenvorsteher in Moorweg 734
 - > Gemeindenvorsteher in Osterhusen 706
 - > Gemeindenvorsteher in Popens 672
 - > Gemeindenvorsteher in Rechschupweg 724
 - > Gemeindenvorsteher in Simonswolde 688
 - > Gemeindenvorsteher in Spierzeen 673
 - > Gemeindenvorsteher in Upleward 708
 - > Gemeindenvorsteher in Wiegboldsbau 690
 - > Gemeindenvorsteher, Bedekaspel 684
 - > Gemeindenvorsteher, Wolzzeen 710
 - > Kommunalwahlen in Berdum 728
 - > Kommunalwahlen in Georgsfeld 685
 - > Kommunalwahlen in Leezdorf 733
 - > Kommunalwahlen in Moordorf 686
 - > Kommunalwahlen in Nordgeorgsfchin 704
 - > Kommunalwahlen in Wiesmoor 740
 - > Kommunalwahlen Burlage 692
 - > Kommunalwahlen, Osteel 723
 - > Kricstag 656
 - > Kreistag Emden 646
 - > Landtag 653, 660
 - > Landtagswahlen zum Preußischen Landtag 678
 - > Liste Gewerkschaft und Kriegbeschädigte 696
 - > Provinziallandtag 649, 650
 - > Räte 837
 - > Reichspräsident 651
 - > Reichstag 651, 652, 654, 655, 657, 659,
 - > Senatorien, Wilhelmshaven 670
 - > Wall, de, Oberlandjäger 857
 - > Walle, Arbeiterrat 387
 - > Walle, Moorgeld 296
 - > Wand, Arbeiter- und Soldatenratsführer, Emde 833
 - > Wanderarbeiter, bettelnde 494
 - > Wanderfursorge 494
 - > Wanderung, Rück- aus dem Ruhrgebiet 578
 - > Wanderung, von der Stadt aufs Land 574
 - > Wangenoge, Volksschulplan 527
 - > Warsungsfehn, Arbeitslose 410
 - > Falschgeld 259
 - > Kana 282
 - > NSDAP 827
 - > Spar- und Darlehnskasse 232
 - > Wächtergewerbe, Krise, Wilhelmshaven 188
 - > Wasser-Schiffahrtssdirektion, Aurich 336
 - > Wasserbauamt, Emden, Betriebsrat 359
 - > Wattjies, Gerhard, Jüberde 612
 - > Weener, Kreis, Arbeitskräfteüberschuss 402
 - > Arbeitslose 245
 - > Baugewerbezwangsginnung 197
 - > Bewaffnung von Einwohnerwehren 778
 - > Bürterausführerverbot 236
 - > Butterbelieferung 232
 - > Dienstboten 390
 - > Einwohnerwehren 782
 - > Erwerbslosenunterstützung 245
 - > Kommunalverband 236
 - > Landarbeiterunruhen 236
 - > Landbund 237
 - > Lebensmittelbelieferung 228
 - > Lohnfestsitzung 374
 - > Notstandsarbeiten 243, 400
 - > Ortsbauer- und Landarbeiteräte 236
 - > Preiskontrolle 214
 - > Quarkbezug, O. Cordes 236
 - > Ruhrlhilfekonto 513
 - > Schneiderzwangsginnung 199
 - > Schwerbeschädigte 490
 - > Sparkasse 263
 - > Streikbrecher 393
 - > Tarifvertrag, Landarbeiter 374, 395
 - > Wohlfahrtsästen 456
 - > Zusammenlegung mit Leer, 614
 - > Weener, Stadt, Amtsgericht 179
 - > Arbeiterrat 228
 - > Arbeiterrat 228
 - > Baumsschule Hesse 343, 372
 - > Firma G. F. Koolman und Co. 263
 - > Lebensmittelbelieferung 228
 - > Obermeistertagung 204
 - > Personalabbau 366
- > Biersteuer 121
- > Einwohnerwehr 777
- > Verunglimpfung der Republikfahne 889
- > Wibben, Hann., Landwirt, Loquard 703
- > Widdelswehr, Gemeindereform 626
- > Getränkesreuer 456
- > Haus- und Grundbesitzerverein 117

- > Wiegoldsbur, Gemeindevorsteher 690
- > Wiegebau, Georgsfeld 685
- > Wehrberatungsausschüsse 756
- > Wehrkreiskommando VI, Münster 278, 798
- > Wehrhiede, Dr., Landrat in Weener 743
- > Weihnachtsbehilfe 141, 438
- > Welland, Friedrich, Seesoldat, Wilhelmshaven 843
- > Wellnitz, Polizeihauptwachtmeyer, Borkum 865
- > Wemken, Kaufmann, Aurich 787
- > Wendt, Bruno, KPD, Emden 806
- > Wenke, Gemeindevorsteher, Remels 777
- > Werdum, Steuereinziehung 100
- > Werft Schulte und Bruns, Emden 379
- > Werftarbeiter 375, 387
- > Umschaltung 187
- > Werftindustrie 381
- > Weser-Ems-Stromversorgungsgesellschaft 290
- > Wessels, Kreisausschussobersekretär 164
- > Westendorf, Einwohnerwehr 781
- > Streik, Landarbeiter 781
- > Westeraccum, Gemeindevorsteherwahl 737
- > Norschutzwehr 768
- > Westerbur, Gemeindevorsteher 738
- > Wahlboykott 738
- > Westerende, Steuerstundung 333
- > Westerende-Holzloog, Finanzlage 101
- > Westerende-Kirchloog, Holzitezichen, monach. 887
- > Westerholt, Gemeindevorsteher 725
- > Jugendpflege 470
- > Wollfährtslasten 725
- > Westermarsch I, Kriegsanleihen 102
- > Westermarsch II, Finanzlage 103, 104
- > Steuerstreik 726
- > Unterschlagung 726
- > Westfälische Transport Aktien Gesellschaft 829
- > Westgroßfehn, Kriegsbeschädigtenvereinigung 296, 486
- > Westhaudefehn, antifaschistische Aktion 829
- > Biersteuer 121
- > Deutschesdenkende Arbeiter 630, 631
- > Einwohnerausschuss 833
- > Erwerbslose 244, 409, 816
- > Finanzlage 16
- > Firma H. Heyen 200
- > Fleischversorgung 228
- > Flugblätter 631
- > Freikorps 747
- > Getränkereuer 456
- > Haus- und Grundbesitzerverein 117

- > Haushaltssperre 117
- > Hochseefischereigesellschaft 407, 488
- > Hooksiel, Buslinie 17
- > Industrieamt 17
- > Industriebüro 406
- > Kaufhaus Rudolph Karstadt 203, 816
- > Kirchenausritte 519
- > Kommunistenputsch 833
- > Königin-Luisen-Bund 806
- > KPD 630, 804, 806, 815, 816
- > KPD-Arbeiterwehr 806
- > KP-Jugendtreffen 806
- > Krise des Wäschereigewerbes 188
- > Kühlhäuser 245
- > Landespolizeistelle 214, 630, 805
- > Lebensmittelamt 295
- > Lebensmittelunruhen 84/2
- > Luftfahrtsgesellschaft „Jade“ 17
- > Maifieber 806
- > Marinestation 760, 761, 801, 833
- > Marinewert 409
- > Meuterei 833
- > Nationale Verbände 806
- > Norstandarbeiten 243, 244, 400
- > NSDAP 670, 806, 900
- > Ortsklasse 363
- > Plünderungen 849
- > Preisprüfungsstelle 211
- > Randlage 271
- > Reichsmarine 403
- > Reichswerft 185, 223, 246, 296, 374, 377, 379, 401, 403, 406, 407
- > Revolution 833, 849
- > Rorfrontkämpferbund 805, 806, 900
- > Schadenersatzforderungen, Unruhen 851
- > Schlägerei 806
- > Schutztruppe 747
- > Schwurgericht 842
- > Sicherheitspolizei 760
- > Spartakusputsch 842, 843
- > SPD 641
- > Staatspolizeistelle 760
- > Stadtwehr 759
- > Streik der Bäckergesellen 340
- > Streik 247
- > Torfversorgung 297
- > Torpedowerft 358, 392, 862
- > Troadentischer Bund 630
- > US-Dollar 214
- > Verband Handel, Gewerbe, Industrie 117
- > Vereine 631
- > Verfassungsfeier 890
- > Verkehrsbetriebe 379
- > Verkehrsverein 270
- > Völkische Freiheitspartei 804, 806, 816
- > Warenpreise 849
- > Wehrwohlfahrtsverein 296
- > Wohnungsamt 582
- > Zentralverband der Angestellten 507
- > „Wilhelmshavener Tageblatt“ 297, 392, 862
- > „Wilhelmshavener Zeitung“ 117, 641
- > Wilhelmshaven – Friedeburg, Buslinie 17
- > Wilhelmshaven – Helgoland, Dampferlinie 17
- > Wilhelmshaven – Rüstungen, Demobilisierungsausschuss 406
- > Wilhelmshaven – Rüstungen, Wirtschaftslage 624
- > Willmsfeld, Armut 725
- > Winkler, Arbeiter, Emden 818
- > Winter, Dr., Medizinalrat 531
- > Winterorthilfe 504
- > Wirdum, Bürgersteuer 174
- > Einwohnerwehr 772
- > Kirchengemeinde 107
- > Landbund 174
- > Rücktritt des Gemeindevorstehers 174
- > Sondersteuer 1077
- > Steuerboykott 17/4
- > Steuereingänge 174
- > Steuerrückstände 106
- > Zwangsvyseriegerungen 174
- > Wirth, Dr., Reichskanzler 868
- > Wirtschaftliche Vereinigung 720
- > Wirtschaftsförderung 253
- > Industriebüro Wilhelmshaven 406
- > Wirtschaftskrise 179
- > Norderney 357
- > Nordseeboadteure 517
- > Verschlechterung der Gesundheit 599
- > Wirtschaftsverband Niedersachsen-Kassel 617
- > Wittmund, Kreis, Agrarpreis 261
- > Arbeitsdienstlager 601
- > Bäckerinnung 198
- > Beschäftigte 244
- > Einwohnerwehren 783
- > Gleichstellung bei der Lebensmittelversorgung 228

- > Grundsteuersachen 18
- > Zuweisung 582
- > Wohnungsämter, Geschäftsvorkehr 582
- > Wohnungsbau 555, 559, 562, 564, 576
- > Neubau von Lehrerwohnungen 92
- > Wohnungbeschlagnahme 513
- > Wohnungsfürsorgefonds 575
- > Wohnungslage, Landbewohner 601
- > Wohnungstor 185, 547, 549, 555, 558, 578,
- > 582, 600
- > Wohnungszwangswirtschaft 582
- > Wucher 630
- > Bekämpfung 211, 212, 216
- > Landkreis Leer 214
- > Young-Plan 645
- > Junglandbund 638
- > Volksbegehren 639, 641
- > Zeitung, Aurich 637
- > politische Orientierung 642
- > Ziegeleien 243, 246
- > Ziegenzucht, Förderung 305
- > Ziegen, Lagerplätze 302
- > Zivilarbeiter, polnische, Kreis Norden 402
- > Zorn, Dr., Bürgervorsteher, Emden 836
- > Zuschlüttung von Stadträben, Notstandsarbeit 419, 502
- > Zuwanderer, mittellose 440
- > Zwangsbewirtschaftung, Brennstoffe 223
- > Kartoffeln 295
- > Landwirtschaft 234
- > Mifirkung 837
- > Toft 223
- > Zwangseinmietungen 551
- > Zwangseinmietungen, Wilhelmshaven 117
- > Zwangsinanlung, Damenschnieder 196
- > städtische, Aurich 561
- > Umbau des Zollhauses 577
- > Umbau von Gewerberäumen 579
- > Umbau von Kasernen 550
- > Umbau von Lazaretbaracken 550
- > ungenutzte 551
- > Zyklmann, Peter, Lehrer 527

Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung

Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen Ein analytisches Inventar Bearbeitet von Friedrich Wilhelm Rogge. 41/I: Freistaat Braunschweig 1984, XX, 361 Seiten, kartoniert ISBN 3-525-35523-8	55: Quellen zur Geschichte und Kultur des Judentums im westlichen Niedersachsen vom 16. Jahrhundert bis 1945 Ein sachthemaatisches Inventar I: Ostfriesland Unter Leitung von Albrecht Eckardt, Jan Lokers und Matthias Nistal bearbeitet von Heike Diselser und Hans-Peter Klausch. 2002, 520 Seiten, gebunden ISBN 3-525-35537-8	II: Oldenburg Unter Leitung von Albrecht Eckardt, Jan Lokers und Matthias Nistal bearbeitet von Heike Diselser und Hans-Peter Klausch. 2002, 501 Seiten, gebunden ISBN 3-525-35538-6	III: Osnabrück Unter Leitung von Albrecht Eckardt, Jan Lokers und Matthias Nistal bearbeitet von Heike Diselser und Hans-Peter Klausch. 2002, XXXII, 497 Seiten, gebunden ISBN 3-525-35539-4	IV: Indizes Unter Leitung von Albrecht Eckardt, Jan Lokers und Matthias Nistal bearbeitet von Heike Diselser und Hans-Peter Klausch. 2002, 239 Seiten, gebunden ISBN 3-525-35540-8	44/II: Freistaat Schaumburg-Lippe 1984, XXI, 213 Seiten, kartoniert ISBN 3-525-35526-2	45/III: Freistaat Oldenburg 1986, XXVII, 431 Seiten, kartoniert ISBN 3-525-35527-0	51/IV/1: Die preußische Provinz Hannover Akten des Oberpräsidenten, der Provinzial- selbstverwaltung und des Heimatbundes Niedersachsens. Bearbeitet von Sabine Meyer-Rahe, Dieter Poestges und Friedrich Wilhelm Rogge. 1997, XVIII, 140 Seiten, kartoniert. ISBN 3-525-35534-3	46/IV/2: Die preußische Provinz Hannover Akten der staatlichen Dienststellen im Regierungsbezirk Stade. Bearbeitet von Ute Heinrichs. 1988, XI, 307 Seiten mit 9 Abbildungen, kartoniert ISBN 3-525-35529-7	48/IV/3: Die preußische Provinz Hannover Akten staatlicher und kommunaler Dienst- stellen sowie privater Herkunft im Regie- rungsbezirk Osnabrück. Unter Leitung von Werner Delbanco bearbeitet von Ursula Alberts, Karin Jung, Friedrich Wilhelm Rogge. 1991, XXVI, 262 Seiten, kartoniert ISBN 3-525-35530-0
---	--	--	--	--	---	---	---	---	--

VGR
Vandenhoeck
& Ruprecht

Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung

54: Braunschweigische Fürsten in Rußland in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts Herausgegeben vom Förderativen Archivdienst Rußlands, Archivverwaltung des Landes Niedersachsen, Russischen Staatslichen Archiv der Alten Akten. Redaktion: Manfred von Boetticher. 1999. 329 Seiten mit 16 Abbildungen, gebunden ISBN 3-525-35536-X	49: Quellen des 16. bis 18. Jahrhunderts zu Baudenkmalen im Niedersächsischen Staatsarchiv in Stade Ein sachthemaatisches Inventar Bearbeitet von Heike Talczenberger. 1993. XVI, 428 Seiten, kartoniert ISBN 3-525-35532-7	43: Das Leben des Grafen Münster (1766–1839) Aufzeichnungen seiner Gemahlin Gräfin Wilhelmine, geborene Fürstin zu Schaumburg-Lippe Herausgegeben und erläutert von Carl Haase. 1985. 185 Seiten, kartoniert ISBN 3-525-35525-4	40: Handbuch der Niedersächsischen Stadtarchive Von Werner Hillebrand. Im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft der niedersächsischen Kommunalarchive. 1981. 207 Seiten mit 1 Falblatt, kartoniert ISBN 3-525-35521-1	52: Übergang und Neubeginn Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Niedersachsens in der Nachkriegszeit Herausgegeben von Otto Merker. Redaktion: Dieter Poestges. 1997. VII, 151 Seiten, kartoniert ISBN 3-525-35519-X	50: Quellen zur Bevölkerungsgeschichte im Niedersächsischen Staatsarchiv in Wolfenbüttel Ein Spezialinventar Bearbeitet von Johann-N. Krizsanits 1994. 319 Seiten, kartoniert ISBN 3-525-35533-5	<p>Informationen über weitere Bände beim Verlag.</p> <p>VfR Vanderhoek & Ruprecht</p>
--	--	--	--	--	---	--



Dieses Quelleninventar bietet eine gründliche Auswertung von mehr als 800 Aktenbanden aus dem Staatsarchiv Aurich, die sich mit der politischen Kriseninstuation während der Weimarer Zeit in Ostfriesland beschäftigen. Die thematisch geordneten und durch detaillierte Register erschlossenen Akten stammen aus den Beständen der Regierung, diverser Fachbehörden, Landratsämtern, Gemeinden, der Stadtkirche Aurich und Norden sowie zahlreicher Vereine. Eine ausführliche Einleitung skizziert die wichtigsten Aktenbestände und gibt einen Überblick über die Geschichte Ostfrieslands während der Weimarer Zeit.

Die Herausgeber

Dr. Rolf Uphoff ist Leiter des Stadtkirchivs Emden. Ingrid Hennings ist Mitarbeiterin, Dr. Bernhard Parisius Leiter des Staatsarchivs Aurich.